

Verein
für
Kommunalwissenschaften e.V.



Aktuelle Beiträge
zur Kinder- und Jugendhilfe 65

**Zeit für neues Denken,
Zeit zu handeln:
Fachliche Ansätze
in der Jugendarbeit
(§ 11 SGB VIII)**

Dokumentation der Fachtagung
am 22. und 23. November 2007
in Berlin

Die Fachtagung wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Impressum:

Herausgeber:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Ernst-Reuter-Haus · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 · 10593 Berlin

Redaktion, Satz und Layout:

Dörte Jessen

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Fotos:

Rita Rabe

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Herstellung:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Berlin 2008

Hinweise zur Download-Ausgabe:

Der vorliegende Tagungsband wird vom Verein für Kommunalwissenschaften e.V. nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Es besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden. Die Texte sind schreibgeschützt.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	7
KERSTIN LANDUA <i>Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin</i>	
 <u>Fachreferate</u>	
Jugendarbeit gestern, heute... und morgen?	
Historische Traditionslinien/Ist-Stand/Aktuelle Herausforderungen	13
PROF. DR. TITUS SIMON <i>Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Hochschule Magdeburg-Stendal, Magdeburg</i>	
 Leipziger Thesen zur Jugendarbeit in Deutschland	24
DR. SIEGFRIED HALLER <i>Leiter des Stadtjugendamtes Leipzig</i>	
 Förderung von Jugendarbeit	29
DR. MARTIN NÖRBER <i>Referent für politische Bildung, Hessischer Jugendring, Wiesbaden</i>	
 <u>Foren</u>	
Forum 1: Jugendarbeit in der Stadt – mit Praxisbeispielen aus	
Wolfsburg:	
Die Offensive für die offene Jugendarbeit in der Stadt Wolfsburg. Konzept zur nachhaltigen Entwicklung (pro 11)	44
CAROLA KIRSCH <i>Leiterin des Geschäftsbereiches Jugend, Stadt Wolfsburg</i>	
 Magdeburg:	
Jugendarbeit in Magdeburg – ist in Planung!	53
DR. INGO GOTTSCHALK <i>Leiter der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung, Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit, Magdeburg</i>	
 Düsseldorf:	66
STEPHAN GLAREMIN <i>Abteilungsleiter der Abteilung Jugendförderung, Stadtjugendamt Düsseldorf</i>	
 Forum 2: Jugendarbeit im ländlichen Raum – mit Praxisbeispielen aus	
Landkreis Zwickauer Land:	76
DR. GERD DRECHSLER <i>Fachbereichsleiter Jugend und Soziales, Landratsamt Werdau</i>	

Landkreis Neuhausen ob Eck und Emmingen-Liptingen:
Mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum 87
MARKUS SELL
Jugendreferent der Gemeinden Neuhausen ob Eck und Emmingen-Liptingen

Landkreis Ohrekreis: 113
DR. DETLEV KLAUS
Leiter des Kreisjugendamtes Ohrekreis bis zum 31.12.2006

Arbeitsgruppen

**Arbeitsgruppe 1: Partizipation in der Jugendarbeit –
Arbeitsfelder, Methoden, Ansätze** 127

KARL-HEINZ HUMMEL
Leiter des Produktteams Jugendarbeit, Stadtjugendamt München
DR. MICHAEL SCHWARZ
Leiter des Landesjugendamtes Bremen

Arbeitsgruppe 2: Jugendarbeit + Schule
**„Kleine Schule, ganz groß“. Ein Kooperationsprojekt der Offenen Tür
Sankt Anna und der Katholischen Grundschule Overbeckstraße in
Köln-Ehrenfeld** 136
MARTINA HORLITZ
Fachberaterin im Landesjugendamt Rheinland, Köln

Vier Jahre später! 152
GISELA KRÜCKEN-PASCH
*Sozialpädagogin, Offene Tür Sankt Anna, Lokale Jugendeinrichtung,
Köln-Ehrenfeld*

Arbeitsgruppe 3: Aufsuchende Jugendarbeit
Streetwork in Stuttgart 157
VOLKER HÄBERLEIN
*Abteilungsleiter Dienste für junge Menschen, Evangelische
Gesellschaft Stuttgart*

Mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum – Landkreis Tuttlingen 166
MARKUS SELL
Jugendreferent der Gemeinden Neuhausen ob Eck und Emmingen-Liptingen

Arbeitsgruppe 4: Jugendarbeit + Sport und Kultur
**Zeit für neues Denken, Zeit zu handeln – auch in der Jugendarbeit
des Sports** 169
DR. HEINER BRANDI
Geschäftsführer, Sportjugend Berlin

Jugendarbeit und Kultur in Düsseldorf 175
WENDELIN DUTENHÖFER
Koordinator für Kinder- und Jugendförderung, Jugendamt Düsseldorf

Arbeitsgruppe 5: Management + Steuerung von Jugendarbeit	
Thesen zur fachlichen Entwicklung	181
DR. HERBERT WIEDERMANN	
<i>Leiter des Landesjugendamtes und Abteilungsleiter Überregionale Förderung und Beratung, Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung, Hamburg</i>	
Management und Steuerung in der Jugend(sozial)arbeit der Stadt Stuttgart	192
MANFRED NIEWÖHNER	
<i>Jugendhilfeplaner, Jugendamt Stuttgart</i>	
Arbeitsgruppe 6: Jugendarbeit + Migration	199
GÖKAY SOFUOĞLU	
<i>Hausleiter im HAUS 49, Gesellschaft für soziale Jugendarbeit Stuttgart-Nord</i>	
Arbeitsgruppe 7: Jugend(sozial)arbeit im Rahmen der „Sozialen Stadt“	
Schnittstelle zwischen Gesundheitshilfe und Jugendhilfe.	
Das E&C-Programm	203
ANDREAS HEMME	
<i>Arzt und systemischer Familientherapeut; Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Gesundheitsamt Treptow-Köpenick, Berlin</i>	
Koproduktionen auf dem Weg zur Sozialraumorientierung in der Stadt Fürth	212
JUTTA KÜPPERS	
<i>Leiterin der Abteilung Jugendarbeit, Stadtjugendamt Fürth</i>	
Arbeitsgruppe 8: Geschlechtsspezifische Mädchen- und Jungenarbeit	
Mädchenarbeit im Düsseldorfer Jugendamt	222
BERTHILD KAMPS	
<i>Mitarbeiterin in der Abteilung Jugendförderung im Jugendamt Düsseldorf, Mädchen-Netzwerk Düsseldorf</i>	
Auszüge aus der Expertise „Neue Wege für Jungs?! Ein geschlechtsbezogener Blick auf die Situation von Jungen im Übergang Schule-Beruf	233
MICHAEL CREMERS	
<i>Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dissens e.V., Berlin</i>	
Abschlussdiskussion: Veränderungsdruck der Jugendarbeit – Was sind die (neuen) Entwicklungsperspektiven?	241
Literaturhinweise	249

Vorwort

Jugendarbeit ist ein komplexes pädagogisches Handlungsfeld mit vielfältigen Herausforderungen. „Zeit für neues Denken, Zeit zu handeln. Fachliche Ansätze in der Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII)“, so lautete der Titel einer Fachtagung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., die am 22./23. November 2007 in Berlin im Ernst-Reuter-Haus stattgefunden hat.

Ziel der Tagung war es, neue Impulse für die Jugendarbeit in Bezug auf Planung, Finanzierung, Steuerung und Verfahrensfragen an die Praxis zu vermitteln und die Entwicklung eines wirksamen Netzwerkes mit einer größeren (fachpolitischen) Offenheit bundesweit anzuregen. Im Mittelpunkt des „neuen Denkens“ standen auf der Tagung daher folgende grundlegende Fragen:

- Welche Art der Unterstützung brauchen Kinder und Jugendliche für die Zukunft?
- Welche Angebote mit Blick auf die Lebenslagen ihrer Familien sind notwendig?
- Wie kann bei der Entwicklung/Strukturierung/Durchführung dieser Angebote die Partizipation der Kinder und Jugendlichen gesichert werden?

Jugendarbeit gestern, heute ... und morgen?

Nach der Eröffnung der Tagung referierte Prof. Dr. Titus Simon, Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal zu den historischen Traditionslinien, dem „Ist-Stand“ und zu den aktuellen Herausforderungen von Jugendarbeit. Er verwies dabei auch auf die nun schon traditionsreiche **Forderung** von Prof. C. W. Müller – der Teilnehmer an dieser Tagung war – **nach anspruchloser Jugendarbeit**. Diese Forderung sei damals wie heute widersprüchlich zu verstehen, aber noch immer bewege sie zu Diskussionen, was wohl damit gemeint sei...

Er stellte klar, dass – auch wenn Jugendarbeit nicht Pflichtaufgabe sei – immer ein Grundangebot an kommunaler Versorgung vorgehalten werden müsse. Er wisse aber auch, dass es traditionsgemäß so sei, dass Jugendarbeit als „Entsorgungspark für ungelöste Probleme benutzt werde“. Sicher sei er außerdem auch, dass von einer einheitlichen Jugendarbeit bundesweit keine Rede sein könne. So sei z.B. die Übertragung der westdeutschen Strukturen der Jugendarbeit auf die neuen Bundesländer gescheitert. Insgesamt problematisch sei, dass sich die Jugendarbeit nur zögerlich – auch in Richtung Sozialraumorientierung – verändere und dass es keine klare Zieldefinition gebe, was Jugendarbeit eigentlich leisten solle. Abschließend daran stellte er neue Gestaltungsaufgaben von Jugendarbeit heute vor, die mehrheitlich aber noch nicht umgesetzt seien und die in seinem Beitrag hier nachzulesen sind.

In der anschließenden Diskussion wurde thematisiert, wie wichtig es sei, die soziale Segregation durch Jugendarbeit zu überwinden, dass Jugendliche lernten, ihre Bedürfnisse zu äußern, dass politische Bildung ein Schlüssel für Jugendarbeit und Partizipation das elementarste Element von Jugendarbeit überhaupt sei. Schwierig in diesem Kontext

sei die insbesondere in Großstädten bewusst geförderte Konkurrenz vieler Einrichtungen untereinander und dass Jugendarbeit auf Bundesebene kaum berichtsfähig sei.

Die Leipziger Thesen – Jugend als Lebensphase von unwiederbringlicher Qualität

Dr. Siegfried Haller, Leiter des Jugendamtes der Stadt Leipzig, stellte im Plenum die Leipziger Thesen zur Jugendarbeit in Deutschland vor. Er machte deutlich, dass es trotz aller Bemühungen bisher leider nicht gelungen sei, Jugendarbeit als wichtiges (Dauer)Thema in der „politischen Landschaft“ zu platzieren. Orte der Jugendarbeit würden von jungen Menschen aber als wichtige „Lebensorte“ geschätzt. Als Basisinfrastruktur seien sie unverzichtbar und vor allem auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund wichtig. Sonderprogramme allein könnten den Regelbedarf von gefährdeten jungen Menschen, vor allem im ländlichen Raum, nicht decken. Die Anforderungen an die Steuerung von Jugendarbeit seien für alle Akteure gewachsen. Finanzierungssysteme, Rechenschaftspflichten und Qualitätsbedarfe verlangten einen nachhaltig wirkenden Umbau von Strukturen und Verfahren. Eine aktive Haltung befördere dabei den notwendigen Wandel von sozialen Organisationen; Steuerung, auch sozialwirtschaftliche, baue auf Kompetenz auf. Die Netzwerkarbeit müsse unbedingt verstärkt werden, damit Jugendhilfe besser in die Lage versetzt werde, ihre Anliegen diskussionsfähig zu machen. In jedem Fall müsse Jugendarbeit darüber nachdenken, wie sie sich attraktiv(er) machen könne.

Praxisbeispiele + Kleingruppenarbeit

Die inhaltliche Diskussion wurde anschließend in zwei Foren, „Jugendarbeit in der Stadt“ und „Jugendarbeit im ländlichen Raum“, weitergeführt. Dort wurde ausführlich über Praxisbeispiele aus den Städten Wolfsburg, Magdeburg und Düsseldorf sowie den Landkreisen Ohrekreis, Zwickauer Land und der Gemeinde Neuhausen ob Eck und Emmingen-Liptingen diskutiert. An beiden Tagen gab es darüber hinaus für alle Teilnehmenden Diskussionsmöglichkeiten in verschiedenen Arbeitsgruppen, von denen besonders die zu den Themen „Management und Steuerung von Jugendarbeit“ sowie „Jugendarbeit und Schule“ nachgefragt waren.

Der Ökonomisierungsprozess ergreift auch die Jugendarbeit

Martin Nörber, Referent für politische Bildung beim Hessischen Jugendring in Wiesbaden, eröffnete den zweiten Arbeitstag mit einem Referat zum Thema „Reflexionen zur aktuellen Debatte darüber, wie Förderung von Jugendarbeit funktioniert“ und darüber, welche Tendenzen in Zeiten der Ökonomisierung im Bereich der Förderung von Jugendarbeit wahrnehmbar sind. Er verwies darauf, dass Jugendlichen erst dann eine umfassende öffentliche und politische Wahrnehmung erfahren, wenn sie „auffällig“ werden. Dies reduziere sich aktuell auf Auffälligkeiten wie Gewaltdelikte und „Flattratschen“. Derartige Blickverengungen seien in der Geschichte der Jugendarbeit nichts Neues. Sie tangierten die Förderung von Jugendarbeit aber insofern, als dass sie eine defizitäre Förderausrichtung präferierten, die sich wiederum nur auf eine vergleichsweise kleine auffällige bzw. öffentlich präsente Gruppe von jungen Menschen beziehe. Aktuell zeigten sich bedenkliche Tendenzen im Bereich der Förderung von Jugendarbeit,

da beispielsweise, im Gegensatz zur Gruppe der Kinder und Senioren, die Gruppe der Jugendlichen zunehmend von einem Abbau an Angeboten der Jugendarbeit betroffen sei. Vor dem Hintergrund von „Neuer Steuerung“ und der „Ökonomisierung des Sozialen“ gerate die Jugendhilfeverwaltung wie auch die Jugendarbeit in den Zugzwang von „Modernisierungsbestrebungen“ und die Jugendarbeit werde mit der Notwendigkeit der Darstellung ihres Werts, ihres Nutzens sowie ihres Ertrags konfrontiert. Zahlreiche Jugendverbände unterlägen einem wachsenden inneren Zwang zur „Modernisierung“ ihrer Strukturen als Antwort auf wahrgenommenen Legitimierungsdruck.

Veränderungsdruck in der Jugendarbeit – Was sind die (neuen) Entwicklungsperspektiven?

Unter diesem Thema stand die abschließende Podiumsdiskussion mit Gesprächspartnern aus dem Kreis der Referentinnen und Referenten, die Dr. Detlev Klaus, Leiter des Jugendamtes Magdeburg, moderierte. Die Tagungsdiskussion wurde insgesamt als eher pragmatisch eingeschätzt und hatte mehr traditionelles als neues Denken zu bieten. Aber eigentlich könne nicht sein, dass sich zwar die Rahmenbedingungen veränderten, das „alte Denken“ aber bleibe. Dies müsse durch neue Inhalte geändert werden, zu lange sei (nur) über die Methoden diskutiert worden. Für eine gewisse Verwirrung sorgte der von Herrn Prof. Simon gebrauchte Begriff der Buntscheckigkeit von Jugendarbeit, der ein Nachdenken darüber auslöste, was kommunale Identität in diesem Feld ist und ausmacht. Dies fasste Dr. Ingo Gottschalk, Jugendhilfeplaner in Magdeburg für das Plenum zusammen und nannte folgende drei Ebenen:

- die fachpolitische Orientierung (Leitlinien),
- die steuerungspolitische Orientierung (Instrumente und Methoden) und
- die fachliche Umsetzung in den Einrichtungen selbst.

Einigkeit bestand darüber, dass sich zwar viele Jugendarbeiter/innen sehr professionell mit ihrer Arbeit auseinandersetzten, vielen von ihnen aber Visionen fehlten. Vielleicht gäbe es auch darum ein Festhalten an der „anspruchlosen Jugendarbeit“. Die Visionen müssten dann von den Jugendlichen selbst kommen, wenn ich diese Forderung richtig verstanden habe, sozusagen als Partizipation in der Alltäglichkeit.

KERSTIN LANDUA

*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin*

Jugendarbeit gestern, heute... und morgen?

Historische Traditionslinien – Ist-Stand – Aktuelle Herausforderungen

PROF. DR. TITUS SIMON

Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Hochschule Magdeburg-Stendal, Magdeburg

Anmerkungen zu Geschichte, Funktion und Entwicklungen offener Jugendarbeit

Die nunmehr fast sechzigjährige Geschichte offener Jugendarbeit weist trotz eines vielfältigen Wandels ein Kontinuum auf: ihr wurden immer jene Aufgaben zugewiesen, die in den anderen privat und staatlich organisierten Bildungs- und Erziehungsprozessen defizitär waren. Ihre Ursprünge liegen in den politischen Konzeptionen der Besatzungsmächte, auch wenn es Vorformen gab, wie das 1867 geöffnete „Stuttgarter Jugendhaus“¹, die Lehrlingsheime an der Schwelle zum 20. Jahrhundert oder den offenen Betrieb von etwa 130 Jugendheimen in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. So war mit den in den größeren Städten der amerikanischen Besatzungszone gegründeten Jugendhäusern das Konzept und der Gedanke einer „Re-Education“ der faschistisch sozialisierten deutschen Jugend verbunden. Bereits ab Mitte der fünfziger Jahre ereiferten sich viele Diskutanten über die gesellschaftliche Rolle und Funktion der Jugendarbeit in Häusern der offenen Tür und in den Verbänden. Mit der „Grundsatzerklärung von St. Martin“ im Jahre 1962 definierten die **Jugendverbände** ihre Rolle in der Gesellschaft neu, indem sie sich eine „**ergänzende Erziehungsfunktion** neben Familie und Schule“ zuschrieben. Dieser Diskurs erreichte in Westdeutschland auch die in eine Akzeptanzkrise geratene Arbeit der „Häuser der offenen Tür“. Die in den fünfziger Jahren gefassten „Gautinger Beschlüsse“, die Formen der gezielten, organisierten Freizeitbeschäftigung in den Mittelpunkt stellen, trugen nicht mehr, was offene Jugendarbeit in Westdeutschland in ihre erste große Existenzkrise führte.

In diese Krise hinein – noch vor der Aufbruchstimmung der späten sechziger Jahre – erfolgten erste Impulse durch die wissenschaftliche Pädagogik. Die Arbeiten Mollenhauers und Giesekes begründeten den Diskurs um eine „jugendzentrierte Pädagogik“, das Jugendhaus habe ein „Ort der freien und vielfältigen Kommunikation“ zu sein. C.W. Müller produzierte mit seiner Forderung nach einer „anspruchlosen Jugendarbeit“ hilfreiche Verwirrung. Sie eröffnete die nun lange anhaltende Debatte um eine bedürfnisorientierte Jugendarbeit, die Schaffung von Orten informeller Kommunikation mit Gleichaltrigen – ohne die wachsame Aufsicht der erwachsenen Pädagogen.

Mit der Jugend- und Studentenbewegung erhält die offene Jugendarbeit einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Zugleich toben um sie verschiedenartige, zum Teil gleichermaßen leidenschaftlich wie kontrovers geführte Debatten.

¹ Fehrlen 2000

Hermann Gieseke (1971) propagierte mit seiner Monographie „Die Jugendarbeit“ einen Ansatz „emanzipatorischer Jugendarbeit“, der in den Erziehungsprozess Forderungen nach gesellschaftlicher Veränderung integrieren sollte.

Vertreter einer „progressiven Jugendarbeit“ – zu ihnen gehörten *Lothar Böhnisch* und *Werner Schefold* – plädierten für die Ablösung einer Jugendarbeit, die Jugendliche nur als Objekt der Erziehung betrachtete, hin zu einem Ansatz, der die Bedürfnisse und Interessen der Adressaten in den Mittelpunkt stellt.¹

Im Gegensatz dazu gingen Vertreter einer „antikapitalistischen Jugendarbeit“ davon aus, dass es Interessengegensätze gibt, die die individuelle Entfaltung eines jungen Menschen innerhalb unserer Klassengesellschaft weitgehend verunmöglichen. Jugendarbeit sollte somit zu einem Feld antikapitalistischer Politik werden. *Manfred Liebel* (1977) vertrat die Ansicht, dass Jugendliche ungeachtet ihrer unterschiedlichen sozialen Herkunft zu revolutionärem Handeln motivierbar sein könnten.

Obwohl im weiteren Verlauf der siebziger Jahre, inspiriert durch die Jugendzentrumsbewegung, eine regelrechte „Gründerzeit offener Jugendarbeit“ zu verzeichnen war, dominierten die verschiedenartigen Alltagsanforderungen einer nun vielfach selbstverwalteten Praxis offener Jugendarbeit rasch über den revolutionären Elan.

Im Vorwort zu meinem mit Peter Wieland herausgegebenen ersten Fachbuch mit dem Titel „Offene Jugendarbeit im Wandel“ bringt es *Lothar Böhnisch* (1987) auf den Punkt: „Es wäre historisch unsinnig, heute zu fragen, was von dem jugendpädagogischen und jugendpolitischen Impetus der siebziger Jahre geblieben ist. Ein solcher – unhistorischer – Zeitvergleich führt in der Jugendarbeit nur zu einer Einengung des Horizontes der heutigen Möglichkeiten. Es ist nun eben mal so, dass Jugendliche heute die Jugendhäuser ‚benutzen‘ und sich wenig darum scheren, ob das Haus eine Geschichte des ‚Umkämpftseins‘ hat. Jugendarbeit scheint für Jugendliche nichts ‚Besonderes‘ mehr zu sein.“

Zu verweisen ist zudem auf einen anderen Prozess, der seit Beginn der siebziger Jahre das Gesicht der offenen Jugendarbeit deutlicher als viele Entwicklungen vorher verändern sollte: ein **Prozess der Professionalisierung**. Dieser zeichnete sich auf unterschiedlichen Ebenen ab.

Aufgrund des jugendpolitischen Engagements der frühen sozialliberalen Koalition ergab sich im Laufe der siebziger Jahre für die Jugendverbände die Möglichkeit, hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen – Jugendbildungsreferenten, Geschäftsführer etc. auf Bundes- und Landesebene –, die aufgrund ihrer Qualifizierung (überwiegend Hochschulabschluss) neue Sichtweisen und Handlungsorientierungen in die bis dahin überwiegend ausschließlich ehrenamtlich geführten Verbände einbrachten. Dieser Professionalisierungsschub in den Verbänden legitimierte die Professionalisierung der nicht überall wohlgelittenen offenen Arbeit – und stand gleichzeitig zu ihr in Konkurrenz. Die Finanzierung speiste sich überwiegend aus kommunalen Mitteln, aber auch – wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen – aus Mitteln des Landesjugendplans.

¹ Böhnisch 1973

Gefördert wurde dieser Professionalisierungsprozess sicherlich auch durch die Tatsache, dass es seit den frühen siebziger Jahren auch einschlägig ausgebildete und qualifizierte Hochschulabsolventen der Fachhochschulen und Universitäten (Sozialpädagogik/Sozialarbeit) gab, die das Arbeitsfeld Jugendarbeit häufig als Einstiegsarbeitsfeld wählten.

In diese Epoche fallen auch die ersten Gehversuche einer von Walter Specht und anderen implementierten **mobilen Jugendarbeit** in Stuttgart, deren „Vier-Säulen-Konzept“ bis heute Modellcharakter hat.

Offene Jugendarbeit in der DDR

Eine völlig andere Traditionslinie entwickelte sich in der DDR. Ausgehend von dem Modell der bereits in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion entstandenen Jugendclubs kam es zu einer systematischen flächendeckenden Ausstattung mit Jugendeinrichtungen. Aus der dominanten gesellschaftspolitischen Doktrin resultierte für das Bildungswesen wie auch die Jugendarbeit (als Teil der Volksbildung) die Funktion, zur Erziehung der allseits entwickelten „sozialistischen Persönlichkeit“ auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus als grundlegende staatliche Weltanschauung beizutragen. Das erklärt auch die hohe Wertigkeit der Jugendpolitik in der DDR, die dort als ressortübergreifende Querschnittpolitik angelegt war.

Die Jugendhilfe in der DDR hatte als Teilbereich des staatlichen Volksbildungswesens eine völlig andere Tradition als die Jugendhilfe der Bundesrepublik. So beschränkte sich die traditionelle Jugendhilfe in der DDR nach der Überführung der Jugendämter in die Volksbildung auf die Gebiete der Jugendfürsorge, Jugendpflege und -förderung und die Aufgaben des Jugendschutzes wurden organisatorisch und begrifflich nicht mehr der Jugendhilfe zugeordnet. Kennzeichnend für deren Jugendpolitik war die Übernahme der jugendpolitischen Ideen der Einheitspartei SED, die beherrscht war von der Annahme, dass es vor allem von der Gewinnung der jungen Generation abhängt, inwieweit die Herrschenden ihre Gesellschaftsauffassungen (Sozialismus bzw. Aufbau des Kommunismus) durchsetzen könnten.

Die parteistaatliche Jugendpolitik verfolgte im Wesentlichen zwei Ziele. Zum einen sollten möglichst viele junge Menschen in den unterschiedlichen Sozialisationsinstanzen erreicht werden, um die Voraussetzung für deren anschließende Einbindung in eine differenziert strukturierte Organisationslandschaft zu schaffen. Zum anderen strebte der SED-Staat eine umfassende Durchdringung und Kontrolle aller mit Jugendarbeit und -politik befassten Bereiche und Institutionen an. Das Bedürfnis der Staatsmacht, die in den fünfziger und sechziger Jahren auch in der DDR verstärkt entstehenden informellen Jugendgruppen und -treffs zu kontrollieren, führte zur fast übertriebenen flächendeckenden Einrichtung und staatlichen Förderung von Jugendklubs¹. Was deren Ausrichtung betraf, kann festgestellt werden, dass Jugendarbeit im Bereich der außerschulischen Freizeitarbeit im Wesentlichen Kulturarbeit war.

¹ In Orientierung an der in Ostdeutschland immer noch weitgehend üblichen Schreibweise werden die Begriffe „Jugendklub“, „Klub“ u.ä. durchgängig mit „k“ und nicht mit „c“ geschrieben.

Den FDJ-Jugendklubs mit per Gesetz definierten Aufgaben und Funktionen kam dabei ab Anfang der siebziger Jahre eine zentrale Rolle zu. Die wichtigsten Aufgaben dieser Klubs waren in der Reihenfolge ihrer formalen Wertigkeit: die politisch-ideologische Arbeit, die kulturelle und künstlerische Bildung und Erziehung und der Kulturveranstaltungsbetrieb.¹

Für Struktur und Arbeitsweise der einzelnen Jugendklubs waren im so genannten Jugendklubgesetz genaue, vereinheitlichende Regelungen getroffen. So musste jeder Jugendklub eine Klubleitung und ein FDJ-Aktiv bilden und einen konkreten Veranstaltungs- und Finanzplan erstellen. Hauptschwerpunkte der Jugendklubitätigkeit waren danach Veranstaltungsorganisation und -durchführung, vor allem Diskotheken und Konzerte, die Arbeit von Interessengemeinschaften oder Zirkeln und Agitationsveranstaltungen. Anfänglich waren die Jugendklubs lediglich zu diesen Veranstaltungen und für die Treffen der Interessengemeinschaften und Klubratsmitglieder geöffnet. Erst später, in den achtziger Jahren, setzte sich zusätzlich unter dem Begriff „kluboffen“, in Verbindung mit der Forderung Jugendlicher, die Klubs sieben Tage die Woche zu öffnen, ein unorganisiertes Angebot durch, das mit dem heutigen offenen Bereich in Jugendeinrichtungen vergleichbar ist.

Zur aktuellen Situation offener Jugendarbeit

Mittlerweile ist Jugendarbeit längst zu einem Grundangebot kommunaler Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen geworden. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass es bedauerlicherweise immer noch zahlreiche kommunale Verwaltungen gibt, die – nicht selten mit erhobenem Zeigefinger – offene Arbeit fälschlicherweise als Freiwilligenleistung der örtlichen Ebene betrachten.

Nach einer stürmischen Umbruchphase wurde die offene Jugendarbeit ab den frühen neunziger Jahren – im Westen einmal mehr, im Osten erstmals – als „Entsorgungspark für ungelöste Probleme“ entdeckt. Sie hatte sich nun orientierungslosen, mit Rauschdrogen experimentierenden, gewalttätigen und rechtsorientierten Jugendlichen zuzuwenden. Sonderprogramme – am bekanntesten wurde hier das AgAG-Programm – wiesen nun einem „geadelten“ Segment der offenen Jugendarbeit Spezialaufgaben wie der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu, deren Erledigung von Sozialer Arbeit alleine niemals erfolgreich bewältigt werden konnte.

Vor dem Hintergrund der massiven Zunahme rechter Gewalt in den Nachwendejahren wurde mit dem Konzept einer „**akzeptierenden Jugendarbeit**“ eine „Jugendarbeit light“ publizistisch verbreitet und hat fatalerweise zur Gründung von Projekten geführt, die weit unter den notwendigen und auch bereits entwickelten fachlichen Standards Sozialer Arbeit lagen.

Wenn heute von **offener** Jugendarbeit die Rede ist, dann stellt dieser Begriff lediglich eine Klammer dar, einen Sammelbegriff für eine äußerst heterogen und pluralistisch gewordene Projektlandschaft, die sich in sechs Jahrzehnten unter nur wenig vergleichbaren Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen in Ost- und Westdeutschland entwickelt hat.

¹ Schröder 2000, S. 173

Da fällt der kleine Jugendclub in der Provinz, welcher von einer Horde biertrinkender junger Männer selbst organisiert wird, ebenso darunter wie das großstädtische Jugendhaus, welches sich auf kulturelle und kreative Angebote spezialisiert hat. Genutzt werden Bauwagen, Baracken, ehemalige Läden, Einfamilienhäuser, Fabrikhallen, auch spezifische Neubauten in unterschiedlichen Größenordnungen. Jahresetats umfassen Summen zwischen null und einer Million Euro.

In einem Quartier wird ein lauter Laden fast ausnahmslos von Punks und ihren Hunden frequentiert, im Nachbarort ist der Club fest in der Hand dörflicher Skinhead-Mobs. Das eine Haus verbietet seinen Besuchern jede Form des Alkohol- und Drogenkonsums. Andere Einrichtungen sehen sich mittlerweile gar als Projekt akzeptierender Drogenarbeit.

Da existieren, speziell in den früheren „Hochburgen“ der „Jugendzentrumsbewegung“, Jugendzentren, die seit dreißig und mehr Jahren selbstverwaltet sind, die auf wundersame Weise immer wieder alle Krisen und Nachwuchsprobleme überwunden haben. Die Jugendhäuser, -treffs, -zentren, -clubs und -begegnungsstätten machen ihre Angebote auf der Basis unterschiedlichster Erfahrungen, Konzepte, Leit- und Richtlinien. Die einen verstehen sich als bloßer Treffpunkt, andere als Orte kultureller Begegnung, der Entalltäglicung, der Selbsterfahrung und -findung.

Wieder andere sehen ihren Schwerpunkt in der Jugendsozialarbeit, in der Schaffung von Angeboten für Migrantinnen und Migranten oder in der Arbeit mit „rechten“, „linken“, „gewaltverstrickten“, „arbeitslosen“ und „süchtigen“ Jugendlichen. Das eine Haus hat „einfach nur offen“, das andere hat ein filigran geplantes Wochen-, Monats- oder Quartalsprogramm.

Manche Zentren sind eingebunden in ein hoch entwickeltes System kultureller und sozialarbeiterischer Projekte und Initiativen, sehen sich gar als Ausgangspunkt stadtteil- oder gemeinwesenbezogener Vernetzung. Andere meiden – wiederum aus sehr unterschiedlichen Motiven – die Zusammenarbeit mit „klassischen Formen“ sozialer Arbeit.

Schließlich verdeutlicht ein Blick auf die soziale Zusammensetzung der Besucher und Besucherinnen das hohe Maß an Heterogenität. Clubs, in denen Türken nur Minderheit neben der arabischen Stammbesucherschaft sind, nur Punks, nur Skins, nur deutsche Hooligans, nur Kiffer sind, manchmal aber auch so wunderbar gemischte Szenen, dass man es sich fast nicht erklären kann, wie es funktioniert. Nur Gymnasiasten oder überwiegend Haupt- und Sonderschüler, manchmal vorwiegend Schulabbrecher, „Schulmüde“ und „Schulverweigerer“. Sehr häufig: Nur Jungen, fast immer sind die männlichen Besucher in der Überzahl, doch manchmal trifft man auch auf eine Einrichtung, in der das Weibliche dominiert, in die mehr Mädchen kommen als Jungen. Gelegentlich hat es etwas mit dem Konzept zu tun. Manchmal ist es aber auch nur ein schöner Zufall.

Dass angesichts dieser sehr unterschiedlichen örtlichen Situationen Spannungen existieren, in denen in unterschiedlicher Weise Verwaltungen, Politiker, Gremien, freie Träger, Jugendliche und die kommunale Öffentlichkeit involviert sind, versteht sich von selbst.

Schon immer gab es das Bedürfnis, diesen vermeintlichen Wildwuchs zu ordnen. Während dies früher mit Verhinderung oder Schließung versucht wurde, existieren seit geraumer Zeit Überlegungen, die unter den Leitbegriffen „Qualitätsmanagement“, „Neue Steuerung“, „Controlling und „Produktbeschreibung“ für eine dienstleistungsorientierte und outputgesteuerte Modernisierung der Jugendarbeit plädieren. Durch die Übernahme von zweckrationalen, zuvorderst fachfremden Bezugsgrößen in den Institutionen- und Begriffskanon der Kinder- und Jugendarbeit wurden die eigentlichen fachlichen Standards mancherorts entwertet und verfremdet.

Der derzeitige Entwicklungsstand offener Jugendarbeit in den östlichen Ländern ist darüber hinaus durch weitere Besonderheiten geprägt. Auf der einen Seite kann in einzelnen Landstrichen eine enorme Dichte an Jugendfreizeiteinrichtungen festgestellt werden, in denen zudem eine – im Vergleich mit Westdeutschland – sehr personalintensive Arbeit geleistet wird. Nach wie vor auffällig ist ein relativ geringes Qualifizierungsniveau der hauptamtlichen JugendarbeiterInnen und MultiplikatorInnen (**Abbildung 1**).

Qualifikationsprofile der MitarbeiterInnen offener Jugendarbeit einer Großstadt und dreier Landkreise im Vergleich				
	Landeshauptstadt Magdeburg 2004		Summe ausgesuchter Flächenlandkreise in Sachsen-Anhalt 2006	
Diplompädagogen Uni	3	2,4%	1	0,9%
Diplomsozialarbeiter/-pädagogen (FH)	24	19,0%	12	11,3%
Fachkraft für soziale Arbeit, Gleichstellungen	16	12,7%	9	8,5%
<i>Diplomlehrer</i>	4	3,2%	3	2,8%
Erzieher	29	23,0%	11	10,4%
Musikpädagoge	1	0,8%	0	0,0%
Theaterpädagoge	1	0,8%	0	0,0%
Heilerziehungspfleger	1	0,8%	0	0,0%
Noch im Sozialarbeitsstudium	2	1,6%	5	4,7%
Unklare Bezeichnungen wie „Sozialbetreuer“	2	1,6%	3	2,8%
Unklar, welche päd. Ausbildung vorliegt	2	1,6%	4	3,8%
Mit pädagogischer Ausbildung	85	67,5%	48	45,3%
Mitarbeiter ohne pädagogische Ausbildung	41	32,5%	58	54,7%
Gesamt	126	100%	106	100%

Abbildung 1

© Prof. Dr. Titus Simon

Was die inhaltliche Herangehensweise ostdeutscher Einrichtungen betrifft, bewegen sich die Diskussion und die Ausgestaltung vor Ort nur langsam von der traditionellen Angebots- und Beschäftigungsorientierung weg. Zwar finden Überlegungen zur Sozial-

raum- und Bedürfnisorientierung Eingang in konzeptionelle Debatten. Deren konkrete Umsetzung ist jedoch in vielen Orten schon aus zwei Gründen nicht oder nur sehr schwach zu erkennen:

- Zum einen ist das oftmals nur gering qualifizierte Personal einem sehr traditionellen Verständnis von Jugendarbeit zugewandt, welches vielfach mit dem Bild „man muss die Jugendlichen von der Straße holen“ umschrieben wird.
- Zum anderen ist die sehr hohe Akzeptanz offener Jugendarbeit in der Erwachsenengesellschaft auch darin begründet, dass diese Versorgungs- und Verwahrfunktion durchaus dem tradierten Bild von einem versorgenden Gemeinwesen entspricht, welches in der DDR besonders ausgeprägt war.

Daneben verfallen auch hier Träger gern der Versuchung, bei der Beantragung der ohnehin knappen Fördermittel eine entsprechende Legitimation ihrer Einrichtung mit den problematischen Lebenslagen, der Gewalt, dem Drogenkonsum und anderen Auffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen begründen zu wollen. Damit trafen und treffen sie natürlich zunächst auf offene Ohren und Arme von MultiplikatorInnen in Verwaltungen und Politik und begeben sich gleichzeitig auf gefährliches Glatteis.

Ausdruck dafür ist die zum Beispiel in Sachsen-Anhalt seit längerem im Rahmen der Fördermittelvergabe aus dem Fachkräfteprogramm des Landes heftig geführte Debatte über Aufgabenprofil und umsetzbare Anforderungen und Erwartungen an Einrichtungen der offenen Jugendarbeit. Diese Debatte, die allein schon aufgrund ihres Stattfindens positiv zu bewerten ist, verläuft aufgrund fehlender konsensfähiger Ziel- und Problemdefinitionen eher unsystematisch.

Bleibt zu ergänzen, dass der Transfer westdeutscher Jugendverbandsarbeit auf das Gebiet der neuen Länder weitgehend gescheitert ist.

Unverändert aktuelle Aufgaben und Herausforderungen

Es ist bislang deutlich geworden, dass von einer einheitlichen Jugendarbeit in Deutschland nicht mehr die Rede sein kann. Ich will abschließend – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – auf eine Reihe neuerer Entwicklungen eingehen. Dabei kann an vielen Stellen nicht übersehen werden, dass viele neue Fragen und Angelegenheiten bereits die alten waren:

- Jenseits unserer sozial-, jugend- und bildungspolitischen Zuschreibung bleibt das Jugendhaus für Jugendliche der Ort, um Freunde zu treffen und gemeinsam zu „chillen“ – wie man es heute nennt –, insbesondere für Jugendliche, die keine Freunde zu sich nach Hause einladen können.
- Das Jugendhaus ist unverändert niederschwelliges und zugleich sinnvolles Freizeitangebot, bleibt Rahmen von sozialer Gruppenarbeit und jugendkultureller Prozesse und Experimente.
- Bestehen hoch entwickelte Beziehungen zwischen Besuchern und MitarbeiterInnen, ist die Jugendeinrichtung vielfach erste Anlaufstelle bei problematischen Lebenslagen (zum Beispiel Schwangerschaften, Sucht, Straffälligkeiten).

- Alte und neue Angelegenheit ist die Suche nach interkultureller Kompetenz in der Jugendarbeit und dies vor der besonderen Schwierigkeit, dass in weiten Teilen der Migrationsdebatte eine Rückkehr zum Devianz- und Defizitansatz zu verzeichnen ist.

Aufgabe für Jugendarbeit ist demnach die Unterstützung aller Versuche, die Migrantenjugendliche auf der Suche nach kultureller Neuverortung unternehmen. Das kann sehr wohl auch zu Konflikten mit jenen Ausländerorganisationen führen, die Jugendliche als „natürliches“ Rekrutierungsfeld für ihre rückwärtsge- wandten nationalistischen und religiös-fundamentalistischen Bestrebungen sehen. Letztere haben durch die Konflikte auf dem Balkan, in der Türkei und auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion an Bedeutung gewonnen.

Jugendarbeit steht diesen Entwicklungen meist abwartend und ohnmächtig gegen- über. Man reagiert auf Konflikte, im Bedarfsfall wird ausgegrenzt. Etwas Neues zu entwickeln, was die Suche nach der eigenen Identität der jugendlichen Migran- ten fördert, fällt offensichtlich schwer. Speziell die Jugendverbandsarbeit konnte Migrantenjugendliche kaum erreichen. Ausgenommen hiervon sind lediglich eini- ge Sparten des klassischen Vereinssports (Fußball, Basketball, Kampf-sportarten).

Neue Gestaltungsaufgaben

▪ Koppelung von Sozialer Gruppenarbeit und offener Arbeit

Im Rahmen der allgemeinen Tendenz, die ambulanten Hilfen auszubauen, haben auch Angebote Sozialer Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII) stark zugenommen. Innerhalb einer äußerst heterogenen, fast unstrukturierten Praxislandschaft gibt es zunehmend Formen der Integration Sozialer Gruppenarbeit in Offene Jugendarbeit.

▪ Generationen- und fachdienstübergreifende Angebote

In den zentralen (größeren) Orten kann die Umstrukturierung bestehender Einrichtun- gen zu „Jugendclubs neuen Typs“ hilfreich sein, in denen der Mehrgenerationengedan- ke und die Kooperation mit anderen sozialen Diensten „im Haus“ hinzu kommt.

▪ Integration von Hortbetreuung in die Räume der Jugendclubs

Eine bislang überwiegend auf Ostdeutschland begrenzte Variante ist der Versuch, Hort- angebote mit offener Jugendarbeit zu verbinden. Diese Entwicklung, die nicht unbe- dingt schlecht ist, geht auf sechs Gründe zurück:

1. räumliche Überkapazitäten – etwa wenn Jugendclubs in ehemaligen DDR-Kinder- tageseinrichtungen untergebracht wurden,
2. Synergie-Effekte im Personalbereich,
3. Demographische Entwicklung,
4. Impulssetzungen durch die Debatte um Ganztagesbetreuung,
5. Vor dem Hintergrund einer in Ostdeutschland ausgeprägteren „Betreuungs- Philosophie“ werden Betreuungslücken bei bis zu 15jährigen Schülern geschlossen.

6. Konzentrationsprozesse an zentralen Orten als Resultate zahlreicher Schulschließungen.

- **Gestaltungsaufgabe: Geschlechtergerechte Jugendhilfe**

Geschlechterfragen nehmen innerhalb des theoretischen Diskurses der Jugendhilfe einen steigenden, in der Praxis aber einen bestenfalls stagnierenden Stellenwert ein. Empirische Befunde verdeutlichen, dass die Ausgestaltung einer **geschlechterorientierten Jugendhilfe als Querschnittsaufgabe** nur an wenigen Stellen konturiert entwickelt wurde.¹

Dies überrascht vor dem Hintergrund, dass die in den letzten Jahrzehnten produzierten Ergebnisse von Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik wohl nirgends so einflussreich waren wie in der Sozialen Arbeit. Diese Feststellung gilt allerdings vorrangig für die Bereiche Ausbildung, Forschung und Publizistik. Auch die Praxis Sozialer Arbeit hat mehrheitlich registriert, dass sie es häufig mit AdressatInnen zu tun hat, die als „doppelte VerliererInnen“ bezeichnet werden können.² Streift man durch die verschiedenen Praxisfelder Sozialer Arbeit, so wird rasch deutlich, dass geschlechterbezogene Ansätze zwar häufig in Konzeptionen und Programmen zu finden sind, eine systematische Verlängerung hinein in die Facetten alltäglicher Arbeit nur in Ansätzen, meist aber gar nicht nachweisbar ist. Sie sind zu finden in dem kleinen Segment der frauen- und mädchenbezogenen Sozialarbeit und sie finden sich zumindest rechtlich abgesichert wieder in der Jugendhilfe und der Jugendhilfeplanung³, ohne tatsächlich in der Praxis der Jugendhilfe durchgängig eine größere Rolle zu spielen.

- **Gestaltungsaufgabe: Kooperation mit sozialraumorientierten Erziehungshilfen**

Mittlerweile wurde in ausgesuchten Sozialräumen mit dem Aufbau „flexibler, sozialraumorientierter, individuell zugeschnittener Erziehungshilfen“ begonnen und schließlich 2006 flächendeckend in den Modelllandkreisen umgesetzt. Im Spektrum der erzieherischen Hilfen kooperieren nun in jedem der Sozialräume Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) des Landkreises mit Teams der freien Träger. Sie agieren partiell getrennt, bilden jedoch gemeinsame Jugendhilfestationen. Die früheren Tagesgruppen sowie die soziale Gruppenarbeit wurden – auch vor dem Hintergrund, dass die Mehrzahl der Schulen zu Ganztagschulen erweitert werden sollen – weitgehend aufgelöst und in ihrer Funktion durch die flexiblen Hilfen ersetzt. Daraus resultieren u.a. besondere Planungsnotwendigkeiten für die Verbesserung der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe.

Die in den entsprechenden Sozialräumen vorhandenen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit haben eine vorsichtige Zusammenarbeit mit den Jugendhilfestationen begonnen.

- **Koppelung offener Jugendarbeit mit anderen Angeboten, wie zum Beispiel Spielmobilen, Abenteuerspielplätzen oder verbandlicher Jugendarbeit**

¹ Simon 2006, S. 102

² Mingerzahn 2004, S. 17

³ hierzu ausführlich: Simon 2007

Diese Prozesse sind als das Resultat spezifischer Angebotsstrukturen einzelner Träger nicht neu. Sie werden jedoch als Produkte neuer Kooperationen systematischer begründet, nach dem Prinzip: Was wir alleine nicht leisten können, gelingt uns in konzeptioneller und praktischer Kooperation.

▪ **Neue Formen der Zusammenarbeit Schule - Offene Jugendarbeit**

Eine unabhängig vom Betreuungsaspekt bestehende Notwendigkeit sozialpädagogischer Arbeit an allen Schulen ist mittlerweile weitgehend unstrittig. An die Schulen werden angesichts veränderter Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien neue Anforderungen gestellt. Immer mehr Schulen beginnen damit, sich mit den sichtbar werdenden Lebenssituationen und Problemen der Schüler auseinanderzusetzen, die sich in Schulversagen, Schulverweigerung, Gewalt, Alkohol- und Drogenkonsum und den Schwierigkeiten bei der Bewältigung der „1. Schwelle“ artikulieren.

Vor allem als Folge der stärkeren Verbreitung der Ganztagschule sind neue Herausforderungen an die offene Jugendarbeit erkennbar:

- Sie steht vor einem Legitimations- und Finanzierungsdruck, wie zum Beispiel in Brandenburg, wo das Finanzierungskonzept des Landes sich stark auf Maßnahmen am Schulstandort fokussiert.
- Sie steht vor neuen konzeptionellen Herausforderungen, wo sie – wie an vielen Orten bereits geschehen – in die Freizeitpädagogik und die Förderkonzepte der Ganztagschule eingebunden ist.
- Sie hat aber auch darauf zu achten, dass ein angemessener Teil „schulferner“ offener Jugendarbeit bestehen bleibt. Dies aus drei Gründen:
 1. Offene Jugendarbeit sollte zumindest partiell an ihrer bewährten sozialräumlichen Orientierung festhalten.
 2. Sie sollte auch für jene Jugendlichen ein lebensweltbezogenes Angebot vorhalten, die die Schule bereits hinter sich gelassen haben, ebenso für jene, die schulnah organisierte Angebote als „zu verregelt und zu sehr mit Schule verknüpft“ empfinden.
 3. Sie sollte – im Sinne des 12. Jugendberichts – eine wichtige Funktion bei der Organisation informeller Lernorte einnehmen.

▪ **Gestaltungsaufgabe: Neben den Angeboten am Schulstandort: Mindeststandards in der Fläche**

Auch wenn die Stärkung einer schulnahen Jugendarbeit künftig bedeutsam wird, muss es auch weiterhin – entsprechend zu treffender Vereinbarungen über Mindeststandards – außerschulische Formen der Jugendarbeit geben.

Dabei gibt es unterschiedliche Anforderungen und Optionen:

- Auch hier kann die Umstrukturierung bestehender Einrichtungen zu „Jugendclubs neuen Typs“ hilfreich sein, in denen der Mehrgenerationengedanke und die Kooperation mit anderen sozialen Diensten „im Haus“ hinzukommen (s.o).

- Stärker entwickelt werden kann unverändert das Prinzip einer „hinausreichenden Arbeit“ mit Cliques, die bestehende Angebote schwach oder gar nicht nutzen.
- Im ländlichen Raum kann die heute noch vorhandene Personalausstattung nicht gehalten werden. Wo es auf Dauer nicht mehr möglich ist, in jedem dörflichen Jugendclub hauptamtliches Personal vorzuhalten, müssen Jugendhilfeplanung und sozialräumliche Konzeptentwicklung Antworten darauf geben, wie Fachlichkeit mittels regional agierender, hochkompetenter Multiplikatoren erhalten bzw. neu gestaltet werden kann.

Literatur:

L. Böhnisch, Jugendarbeit in der Diskussion, München 1973

L. Böhnisch, Vorwort, in: T. Simon / P. Wieland, Offene Jugendarbeit im Wandel, Stuttgart 1987

B. Fehren, Geschichte der offenen Jugendarbeit, in: T. Simon / BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (Hrsg.), Offene Jugendarbeit. Entwicklungen, Praxis, Perspektiven, Stuttgart 2000

H. Gieseke, Die Jugendarbeit, München 1971

M. Liebel, Überlegungen zum Praxisverhältnis antikapitalistischer Jugendarbeit, in: deutsche Jugend, Heft 1/1977

F. Mingerzahn, Was ist weiblich, was ist männlich in der Sozialen Arbeit? In: A.-L. Matthies, / F. Mingerzahn / M. Armbruster, (Hrsg.), Weiblichkeit und Männlichkeit in der Sozialen Arbeit, Magdeburger Reihe, Band 14, Magdeburg 2004

S. Schröder, Vom schwierigen Konstituierungs- und Entwicklungsprozess offener Jugendarbeit in den neuen Bundesländern, in: T. Simon / BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (Hrsg.), Offene Jugendarbeit. Entwicklungen, Praxis, Perspektiven, Stuttgart 2000

T. Simon, Kommunale Jugendhilfeplanung, 6. Auflage, Wiesbaden 2007

T. Simon / P. Wieland, Offene Jugendarbeit im Wandel, Stuttgart 1987

T. Simon / BAG Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (Hrsg.), Offene Jugendarbeit. Entwicklungen, Praxis, Perspektiven, Stuttgart 2000

Leipziger Thesen zur Jugendarbeit in Deutschland

DR. SIEGFRIED HALLER

Leiter des Stadtjugendamtes Leipzig

Zum Entstehen der vorliegenden Thesen sind zwei Aspekte anzumerken: Im letzten Jahr wurde in Leipzig eine große Fachkonferenz zum Thema Jugendarbeit mit verschiedenen Partnern, u.a. der GEW, durchgeführt. Die Publikation zu diesem Fachkongress ist mit etwa 30 Beiträgen im Moment im Druck und wird im Dezember erscheinen.

„Leipziger Thesen zur Jugendarbeit in Deutschland“ ist sicher ein reißerischer Titel und sicher nicht dazu geeignet, als Überschrift für die Jugendarbeit schlechthin zu gelten. Das Papier haben wir dennoch so benannt, und zwar aus folgendem Grund: Im Jahr 2002 fand eine Sitzung des Bundesjugendkuratoriums statt. Das Bundesjugendkuratorium hat sich damals intensiv mit dem Thema formaler, nonformaler und informeller Bildung auseinandergesetzt und hat so genannte „Leipziger Thesen zur Bildung in der Jugendhilfe“ herausgegeben. Als wir letztes Jahr den Fachkongress vorbereitet haben, haben wir beschlossen, in der Tradition der in Leipzig stattfindenden bundesweit bedeutenden Veranstaltungen zu versuchen, etwas zu formulieren, das thesenhaft das Thema „Jugendarbeit“ nach vorn denken kann. Bei diesem Wunsch ist es bis heute geblieben. Es ist nicht gelungen, im Laufe dieses Jahres mit diesem Papier auf eine politische Ebene zu kommen. Es ist schwierig, mit diesem Thema bei der Politik anzukommen. Über die Gründe ließe sich trefflich spekulieren.

Die Thesen

1. Die Kernaufgabe moderner Jugendarbeit bleibt die „Ermöglichung von Jugend“ als eigenständige, wertzuschätzende Lebensphase.

Wir haben damals intensiv darüber diskutiert, dass es nicht richtig sein kann, Jugend als eine Durchgangsphase zu betrachten, die mal kommt und mal verfliegt. Es ist vielmehr eine Lebensphase mit eigener, unwiederbringlicher Qualität. Das hat etwas mit der Haltung zum Thema zu tun. Wenn man diese Haltung formuliert, wird man unseres Erachtens einen anderen Zugang zu dem finden, was Jugend faszinierend macht und was es zugleich so schwierig macht, mit dieser Phase umzugehen. Ich glaube ja nicht, nur weil man selbst älter wird, wird die Jugend älter. Die bleibt immer jung.

2. Die Gesamtverantwortung der Jugendhilfe und ihr Gewährleistungsauftrag erfordern kommunales Management – auch für die Jugendarbeit.

Jugendarbeit hat dabei ein eigenständiges Profil mit klarem Bildungs- und Erziehungsauftrag. Mit ihrem Legitimationsbedarf – sei es gegenüber der Politik, der Verwaltung, aber auch gegenüber den jungen Menschen selbst – muss und kann sie aktiv umgehen.

Das Thema „Jugendarbeit“ ist rechtsnormativ in das SGB VIII eingebunden – und damit vielleicht auch ein bisschen unlebendig geworden. Es steht außer Frage, dass es dem Grunde nach eine Pflichtaufgabe ist. Die Jugendarbeit ist jedoch im Unterschied zu an-

deren Bereichen der Jugendhilfe, wie Hilfen zur Erziehung oder Kindertagesstätten, nicht zwingend mit einem festen Budget auszustatten. Das ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen. Die §§ 11-14 SGB VIII, vielleicht auch der § 16, wurden vom Gesetzgeber ausdrücklich in die politische Gestaltungskompetenz der Gebietskörperschaft gegeben. Ich sehe das nicht als Nachteil, sondern als eine Chance. Wenn man allerdings den politischen Diskurs vor Ort nicht führt, braucht man sich über die Schwäche der Jugendarbeit vor Ort nicht zu wundern. Es geht nicht aus der Rechtsnormative hervor, was passiert, man muss die Jugendarbeit vor Ort gestalten.

Jugendarbeit ist dadurch auf Vielfalt und Pluralität angelegt, sie hat keine Möglichkeit, sich bundesweit zu verordnen. Das heißt aber nicht, dass man nicht fachlich darüber diskutieren kann, was das Richtige ist und an welchen Leitbildern man sich orientieren will. Nach § 11 SGB VIII hat Jugendarbeit einen klaren Bildungsauftrag und nicht nur einen Freizeitauftrag. Ich wundere mich zuweilen, dass darüber immer noch diskutiert wird.

Die Jugendarbeit steckt in einer Legitimationskrise. Die Frage ist, wie diejenigen, die professionell in diesem Kontext arbeiten, mit ihrer Aufgabe umgehen. Es gibt einen deutlichen Rechtsauftrag, eine klare Politikgestaltungsaufgabe und einen Finanzierungsdruck, also kann man es nicht der Beliebigkeit überlassen, was in der Jugendarbeit passiert. Damit meine ich auch, dass man es nicht uns „Alten“ überlassen kann, die wir vor 30 Jahren gewusst haben, was richtig ist. Wir müssen Antworten auf die Herausforderungen von 2007 geben. Auch die Jugendarbeit muss konzeptionell und strategisch auf der Höhe der Zeit sein.

- 3. Orte der Jugendarbeit werden von jungen Menschen als „Lebensorte“ geschätzt. Als Basisinfrastruktur sind sie unverzichtbar. Sie sind vor allem auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund wichtig. Sonderprogramme allein können den Regelbedarf von gefährdeten jungen Menschen, vor allem im ländlichen Raum, nicht decken.**

In Leipzig haben wir reichlich Träger und Einrichtungen der Jugendarbeit und tatsächlich die bunte Vielfalt. Als gebaute Basis-Infrastruktur ist Jugendarbeit nach meiner festen Überzeugung unverzichtbar. Die Frage ist, in welchem Ausmaß, nach welchem Konzept sie arbeitet und woran sich ihre Leistung bemessen lässt. Die Arbeit legitimiert sich nicht von allein. Vielerorts herrscht leider eine Art „Wagenburg-Mentalität“, d.h. man beklagt die Kritik oder mangelnde Unterstützung von außen, ohne selbst hinreichend substanziell zu neuen Ufern aufzubrechen. So kommt kein Diskurs zustande, worüber sich Arbeit in der Zukunft inhaltlich und strategisch plausibilisiert.

- 4. Die Jugendarbeit hat sich fachlich und methodisch ausdifferenziert. Sie ist gut gerüstet, um sich auf Jugendphasen und ihre Bewältigungsprobleme einzustellen. Professionelle und jugendhilfepolitische Anerkennung folgt dabei dem Prinzip: Tu ´ Gutes und rede darüber.**

Die Jugendarbeit hat meines Erachtens viel mehr zu bieten, als nach außen deutlich wird. Sie sollte Potenzial in den verschiedensten Bereichen diskurs- und politikfähig machen. Da sehe ich unsere Aufgabe. Wir müssen in der Lage sein, diesen Diskurs zu-

nächst in unseren Reihen zu führen, bevor wir uns bei Journalisten beschweren, dass sie nicht über uns schreiben bzw. nur anekdotisch.

- 5. Jugendarbeit muss stärker in Netzwerke eingebunden werden. Hier liegen Chancen, den Beitrag der Jugendarbeit im Strukturwandel der Arbeits- und Wissensgesellschaft und für die Entwicklung der Zivilgesellschaft sichtbar zu machen.**

Für die Jugendarbeit ist nach meiner Wahrnehmung Netzwerkarbeit noch immer problematisch. Die Netzwerkarbeit, gerade in der Phase der jungen Heranwachsenden, die noch ihre Rolle suchen, aktiv anzugehen, setzt allerdings voraus, in welchem Sozialraum man sich befindet. Ich erlebe immer wieder, dass Kollegen in den Jugendhäusern nicht wissen, welche Vereine es in ihrer unmittelbaren Umgebung gibt, und die keine Kontakte zu Übungsleitern oder Vereinsmitarbeitern haben oder große Schwierigkeiten haben, sich darauf einzulassen, mit Schule zu kooperieren, obwohl sie fast gegenüber liegt. Bei aller berechtigten Institutionenkritik an der Schule kann ich nur dazu auffordern, über den Tellerrand hinauszusehen und sich mit Schule intensiv vor Ort zu vernetzen.

- 6. Schule ist wohl der größte „Jugendclub“ vor Ort, aber gewiss nicht der einzige und darf es auch nicht werden. Sozialpädagogik als Kernkompetenz von Jugendarbeit hat eine Schlüsselfunktion im Netzwerk.**

In der Schule sind sie alle. Ist es nicht ein fataler Fehler, junge Menschen danach zu unterscheiden, ob sie morgens Schüler sind, nachmittags Jugendclub-Besucher und abends Disco-Besucher? Es ist immer derselbe Mensch.

Bezogen auf die Nachfrage nach Jugendarbeit erreicht man in der Alterskohorte, über die wir hier sprechen, kaum mehr als 25 Prozent für die Jugendclubs. Das heißt, die Mehrheit der Zielgruppe geht gar nicht in die Jugendclubs. Das ist eine interessante Herausforderung: Wie wird Jugendarbeit attraktiv? Die Jugendarbeit hat viel zu bieten und kann mehr daraus machen.

Soziale Pädagogik ist neben der Schulpädagogik eine Qualität ganz eigener Bedeutung, die in der Schule unterentwickelt ist, die aber in unserem Bereich sehr gut entwickelt ist. Die Frage ist, wie man diese beiden Dinge nicht gegeneinander, sondern in ein Miteinander bringt. Dass die Professionen sich gegenseitig abschotten, hat Professionalisierungshintergründe. Man ist wechselseitig nicht gewohnt, mit dem Anderen umzugehen und dessen Begriffswelt zu akzeptieren. Begriffswelt stellt die Brille dar, mit der wir die Welt sehen und verstehen und unsere eigenen Bewertungen vornehmen. Die Gefahr, in einer „Wagenburg“ zu bleiben, ist in allen Systemen groß.

- 7. Die Anforderungen an die Steuerung von Jugendarbeit sind für alle Akteure gewachsen. Finanzierungssysteme, Rechenschaftspflichten und Qualitätsbedarfe verlangen einen nachhaltig wirkenden Umbau von Strukturen und Verfahren. Eine aktive Haltung befördert dabei den notwendigen Wandel von sozialen Organisationen; Steuerung, auch sozialwirtschaftliche, baut auf Kompetenz auf, niemals umgekehrt.**

Es genügt nicht mehr, nur gute Sozialarbeit zu machen. Wir müssen zudem klug mit Geld umgehen, wir müssen mit anderen Partnern gut umgehen, auch wenn wir sie nicht sympathisch finden, wir müssen ständig mit Jugendlichen umgehen, bei denen wir manchmal froh sind, wenn sie wieder weg sind oder weg bleiben. Aber die große Kunst in der Sozialarbeit bestand schon immer darin, etwas auszuhalten, dem nicht aus dem Weg zu gehen und den rechten Moment abzuwarten, in dem Gestaltung über unsere Brückenfunktion möglich ist. Das ist konstruktive Jugendarbeit, so wie ich sie verstehe.

8. Jugendarbeit braucht verlässliche Strukturen, auch und gerade der Selbststeuerung, die die Eigenverantwortung von Jugendlichen initiieren, aktivieren und stärken. Jugendverbände bieten hier ein erhebliches Potenzial.

Hier stellt sich die Frage, was wir heute unter Partizipation und Selbstverwaltung verstehen. Wie aber funktioniert heute Selbstverantwortung, nach welchen Regeln gewähren wir das? Wie kommunizieren wir das mit der Kommunalpolitik? Wie legitimieren wir Freiheitsgrade? Wie werden wir keine Ordnungsbehörde? Darüber lässt sich vieles bundesweit aktiv diskutieren, mit guten Beispielen.

Die klassischen Jugendverbände, zum Beispiel die Sportjugend als größter Jugendverband, die Jugendfeuerwehr, Jugendabteilungen des Technischen Hilfswerks oder vom Roten Kreuz u.a., haben eine große Zukunft, wenn sie sich modern aufstellen. Die Frage ist, wie wir in der Jugendhilfe dieses Potenzial heben. Wir müssen auf die Jugendverbände zugehen und nicht umgekehrt. Junge Menschen wollen sich engagieren, das ist eine klare Erkenntnis. Sie haben nur Skepsis, sich zu dem zu bekennen, was wir hier gerne „verordnen“ wollen. War das nicht schon immer so?

9. Aufwendungen für die Jugendarbeit sind elementare Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die „Unterjüngung“ des Lebensbaumes in Deutschland wird zu einem Bedeutungszuwachs der jungen Generation führen und die Akteure neu herausfordern. Demokratie, Partizipation oder Teilhabe bleiben zentrale Stichworte.

Ich sehe kaum einen Kollegen, der diese Ansicht offensiv in seiner Gebietskörperschaft vertritt. Man scheut sich, dies zu formulieren, weil in Kommunalparlamenten überwiegend die Meinung vertreten wird, dass Jugendarbeit nur Geld kostet und nichts bringt. Da die Jugendarbeit in die Legitimationskrise gekommen ist, lohnt es sich, diesen Gedanken, dass sie eine Investition in die Zukunft ist, neu zu beleben.

Den Begriff der „Überalterung“ haben wir durch „Unterjüngung“ ersetzt. Denn nicht das Alter ist das Problem – jeder möchte möglichst lange leben –, aber es kommen zu wenig Junge nach. Diese „Unterjüngung“ der Gesellschaft führt automatisch zum kostbaren Gut „Kind“, zur gesellschaftspolitischen Aufwertung der Kindheit. Doch die Frage ist, wie man damit umgeht. Vor einigen Jahren noch undenkbar, geht es politisch in der Kinder- und Familienpolitik mit Riesenschritten voran. Warum nicht auch in der Jugendarbeit?

Demokratie, Partizipation und Teilhabe hatten in der Jugendarbeit schon immer eine elementare Bedeutung.

10. Aus-, Fort- und Weiterbildung muss sich zeitnah mit der Lebenswelt von jungen Menschen bewegen. Spezifische Anforderungen von Bildungspolitik, Medienpädagogik/Jugendschutz oder etwa aus dem Sozialraum – gerade auch in ländlichen Regionen – brauchen kurzfristig sich darauf einstellende Angebote in den Bildungssystemen. Hochschulen der sozialen Arbeit sind Kompetenzagenturen für die Praxis.

Ich sehe es als ein Problem, wie weit inzwischen die Professionellen von der Lebenswelt der Jugendlichen entfernt sind. Es ist erstaunlich, was an Mediennutzung Standard bei jungen Leuten ist und wie wenig wir davon verstehen – was die Jugendlichen wiederum genau wissen. Es ist an der Zeit, dass sich Aus-, Fort- und Weiterbildungen an den Kompetenzen, Interessen und Nutzungen von jungen Menschen orientieren, die tatsächlich vorhanden sind, auch wenn wir es vielleicht ideologiekritisch nicht ganz für richtig halten. Darüber bekommt man neue Zugänge.

Ich bin verwundert, wie wenig das Thema „Medienpädagogik/Jugendschutz“ in der Jugendarbeit eine Rolle spielt. Ich sehe dort eine große Chance, wenn dieses Thema flächendeckend aktiv und aktivierend in der Jugendarbeit aufgegriffen wird, Dinge vor Ort zu gestalten, die weniger diesen Scoutgedanken beinhalten, sondern den Kinder- und Jugendschutz breit aufblättern.

Ich denke, es ist höchste Zeit, dass wir uns mit der Zukunft der Jugendarbeit beschäftigen.

Förderung von Jugendarbeit

DR. MARTIN NÖRBER

Referent für politische Bildung, Hessischer Jugendring, Wiesbaden

§ 11 Abs. 1 SGB VIII: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“

Wenn über die Förderung von Jugendarbeit nachgedacht wird, liegt schnell die Vermutung nahe, dass vor dem geistigen Auge Euroscheine bewegt werden. Auch beim Blick in die Praxis steigen Bilder aus Diskussionen auf, in denen es nicht zuletzt immer wieder um die finanzielle Förderung und einer in aller Regel als zu gering erachteten Höhe der Fördermittel geht. Angesichts dessen stellt sich die Frage, ob die finanzielle Förderung von Jugendarbeit die zentrale Stellschraube darstellt, um entsprechend § 11 Abs. 1 SGB VIII „jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.“ Mit dem Hinweis auf das KJHG wird deutlich, dass die folgende Auseinandersetzung um die Förderung von Jugendarbeit einen konkreten Bezugsrahmen besitzt.

In diesem Sinne wird unter **Jugendarbeit** das Angebot von Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend, von anderen Trägern der Jugendarbeit und den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe verstanden, das für Mitglieder bestimmte Angebote, die offene Jugendarbeit und gemeinwesenorientierte Angebote umfasst, an den Interessen junger Menschen anknüpft und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet wird, sie zur Selbstbestimmung befähigt und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregt und hinführt, und unter **Förderung** eine defizit-orientierte Unterstützung und Hilfe ebenso verstanden wie eine stärken-orientierte Unterstützung und Hilfe bei der Entwicklung besonderer Fähigkeiten und Ressourcen.

Im folgenden Beitrag wird es um die Frage gehen, wie die Förderung von Jugendarbeit heute funktioniert und welche Tendenzen in Zeiten der Ökonomisierung im Bereich der Förderung von Jugendarbeit wahrnehmbar sind.

Gestern ist heute – Förderung von Jugendarbeit als öffentliche Aufgabe

Die Geschichte der Jugendarbeit in Deutschland erlaubt einen Rückblick, der zwischenzeitlich auf einen Zeitraum von ca. 100 Jahren angewachsen ist. So stammt der erste Jugendpflege-Erlass aus dem Jahre 1901 und trägt den Titel „Betrifft Veranstaltungen zur Sammlung und Unterhaltung der schulentlassenen gewerblichen Jugend“. Abgezielt wurde dabei darauf, dass innerhalb einer freizeitorientierten Arbeit erreicht werden sollte, dass „Vaterlandsliebe, Gemeinsinn, Opferbereitschaft, Verantwortungsgefühl, hoffnungsfrohes Streben und Besonnenheit ... die großen staatsbürgerlichen Tugenden (sind), zu denen die Jugend erzogen werden muß“.¹ Um dies anzuregen, wurden För-

¹ Siercks 1913, 670

dermittel für die Arbeit mit jungen Menschen zur Verfügung gestellt. Bis heute hat sich dabei an dieser Praxis wenig geändert. Dabei zeigt sich, dass „bis heute grundsätzlich nur einmalige Beihilfen gewährt (werden), um die Mittel nicht auf Dauer festzulegen; Mustereinrichtungen und Sonderprogramme werden bevorzugt gefördert; dabei müssen die Zwecke der Jugendpflege eingehalten werden (die aber können durchaus nach Opportunität definiert werden). Die bestehenden Gesetze lassen Änderungen, Schwerpunktsetzung usw. ohne weiteres zu. Nach der Vergabe der beantragten Mittel sind die Empfänger verpflichtet, Verwendungsnachweise zu erbringen, eventuelle Abweichungen von der Antragstellung zu begründen und, soweit möglich, in eine pädagogische Reflexion der eigenen Arbeit einzutreten. Dabei interessiert verwaltungstechnisch vor allem, ob die Mittel für die Zwecke eingesetzt worden sind, für die sie beantragt wurden“.¹

Eine Weiterentwicklung ist allerdings zu verzeichnen. Im KJHG ist eine Förderverpflichtung der Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung im Bereich der Jugendhilfe festgeschrieben. Dabei stellt § 79 Abs. 2 SGB VIII fest:

„Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen gewährleisten, dass die zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen; hierzu zählen insbesondere auch Pfleger, Vormünder und Pflegepersonen. Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln haben sie einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden.“

Der Gesetzestext soll hier an zwei Stellen weiter konkretisiert werden. Wenn hier die Träger der öffentlichen Jugendhilfe angesprochen werden, so geht es in erster Linie um die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die zur Umsetzung und Ausfüllung ihrer Verpflichtung nach SGB VIII ein Jugendamt schaffen müssen und für die Förderung von Jugendarbeit Verantwortung tragen. Die Unbestimmtheit dessen, was dabei als angemessener Anteil betrachtet werden kann, lässt üblicherweise der allgemeinen Phantasie freien Lauf. Sie wird allerdings beim Blick in den Elften Jugendbericht konkretisiert:

„Die Jugendarbeit ist ein unverzichtbares Lernfeld für zivile Formen des Interessenausgleichs und die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in demokratischen Verfahren. Für alle Strukturen und Aufgaben der Jugendarbeit muss der Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen angemessenen Anteil der gesamten Jugendhilfemittel bereitstellen (§ 79 Abs. 2 KJHG), der allerdings nicht näher quantifizierbar ist und somit Aushandlungsprozessen auf örtlicher Ebene unterliegt. Trotz der Schwierigkeiten, eine exakte Größenordnung zu errechnen, sollte der Anteil der Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit am kommunalen Etat der Kinder- und Jugendhilfe mindestens 15 % betragen“.²

¹ Naudascher 1990, 214

² Elfter Jugendbericht 2002, 48

Auch wenn sich der Gesetzgeber um die konkrete Bestimmung an dieser Stelle gedrückt hat, gibt das KJHG Kriterien vor, die hinsichtlich der Angebote der Jugendarbeit zu beachten bzw. zu erfüllen sind. So wird festgelegt, dass entsprechende Angebote

- a. zur Verfügung zu stellen sind,
- b. an den Interessen junger Menschen anknüpfen sollen,
- c. von jungen Menschen mitbestimmt und mitgestaltet werden sollen,
- d. junge Menschen zur Selbstbestimmung befähigen und
- e. zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen sollen.

Der Diskussion der Förderung von Jugendarbeit ist damit ein Rahmen gesetzt, der in aller Regel in der weit überwiegenden Zahl aller Debatten unbeachtet bleibt. Darüber hinaus existieren im KJHG weitere Festlegungen, die sich direkt auf die Förderung von Jugendarbeit beziehen. Zu nennen sind dabei beispielsweise das Subsidiaritätsprinzip (§ 4 SGB VIII) und die Verpflichtung zur Anleitung, Beratung und Unterstützung ehrenamtlich in der Jugendhilfe tätiger Personen (§ 73 SGB VIII).

Ohne Moos nix los?

Angebote der Jugendarbeit stellen eine Pflichtleistung dar, zu der die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gesetzlich verpflichtet sind. Dabei muss der Blick in erster Linie auf die Ebene der kommunalen Gebietsträgerschaften – die Kreise und kreisfreien Städte – gerichtet werden. An zweiter Stelle sind die kreisangehörigen Gemeinden ohne eigenes Jugendamt zu nennen. Auch wenn diese nicht zur Förderung von Jugendarbeit gesetzlich verpflichtet sind, fördern sie die Jugendarbeit. Insgesamt werden die laufenden und investiven Kosten für die Jugendarbeit auf kommunaler Ebene aufgebracht. Die Bundes- und Landesförderung kann demgegenüber vernachlässigt werden. In Hessen spiegelt sich dies beispielsweise in einem Verhältnis von ca. 2 Prozent Landesanteil zu 98 Prozent Kommunalanteil.

Verfolgt man allerdings sozialpolitische Kommunaldebatten, kann nicht nur festgestellt werden, dass mit Blick auf die Jugendarbeit beharrlich von freiwilligen Leistungen gesprochen wird, sondern dass hier der Blick auf die Gruppe Kinder und Senioren dominiert. Der Ausbau eines umfassenderen Betreuungsangebots für Kinder und die Schaffung eines angemessenen Angebots an altersgerechtem Wohnraum stehen auf der kommunalpolitischen Tagesordnung ganz oben. Bezogen auf beide Bereiche wird vielerorts aktuell „Geld in die Hand“ genommen, um Veränderung anzustoßen und konkrete Anpassungsprozesse sicherzustellen. So sollen und werden die Betreuungsangebote für Kleinkinder, Kinder im Vorschul- und Grundschulalter mit Milliardenbeträgen ausgebaut. Auch die Zahl der Ganztagschulen – besser gesagt der Halbtagschulen mit nachmittäglichem Betreuungsangebot – wird kontinuierlich vergrößert. Ebenso finden sich allerorten Bauprojekte zu altersgerechtem Wohnen und der Ausbau und das Angebot an mobilen und stationären Pflegeangeboten für Senioren geht weiter voran.

Die Auseinandersetzung mit der Gruppe der Jugendlichen – die bereits in der Vergangenheit immer erst dann eine umfassende öffentliche und politische Wahrnehmung er-

fahren hat, wenn sie „auffällig“ wurde – reduziert sich aktuell auf Auffälligkeiten wie „Flatrate-Saufen“ und Gewaltdelikte. Derartige Blickverengungen sind in der Geschichte der Jugendarbeit nichts Neues. Sie tangieren die Förderung von Jugendarbeit aber insofern, als dass sie eine defizitäre Förderausrichtung präferieren, die sich wiederum nur auf eine vergleichsweise kleine auffällige bzw. öffentlich präsen- te Gruppe von jungen Menschen bezieht.

Aktuell zeigen sich darüber hinaus bedenkliche Tendenzen im Bereich der Förderung von Jugendarbeit, da beispielsweise, im Gegensatz zur Gruppe der Kinder und Senioren, die Gruppe der Jugendlichen zunehmend von einem Abbau von Angeboten der Jugendarbeit betroffen ist. So berichten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jugendäm- tern von Mittelkürzungen und dem Abbau oder der Umwidmung von hauptberuflichem Fachpersonal. Mit Blick auf die Auswertung der Jugendhilfestatistik wird deutlich:

„Während noch für die 1990er-Jahre eine quantitative Ausdehnung für das Feld der Kinder- und Jugendarbeit gezeigt werden konnte, ... hat sich dieser Trend zwischen 1998 und 2002 offensichtlich umgedreht. Sowohl bei den Einrichtungen als auch erst recht bei den beruflich Beschäftigten und dem Stellenvolumen ze- igen sich bundesweit Rückgänge. So hat sich die Zahl der Einrichtungen in dem benannten Zeitraum von 17.920 auf 17.372 um rund 3% reduziert, werden zuletzt mit den 45.514 knapp 9% weniger Beschäftigte gezählt als noch vier Jahre zuvor sowie insgesamt das Stellenvolumen von 37.151 auf 31.734 um über 14 % zu- rückgegangen ist.

Dieser Trend bestätigt sich anhand der Angaben zu den öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit. Zwischen 1996 und 2004 ist die Zahl der Maß- nahmen um über 33.000 auf zuletzt noch 97.267 zurückgegangen (-25,4%). Die Zahl der TeilnehmerInnen ist im gleichen Zeitraum, und zwar insbesondere zwi- schen 2000 und 2004, um rund 1 Mio. auf 3.667.451 gesunken (-21,5%). Zumin- dest bei der Betrachtung des Bundesgebietes insgesamt sind demografische Effek- te dabei weitgehend irrelevant. Entsprechend bestätigen sich die rückläufigen Entwicklungen für die Kinder- und Jugendarbeit, relativiert man die absoluten Angaben auf die altersentsprechende Bevölkerung (vgl. Tabelle).

Die finanziellen Aufwendungen sind im Gegensatz zur Entwicklung bei den öf- fentlich geförderten Maßnahmen und der bei den tätigen Personen noch bis 2002 auf dann immerhin 1,46 Mrd. EUR gestiegen. Bis zum Jahre 2005 hat sich das Ausgabenvolumen jedoch auf 1,38 Mrd. EUR reduziert (vgl. Tabelle). Dies ent- spricht einem Rückgang von 5,6%. Dies spiegelt allerdings nur die nominalen Veränderungen wider. Bereinigt um die allgemeine Preissteigerungsrate ist für die Kinder- und Jugendarbeit zwischen 2002 und 2005 von einem Rückgang in Höhe von über 10% auszugehen. Der Anteil der Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit bezogen auf das Finanzvolumen für die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt be- trägt 2005 lediglich noch 6,6%. Im Jahre 2002 lag dieser Wert noch bei 7,2%, im Jahre 2000 sogar bei 7,6%.“¹ (**Abbildung 1**)

¹ Pothmann/Thole o.J.

Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland; 1990/91-2005					
	Anzahl der Maßnahmen	Anzahl der Teilnehmer/innen	Anzahl der Einrichtungen	Anzahl des Personals	Höhe der finanziellen Ausgaben
1990/91	/	/	13.437	33.085	.-
1992	127.915	4.308.121	/	/	1.116.804
1994	/	/	13.446	41.955	1.163.216
1996	130.372	4.671.921	/	/	1.254.208
1998	/	/	17.920	49.967	1.297.277
2000	116.643	4.547.306	/	/	1.411.459
2002	/	/	17.372	45.514	1.459.099
2004	97.267	3.667.451	/	/	1.349.776
2005	/	/	/	/	1.377.591
Entwickl. in %	-30.648 -24,0	-640.670 -14,9	3.935 29,3	12.429 37,6	260.787 23,4
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, versch. Jahrgänge - Maßnahmen der Jugendarbeit, Einrichtungen und tätige Personen, Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe, eigene Berechnungen Pothmann/Thole					

Abbildung 1

Auch im Entwurf für den Zwischenbericht Bildungsberichterstattung 2008 wird darauf verwiesen, dass bei der Berechnung der öffentlichen Gesamtausgaben für die Jugendarbeit pro 1.000 Einwohner im Alter von 12 bis 21 Jahren in den Ländern (inklusive Ausgaben der Kommunen) diese zwischen 2000 und 2005 nur in neun Ländern, inflationsbereinigt nur noch in sechs Ländern, anstiegen, wobei in drei Ländern dieser Anstieg 1 Prozent oder weniger beträgt und in den anderen Ländern ein zum Teil deutlicher Abbau sichtbar wird (**Abbildung 2**). Darüber hinaus zeigt sich, dass zwischen den Ländern der Anteil maßnahme- und einrichtungsbezogener Förderung variiert (**Abbildung 3**). Ein Teil dieser länderspezifischen Unterschiede erklärt sich über die Personalausgaben: So wies beispielsweise Berlin 2002 etwa 60 Vollzeitstellenäquivalente pro 10.000 Jugendlicher auf, während es in Bayern nur 23 waren (**Abbildung 4**). Zudem variiert auch der Anteil einschlägig qualifizierter Akademiker/innen: Dieser ist beispielsweise in Bremen und Hessen (mit rund 47 Prozent) deutlich höher als in anderen Ländern. In den östlichen Ländern liegt diese Quote zumeist unter 25 Prozent. Abschließend wird im Entwurf festgestellt:

„Als externer Referenzpunkt bleibt zu beobachten, inwieweit der Abbautrend in der Jugendarbeit mit einer Verlagerung in andere Systeme einhergeht, also inwieweit also die Finanzmittel vermehrt in die Förderung beispielsweise außerunterrichtlicher Angebote von Ganztagschulen fließen.“

Auch bei den beiden großen Kirchen wird aktuell der Bereich Jugendarbeit zunehmend eingeschmolzen. Personalstellen werden nicht mehr besetzt, Jugendreferentinnen und -referenten sind nicht mehr für ein Dekanat bzw. einen Bezirk, sondern zwischenzeitlich für zwei Dekanate/Bezirke oder ganze Regionen zuständig.

Heute wie auch in der Vergangenheit ist die gesetzliche Verpflichtung, dass auf der kommunalen Ebene „von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln ... ein angemessener Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden“ ist (SGB VIII § 79 Abs. 2), nicht umgesetzt. Bei mageren ca. 7 Prozent „dümpelt“ aktuell der Anteil der Ausgaben für die Jugendarbeit an den Jugendhilfeausgaben (**Abbildung 5**).

Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für die Jugendarbeit zwischen 2000 und 2005 pro 1.000 12- bis 21-Jährige nach Ländern

Land	Ausgaben pro 1.000 12- bis 21-Jährige (in Euro)		Entwicklung 2000-2005 (in %)	
	2000	2005	nominal	inflationsbereinigt
Baden-Württemberg	129.249	124.812	-3,4	-8,7
Bayern	129.341	87.101	-32,7	34,5
Berlin	271.314	237.870	-12,3	-17,4
Brandenburg	100.638	127.705	+26,9	+19,9
Bremen	185.690	260.828	+40,5	+31,8
Hamburg	203.356	219.744	+8,1	+0,2
Hessen	184.226	198.178	+7,6	+0,9
Mecklenburg-Vorpommern	115.917	121.327	+4,7	+1,0
Niedersachsen	160.526	144.358	-10,1	-13,9
Nordrhein-Westfalen	137.923	138.970	+0,8	-4,6
Rheinland-Pfalz	103.292	104.716	+1,4	-3,1
Saarland	110.132	124.151	+12,7	+7,4
Sachsen	114.185	116.319	+1,9	-2,3
Sachsen-Anhalt	123.873	106.888	-13,7	-19,0
Schleswig-Holstein	175.270	154.363	-11,9	-15,2
Thüringen	110.572	107.697	-2,6	-6,0
Länder insgesamt*	150.824	148.695	-1,4	-6,1

* Querschnittswert, ohne Ausgaben der obersten Bundesbehörden

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, verschiedene Jahrgänge

Abbildung 2

Ausgaben für Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendarbeit in 2005 nach Ländern

Land	Ausgaben insgesamt	Ausgaben für Maßnahmen	Ausgaben für Einrichtungen	Anteil Maßnahmen
	in 1.000 €	in 1.000 €	in 1.000 €	in %
Baden-Württemberg	155.149	23.105	132.044	14,9
Bayern	122.999	24.140	98.859	19,6
Berlin	80.843	20.437	60.406	25,3
Brandenburg	38.052	14.340	23.712	37,7
Bremen	17.873	3.036	14.837	17,0
Hamburg	36.558	180	36.377	0,5
Hessen	129.028	39.250	89.778	30,4
Mecklenburg-Vorpommern	25.211	10.712	14.499	42,5
Niedersachsen	132.069	43.555	88.514	33,0
Nordrhein-Westfalen	287.134	60.704	226.430	21,1
Rheinland-Pfalz	49.175	19.875	29.299	40,4
Saarland	14.440	8.851	5.588	61,3
Sachsen	53.281	16.680	36.601	31,3
Sachsen-Anhalt	29.816	10.020	19.795	33,6
Schleswig-Holstein	48.283	13.477	34.806	27,9
Thüringen	28.113	9.460	18.654	33,6

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, verschiedene Jahrgänge, zusammengestellt und berechnet: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Abbildung 3

Vollzeitäquivalente des Personals der Jugendarbeit in 2002 pro 10.000 12- bis 21-Jährige nach Ländern	
Land	Stellenvolumen pro 10.000 12- bis 21-Jährigen
Baden-Württemberg	22,8
Bayern	23,0
Berlin	60,2
Brandenburg	28,9
Bremen	26,3
Hamburg	32,5
Hessen	28,2
Mecklenburg-Vorpommern	48,6
Niedersachsen	21,7
Nordrhein-Westfalen	26,1
Rheinland-Pfalz	19,6
Saarland	19,8
Sachsen	41,7
Sachsen-Anhalt	36,7
Schleswig-Holstein	32,5
Thüringen	47,8
Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, verschiedene Jahrgänge, zusammengestellt und berechnet: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik	

Abbildung 4

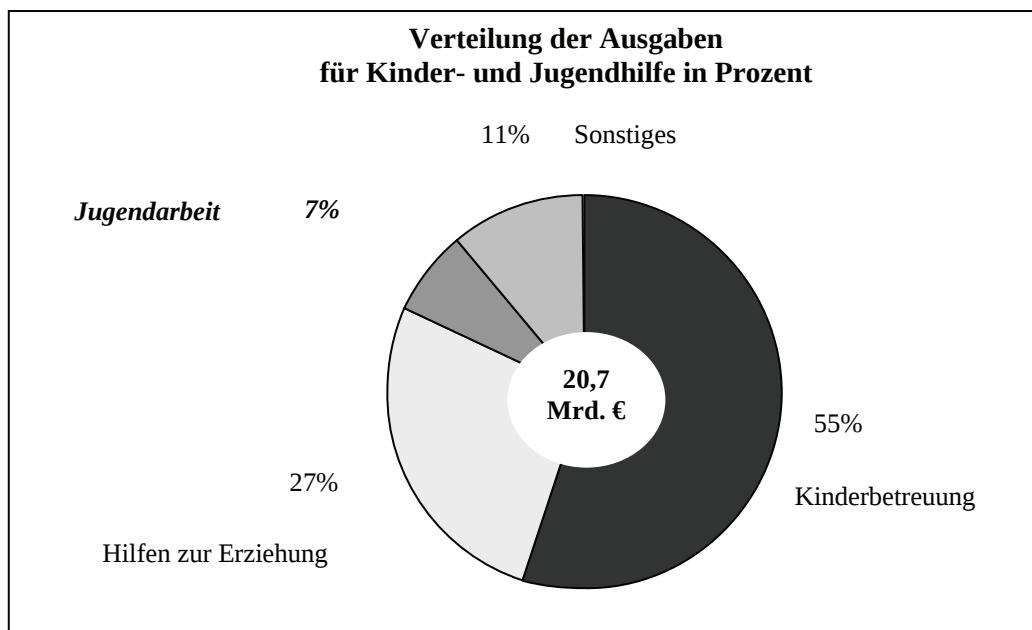


Abbildung 5

© Dr. Martin Nörber

Nur am Rande soll hier Erwähnung finden, dass im gleichen Atemzug von örtlichen Jugendarbeiterinnen und -arbeitern davon berichtet wird, dass rechtsextreme Gruppen in steigendem Maße um junge Menschen werben, Freizeitangebote anbieten und die Aktivitäten der rechtsextremen Szene als bedenklich und oftmals als erfolgreich angesehen werden.

Der Ökonomisierungsprozess ergreift auch die Jugendarbeit

Eigentlich könnte angesichts der Tatsache, dass die Jugendarbeit und ihre Förderung insgesamt als randständig betrachtet werden muss, die weiterführende Auseinandersetzung mit der Frage der Förderung von Jugendarbeit beendet werden. Es scheint berechtigt, die Frage danach zu stellen, ab wann die Auseinandersetzung mit „Peanuts“ kostenträchtiger ausfällt als die eigentlichen „Peanuts“. Unabhängig davon soll und muss an dieser Stelle aber die Auseinandersetzung weitergeführt werden, da die zu verzeichnende „Ökonomisierungs-Welle“ im Bereich der Jugendhilfe auch Auswirkungen auf die Förderung von Jugendarbeit nach sich zieht.

Seit Anfang der neunziger Jahre kann für den Bereich der Jugendhilfe eine Debatte um die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente verzeichnet werden. Insbesondere die zahlreichen Veröffentlichungen der Kommunalen Gesellschaft für Verwaltungsmanagement (KGSt) haben diese Debatte gefördert. Die KGSt weist aktuell darauf hin, dass sich ihre Ideen und das von ihr propagierte Konzept des „Neue Steuerungsmodells“ (NSM) umfassend in den Kommunen verbreitet haben. Im Rahmen eines Projektes „Dauerbeobachtung von Jugendhilfe“ kommt das Deutsche Jugendinstitut (DJI) zum Ergebnis, dass ca. 20 Prozent der Jugendämter Umstrukturierungsmaßnahmen im Sinne der KGSt-Empfehlungen vorgenommen haben. Während alle Großstadtjugendämter davon betroffen sind, trifft dies bei den Landkreisjugendämtern nur für ca. jedes zehnte Jugendamt zu.¹ Zwischenzeitlich ist davon auszugehen, dass der Ökonomisierungsprozess in der Jugendhilfe aber weiter vorangeschritten ist.

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung haben Instrumente wie die outputorientierte Ressourcensteuerung, die Budgetierung, das Lean Management, das Qualitätsmanagement und die Qualitätskontrolle Einzug in die Jugendhilfe gehalten. Jugendhilfe wird somit zunehmend als Markt betrachtet, der scheinbar marktwirtschaftlichen Paradigmen unterliegt. Die wachsende Zuspitzung auf eine derartige Einordnung

„sollte sich allerdings über die Besonderheiten dieser „Quasi-Märkte“ klar sein: Es handelt sich um inszenierte bzw. asymmetrische Märkte mit folgenden Merkmalen: Steuerung über zentral koordinierte Vergabeverfahren, Verhandlung von Standards und Preisen, Anbieterkonkurrenz mit Hilfe von Zielvereinbarungen, Leistungskennzahlen und outputbezogenen Budgets sowie Pauschalfinanzierung. Eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren dieser „Märkte“ wäre ein Empowerment, also eine Befähigung sowohl der Betroffenen wie auch der sozialen Unternehmen, um sich auf diesen Märkten bewegen zu können.“²

Die betriebswirtschaftliche Steuerungsdebatte ist dabei Teil der „Ökonomisierung des Sozialen“, wie sie sich in den Überlegungen des französischen Philosophen *Michel Foucault* widerspiegelt. In seinen Studien zur Gouvernementalität hatte Foucault Ende der siebziger Jahre Untersuchungen zum Begriff der „Regierung“ angestellt. Im Kontext der Auseinandersetzung mit Fragen bzw. Aspekten des Regierens wurden die systematischen Beziehungen zwischen Macht und Subjektivität, Herrschaftstechniken und „Technologien des Selbst“ bzw. die soziale Beziehungen unter dem Blickwinkel des

¹ Vgl. van Santen 1998

² Sell 2007, 6

Regierens analysiert. Unter der „Ökonomisierung des Sozialen“ wird das Ziel verstanden, in Form politischer Rationalität den Abbau staatlicher Leistungs- und Sicherungssysteme an den Appell an „Eigenverantwortung“ und den Aufbau selbstregulatorischer Kapazitäten zu koppeln. Eigenverantwortung und Selbststeuerung entsprechen dabei dem aktuell geführten Diskurs im Hinblick auf den Umbau des Sozialstaats.

Beim Prozess der Ökonomisierung geht es also nicht um den zunehmenden Einfluss der Ökonomie auf das Soziale, die Politik oder Kultur, sondern vielmehr darum, dass der Markt als das kapitalistische Ordnungsmoment schlechthin zu „einer Art permanentem ökonomischen Tribunal“ (Foucault) wird, vor dem nicht nur das eigene wirtschaftliche, sondern das gesamte Handeln zu verantworten ist. Gefördert wird die individuelle Entwicklung einer „Technologie des Selbst“ (Foucault) dadurch, dass „fast täglich die Bürger mitgeteilt (bekommen) – darin besonders unterstützt von einer vom Projekt der neo-liberalen Deregulierung begeisterten Medienwelt – dass die Steuern und Sozialabgaben für die Unternehmen und die Leistungsträger der Gesellschaft zu hoch sind, dass die Bevölkerung zu alt, zu krank ist, dass die Familien ihre Erziehungsverantwortung zu wenig wahrnehmen, dass die Sozialisationssysteme ausgenutzt werden, ‚Hängemattenmentalität‘ befördern, private Einzelverantwortung zur Selbsthilfe zu gering schätzen und daher ein Umbau von Sozialleistungen zwingend ist“.¹

Ziel dieser Agitation ist es, die Universalisierung der Marktmechanismen nicht mehr über simple Herrschaftstechniken der Obrigkeit (Staat, Regierung, Firma, Chef) vermitteln zu müssen. Die (post-)modernen Formen des Regierens bauen auf die „Technologien des Selbst“ und darauf, dass sie es „Individuen ermöglichen, mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren Körpern, mit ihren eigenen Seelen, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen, und zwar so, dass sie sich selber transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen – Der Fremdzwang wird zum Selbstzwang“ – so die AG Ökonomisierung von attac Berlin. Ökonomisierung im Kontext dieses Beitrages wird hier vor diesem Hintergrund sowie im Zusammenhang mit der ökonomischen Frage des Wertes, des Nutzens und des Ertrags gesehen; Aspekte, die auch in der Jugendhilfe Einzug gehalten haben.

Der Tanz ums goldene Kalb

Vor dem Hintergrund von Neuer Steuerung und der „Ökonomisierung des Sozialen“ gerät auch die Jugendhilfeverwaltung wie auch die Jugendarbeit in den Zug von „Modernisierungsbestrebungen“. So wird die Jugendarbeit mit der Notwendigkeit der Darstellung ihres Werts, ihres Nutzens sowie ihres Ertrags konfrontiert.

Der Begriff „Wirksamkeitsdialog“ erfährt Bedeutung und spiegelt sich beispielsweise im Bereich der Offenen Jugendarbeit in der Entwicklung von Evaluationsinstrumenten zu Schwerpunkten wider, die sich auf die freizeitpädagogische Arbeit, die Offene Kinderarbeit, die Mädchenarbeit, die Jugendkulturarbeit, die cliquenorientierte und mobile Arbeit, die schulbezogene Arbeit, die arbeitsweltbezogene Arbeit, die interkulturelle Kinder- und Jugendarbeit, die medienpädagogische Arbeit, auf den Bereich der Bera-

¹ Krummbacher/Kulbach/Waltz/Wohlfahrt 2003, 574

tung, biographischen Begleitung und Einzelhilfe und auf die partizipative Kinder- und Jugendarbeit auswirkt.¹ Betrachtet ein Außenstehender allein diese Auflistung, muss es sich bei der Offenen Jugendarbeit wahrlich um eine schulähnliche Infrastruktur handeln. Im Nachhinein zeigt sich, dass der Versuch, durch einen Wirksamkeitsdialog „Qualität zu sichern, zu entwickeln und zu verhandeln“, nichts genutzt hat. Die Fördermittel für die Jugendarbeit wurden gekürzt.

Auch zahlreiche Jugendverbände unterlagen einem wachsenden inneren „Zwang einer „Modernisierung“ ihrer Strukturen als einer Antwort auf wahrgenommene Legitimierungs- bzw. Modernisierungszwänge.² Diese Modernisierungswelle verursachte beispielsweise in zahlreichen Jugendverbänden eine Bewegung jugendverbandlicher Selbstbeschäftigung, in der eine Stimmung produziert wurde, die den Eindruck vermittelte, dass scheinbar nur der Verband den zunehmenden Gefahren des Überlebens entgehen kann, der im Wettbewerb „Besser – Schneller – Schlanker“ mindestens noch die unterste Stufe des Siegereppchens erreicht.

Die Frage, ob für die Jugendverbände aber überhaupt eine Notwendigkeit existierte und existiert, „schlanker“ zu werden, sich besser zu „controllen“ oder alle Instrumente aus dem Werkzeugkoffer des Total Quality Managements zu kennen und zu nutzen, wurde demgegenüber erst gar nicht erörtert, geschweige denn beantwortet, da in vielen jugendverbandlichen Kommandozentralen im Eifer der Managementeuphorie nicht viele Fragen angesichts einer scheinbar fehlenden Zeit gestellt wurden, denn: Die Langsamen schienen unter die Räder zu kommen.

Für viele Jugendverbände kann festgestellt werden, dass ein originäres Aufgabenverständnis der Förderung der Lebensbewältigung von Kindern und Jugendlichen, der Unterstützung der Selbsttätigkeit und der Aneignung von Lebenskompetenz sowie der Bereitstellung von Räumen für die Entwicklung jugendkultureller Stile einem eher struktur-funktionalistischen Verständnis von Jugendverbänden als Dienstleistungsunternehmen gewichen war – mit der betriebswirtschaftlichen Konsequenz, dass ökonomische Fragen nach dem Wert, dem Nutzen und dem Ertrag plötzlich pädagogische sowie jugend- und sozialpolitische Themen verdrängen. Zwischenzeitlich scheint aber auch dieses Thema in den Verbänden wieder an Bedeutung verloren zu haben.

Von der Realität der Förderung von Jugendarbeit an der Basis

Fokussiert man die Betrachtung wieder auf die Förderung von Jugendarbeit, ist davon auszugehen, dass trotz aller Entwicklungen im schmalen Segment Jugendarbeit weitestgehend tradierte Formen die Förderungssituation prägen. Im Bereich der Jugendarbeit existieren zum einen keine „sozialen Unternehmen“ und zum anderen kann von keiner unternehmerischen Befähigung bei freien Trägern in der Jugendarbeit gesprochen werden. Wo sollte die auch zu finden sein, in einer Struktur, die ihre Leistungen zu über 90 Prozent vor Ort, in Städten und Gemeinden und zu über 90 Prozent auf der Basis ehrenamtlichen Engagements aufbaut.

¹ Vgl. Projektgruppe Wanja 2000

² Vgl. z.B. Kleemann/Schmidt-Hood 2002

Darüber hinaus stellt sich zudem die Frage, warum das Thema der kommunalen Förderung von Jugendarbeit angesichts des geringen Anteils frei nutzbarer Mittel zum Top-Thema in der Jugendarbeit werden sollte. So zeigt beispielsweise der Blick auf Hessen, dass die im Rahmen der kommunalen Förderung von Jugendarbeit zur Verfügung stehenden Mittel zu ca. 75 Prozent für Angebote der öffentlichen Träger und zu ca. 25 Prozent für Angebote freier Träger verwandt werden. Differenziert man die Fördermittel unter einem anderen Blickwinkel, zeigt sich, dass ca. 70 Prozent der Mittel für Einrichtungen genutzt werden und ca. 30 Prozent im Bereich der Maßnahmen der Jugendarbeit zur Verfügung stehen. Ein nochmals weiterer Blick auf Hessen, der die Förderung von Veranstaltungen im Bereich der Jugendarbeit in Beziehung zur Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzt, zeigt folgendes Bild (**Abbildung 6**):

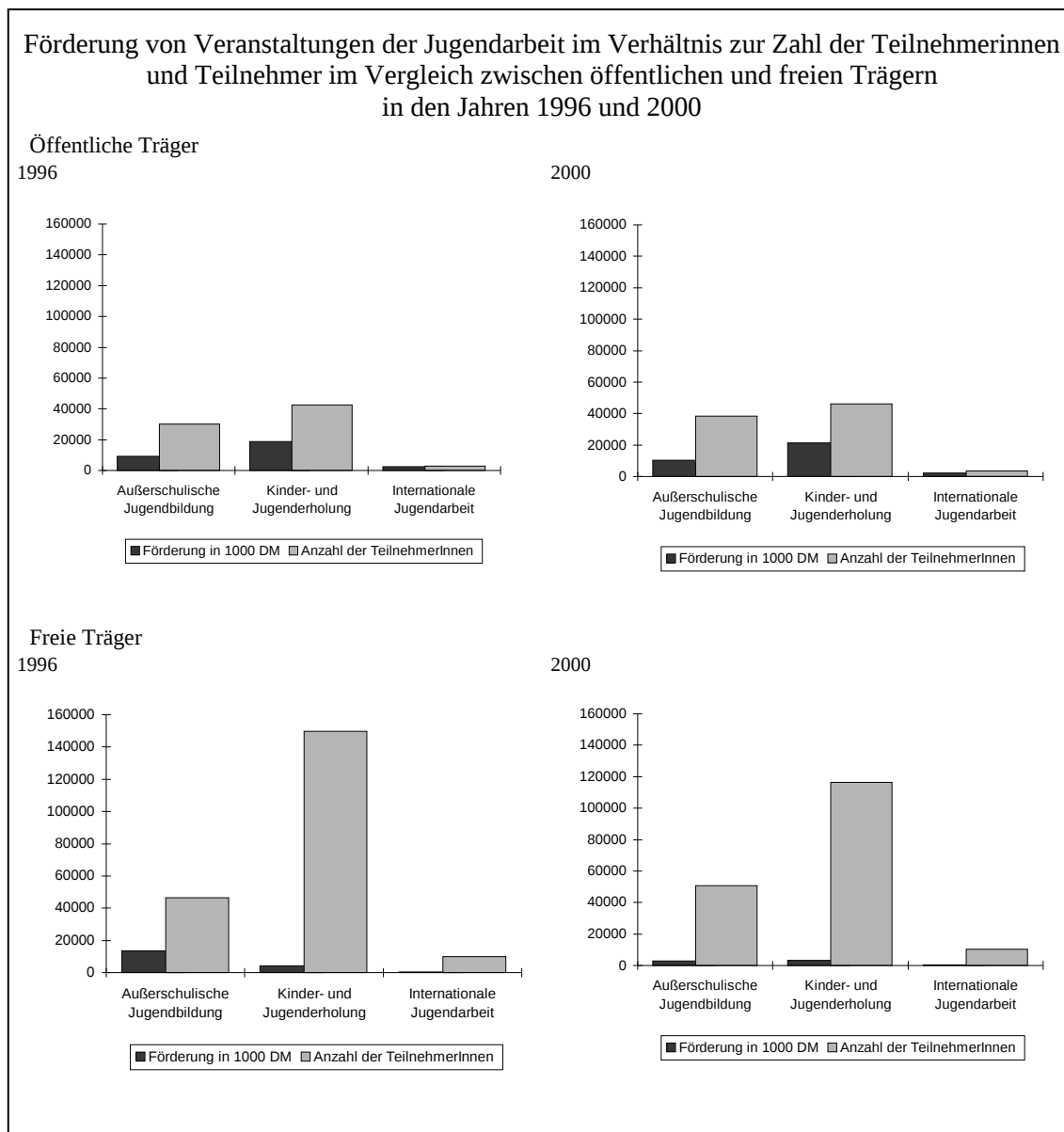


Abbildung 6

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 1997, 1998, 2001a und 2001b

Aktuell zeigen sich Tendenzen, dass Jugendhilfeträger die Förderung von Jugendarbeit – allerdings nur bezogen auf die freien Träger – „loswerden wollen.“ Wenn beispielsweise in einem ländlichen Landkreis ca. 40.000 Euro pro Jahr in der „Wander- und Fahrtenkasse“ zur Förderung von Maßnahmen der Jugendarbeit zur Verfügung stehen und davon 124 Maßnahmen mit ca. 4.300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Grundlage einer Förderrichtlinie gefördert werden, bewegt sich allein der im Jugendamt dazugehörige Verwaltungsaufwand fast annähernd in der Größenordnung der zur Verfügung stehenden Fördersumme.

Das heißt: Zu viel bürokratischer Aufwand für zu wenig Fördermittel und zu wenig inhaltlicher Bezug. Dieser geringe inhaltliche Bezug von Verwaltung und Politik sowohl zur Jugendhilfe als auch zur Jugendarbeit spiegelt sich nicht zuletzt in der scheinbar immer wieder zitierten Feststellung der freiwilligen Leistung Jugendarbeit wider. Ein aktuelles Beispiel aus Halle, wo aus kommunaler Finanznot die Stadt sämtliche Kinder und Jugendliche, die zu ihrem Schutz in Heimen untergebracht sind, nach Hause schicken will, macht die Bezugslosigkeit zur Jugendhilfe deutlich. In einem Bericht zur Situation wird in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) festgestellt: „In der fünf Seiten langen Dienstanweisung wird nur einmal beiläufig das Wort ‚Kindeswohl‘ erwähnt. Ansonsten ist die Rede von Erfüllungsständen, Steuerungsempfehlungen, Fachcontrolling, Perspektivklärung und vor allem von fiskalischen Vorgaben, sprich: Einsparungen“.¹

Es soll gespart werden – nicht gefördert. Beim Versuch der Verschiebung der Fördermittel auf einen freien Träger zeigt sich allerdings, dass auch der Verwaltungsaufwand mit verschoben wird – allerdings ohne dass hierfür ein ausreichendes Verwaltungsbudget mit vergeben wird. Lean Management bzw. Sparen zu Gunsten der Verwaltung sozusagen.

Dort, wo nicht gleich alles verschoben werden soll, wird ein anderer Weg gewählt. In einer Großstadt soll die Förderung der selbstorganisierten Jugendarbeit – es geht um insgesamt ca. 140.000 Euro pro Jahr – neu strukturiert werden. „Jugendverbandsförderung: zeitgemäß, flexibel und modern“ ist der Titel des Konzepts, das aus Sicht des Jugendamtes darauf abzielt, „städtische Fördermittel unkomplizierter“ zur Sicherung von Angeboten für Kinder und Jugendliche zu nutzen und um die „Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität“ der Jugendarbeit zu verbessern. Dabei zeigt sich, dass die vorgeschlagene sozialräumliche Struktur nicht einmal durch den öffentlichen Träger selbst umgesetzt wird. Im weiteren Ergebnis sollen in den vier Regionen „verbunds- oder stadtteilbezogene bzw. stadtweite Arbeitsgemeinschaften“ gebildet werden, in denen die sozialräumliche Förderung von Jugendarbeit koordiniert wird, wobei hierfür jeweils ein Sozialpädagoge eines kommunalen Jugendhauses mit einem 25-prozentigen Budget für Vor- und Nachbereitungen sowie für Koordinationsaufgaben zur Verfügung gestellt wird.

Auch hier zeigt sich, dass erstens davon auszugehen ist, dass die Umsetzung der geplanten Vergabestruktur im Ergebnis nicht zu einem Abbau bürokratischer Hürden, sondern insbesondere zu einer deutlich höheren zeitlichen Belastung für ehrenamtlich Engagierte in der Jugendarbeit führt und zweitens nicht die Gesamtheit aller für die Förderung

¹ FAZ v. 7.11.2007, 5

von Jugendarbeit zur Verfügung stehenden Mittel in das Konzept eingebunden ist, sondern nur der aufwendige Teil der Förderung der freien Träger.

Förderung von Jugendarbeit – Was tun?

Mit Blick auf die Praxis der Förderung von Jugendarbeit wird erkennbar, dass weitestgehend von einer gespaltenen Fördersituation gesprochen werden kann, in der die Angebote der Jugendarbeit, die von einer großen Zahl junger Menschen wahrgenommen werden, mit vergleichsweise geringen Summen gefördert werden. Es scheint so, als ob im Bereich der Jugendarbeit zwar die outputorientierte Ressourcensteuerung propagiert wird, in der Realität aber nur eine Trägergruppe unter dem Brennglas betrachtet wird.

Dies ist umso verwunderlicher, da die Ergebnisse des Freiwilligensurveys zeigen, dass beispielsweise die Jugendverbände als Sozialisationsagenturen für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement gelten können. Betrachtet man beispielsweise den organisatorischen Rahmen jugendlichen ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements, weisen die empirischen Ergebnisse des Freiwilligensurveys darauf hin, dass nur ca. 10 Prozent aller jungen Engagierten bei öffentlichen/kommunalen Trägern engagiert sind. Etwa 75 Prozent aller jungen Engagierten finden sich im Bereich der Kirchen und von Vereinen und Verbänden. Darüber hinaus wurde deutlich, dass 49 Prozent aller ehrenamtlich und freiwillig Tätigen in der Altersspanne zwischen sechs und 20 Jahren ihr Engagement in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (= Jugendarbeit) begonnen haben und der Beginn ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements in „jungen Jahren“ somit eine prägende biographische Bedeutung besitzt.

Auch die Ergebnisse der aktuellen Studie des Deutschen Kinderhilfswerks mit dem Titel „Vita gesellschaftlichen Engagements“ zeigen, dass die außerschulische Jugendarbeit eine zentral wichtige Bedeutung für die Übernahme eines ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements besitzt. Für 63 Prozent der Befragten war die frühe Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Organisation von großer bis sehr großer Bedeutung für ihre Engagementbereitschaft. Deutlich vorn liegen dabei mit über 45 Prozent die Sportvereine, gefolgt vom Engagement in der Kirche (38 Prozent) sowie bei den Pfadfinder/innen und ähnlichen Jugendorganisationen (36 Prozent).¹

Unter dem Gesichtspunkt, dass aktuell die Förderung von Eigenverantwortung und Selbststeuerung dem aktuell geführten Diskurs im Hinblick auf den Umbau des Sozialstaats entspricht und mit Blick auf die Jugendarbeit davon auszugehen ist, dass durch den „aktivierenden Staat“ junge Menschen „in einen Verantwortungskontext eingebunden werden, der zivilgesellschaftliche Entlastungseffekte für den Staat in den Vordergrund rückt“², ist nur schwer nachvollziehbar, warum die Förderung von Jugendarbeit in den aufgezeigten traditionellen Bahnen verläuft oder im Falle von Veränderungen oft Modalitäten gewählt werden, die eher zu einer Belastung als zur Unterstützung ehrenamtlich verantworteter Jugendarbeit werden.

¹ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk 2007

² Krummbacher/Kulbach/Waltz/Wohlfahrt 2003, 574

Grundsätzlich scheint die Förderung von Jugendarbeit in keinem größeren Wahrnehmungszusammenhang mit gesellschaftlichen Debatten zu stehen. So wird beispielsweise zwar vielerorts über kommunale Auswirkungen demographischen Wandels und einen möglichen Abbau sozialer Infrastrukturangebote diskutiert, dass aber eine Reduzierung der Förderung von Jugendarbeit im Ergebnis zum Abbau von Zugangswegen und Engagementfeldern für Jugendliche hin zur Übernahme von Verantwortung im Rahmen ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements führt, ist nicht im Blickfeld. In der Konsequenz werden Jugendliche sprichwörtlich von der Möglichkeit des Einstiegs in ein Engagement abgeschnitten. So stellt beispielsweise die Landes-Ehrenamtsagentur Hessen fest, dass

„besonders die Schließung von Räumlichkeiten (zum Beispiel Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendhäuser, Kirchenräumlichkeiten, Schwimmbäder) ... die Engagementlandschaft verarmen (lässt). Ohne diese Treffpunkte geht dabei oft mehr als nur die reine Vereinsaktivität am Ort verloren. Es führt zu einem zunehmenden Verlust an örtlicher Identifikation verbunden mit sinkendem Engagement. Eine überörtliche Bündelung von Ressourcen, wie sie im Rahmen interkommunaler Kooperationen angedacht ist, wird wegen mangelnder Identifikation und Akzeptanz nur bedingt hilfreich sein. Nur wenige sind bereit, sich ortsübergreifend für ihre Belange einzusetzen, da die Identifikation mit dem Wohnort und dem direkten Lebensumfeld eine wichtige Triebfeder für Engagement ist.“

Die Förderung von Jugendarbeit stellt zwar ein unbedeutendes Thema im Gesamtgefüge kommunalen Handelns dar, aber oft beginnt es mit kleinen Rissen und Löchern, die, wenn verdrängt, zum Riss im Rumpf führen, durch den Wasser eindringt, das kontinuierlich steigt und zum Sinken des Tankers führt.

Literatur

Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Vita gesellschaftlichen Engagements. Eine Studie zum Zusammenhang zwischen früher Beteiligung und dem Engagement bis ins Erwachsenenalter. Berlin 2007 (http://www.kinderpolitik.de/downloads/aktuell/dkhw_studie_engagement.pdf)

Elfter Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Berlin 2002

Kleemann, W./Schmidt-Hood, G. (Hrsg.): Einblicke riskieren – Ausblicke wagen. Konzepte und Praxisbeispiele zur Organisationsentwicklung in Jugendverbänden. 2002 (Books on Demand GmbH)

Krummbacher, M./Kulbach, R./Waltz, V./Wohlfahrt, N.: Soziale Stadt, Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement. Revitalisierung lokaler Sozialpolitik oder lokalpolitisch flankierter Sozialstaatsumbau?“ In: neue praxis, Heft 6/2003, 569-584

Naudascher, B.: Freizeit in öffentlicher Hand. Behördliche Jugendpflege in Deutschland von 1900 – 1980. Düsseldorf 1990

Nörber, M.: jung & engagiert. Neuere Daten zum ehrenamtlichen Engagement junger Menschen. In: deutsche jugend, Heft 4/2001, 165-174

Pothmann, J./Thole, W.: Trendbrücke – Kahlschlag oder geordneter Rückzug? Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit. (<http://129.217.205.15/akj/tabellen/kommentierungen/jugendarbeit/juarb2.pdf>)

Projektgruppe Wanja: Qualität sichern, entwickeln und verhandeln. Handbuch zum Wirksamkeitsdialog in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Münster 2000

van Santen, E.: „Output“ und „outcome“ der Implementierung Neuer Steuerung. Empirische Befunde zu den Erscheinungsformen und Folgen der Neuen Steuerung in der Kinder- und Jugendhilfe. In: neue praxis, Heft 1/1998, 36-49

Sell, S. (2007): Umbau im Gange. Tendenzen beim Umbau des Sozialstaates. In: Caritas in NRW, Heft 3/2007, 4-6

Siercks, H.: Die staatsbürgerliche Erziehung unserer Jugend. In: Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge (Hrsg.): Handbuch für Jugendpflege. Langensalza 1913, 665-678

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 1996: Ausgaben und Einnahmen. Wiesbaden 1997

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2000: Ausgaben und Einnahmen. Wiesbaden 2001a

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe 1996. Wiesbaden 1998

Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe 2000. Wiesbaden 2001b

Forum 1: Jugendarbeit in der Stadt

Die Offensive für die offene Jugendarbeit in der Stadt Wolfsburg. Konzept zur nachhaltigen Entwicklung (pro 11)

CAROLA KIRSCH

Leiterin des Geschäftsbereiches Jugend, Stadt Wolfsburg

Rahmenbedingungen in der Stadt Wolfsburg

Wolfsburg ist eine mittelgroße Großstadt mit 120.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Wolfsburg hat durch VW eine ganz besondere Struktur.

Die Rahmenbedingungen zeichneten sich, als wir mit „pro 11“ begannen, dadurch aus, dass wir schon relativ früh eine umfassende Verwaltungsreform in Angriff genommen haben. Durch die Verwaltungsreform in der gesamten Stadtverwaltung der letzten Jahre besteht auf der Leitungsebene im Geschäftsbereich Jugend die Bereitschaft zur Organisationsentwicklung. Wir haben damals für Führungskräfte eine Vielzahl von Fortbildungen durchgeführt. Zu dieser Zeit gab es dafür noch viel Geld in der Stadt.

In der Zeit der Entwicklung der Hartz-IV-Gesetze haben wir mit VW, insbesondere mit dem Personal- und dem Ausbildungsbereich, eng zusammengearbeitet. Die Nähe und die punktuelle Zusammenarbeit mit Volkswagen schaffen ein Klima, in dem Kundenorientierung und Marketing von den Führungskräften der Stadtverwaltung generell, aber auch vor allem im Jugendamt, als notwendige Instrumente akzeptiert wurden. Zu dieser Zeit gab es in der Jugendhilfe eine große Diskussion darüber, ob man sich mit solchen Begriffen überhaupt auseinandersetzen darf.

Fast alle Jugendtreffs, außer zwei kleinen in kirchlicher Trägerschaft, sind in städtischer Trägerschaft, daher können alle in eine Organisationsentwicklung einbezogen werden. Neben den Jugendtreffs haben wir Bürgerbegegnungszentren, die ihre Arbeit im Wesentlichen nicht verändert haben. Diese Bürgerzentren bilden die andere Hälfte unserer Angebote von offener Kinder- und Jugendarbeit. Wir haben unsere Organisationsentwicklung auf die Jugendtreffs konzentriert.

Bei allen Mitarbeitern, insbesondere bei den Führungskräften in der Jugendarbeit, hat sich die Erfahrung durchgesetzt, dass sich Maßnahmen nach dem Prinzip „Mehr desselben“ abgenutzt haben.

Systemisches Denken hat sich produktiv mit dem Interesse an Organisationsentwicklung verbunden. Für uns war 2004/Anfang 2005 die Zeit reif für eine ehrliche Analyse und Handlungskonsequenzen auf der Grundlage systemischer und Organisationstheorien. Wir haben mit Tabus gebrochen, so haben wir zum Beispiel aufgezählt, wie viele Leute überhaupt in unsere Jugendtreffs kommen, obwohl es heftige Diskussionen mit den betreffenden Sozialarbeitern gab, ob man so etwas zählen und ob man solche Zahlen auch veröffentlichen darf.

Durch PISA ist die Bedeutung von Bildung auch in den Fokus der kommunalen Diskussion gerückt, so dass wir mit unseren Ideen, Jugendarbeit als Bildungsarbeit zu definieren, auf großes Interesse gestoßen sind.

Ausgangssituation März 2004

Die Ausgangssituation in den Jugendtreffs war durch folgende Erscheinungen gekennzeichnet:

- Jugendtreffs sind sehr stark von Cliques besetzt, die keine anderen Gruppen zulassen.
- Sie haben eine relativ geringe Besucherzahl (20 bis 30 Stammbesucher). In einer Einrichtung dürfen sich maximal 2 Cliques aufhalten.
- Die Altersstruktur bewegt sich hauptsächlich im Bereich 14 bis 22 Jahre.
- Es besteht eine starke Saisonabhängigkeit der Besucherzahlen. Jugendzentren sind von Frühjahr bis Herbst kaum besucht.
- Partizipationsangebote werden von Jugendlichen häufig nicht als solche erkannt oder abgelehnt.
- Früher erfolgten Generationswechsel automatisch. Heute muss das mit aufwendigen Werbeaktionen auf den Weg gebracht werden, die bei uns keinen besonderen Erfolg zeigten.

Leitziele für pro11inwob

Für unser Projekt pro11inwob haben wir Leitziele entwickelt:

- **Offene Jugendarbeit** entwickelt erfolgreich und kontinuierlich Bildungsangebote für und mit allen Jugendlichen von 10 bis 18 Jahren.
- **Offene Jugendarbeit** bietet Aktions-, Gestaltungs-, Mitbestimmungs- und Rückzugs-“Räume“ für Jugendliche.
- **Offene Jugendarbeit** hat ein differenziertes Konzept von unterschiedlichen Angebotsformen (stationär/mobil). Unsere Sozialarbeiter haben schon immer, vor allem, wenn der Jugendtreff im Sommer nicht besucht wurde, draußen Angebote gemacht. Sie sind auf die Straßen und Plätze gegangen und haben sich dort präsentiert. Wir meinen, dass ein differenziertes Konzept von stationären und mobilen Angeboten notwendig ist.
- **Offene Jugendarbeit** arbeitet in Wolfsburg mit Qualitätszielen, Indikatoren, mit einem implementierten Controllingsystem in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess.
- **Offene Jugendarbeit** erhält nur mit einem eindeutigen Profil eine politische und öffentliche Akzeptanz. Das heißt, es muss den jungen Menschen, den Eltern, vor allem aber auch der Jugendpolitik klar sein, was Offene Jugendarbeit ist.

Wir wollen, dass in Wolfsburg die offene Jugendarbeit in einer verankerten, implementierten und klaren Struktur und Organisationsform stattfindet. Die einzelnen Kollegen sollen sich nicht mehr ausschließlich für ihren Treff verantwortlich fühlen. Es soll eine Zusammenarbeit mit den anderen Einrichtungen etabliert werden.

Der ehemalige Verantwortliche für die Offene Jugendarbeit im Landesjugendamt Niedersachsen, *Werner Lindner*, hat unser Anliegen sehr gut beschrieben, dergestalt, dass „Jugendarbeit ein allgemeines Regelangebot für alle Jugendlichen ist und keine Randgruppenpädagogik und gleichwohl ihre Bemühungen auf sozial eher Problematische und Marginalisierte ausrichtet.“¹ Wir haben uns in der Tat immer mit einem Spagat auseinanderzusetzen, den wir leisten müssen. Beides ist von uns gefordert.

Maßnahmen

Zur Umsetzung unserer Leitziele haben wir in den letzten drei Jahren erstens einen Organisationsentwicklungsprozess und zweitens parallel einen Zielentwicklungsprozess (**Abbildung 1**) eingeleitet.

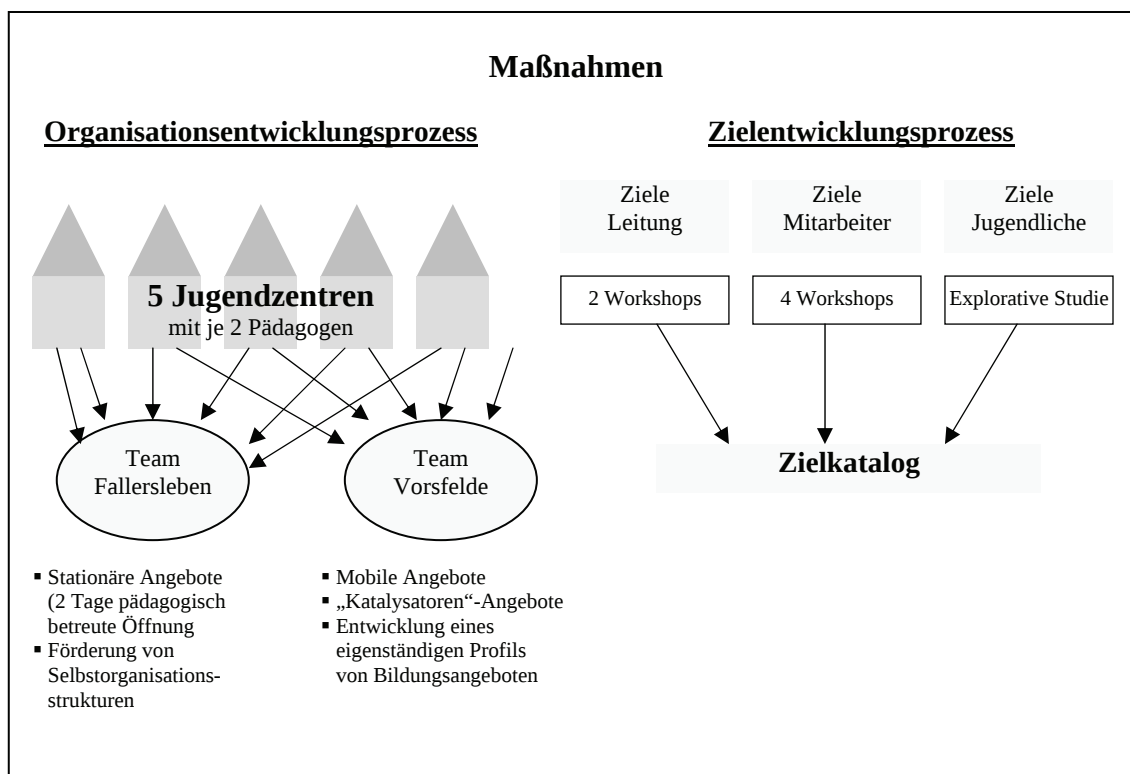


Abbildung 1

© Carola Kirsch

Der Organisationsentwicklungsprozess betrifft die fünf Jugendzentren und deren jeweils zwei Mitarbeiter. Sie waren in das Modellprojekt, das wir 2004 gestartet und bis 2007

¹ Werner Lindner: Jugendarbeit in der Region – Zukunftsperspektiven der Kinder- und Jugendarbeit. In: Kollhoff, Wendt, Bothe (Hrsg.): Regionale Jugendarbeit – Wege in die Zukunft, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006

durchgeführt haben, innerhalb eines Pools einbezogen. Es wurde analysiert, was die Mitarbeiter besonders gut können und wo ihre Stärken in Bezug auf ihre Qualifikation und ihre Persönlichkeit liegen. Danach wurden die Mitarbeiter in zwei Teams, benannt nach den Stadtteilen, aufgeteilt. Sie hießen ursprünglich Hausteam und Projektteam, diese Bezeichnungen spiegelten ihre Aufgaben wider.

Das Team Fallersleben bemüht sich um die stationären Angebote in den Häusern. Dazu gehört eine zweitägige pädagogisch betreute Öffnung – keine Fünf-Tage-Öffnung mehr –, ein zusätzliches Angebot von Projekten innerhalb des Hauses und die Aufforderung, andere Partner und andere Zielgruppen in das Haus zu holen und gleichzeitig eine Stärkung der Selbstorganisation von Jugendlichen.

Das „Projektteam“ Vorsfelde ist zuständig für mobile Angebote außerhalb der Jugendeinrichtung, entweder stadtweit oder in Stadtteilen, in denen es keine Jugendeinrichtungen gibt.

Der Zielentwicklungsprozess beschäftigte sich gleich zu Beginn damit, die unterschiedlichen Ziele und Bedürfnisse der einzelnen Ebenen zu berücksichtigen. Es gab zwei Workshops auf der Leitungsebene, auf denen die Leitungskräfte formulierten, welches Ziel sie definieren und was in ihren Augen wichtig ist. Vier Workshops wurden mit den Mitarbeitern durchgeführt. Die Mitarbeiter haben sich nicht nur mit den Zielen auseinandergesetzt, von denen sie glauben, dass sie für die Jugendlichen gut sind. Sie haben in den Workshops einen Perspektivwechsel vorgenommen, indem sie Jugendliche, die keine Nutzer unserer Häuser waren, befragt haben und versucht haben darzustellen, was diese sich wünschen. Es gab außerdem eine explorative Studie, bei der 360 Jugendliche befragt worden sind, was sie sich von der Jugendarbeit wünschen, was sie für Bedürfnisse haben und welche Angebote es geben sollte.

Diese Ziele sind in einen Zielkatalog eingearbeitet worden, wobei wir festgelegt haben, dass zuerst die Ziele, die alle drei Ebenen benannt haben, bearbeitet werden müssen. An zweiter Stelle kamen die Perspektiven und Wünsche der Jugendlichen, mit denen wir uns gründlich auseinandergesetzt haben.

Das Team Fallersleben

Das Team Fallersleben legt großes Gewicht auf die Förderung von Selbstorganisation (**Abbildung 2**). In der zweitägigen, pädagogisch betreuten Öffnung geht es vorrangig darum, dass die Jugendlichen, die den Raum des Jugendhauses nur nutzen wollten, um „abzuhängen“ oder zu „chillen“, diesen Raum auch bekommen können, aber eben nicht an fünf Tagen. Wir haben uns eine durchmischte Zielgruppe gewünscht, die sich gegenseitig fördert. Von den Häusern wird abwechselnd eine alternierende Sonntagsöffnung angeboten. In der PISA-Studie hieß es, dass Jugendliche mobil sind und von einem Stadtteil zum anderen wandern, das wollten wir hiermit testen. Es sollte Workshops, Discos, Kurse mit Kooperationspartnern in den Einrichtungen geben.

Das Team hatte weiterhin den Auftrag, Selbstorganisationsprojekte zu coachen. Wenn man eine Reduzierung der Öffnung von fünf Tagen auf zwei Tage vornimmt, dann wird sich die Zielgruppe, die bisher die Häuser besucht hat, auflehnen. Das ist tatsächlich

auch passiert. Allerdings haben sich daraus neue Möglichkeiten für die Jugendlichen geboten. Sie haben entschieden, dass sie uns nicht immer brauchen und die Sache selbst in die Hand nehmen können. Sie sind durch uns darin bestärkt worden, mitzubestimmen und Verantwortung zu übernehmen. Sie sind in Teamer- und Jugendgruppenleiterkursen geschult und begleitet worden. Zweimal im Jahr gibt es Wochenenden für die Jugendlichen, die sich engagieren, bei denen sie ihre Themen einbringen können.

Sie öffnen die Einrichtungen selbstständig und es gab sogar eine Gruppe, die eine Vereinsgründung vorgenommen hat, um viele Dinge wie zum Beispiel Tanzkurse selbst anzubieten. Sie besteht ausschließlich aus Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterschiedlicher Herkunft. Wir waren darüber sehr erfreut und überrascht. Obwohl diese Gruppe zuerst stark gegen uns rebellierte, haben die Mitarbeiter sie in ihrem Vorhaben unterstützt. Inzwischen haben sie ihren eigenen Raum.

In der Regel verfügen Jugendliche nicht über Räume, in denen sie auch einmal feiern können, denn an Jugendliche wird meist nicht vermietet. Daher haben wir ein Vermietungskonzept angelegt, das den Jugendlichen die Möglichkeit einräumt, die Räume auch für ihre eigenen Veranstaltungen zu nutzen.

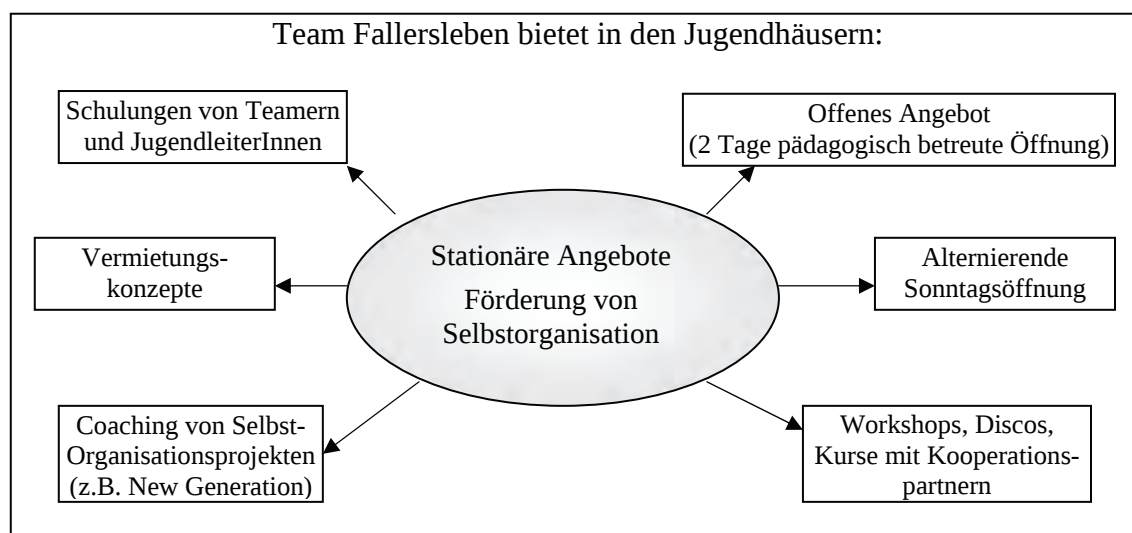


Abbildung 2

© Carola Kirsch

Das Team Vorsfelde

Wir betrachten beide Team-Angebote als ein Gesamtpaket, da wir alle 10- bis 18-Jährigen als Zielgruppe erreichen wollen. In Ergänzung zu dem, was das Team Fallersleben mit seinen stationären Angeboten vorhält, bietet das Team Vorsfelde mobile Angebote (**Abbildung 3**). Das sind vorwiegend Projekte oder „Katalysatoren“-Angebote. Darunter ist zu verstehen, dass ein Mitarbeiter ein Angebot zu einem bestimmten Thema initiiert und mit verschiedenen Kooperationspartnern für Jugendliche umsetzt. Wichtige Themen waren: „Sport und Bewegung“, „Gewalt“ u.a. Das Internationale Jugendprogramm ist kein internationaler Austausch, sondern ein eigenständiges Pro-

gramm, das innerhalb vieler verschiedener Nationen durchgeführt wird und zur Erreichung von Schlüsselkompetenzen bei Jugendlichen dient.

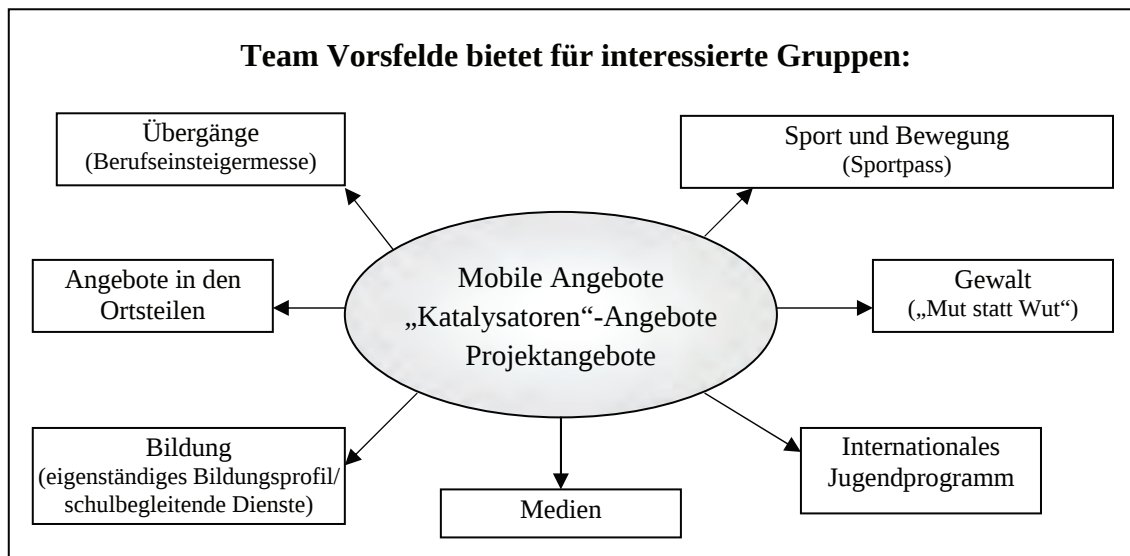


Abbildung 3

© Carola Kirsch

Wir haben uns mit dem Thema „Medien“ auseinandergesetzt und verfügen inzwischen über einen Computer-Schulungsraum, in dem Schulungen zu bestimmten Themen stattfinden, die von den Jugendlichen teilweise selbst benannt werden. In diesem Bereich sind auch mobile Angebote möglich. Im Schulungsraum stehen Laptops, die auch zu bestimmten Angeboten mitgenommen werden.

Zum Thema „Bildung“ wird das Projekt „Kobis“ in einer bisher nicht vorhanden gewesenen, systematisierten Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendarbeit durchgeführt, mit vertraglichen Regelungen und einer Datenbank.

In den Ortsteilen, in denen es keine Jugendeinrichtungen gibt, werden für Jugendliche mobile Angebote gemacht. Im Laufe der Zeit stellte sich jedoch heraus, dass es ein unglaublicher Aufwand ohne nennenswertes Ergebnis bedeutet. Daher haben wir überlegt, wie wir damit in Zukunft umgehen können, um dies nicht auf Kosten anderer Angebote so weiterzuführen.

Umsetzung

In der Start- und Umbruchphase hatten die Einrichtungen etwa 20 bis 30 Stammbesucher. Auch die aktuellen Zahlen bewegen sich etwa in dieser Spanne, gehen in der Tendenz jedoch nach unten, das hat mit den zweitägigen, pädagogisch betreuten Öffnungen zu tun. Zu diesen Stammesbesuchern kommen die Kursbesucher, die die Einrichtung jedoch nicht regelmäßig besuchen. Sie nutzen lediglich die Kurse.

Es gab in dieser Phase großen Widerstand gegen die veränderten Organisations- und Arbeitsformen, auch von uns Mitarbeitern. Wir haben hinterfragt, wo wir stehen und was mit den Jugendlichen wird, mit denen wir bisher fünf Tage verbracht hatten, ob wir

diese nicht vernachlässigen und Kapazitäten abziehen. Diese Fragen sind sehr ausgiebig diskutiert worden. Trotzdem gab es Zweifel und Verunsicherung, als wir uns auf diesen Prozess einließen, auch in Bezug auf die Zuordnungen zu den Teams.

Es gab Protesthaltungen bei den Hausbesuchern gegenüber den Team-Mitarbeitern und entsprechende Diskussionen mit den Mitarbeitern und mit der Leitung. Die Team-Mitarbeiter mussten sich mit ihren neuen Aufgaben und gleichzeitig mit den Protesten der Jugendlichen auseinandersetzen.

Außerdem gab es negative Reaktionen der Presse und der Öffentlichkeit. Aus einigen Schlüsselerlebnissen haben wir gelernt, wie man bestimmte Dinge weiterverfolgt und was man eher nicht weiterverfolgen sollte.

Erfolge

Wir haben in den drei Jahren über 80 Projekte und Angebote organisiert. Dies lässt sich allerdings schwer unterscheiden. Zu Beginn haben wir sämtliche Angebote als Projekt bezeichnet, später haben wir zwischen wirklichen Projekten und zum Beispiel zwei- bis dreistündigen Angeboten unterschieden.

Bis zum März 2007 hatten wir pro Jahr über 2.000 Nutzer dieser Projekte. Die Hausbesucher sind dabei ausgenommen. Diese Nutzerzahl konnten wir erreichen, indem wir große Veranstaltungen wie die Berufseinstiegersmesse durchführten, bei der wir mit sehr vielen Partnern zusammengearbeitet haben und ganze Schulklassen damit durchlaufen haben. Diese hätten wir ohne die Freilegung von Kapazitäten nicht realisieren können.

Wir haben mit über 100 Kooperationspartnern zusammengearbeitet. Die Mitarbeiter haben inzwischen mit allen Partnern, die es in der Stadt gibt, in irgendeiner Form kooperiert. Das beginnt beim Stadtjugendring und geht bis zu Wirtschaftsunternehmen, die uns unterstützen.

Es ist eine Steigerung des Eigenengagements bei den Jugendlichen und ein Wiederaufleben von Mit- und Selbstverwaltungsstrukturen festzustellen. Es gab einen Aktionsrat in einem Haus, der bereits aufgelöst worden war, weil die Arbeit als Mitverwaltung dort nicht funktioniert hat und der Rat nur noch auf dem Papier existiert hatte. Inzwischen ist es wieder ein gut funktionierendes System, die Jugendlichen haben diesen Raum wieder für sich erobert und werden von den Mitarbeitern darin bestärkt. Ein selbstverwaltetes Jugendhaus, dessen Schließung bereits zur Debatte stand, ist inzwischen wieder funktionsfähig.

Wir können durch Eigenengagement der Jugendlichen auf höhere Besucherzahlen – zusätzlich zu den Stammbesuchern – verweisen (in 2006 zusätzlich 260 Gruppenangebote von New Generation). Wenn Jugendliche für Jugendliche etwas anbieten, gewinnt die Einrichtung an Attraktivität. Die Hemmschwelle wird geringer. Es sind Angebote, die wir selbst vielleicht in dieser Art nicht durchführen können.

Offene Baustellen

Wir haben zwar viel mit Marketingkonzepten gearbeitet, aber daran ist noch viel zu verbessern.

Wir haben festgestellt, dass eine personelle Kontinuität für die Beziehung zu den Jugendlichen und zu den Kooperationspartnern nötig ist. Am Anfang wurde viel darüber diskutiert, dass wir unsere Beziehungsarbeit (das Wort war damals schon nicht mehr gern gehört) nicht vernachlässigen dürfen. Inzwischen wissen wir, dass die Beziehung zu den Jugendlichen wie auch zu den Kooperationspartnern ein entscheidendes Kriterium dafür ist, ob die Jugendarbeit gut läuft oder nicht.

Wir müssen daran arbeiten, gut qualifiziertes Personal im Gesamtkonzept zu besetzen. Das Personal muss entsprechend entwickelt werden.

Wir haben weiterhin festgestellt, dass eine zweitägige pädagogische Öffnung dazu führt, dass wir die sozial Benachteiligten verlieren, weil wir ihnen nicht mehr die Zeit widmen können, die sie benötigen. Daher werden wir dieses Angebot ausdehnen.

Wirk- (Erfolgs-)Faktoren

- Massive Störung, um Veränderung in Gang zu bringen,
- Guter Personalschlüssel, Investition in Fortbildungen und Supervision,
- Zielvereinbarungen mit kontinuierlichem Controlling (Ziele, Indikatoren, Meilensteine),
- Marketing:
 - Logo, Merchandising,
 - Flyer, Plakate, Homepage, Forum, Presse, Broschüren,
 - Sponsoring, Spenden,
- Personelle Kontinuität, um Beziehung zu allen Kunden (Jugendlichen, Kooperationspartnern) aufzubauen und zu nutzen. Lernen benötigt zum guten Funktionieren eine positive emotionale Grundlage.

Wir denken, dass es uns durch die massive Störung – die **totale Veränderung der Organisation** – gelungen ist, weit reichende Veränderungen in der Jugendarbeit in Gang zu bringen.

Ein guter **Personalschlüssel** ist ein weiterer Erfolgsfaktor. Wir haben viel in **Fortbildungen und Supervision** investiert und die Mitarbeiter in erheblichem Maße qualifiziert. Ich habe heute junge Mitarbeiterinnen in den Jugendtreffs, die sehr gut größere Projekte realisieren können, in einer Art und Weise, für die die Sozialarbeiter früher nie gestanden haben.

Wir schließen jährliche **Zielvereinbarungen** mit einem selbstverständlichen **Controlling** (Ziele werden festgelegt, Indikatoren bestimmt und Meilensteine miteinander verabredet).

Nach unseren Erfahrungen ist die **personelle Kontinuität** ein weiterer Erfolgsfaktor, um Beziehung zu allen Kunden (Jugendlichen, Kooperationspartnern) aufzubauen und zu nutzen. Lernen benötigt zum guten Funktionieren eine positive emotionale Grundlage. Wir werden darauf reagieren, indem wir die Treffs häufiger öffnen.

Schließlich ist unser **Marketing** wichtig und notwendig; daran können wir noch einiges optimieren. Dazu gehört ein Logo, das zeitweise an allen Bussen in Wolfsburg bekannt gemacht wurde. Wir hatten eine Vielzahl von Flyern, Plakaten, außerdem eine Homepage entwickelt, Broschüren herausgegeben, die Presse genutzt. Wir sind auf dem Weg, Sponsoren zu finden und Spenden zu akquirieren. Daran sind noch Entwicklungsarbeiten nötig.

Wir haben seit vielen Jahren guter sozialpädagogischer Praxis darüber gesprochen, wie wir die Offene Jugendarbeit weiter entwickeln. Dann haben wir den Schritt gewagt und gehandelt und vieles verändert.

Forum 1: Jugendarbeit in der Stadt

Jugendarbeit in Magdeburg – ist in Planung!

DR. INGO GOTTSCHALK

*Leiter der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung,
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit, Magdeburg*

Einführung

Im April 2007 wurde im Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Magdeburg der Auftrag an die Verwaltung formuliert, eine Infrastrukturplanung zur Jugendarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Sozialraumorientierung und des Gender-Mainstreaming vorzulegen. Dieser Auftrag soll bis zum 2. Quartal 2008 abgeschlossen sein. Wir befinden uns also auf dem Weg und noch nicht am Ende eines Prozesses. Das Thema orientiert auf zwei wesentliche Schwerpunktfragen fachlicher Entwicklung: einmal, was wir unter Berücksichtigung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter Jugendarbeit in Magdeburg verstehen und gestalten wollen, und zum anderen, welche Standorte bzw. Einrichtungen der Jugendarbeit zukunfts- und damit investitionssicher sind. Im folgenden Beitrag kann nur schlaglichtartig auf die Magdeburger Situation, bezogen auf einige ausgewählte Fragestellungen, eingegangen werden, die in der Ankündigung der Veranstaltung benannt waren:

Fragestellungen:

1. **Jugendarbeit: Pflicht oder freiwillig?**
2. **Jugendarbeit: Nutzerinnen und Nutzer?**
3. **Jugendarbeit: Jugendhilfeplanerische Aktivitäten?**

These:

Jugendarbeit ist ein demographiesensibles sozialstaatliches Leistungssegment, dessen Aufgabenorientierung an neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen angepasst werden muss. **Daraus ergeben sich fachliche und strukturelle Entwicklungsnotwendigkeiten.**

1. **Jugendarbeit: Pflicht oder freiwillig?**

Die Stadt Magdeburg hat rund 100 Millionen Euro Schulden. Wir befinden uns also in Sparzwängen und müssen versuchen, uns in diesem Rahmen hinsichtlich der Ressourcen für die Jugendarbeit zu behaupten.

Rund 4,5 Millionen Euro stehen im Jahr für Angebote und Projekte der Jugendarbeit – innerhalb und außerhalb von Einrichtungen – zur Verfügung. Das heißt, für jeden jungen Menschen im Alter von 7 bis unter 27 Jahren werden zurzeit durchschnittlich 92 Euro und für jeden Stadtteil bis zu 620.000 Euro für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Ob diese derzeitige ressourcenorientierte Verteilung bedarfsbezogene Differenzierungsprozesse in der Kommune und unterschiedliche Belastungen in den Stadtteilen

berücksichtigt sowie einer geschlechtsspezifischen Verteilung gerecht wird, muss der Jugendhilfeausschuss noch bewerten. Dabei wird speziell hinterfragt werden müssen, welche verändernden Aufgabenprofile durch Angebote bzw. Einrichtungen zu übernehmen sind.

Auch unter den schwierigen Bedingungen einer kommunalen Schuldensituation und Haushaltskonsolidierung ist ein Ergebnis der Begleitung der jugendpolitischen Diskussionsprozesse in Magdeburg, dass die Jugendarbeit in Art und Umfang auch als „finanzielle Pflichtaufgabe“ gesehen wird. Eine Herausforderung ist jedoch in der derzeitigen Schuldensituation, wie im Rahmen der Genehmigungsphase der Haushaltssatzung eine kontinuierliche Jugendarbeit pflichtig und ohne „Leerlauf“ gestaltbar bleibt. Festzustellen ist, dass in Phasen der Haushaltskonsolidierung und der schwierigen Genehmigungsphase städtischer Haushalte durch Genehmigungsbehörden auflagenbezogen – auch mit Auswirkungen auf die Jugendarbeit – fördertechnisch eine Art „Kunstpause“ erzeugt wird, die von Links- wie Rechtsextremen als Einstieg benutzt wird. Das ist nicht nur ein ostdeutsches Problem.

Pflichtige Verantwortungsnahme heißt damit auch, unter diesem Aspekt präventiv – und in diesem Verständnis nehme ich das Begriffspaar wieder auf – unter den schwierigen finanzpolitischen Bedingungen auch „freiwillig“ fördertechnisch zu reagieren.

Das Magdeburger Jugendamt hat reagiert und – vorerst mit Bestätigung des Oberbürgermeisters – Kriterien für die Förderung von Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit definiert (**Abbildung 1**), die dazu führen werden, dass rund 25 Prozent an Haushaltsmitteln auch während der Genehmigungsphase der Haushaltssatzung fließen können, so dass eine Weiterführung und Kontinuität von Kernbereichen der Jugendarbeit gewährleistet wird. Der Jugendhilfeausschuss wird dazu am 13.12.07 informiert werden. Es sind vier Kernbereiche definiert worden, in deren Kombination Antragstellungen berücksichtigt werden.

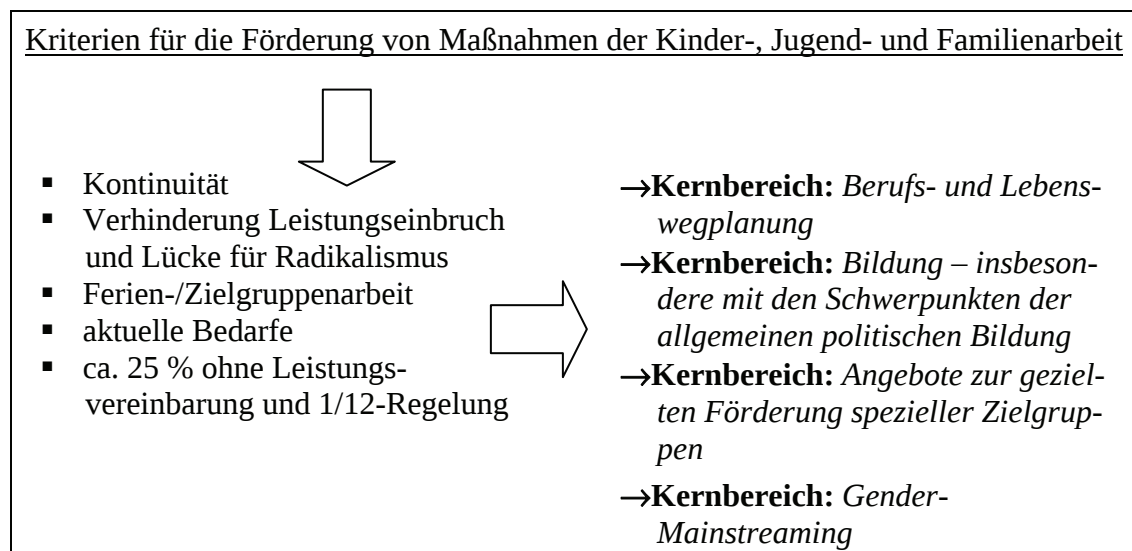


Abbildung 1

© Gottschalk

Kernbereich: Berufs- und Lebenswegplanung:

- Angebote zur beruflichen Orientierung,
- Entwicklung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnissen in Vorbereitung auf Ausbildungs- und Arbeitsmarkt,
- Angebote zur Förderung der schulischen, beruflichen und sozialen Integration.

Kernbereich: Bildung – insbesondere mit den Schwerpunkten der allgemeinen politischen Bildung:

- Präventionsangebote zur Förderung von Toleranz und Demokratie gegen Rechts- extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus,
- Gewalt- und Suchtprävention,
- Erhöhung der Erziehungskompetenzen von Eltern,
- Jugendleiterausbildungen im Rahmen der Stärkung des Ehrenamtes.

Kernbereich: Angebote zur gezielten Förderung spezieller Zielgruppen,

wie zum Beispiel

- junge Menschen mit defizitärer Sozialisation in den Bereichen Familie, Schule, Ausbildung, Berufsleben,
- Familien, die durch die Sozialzentren betreut werden.

Kernbereich: Gender-Mainstreaming:

- Angebote gemäß § 9 SGB VIII, die gezielt die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen berücksichtigen, Benachteiligungen abbauen und die Gleichberechtigung fördern,
- Angebote, die insbesondere die Stärkung des Selbstwertgefühls und der Identität als Mädchen und Frau oder Junge und Mann zum Ziel haben.

Aus den o. g. Kriterien ergeben sich folgende **Maßnahmen und Projekte**, die durch die Verwaltung als unabweisbar bzw. unaufschiebbar eingestuft werden und für die ein Antrag gemäß bestehender Förderrichtlinie vorliegt (bei freien Trägern):

- Förderung und Finanzierung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, des Kinder- und Jugendschutzes und der Familienarbeit gemäß §§ 11 bis 16 SGB VIII mit Betriebs- und Personalkosten;
- Offener-Tür-Bereich in o. g. Einrichtungen als niederschwelliges Angebot zur Unterstützung der individuellen Selbstentfaltung junger Menschen unter Berücksichtigung von Freiwilligkeit, Emanzipation, Selbstbestimmung und Verzicht auf Leistungserwartungen insbesondere für sozial benachteiligte junge Menschen und Familien;

- Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen, Bildungsmaßnahmen, Jugendleiterausbildungen und internationale Jugendbegegnungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen, die mindestens einem der genannten Kernbereiche entsprechen. Priorisiert werden solche Maßnahmen und Projekte, die kumulativ mehreren Kernbereichen entsprechen.
- Freizeiten müssen mindestens einem Kernbereich entsprechen und sollen bis auf einige Ausnahmen nur aus Einrichtungen heraus initiiert werden. Bei diesen ausnahmebezogenen Maßnahmen handelt es sich um Freizeiten mit vorwiegend individuell beeinträchtigten und sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen, die über die Sozialzentren des Jugendamtes betreut werden.
- Die Streetworker müssen in die Lage versetzt werden, auf aktuelle dringende Bedarfe flexibel reagieren zu können. Dazu sind Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 25 Prozent des Haushaltsansatzes bereitzustellen.¹

Damit kann der Pflichtigkeit und Kontinuität der Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg entsprochen werden.

2. Jugendarbeit: Nutzerinnen und Nutzer?

Wir haben eine Trendbefragung zur Beschreibung der Lebenssituation und von Wünschen und Bedürfnissen von 1.700 jungen Menschen durchgeführt. Diese Befragung wurde aufgeschlüsselt auf Schulen sowie Nicht-Nutzer und Nutzer von Einrichtungen der Jugendarbeit. Die Befragung wurde unter Beteiligung von Fachkräften der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie dem Stadtschülerrat vorbereitet und umgesetzt. Die differenzierte Auswertung ist noch nicht abgeschlossen. Erste Ergebnisse weisen jedoch interessante Sachverhalte für die Gestaltung der Magdeburger Jugendarbeit aus.

Festzustellen ist zum Beispiel, dass zwei- bis dreimal mehr junge Menschen, die den Sozialisationshintergrund Arbeitslosigkeit in der Familie erleben, in die Einrichtungen kommen, als es eigentlich Arbeitslosigkeit, bezogen auf die Gesamtpopulation Arbeitssuchender, gibt. Das wird fachinhaltliche Überlegungen auslösen müssen, wie speziell Fachkräfte der Jugendarbeit einerseits Angebote und Einrichtungen für alle Kinder, Jugendlichen, jungen Heranwachsenden und deren Familien begleiten können und andererseits den problembelasteten jungen Menschen und deren Familien Übergänge in Angebote, Dienste und Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe etc. vermitteln oder Angebote oder Einrichtungen andere sozialer Bereiche „angliedern“ können. Das fordert die Fachkräfte der Jugendarbeit und die Jugendhilfe bzw. Sozial- und Gesundheitsplanung hinsichtlich der Gestaltung von Schnittstellen in andere Bereiche der sozialen Arbeit heraus.

Der zweite Aspekt aus der Befragung ist die steigende Verhäuslichung der Freizeit junger Menschen. Den Jugendlichen, der an sieben Tagen in der Woche in die Einrichtung

¹ Quelle: Information I 0289/07 - Vorlage Kriterien für die Förderung von Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit während der vorläufigen Haushaltsführung

kommt, gibt es nicht mehr. Es gibt eine Orientierung, sich aus der Nutzung von öffentlichen Angeboten bzw. Einrichtungen zurückzuziehen.

Dieser Trend wird dadurch verstärkt, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die individuelle Freizeitgestaltung sich aus der Sicht der Betroffenen sehr einschränken (wöchentliches Taschengeld: rund zwei Drittel der Befragten unter 10 Euro, ca. jeder Zehnte der Befragten verfügt über mehr als 50 Euro).

Daraus leitet sich zum Beispiel ab, wie es zukünftig im Rahmen der Magdeburger Jugendarbeit unter den personalen und finanziellen Rahmenbedingungen gelingen wird, die Vermittlungsinstanz öffentliches Angebot bzw. öffentliche Einrichtung durch hinreichende Arbeit oder die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Schulen im Umfeld von Angeboten bzw. Einrichtungen der Jugendarbeit attraktiv zu halten. Unter den arbeitsfeldbezogenen Zielstellungen der Jugendarbeit zur Mitbestimmung und Mitgestaltung, zur Befähigung zur Selbstbestimmung sowie zur Anregung und Hinführung zu gesellschaftlicher Mitverantwortung ist die Bereitstellung und der bedarfsgerechte Ausbau der Infrastruktur für die Kinder- und Jugendarbeit in Form von „Ermöglichungsstrukturen“ (Räumen – auch und gerade selbstverwalteten, Fachkräften, Sachmitteln) unerlässlich.

Drittens konnten wir feststellen, dass die Bedeutung der Altersgleichen aus Sicht der jungen Menschen (rund 80 Prozent der Befragten) sehr hoch ist. Hier bieten sich entwicklungsbezogen verstärkt fachspezifische Ansätze einer so genannten „peer-education“ oder auch Formen für die Gestaltung nonformaler/informeller Bildungsimpulse und der stärkeren Ausprägung jugendpolitischen Engagements für Altersgleiche an.

Viertens – rund 60 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen äußerten Interesse an sportlichen Aktivitäten. In der Magdeburger Diskussion muss das sozialpädagogische Potenzial sportlicher Aktivitäten stärker in die öffentliche Diskussion mit den Magdeburger Sportverbänden und -vereinen transportiert werden und die Bedingungen und Ansätze für Angebote der Jugendarbeit verbessern. Sport ist im Rahmen der Jugendarbeit dabei ganz bewusst anders zu gestalten als durch das Kopieren des Trainings- und Wettkampfbetriebes in Vereinen.

Und fünftens – etwa 90 Prozent der Befragten gaben an, dass sie, wenn es darum geht, Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner bei Problemkonstellationen anzunehmen, Probleme mit den Eltern, mit den Fachkräften in den Einrichtungen oder Altersgleichen besprechen. Fachlich diskutabel wird sein, warum rund 10 Prozent der mit Problemen belasteten jungen Menschen sich keinem Ansprechpartner öffnen und wie man diese Klientel erreicht.

3. Jugendarbeit: Jugendhilfeplanerische Aktivitäten ?

Projektauftrag

Ausgangslage: Die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen vollzieht sich unter geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Grundlage ist der gesetzlich nor-

mierte Aufgabenkatalog. Eine Herausforderung ist dabei, die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Lebensräume junger Menschen als Ausgangspunkt einer geschlechterbewussten Realisierung der Angebotsgestaltung und Einrichtungsstrukturierung zu berücksichtigen.

Vision: Die Weiterentwicklung der Jugendarbeit soll unter Berücksichtigung des Gender Mainstreaming und der Sozialraumorientierung auf der Grundlage kürzlich in Aussicht gestellter Änderungen von Finanzierungsgrundlagen der Jugendhilfe aus Landesmitteln als bedarfsorientierte Angebots- und Standortplanung erfolgen. Weiterhin sollen unter Berücksichtigung der Anforderungen des gesellschaftlichen/demografischen Wandels und der Lebenslagen junger Menschen in Magdeburg die jugendpolitischen Leitlinien aus 1999 präzisiert werden.

Seit der Auftragserteilung im April 2007 ist – durch eine Gremienstruktur begleitet – ein sozialpolitischer Diskussionsprozess gestaltet worden. Im Einzelnen werden folgende Schritte unternommen:

- Erfassung des Bestandes an Einrichtungen, Diensten und Angeboten der Jugendarbeit innerhalb und außerhalb von Einrichtungen in der Landeshauptstadt Magdeburg,
- Bedarfsabschätzung für eine bedarfsgerechte Einrichtungs- und Angebotsstruktur der Jugendarbeit in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen,
- Bedarfsfeststellung zu Organisationsformen, dem örtlichen Versorgungsgrad, den Zielgruppen, den fachlichen Standards und des gezielten Ressourceneinsatzes sowie den Kooperationsmöglichkeiten (Netzwerkplanung) für den Freizeitbereich und insbesondere die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen.

Es werden in der Landeshauptstadt Magdeburg als öffentlich nutzbare Standorte 34 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen betrieben, die sich über das gesamte Stadtgebiet verteilen.

Die Projektskizze ist durch den Jugendhilfeausschuss bestätigt worden. Die Bestands- und Bedarfserfassung wird zurzeit durchgeführt. Mit den freien Trägern und den Lobby- und Interessengruppen der Jugendarbeit ist jeweils in den fünf Sozialregionen der Landeshauptstadt Magdeburg eine Diskussion über den derzeitigen Entwicklungsstand zur Jugendarbeit geführt worden. In den Diskussionen haben wir festgestellt, dass mit den gleichen Begriffen unterschiedliche Intentionen verbunden werden. Derzeitig erarbeitet eine Gruppe aus öffentlichen und freien Trägern sowie Jugendforum, Stadtjugendring und Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG einen Diskussionsentwurf dazu, was unter Jugendarbeit in Magdeburg als Grundlage für Empfehlungen zur Gestaltung und Finanzierung der sozialen Infrastruktur (Priorisierung) für den Zeitraum 2009 bis 2013 verstanden werden soll. Am 13.12.2007 findet in Magdeburg der identitätsstiftende Workshop „Zukunftsdialog Magdeburg – Herausforderungen an die Jugendarbeit“ zur Präzisierung der Magdeburger sozialpolitischen Leitlinien der Jugendarbeit statt.

Angebote/Einrichtungen/Dienste

Auf die Bewertung der sozialen Infrastruktur aus der Sicht der Jugendhilfeplanung werden vor allem auch unter dem Aspekt des demografischen Wandels in Magdeburg bezogen:

- die Prüfung fachlicher Standards (u.a. Personalausstattung von Einrichtungen und Anforderungsprofile der Fachkräfte der Jugendarbeit),
- die stadtteilorientierte Profilentwicklung von Angeboten, Einrichtungen, Diensten (auch über die eigentliche Jugendarbeit hinaus Gebäuderessourcen nutzbar machen),
- die Priorisierung und Verteilung der Ressourcen (Räume, Personal, Sachmittel)
- das angebots-, einrichtungs- bzw. auf die sozialen Dienste oder den Stadtteil bezogene Schnittstellen- und Kooperationsmanagement,
- die Investitionssicherheit bezogen auf die bauliche Instandhaltung/Sanierung für betriebene Einrichtungen der Jugendarbeit.

Diese Fragestellungen werden die zukünftige Fachdiskussion in Magdeburg intensiv prägen.

Sozialzentren der Jugendhilfe

Die derzeit fünf Sozialzentren der Jugendhilfe sind im Rahmen der Aufbauorganisation des Jugendamtes Organisationseinheiten, in denen der Soziale Dienst der Jugendhilfe agiert (**Abbildung 2**).

Aus der Aufgabenwahrnehmung der Sozialzentren der Jugendhilfe und der stark problembelasteten Klientel in der Magdeburger Jugendarbeit ist im Rahmen der Organisation von fachbezogenen Ablaufprozessen auch trägerübergreifend eine noch stärkere Ausprägung eines „internen“ Schnittstellenmanagements der Jugendhilfe anzustreben.

Magdeburg und der demografische Wandel

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung muss es Standard sein, demografische Betrachtungen in unterschiedlichen Szenarien anzustellen. (**Abbildung 3**). Als Beispiel ergibt sich für Magdeburg ein Optimalszenario (Annahmen über tatsächliche Realentwicklung).

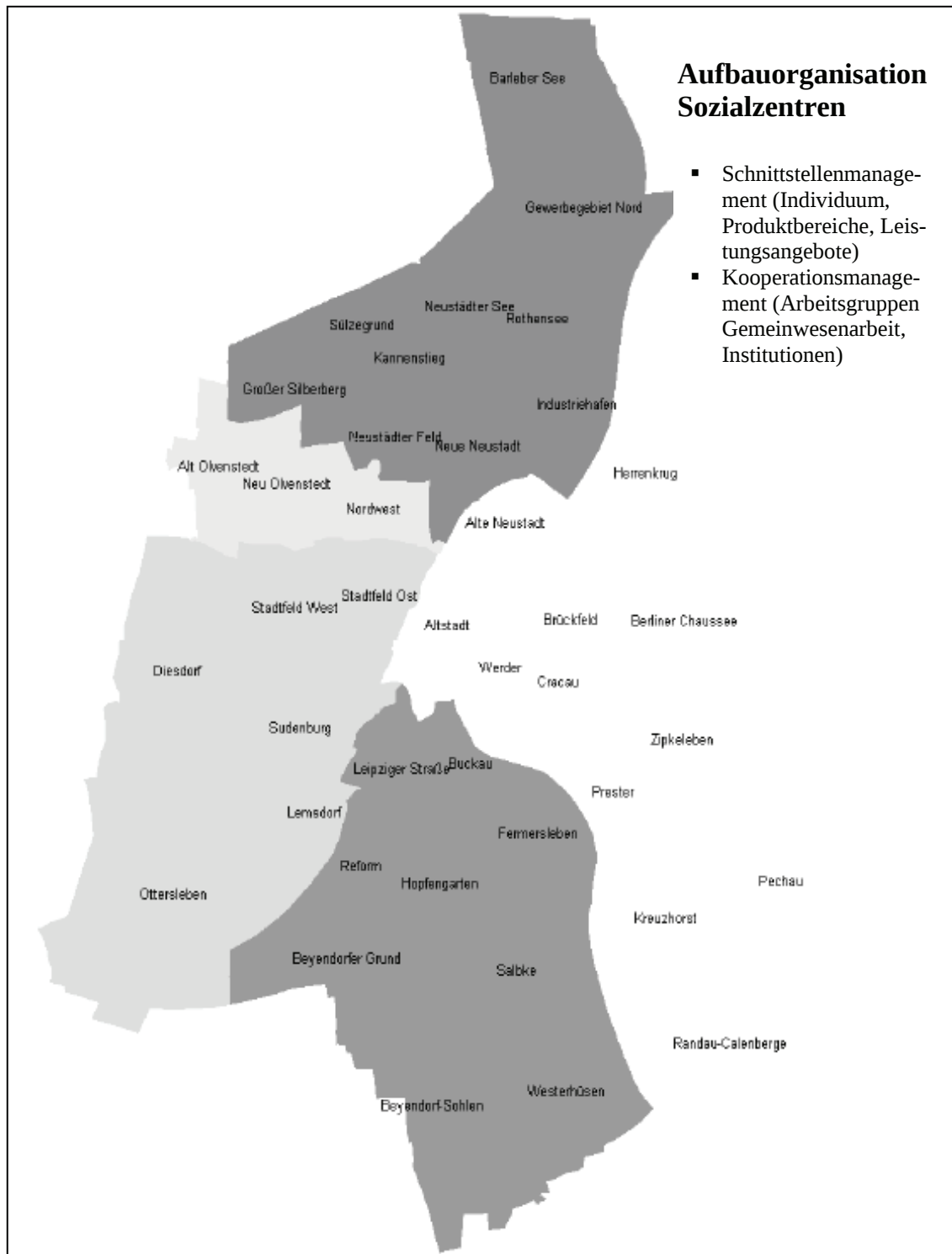


Abbildung 2

© Gottschalk

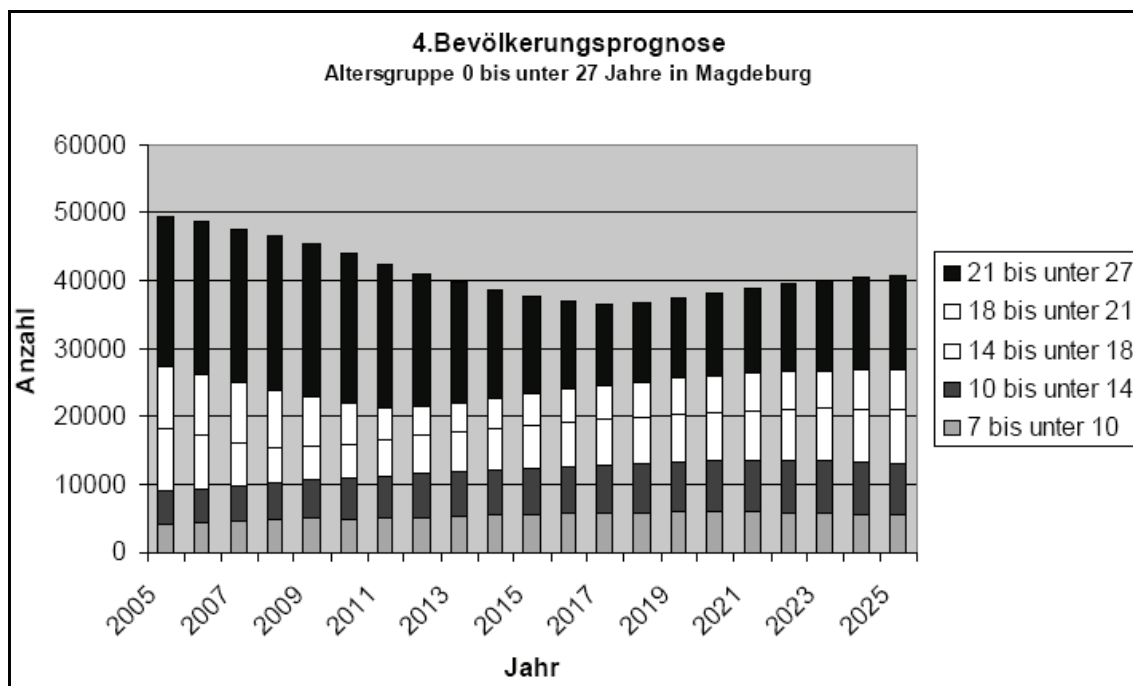


Abbildung 3

© Gottschalk - Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen- Anhalt

Als „worst case“ nehmen wir aufgrund einer eigenen Berechnung in Magdeburg im Jahr 2020 folgendes Bild auf (**Abbildung 4 bis 8**):

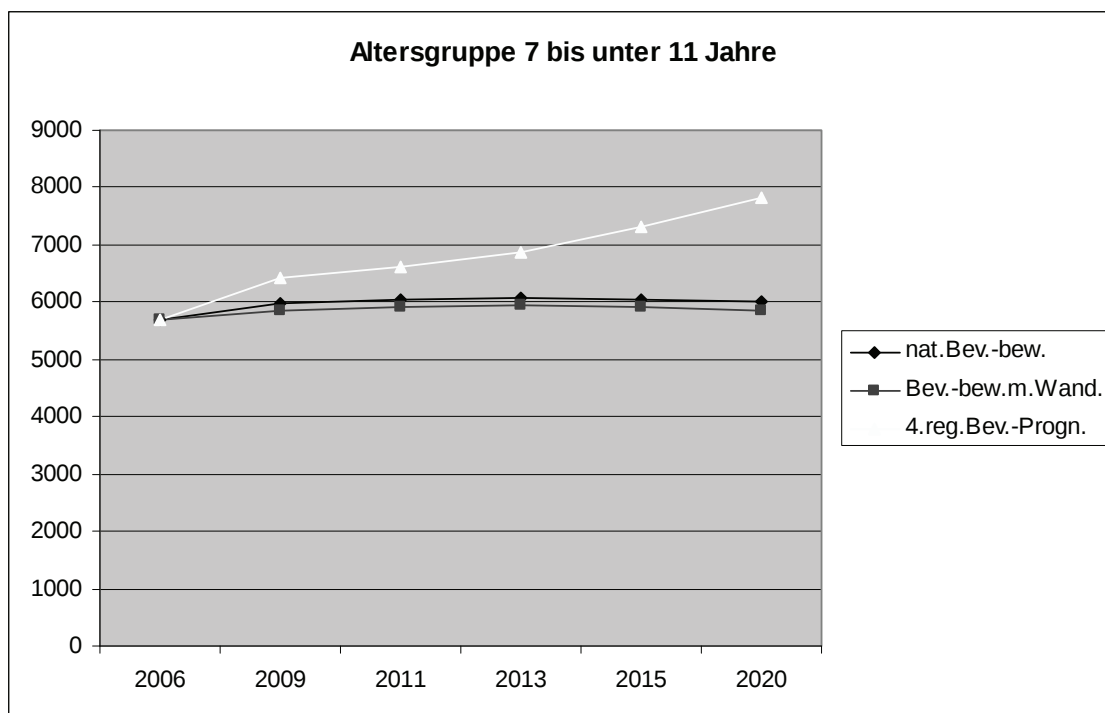


Abbildung 4

Quelle: Amt für Statistik LH Magdeburg

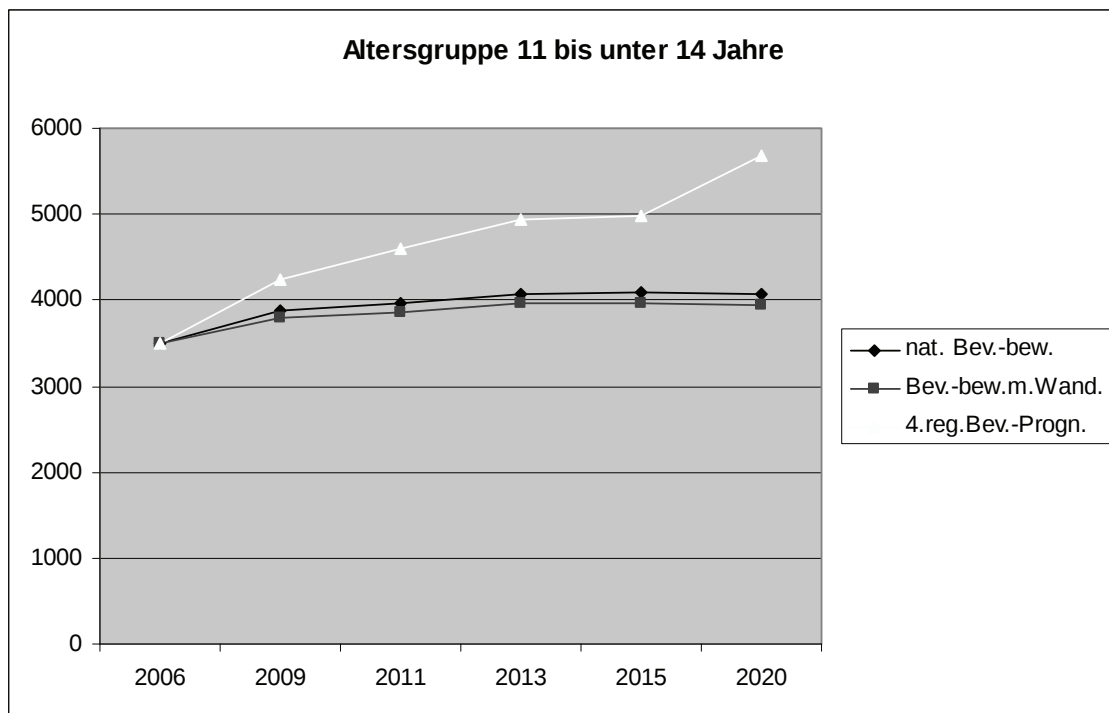


Abbildung 5

Quelle: Amt für Statistik LH Magdeburg

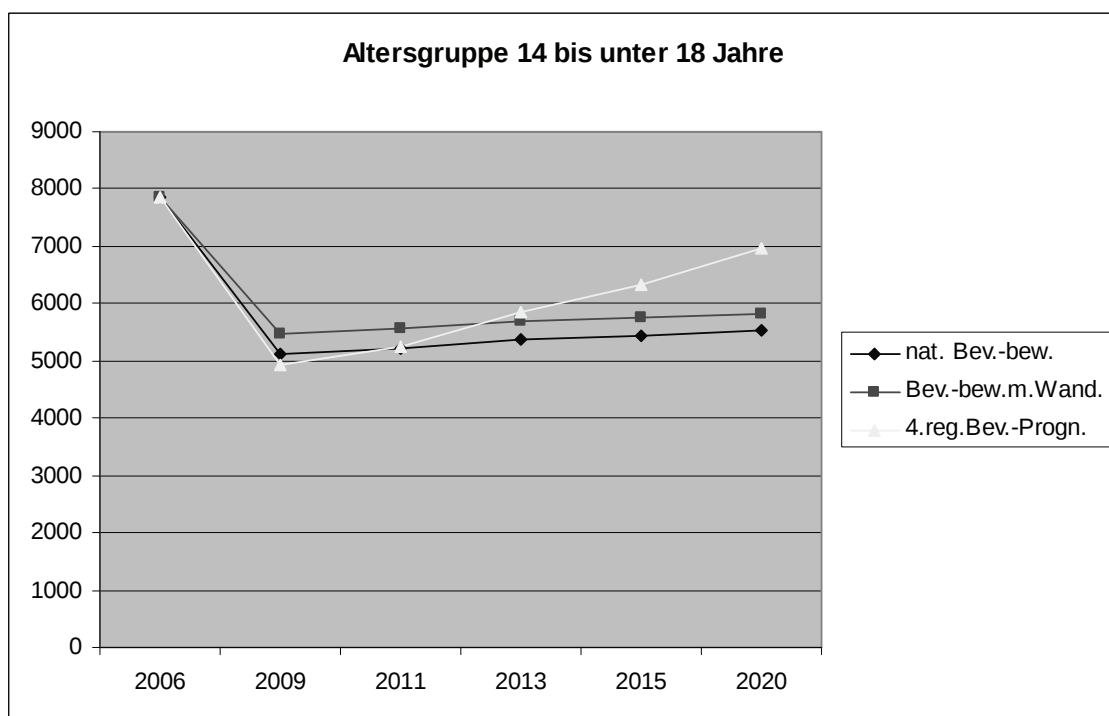


Abbildung 6

Quelle: Amt für Statistik LH Magdeburg

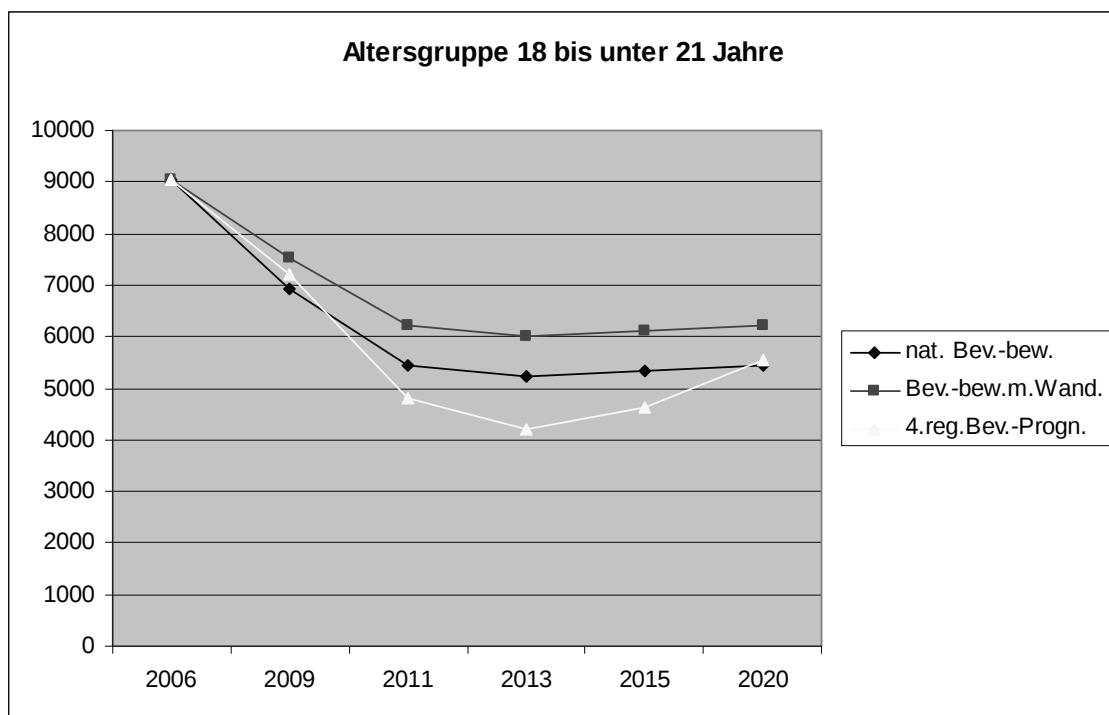


Abbildung 7

Quelle: Amt für Statistik LH Magdeburg

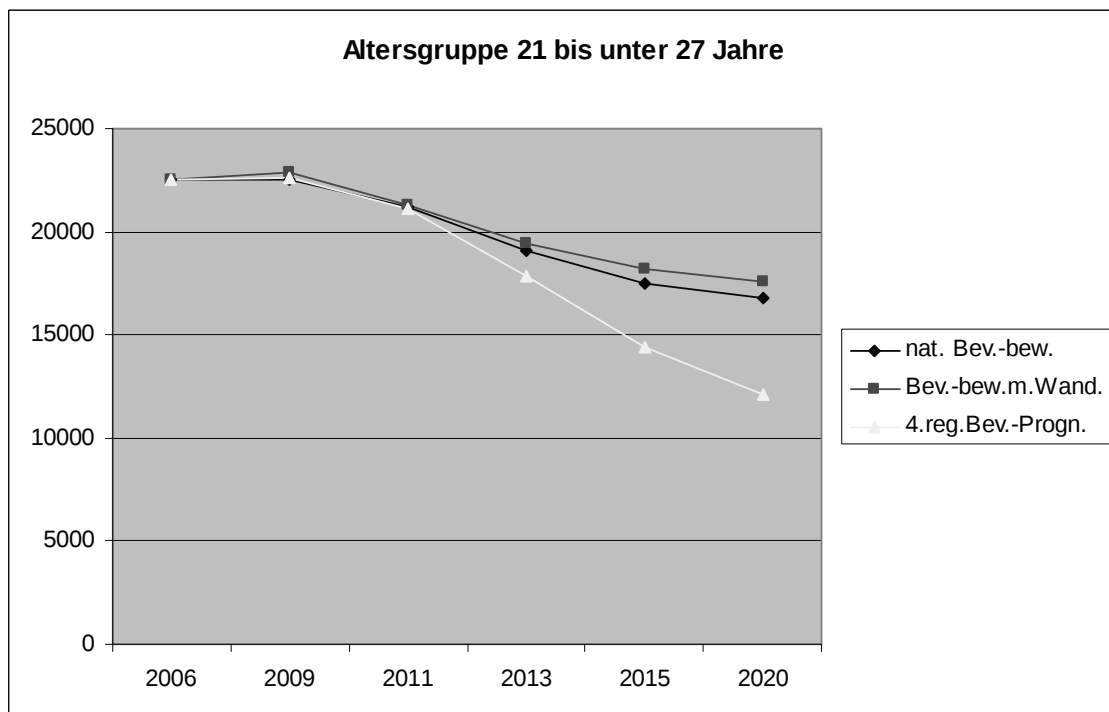


Abbildung 8

Quelle: Amt für Statistik LH Magdeburg

Für die Entwicklung der Alterskohorten ergibt sich:

1. Die Alterskohorte der jungen Menschen von 7 bis unter 18 Jahren wird möglicherweise ansteigen – konkret: um ca. 4.200 junge Menschen.
2. Ein demografiebedingter Nachfragerückgang im Altersbereich der 18 bis unter 27 Jährigen ist zu konstatieren – konkret: um ca. 8.500 junge Menschen.
3. Die „relative Erreichbarkeit“ von jungen Heranwachsenden wird sich erhöhen.
4. Die Angebots- und Einrichtungsstrukturierung ist unter den Aspekten der Haushaltskonsolidierung und der fachlichen Differenzierung langfristig anzupassen.

Das heißt nicht, dass die zum Beispiel erwarteten 4.200 jungen Menschen automatisch die zukünftigen Nutzer von Angeboten und Einrichtungen sein werden. Allerdings erfordert der veränderte Altershintergrund in der Zukunft möglicherweise eine ganz andere konzeptionelle Ausrichtung. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist selbstverständlich bemüht, im Rahmen des „Zukunftsdialogs Magdeburg“ Maßnahmen zur Gegensteuerung des Rückgangs gerade in diesen Altersbereichen aufzunehmen. Man muss sich jedoch damit auseinandersetzen, dass sich möglicherweise ein anderer Adressatenkreis durch eine veränderte Altersgruppierung und dadurch eine veränderte Nachfrage bzw. ein veränderter Zugang für die Jugendarbeit entwickeln wird.

Fragen, die sich beispielsweise daraus jugendhilfeplanerisch ergeben, sind:

- Verändert sich der Adressatenkreis der Jugendarbeit nachhaltig?
- In welchen Zeiträumen ist das Konzept der Jugendarbeit neu auszurichten?
- Wie sind die jungen Menschen bei steigender Problembelastung (Komplexität von Problemlagen) zu unterstützen?
- Was bedeutet das standortbezogen für die Angebots- und Einrichtungsstrukturierung?
- Wann und wie muss sich das Anforderungsprofil von Fachkräften in der Jugendarbeit verändern?
- Welcher Fort- und Weiterbildungsbedarf resultiert daraus? usw.

Welche Trends sind im Rahmen gesellschaftlicher Transformationsprozesse u.a. weiterhin jugendhilfeplanerisch aufzunehmen?

Die sozialen und ökonomischen Veränderungen in der Gesellschaft bringen Folgendes mit sich:

- Konfrontation junger Menschen mit wachsenden individuellen oder familiären Chancen und Risiken der Zukunftssicherung,
- Interessen, Lebenslagen und Lebensstile vervielfältigen sich und differenzieren sich aus,

- vielfältige Wahlmöglichkeiten zwischen kommerziellen und kulturellen Angeboten, eigener Gestaltung allein oder in der Clique, schulischen Veranstaltungen und denen der außerschulischen Jugendarbeit, kreative Formen – Medien/Mediennutzung,
- wachsende Optionsvielfalt durch expandierenden Freizeitmarkt mit zugleich neuen Einschränkungen und Zwängen durch „prekäre“ Lebenslagen,
- Anforderungen an die Flexibilität von Jugendarbeit durch raschen Wechsel von Jugendwelten, -szenen und kulturellen Anforderungen.

Als Herausforderungen bilden sich abschließend, benannt unter jugendhilfeplanerischen Aspekten, u.a. folgende Impulse für die Jugendarbeit ab:

- Jugendarbeit hat neben freizeitpädagogischen Ansatzpunkten eine Unterstützungs- und Betreuungsfunktion, die Rolle eines sozialpädagogisch begleitenden Bildungsangebotes anzunehmen und mit entsprechenden Kooperationspartnern und auch in neuen Partnerschaften neu auszugestalten. Kinder- und Jugendarbeit hat als lokales Bildungsforum die Vermittlung des kulturellen Erbes, der gesellschaftlichen Errungenschaften, der Wissensbestände und Emotionen zu organisieren und im Rahmen informeller Bildung zu vermitteln. Die Organisation von Bildungsbeteiligung fordert auch die Jugendarbeit (Eltern-, Familienbildung bis zur Gestaltung der Schulübergänge unter dem Aspekt besonderer sozialer Bedarfslagen).
- Viel stärker sind Engagement und Selbstorganisation durch Jugendarbeit zu entwickeln. Es stellt sich die Frage nach Positionierung der Kinder- und Jugendarbeit zwischen Dienstleistung, Bildung und aktivierender Selbstorganisation.
- Kinder- und Jugendarbeit ist integraler Bestandteil multipler, pluraler und entgrenzter Lebenswelten, eine Form der alternativen Lebenswelt, eine Gegenerfahrung zur Institution Schule und zum Familienalltag; verlangt die Schaffung neuer institutioneller Strukturen und Arbeitsweisen zur Vermittlung kommunikativer, sozialer und praktischer Kompetenzen und verbindet dabei aber auch die Anforderungsbereiche Freizeit, Familie, Schule, Arbeitswelt, Sport und Kultur usw.
- Kinder- und Jugendarbeit wird sich auch an Orten der ganztägigen Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen entwickeln (müssen).
- Ressourcen sind (und insbesondere „Stadtraum“ ist) für junge Menschen und deren Verwirklichungschancen zu erhalten oder zu erschließen (Verteilungsgerechtigkeit).

Kontakt:

ingo.gottschalk@jsgp.magdeburg.de

Forum 1: Jugendarbeit in der Stadt

Praxisbeispiel aus Düsseldorf

STEPHAN GLAREMIN

Abteilungsleiter der Abteilung Jugendförderung, Jugendamt Düsseldorf

Grunddaten zur Stadt Düsseldorf

Düsseldorf hat zurzeit 583.787 Einwohner. Die Entwicklung in Düsseldorf verläuft etwas anders als in den anderen vorgestellten Städten. Wir gehen nach der Bevölkerungsprognose davon aus, dass 2020 ungefähr 600.000 Einwohner in Düsseldorf leben werden. Wir haben in den letzten Jahren einen stetigen Zuwachs, sowohl durch Geburten als auch durch Zuwanderungsbewegungen zurück in die Stadt, erfahren. Daher haben wir eine demoskopische Entwicklung, die sich momentan unter anderem sehr stark in der Kindergartenplanung und im Kindergartenbau widerspiegelt. In Düsseldorf leben 30.036 Kinder unter 6 Jahren. In der Altersgruppe 6 bis 18 Jahren haben wir zurzeit 57.667 Kinder und Jugendliche. Jeder Jahrgang umfasst ungefähr 5.000 Kinder.

Die Stadt Düsseldorf umfasst politisch zehn Stadtgebiete. Im Rahmen der sozialräumlichen Gliederung wurde die Stadt in 150 Sozialräume aufgeteilt. Die Schattierungen geben die unterschiedlichen (sozialen) Belastungsgrade wieder (**Abbildung 1**).

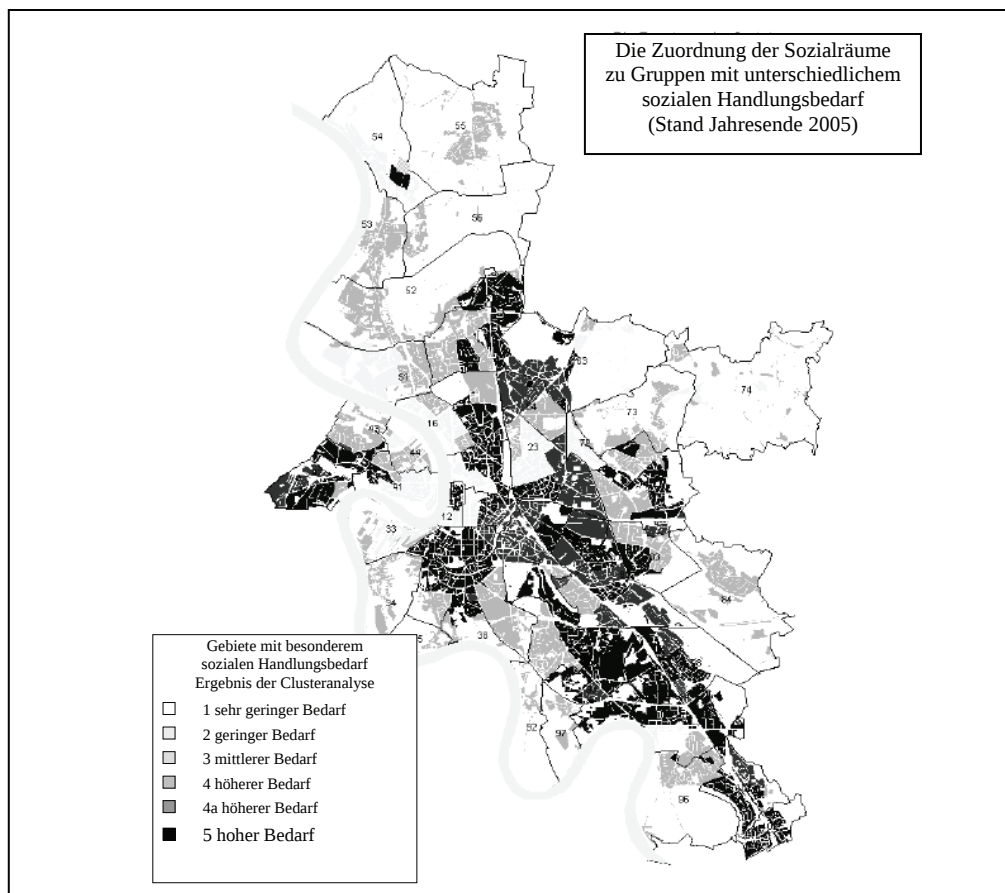


Abbildung 1

© Jugendamt Düsseldorf

Grunddaten der Jugendförderung

In Düsseldorf haben wir 72 Jugendfreizeiteinrichtungen (**Abbildung 2**), davon sind 36 in städtischer und 36 in freier Trägerschaft. Das Spektrum der freien Träger ist recht umfangreich, unter anderem evangelische und katholische Träger, Arbeiterwohlfahrt, SJD – Die Falken u.a. Es gibt ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Insgesamt arbeiten rund 200 pädagogische MitarbeiterInnen in den Jugendfreizeiteinrichtungen. Die städtischen Einrichtungen sind in der Regel größer, ca. 125 sind bei der Stadt angesiedelt.

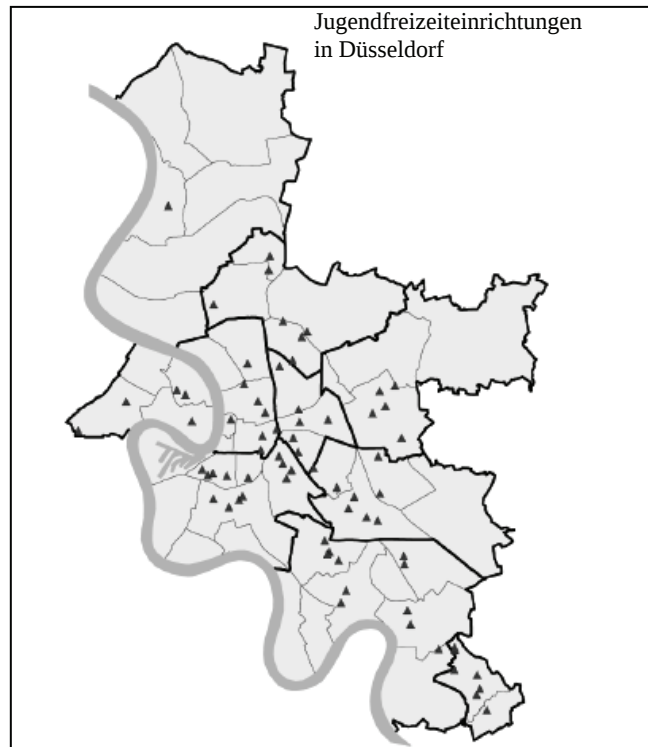


Abbildung 2

© Jugendamt Düsseldorf

Im Bereich der Mobilen Jugendarbeit gibt es sechs Stellen in der Aufsuchenden Arbeit sowie zwei mobile Projekte. Die Aufsuchende Arbeit grenzen wir von dem Begriff „Streetwork“ stark ab, weil dieser bei uns durch die Drogen- und Obdachlosenarbeit definiert ist. Die mobilen Projekte umfassen einmal den Kinderbereich (Spielplätze) und einmal den „Sport-Action-Bus“ über den Stadt-Sportbund, der Sport-Aktivitäten an belasteten Plätzen anbietet.

Im Bereich der Kooperation mit Schule bieten wir an 31 Schulen Schulsozialarbeit. Wir decken alle Hauptschulen und Förderschulen ab und bauen zurzeit den Bereich der Grundschule aus. Für 50 Prozent aller Kinder gibt es ein Angebot in der Offenen Ganztages-Grundschule. Außerdem bieten wir 10.000 Plätze „Düsselferien“, das bedeutet Stadtranderholung und Fahrtangebote. Insgesamt verfügen wir über ein Budget von 30 Millionen Euro, wobei die Offene Ganztages-Grundschule nicht hier eingeschlossen, sondern im Schuletat enthalten ist.

Die Stadt Düsseldorf ist finanziell gut aufgestellt und seit September schuldenfrei. Diesem Umstand ist die Möglichkeit gewisser Handlungsspielräume zu verdanken.

Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Düsseldorf

Die Entwicklung bis zum **Kinder- und Jugendförderplan** umfasst einen **gemeinsamen Prozess mit den freien Trägern** innerhalb von zehn Jahren (**Abbildung 3**), beginnend 1997 mit der ersten Produkt- und Leistungsbeschreibung für den Bereich. Das zog sich über viele Diskussionswege und Kürzungsdebatten mit möglichen Szenarien hin zu einem Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan im Jahr 2005.

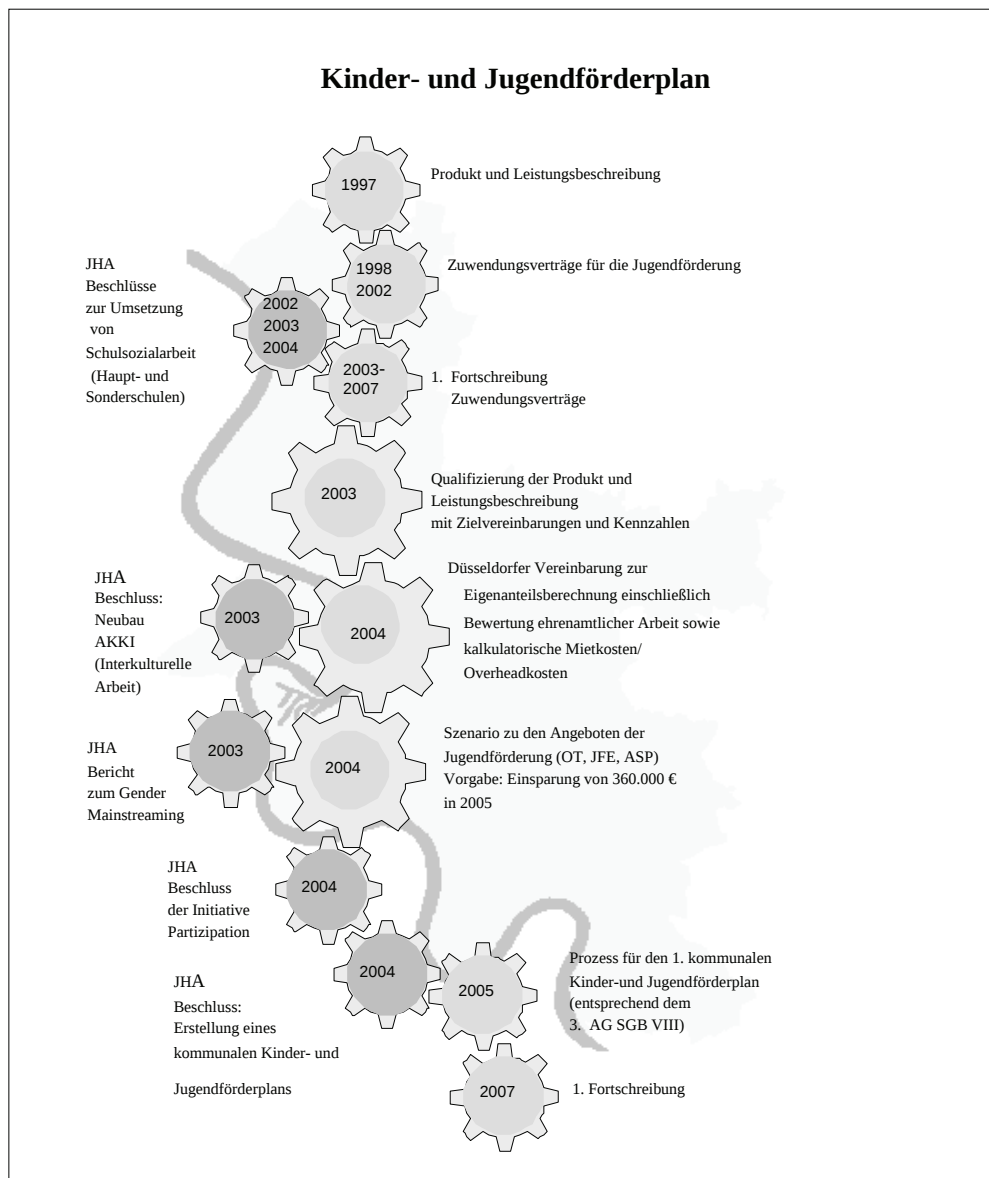


Abbildung 3

© Jugendamt Düsseldorf

Der gemeinsame Prozess mit den freien Trägern ist für uns ein Erfolgsgarant in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII und schuf eine gemeinsame Verantwortung. Das zeigt sich auch noch einmal deutlich im Jugendhilfeausschuss. Nicht nur die Verwaltung trägt einen Bericht vor, sondern dieser wird von den Vertretern der freien Träger dort unterstützt. Es ist für uns daher auch das wichtigste Steuerungsinstrument.

Dieser Kinder- und Jugendförderplan ermöglicht eine räumliche und inhaltliche Planungssicherheit. In diesem Jahr ist bereits die erste Fortschreibung erschienen, die neben einem inhaltlichen Teil auch eine stadtbezirkliche Ausrichtung enthält.

Inhalte des Kinder- und Jugendförderplans in Düsseldorf

Die Inhalte (**Abbildung 4**) richten sich nach dem § 10 des Kinder- und Jugendfördergesetzes NRW, einem Ausführungsgesetz zum SGB VIII.

Inhalte des Kinder- und Jugendförderplans				
Die politische und soziale Bildung	Die schulbezogene Sozialarbeit	Die kulturelle Jugendarbeit	Die sportliche und freizeitorientierte Jugendarbeit	Die Kinder- und Jugendberufshilfe
Die medienbezogene Jugendarbeit	Die interkulturelle Jugendarbeit	Die geschlechtsspezifische Mädchen- und Jungenarbeit	Die internationale Jugendarbeit	Jugendverbandsarbeit
Offene Jugendarbeit	Jugendsozialarbeit	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	Partizipation	Qualitätsentwicklung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit
			Neu dazu gekommen sind die Kapitel:	
			Aufsuchende Jugendarbeit	Gewaltprävention

Abbildung 4

© Jugendamt Düsseldorf

Der Kinder- und Jugendförderplan hat 15 Kapitel. In einem ersten Schritt haben wir in den Kapiteln beschrieben, was wir unter dem jeweiligen Begriff verstehen, welche Maßnahmen nötig sind und welcher planerischer Ansatz für die nächsten Jahre vorgesehen ist. Die Maßnahmen wurden in den letzten zwei Jahren evaluiert und in der Fortschreibung mit neuen Maßnahmen und Zielen verbunden.

Die Felder sind unterschiedlich in ihrer Ausrichtung. Wichtig ist uns der begleitende Prozess, der schon über viele Jahre im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans läuft. Im Bereich der Qualitätsentwicklung haben wir ein bewährtes System mit Zielvereinbarungen, die über eine Evaluation zum Wirksamkeitsdialog führen. Im Weiteren möchte ich auf zwei neue Kapitel in der Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans eingehen:

Aufsuchende Jugendarbeit

In Düsseldorf ist die Aufsuchende Jugendarbeit ein neuer Bereich in der Planung des Kinder- und Jugendförderplans. Ausgangspunkt war eine sehr unglückliche Situation: Es gab an mehreren Stellen Aufsuchende Jugendarbeit, die aber immer nur als Projekt von Jahr zu Jahr gefördert wurde. Das Geld kam aus der Automatensteuer, es musste aber jedes Jahr neu beantragt werden. Wir haben im Rahmen der Jugendhilfeplanung

mit Hilfe der sozialräumlichen Gliederung überlegt, an welchen Orten wir neben der bestehenden Infrastrukturleistung in den Einrichtungen Aufsuchende Jugendarbeit brauchen. In den Stadtteilen mit erhöhtem Handlungsbedarf wurde die Aufsuchende Jugendarbeit nach entsprechenden Verhandlungen mit der Politik in eine Regelförderung umgestellt (**Abbildung 5**). Auch dies ist ein Produkt eines gemeinsamen Prozesses.

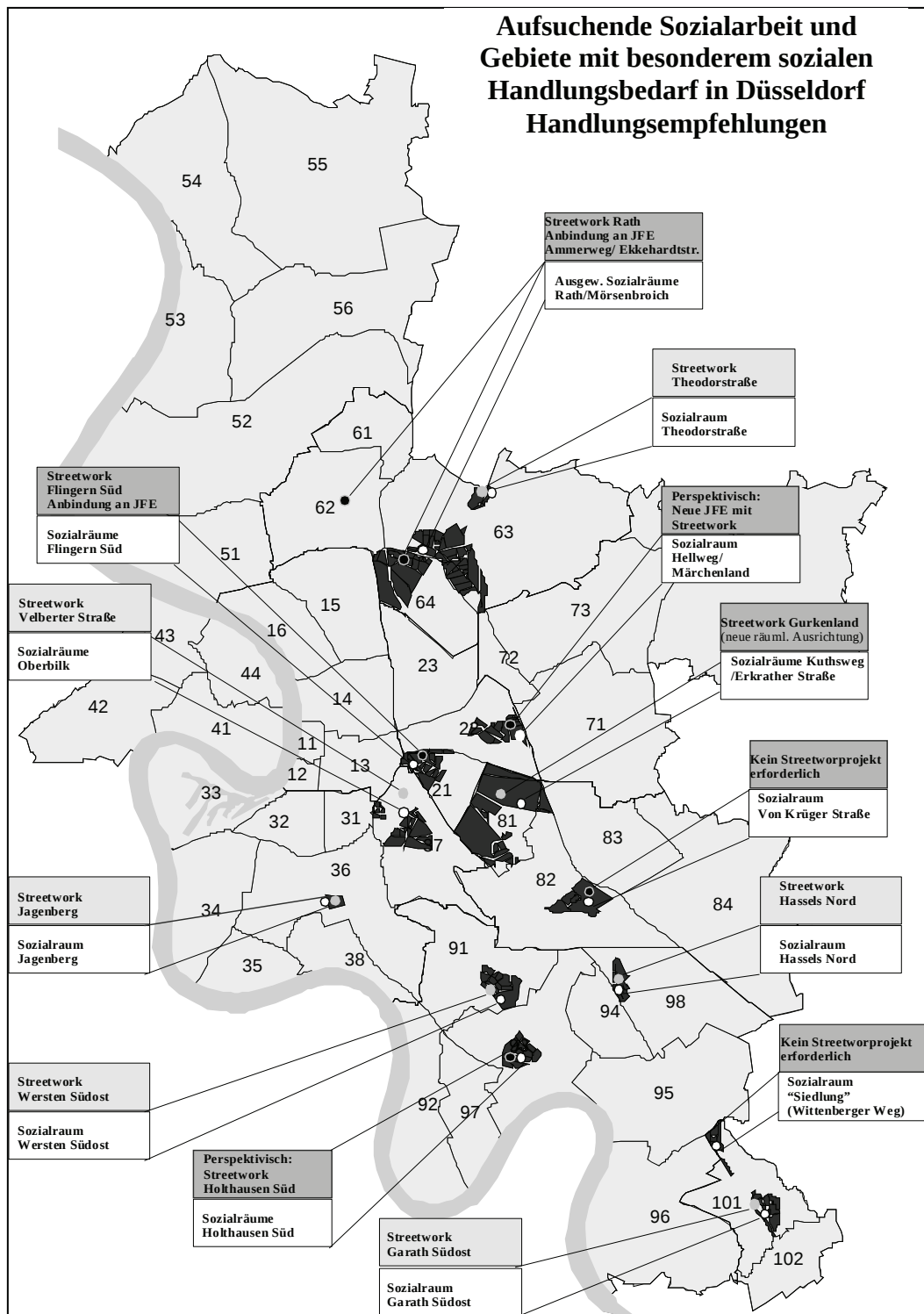


Abbildung 5

© Jugendamt Düsseldorf

Die **Ziele der Aufsuchenden Jugendarbeit** sind:

- Zu Kindern/Jugendlichen Vertrauen aufbauen,
- Soziale Ausgrenzungen verhindern,
- Notwendige Hilfen aufzeigen,
- Integration in ein Regelangebot.

Lösungsansätze dazu sind:

- Jugendhilfeplanung zu dem Thema,
- Konzentration auf bestimmte Stadtteile,
- finanzielle Absicherung der Stellen und Anbindung an die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit.

Gewaltprävention

Der zweite neue Bereich ist die Gewaltprävention. Hier bietet sich, neben den strukturellen ein weiterer Berührungspunkt mit der Schule. Das Thema „Gewalt an Schulen“ wird immer wieder diskutiert und hat in Düsseldorf dazu geführt, dass im Jahr 2003 eine gemeinsame Fachstelle zur Gewaltprävention zwischen Schulverwaltungsamt und Jugendamt als zentrale Anlaufstelle gegründet wurde.

Für dieses Arbeitsfeld sind insgesamt 1,9 Millionen Euro für die Jahre 2000 bis 2006 investiert worden. Wir haben inzwischen jährlich ein Finanzvolumen von einer halben Million Euro. Deutlich zeigt sich die Schwierigkeit, dass hauptsächlich Schulen Anträge stellen, obwohl Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen gleichberechtigte Partner sind. Wir haben versucht, dies auf planerischem Weg zu ändern.

Die Politik möchte sehr gern fertige Programme zur Gewaltprävention einführen. Wir haben zum Beispiel das Programm „Faustlos“, ein Anti-Gewalttraining für Kinder, in alle Kindergärten und Grundschulen installiert. Die Aufgabe der Jugendhilfe an dieser Stelle muss noch präziser bestimmt werden.

Außerdem ist die Fachstelle Gewaltprävention mit der Beratung für soziale Einrichtungen, mit der Organisation von Fortbildungen und der Bereitstellung von Materialien zum Thema befasst.

Die Maßnahmen des Düsseldorfer Kinder- und Jugendförderplanes

Neben den inhaltlichen Beschreibungen gab es Maßnahmen, die fiskalische Auswirkungen hatten. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro mehr in das Feld investiert.

Die Maßnahmen sind:

1. Fortschreibung des Rahmenvertrags und der Einzelverträge mit den freien Trägern,
2. Festschreibung der Etatansätze 2006 bis 2009 im Haushalt,

3. 100-prozentige Finanzierung der Stellen in den städt. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen,
4. Vereinbarung über gemeinsame Standards,
5. Schrittweise Absenkung des Eigenanteils auf maximal 25 Prozent bei freien Trägern,
6. Förderung der Jugendverbandsarbeit für drei Jahre durch drei neue Vollzeitstellen für Bildungsreferenten,
7. Förderung der Personalentwicklung durch Aus- und Fortbildung,
8. Erstellung eines jährlichen gesamtstädtischen Kataloges zu Ferienangeboten,
9. Regelmäßige Düsseldorfer Fachtagungen,
10. Umsetzung des Standards für Honorar und pädagogische Sachkosten,
11. Umsetzung Bau-Masterplan Jugend.

Eine der Maßnahmen ist die Festschreibung der Etatansätze. Wir haben in Düsseldorf Leistungs- und Rahmenverträge mit einer mehrjährigen Laufzeit mit den Trägern.

Die Jugendverbandsarbeit bleibt oft etwas unbeachtet. Wir haben mit den freien Trägern zusammen bewusst noch drei Vollzeitstellen im Bereich der Jugendverbandsarbeit gefördert, die direkt bei den Verbänden als Bildungsreferenten angesiedelt sind. Das ist auf drei Jahre ausgelegt, wir müssen Ende nächsten Jahres prüfen, ob es messbar etwas für die Jugendverbände in Düsseldorf gebracht hat.

Ein weiterer wichtiger Punkt war für uns, die gleichen Standards im Bereich der Honorare und der pädagogischen Sachkosten und der personellen Ausstattung zwischen städtischen und freien Jugendfreizeiteinrichtungen zu haben.

Unsere offene Baustelle ist momentan tatsächlich der Bau. Wir haben einen Sanierungsplan für die Jugendfreizeiteinrichtungen, kämpfen aber dabei mit sehr diffizilen Problemen, mit der Bauverwaltung, mit dem Baurecht, Umweltauflagen, Lärmschutzfragen usw.

Anlagenband zum Kinder- und Jugendförderplan

Eine Grundlage der Planung war die Beschreibung der Arbeit unserer Einrichtungen. Dies war auch wichtig für die Darstellung gegenüber der Politik. Wir haben für jede Einrichtung die Grunddaten, die Profilbestimmung und die Schwerpunkte zusammengestellt. Die Einrichtungen sollten sich auf mehrere Schwerpunkte in der Arbeit konzentrieren, es kann nicht jede Einrichtung alle 15 Schwerpunkte des Kinder- und Jugendförderplans in der Arbeit abbilden. Diese Schwerpunkte werden jeweils gefördert (**Abbildung 6**).

Name der Einrichtung Kinderspielhaus Düsseldorf Träger Jugendamt Landeshauptstadt Düsseldorf Anschrift der Einrichtung Dorotheenstr.39 40235 Düsseldorf Telefon 8998624 Fax 8929296 E-mail joachim.wagner@stadt.duesseldorf.de Zielgruppen der Einrichtung ☒ Kinder ☐ Jugendliche ☐ junge Volljährige ☐ Internationaler Treff Öffnungszeiten <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Mo</th> <th>Di</th> <th>Mi</th> <th>Do</th> <th>Fr</th> <th>Sa</th> <th>So</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Vormittags</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Nachmittags</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Abends</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> Alter der Teilnehmer 6 bis 14 Jahre		Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Vormittags	X	X	X	X	X			Nachmittags	X	X	X	X	X			Abends									Grunddaten der Einrichtung
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So																											
Vormittags	X	X	X	X	X																													
Nachmittags	X	X	X	X	X																													
Abends																																		
Profil Das Kinderspielhaus ist eine Freizeiteinrichtung des Jugendamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf. Kinder im Alter von 6-14 Jahren finden hier einen Ort zum Spielen, Lernen und um Freunde zu finden. Vielfältige Angebote in den Bereichen Spiel, Sport, Erlebnis, Medien, Kultur, Mitbestimmung und Schulaufgabenhilfe bieten die Gelegenheit, sich auszuprobieren und eigene Fähigkeiten zu erweitern. Pressereaktionen: Der Spiegel: "... dass hier seit gut 20 Jahren schon existiert, was anderswo jetzt eingeklagt und vermisst wird." Bunte: "... ein Haus, in dem Kinder einmal richtig nach Herzenslust toben können." Westdeutsche Zeitung: Christo, Penck und kleine Kinder- viel Prominenz in der Kinderspielhausgalerie." Rheinische Post: "...ein Vorbild auch im Ausland." Eltern-Kind-Gruppen können vormittags in Selbstorganisation und nach Absprache Räume und Garten benutzen. Samstag von 14:00- 18:00 Uhr Familienfeste, Kindergeburtstage, Besuchergruppen nach Absprache.	Schwerpunkte Schulbezogene Hilfen Das Kinderspielhaus bietet eine verbindliche Schulaufgabengruppe für 25 Kinder im Alter von 6-12 Jahren an. Die Zusammenarbeit mit den Eltern und den Schulen ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Die Einrichtung ist Bildungsanbieter an vier Grundschulen mit elf offenen Ganztagsangeboten. Kinder- und Jugendkultur Kunst, Werken und Gestalten findet viel Platz im Kinderspielhaus. Die Kinder können ihre Kreativität und Phantasie entdecken und diese in der Galerie, auf der großen Bühne, in den Werk- und Töpferäumen und im Tanz- und Theaterraum produktiv umsetzen und gestalten. Professionelle Künstlerinnen und Künstler zeigen ihre Arbeiten in Ausstellungen auf der Galerie, in denen die Kinder mit ihnen gemeinsame Ideen umsetzen. Partizipation Im Kinderplanungsbüro erarbeiten Kinder zu Projekten ihre eigenen Vorstellungen und setzen sie praktisch um (beispielsweise bei der Gestaltung des Gartens und der Aussenfassade). Zu den aktuellen Mitbestimmungsmodellen beteiligen sich die Kinder außerdem an der Programmgestaltung des Kinderspielhauses.	Profilbestimmung der Einrichtung																																
Erreichbar mit: Straßenbahn 706 oder Bus 834 Haltestelle: Lindenstraße Straßenbahn 709, Haltestelle Dorotheenstraße 	Medien Vor und hinter der Kamera entstehen eigene Kurzfilme: in denen Kinder Stellung zu unterschiedlichsten Themen beziehen. Die Kinder können als Schauspielerinnen und Schauspieler, Kameralaute, Reporterinnen und Reporter und am Schnittplatz eigene Ideen filmisch umsetzen. Im Computerbereich werden PC auseinander genommen und durch den Zusammenbau entdeckt und erfahren. Praktisches Lernen am PC wird spielerisch vermittelt. Erlebnis- und Abenteuerpädagogik An Kletterwänden, Sinnesparcours und in der Geistergruft können Kinder ihre Grenzen entdecken. Ängste überwinden und Selbstsicherheit entwickeln. Darüber hinaus erforschen und erkunden Kinder im Wald, am Bach und in den Wiesen die Natur.	Schwerpunkte nach dem Kinder- und Jugendförderplan																																

Abbildung 6

© Jugendamt Düsseldorf

Steuerung und Organisation

Innerhalb der Verwaltung (**Abbildung 7**) haben wir auf der einen Seite Sachgebietsleitungen, die die Dienst- und Fachaufsicht der städtischen Einrichtungen ausüben. Das sind drei Personen, eine Person ist jeweils für 12 Einrichtungen zuständig. Auf der anderen Seite kümmern sich Koordinatoren um die Einrichtungen der freien Träger und um die Koordination in den Stadtbezirken. Jeder ist für drei bzw. vier Stadtbezirke zuständig.

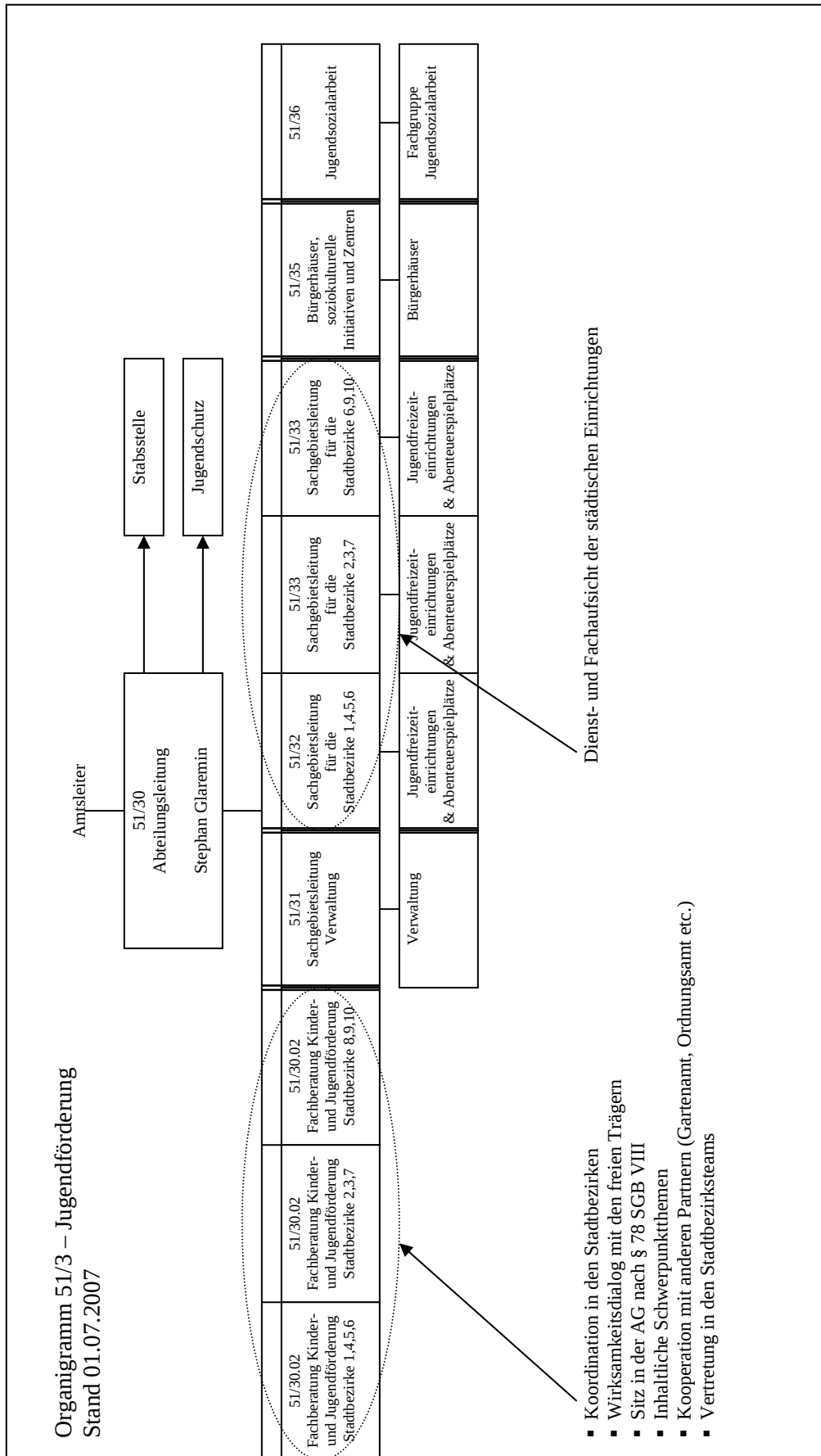


Abbildung 7

Die Organisation wurde innerhalb des Jugendamtes und innerhalb der Abteilungen in einem längeren Organisationsprozess entwickelt. Vorher lag die Dienst- und Fachaufsicht über die städtischen Einrichtungen und die Koordination der freien Träger in einer Hand. Wir haben uns bewusst dafür entschieden, das so zu trennen, dass die schwierige Doppelfunktion erst auf der Abteilungsleiterebene wieder zusammenläuft. Diese Trennung hat sich in den zwei Jahren ihres Bestehens in der Organisationsentwicklung sehr bewährt.

Ausblicke für die Jugendförderung

- Jugendförderplan 2009 bis 2013,
- Konzeptentwicklung in allen Einrichtungen,
- Masterplan Jugendfreizeiteinrichtungen,
- Ausbau der Schulsozialarbeit,
- Jugendhilfeplanung erzieherischer Kinder- und Jugendschutz,
- Jugendinternetportal,
- Jugendinformationscenter,
- Jugendrat.

Im Jahr 2009 stehen bei uns Kommunalwahlen an und wir erstellen einen neuen Jugendförderplan. Die Jugendförderpläne sind zeitlich an den Legislaturperioden ausgerichtet. Wir möchten im nächsten Jahr die Konzeptentwicklung stärker angehen. Wir möchten bewusst das Jahr vor der neuen Planung nutzen, uns die Profile und Konzepte zu vergegenwärtigen. Wir haben zurzeit gewisse Entwicklungen in Düsseldorf, die mit dem Kindergartenbereich zusammenhängen. In Nordrhein-Westfalen sollen sich die Kindertagesstätten zu Stadtteilzentren qualifizieren. Daher müssen wir uns noch einmal neu positionieren. Um so einen Prozess auf einer breiten Basis mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in gewisser Weise auch mit Besuchern durchzuführen, wollen wir uns im Jahr 2008 auch die Zeit dafür nehmen.

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist für uns ein schwieriges Thema, weil es fächerübergreifend ist. Wir werden versuchen, uns dem Thema über einen Jugendhilfeplan stärker zu nähern.

Seit mehreren Jahren versuchen wir, ein Jugendinternetportal in Düsseldorf zu etablieren, was sich als schwierig erweist, weil es von einer öffentlichen Verwaltung realisiert werden soll und damit inhaltlich auch von der Stadt mitgetragen werden muss. Gleichfalls steht bei uns ein Jugendinformationscenter am Düsseldorfer Hauptbahnhof als zentrale Anlaufstelle für Jugendliche auf dem Plan. Wir haben uns vor allem durch Nürnberg inspirieren lassen, dort wurde so ein Vorhaben durchgeführt.

Bei uns wurde ein Jugendrat angesiedelt. Das heißt für uns, die wir jahrelang einen anderen Partizipationsweg gegangen sind, dass wir jetzt die Sachverwalter dieser Form werden. Inwieweit das Auswirkungen auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an unserer originären Arbeit hat, wird sich noch zeigen. Wir sind gut aufgestellt und werden sicherlich die Herausforderungen in den nächsten Jahren gestalterisch angehen.

Forum 2: Jugendarbeit im ländlichen Raum

Praxisbeispiel aus dem Landkreis Zwickauer Land

DR. GERD DRECHSLER

Fachbereichsleiter Jugend und Soziales, Landratsamt Werdau

Zur sozialen Situation im Landkreis Zwickauer Land

Der Landkreis Zwickauer Land befindet sich im Freistaat Sachsen, an der Grenze zu Thüringen (**Abbildung 1**) und hat 128.000 Einwohner (etwa 250 Einwohner pro Quadratkilometer). Zum Landkreis gehören 17 Städte und 11 Gemeinden.

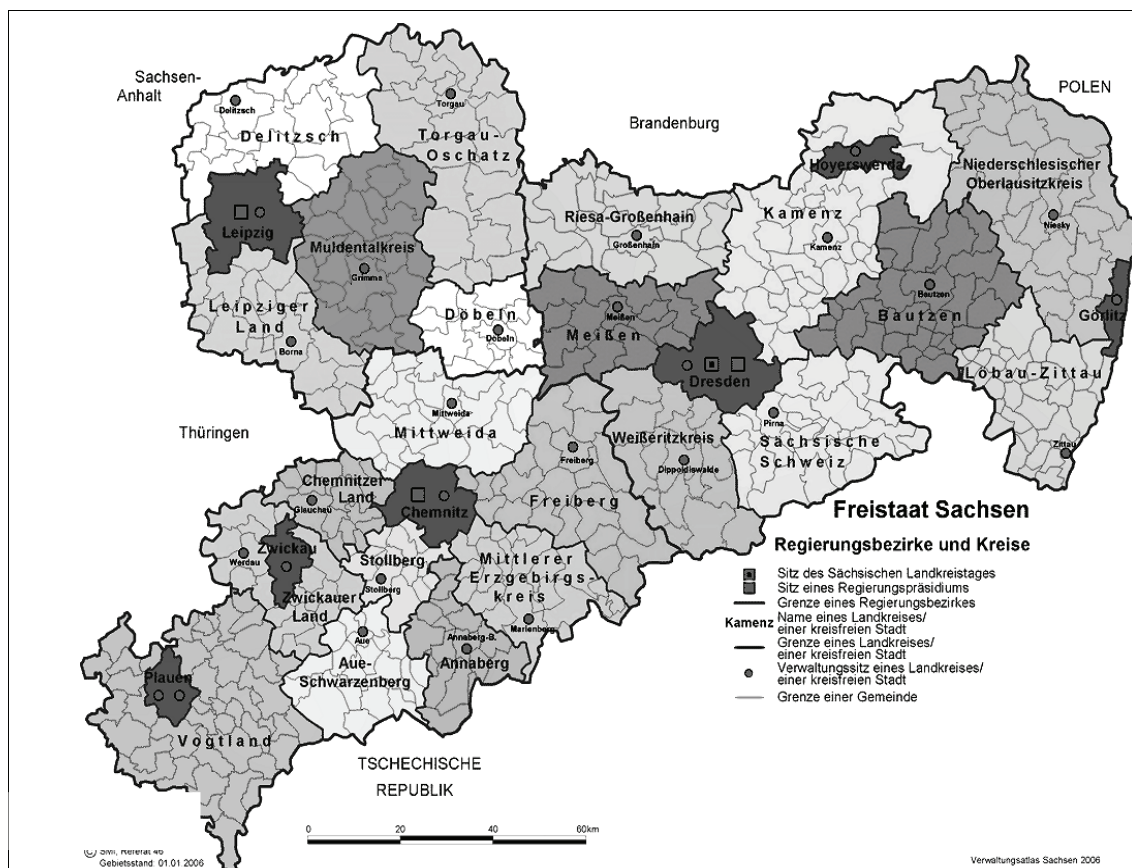


Abbildung 1

© Dr. Gerd Drechsler

Der Landkreis Zwickauer Land ist sehr ländlich geprägt und eine familiäre Infrastruktur funktioniert dort auch etwas besser als in anderen Regionen.

Die dramatische Geburtenentwicklung ist im Jahr 2006 auf einem Tiefpunkt angekommen (**Abbildung 2**).

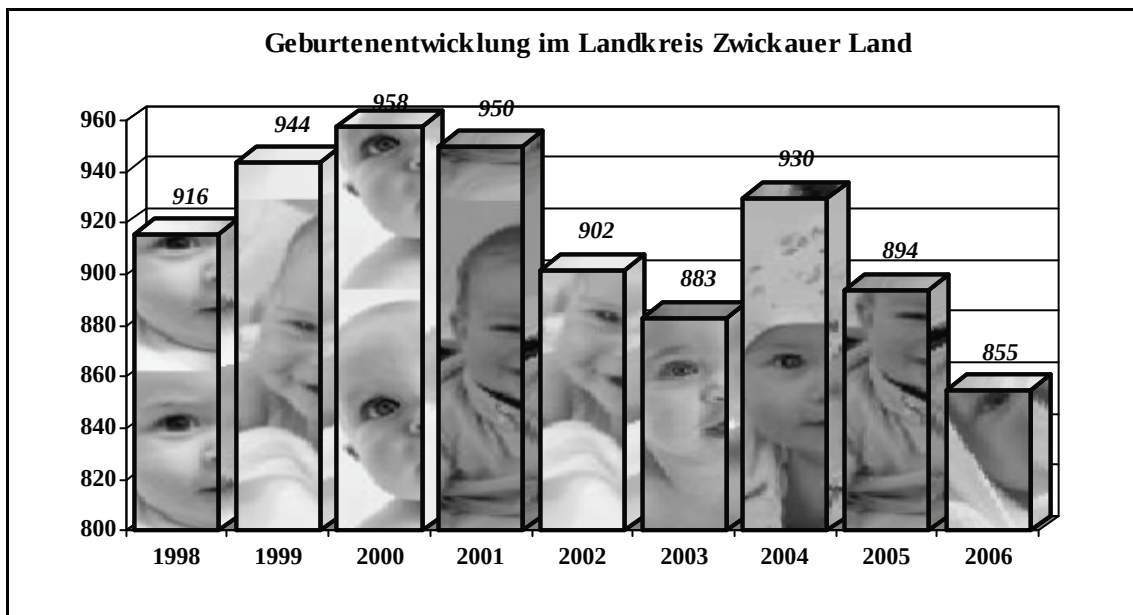


Abbildung 2

© Dr. Gerd Drechsler

An der Relation der Geburten und der Gestorbenen (**Abbildung 3**) ist erkennbar, dass wir jedes Jahr allein durch diese beiden Phänomene rund 800 Einwohner verlieren. Wir hatten 1990 noch 146.000 Einwohner. Diese Entwicklung verstärkt sich noch durch die Relation der Zu- und Wegzüge (**Abbildung 4**).

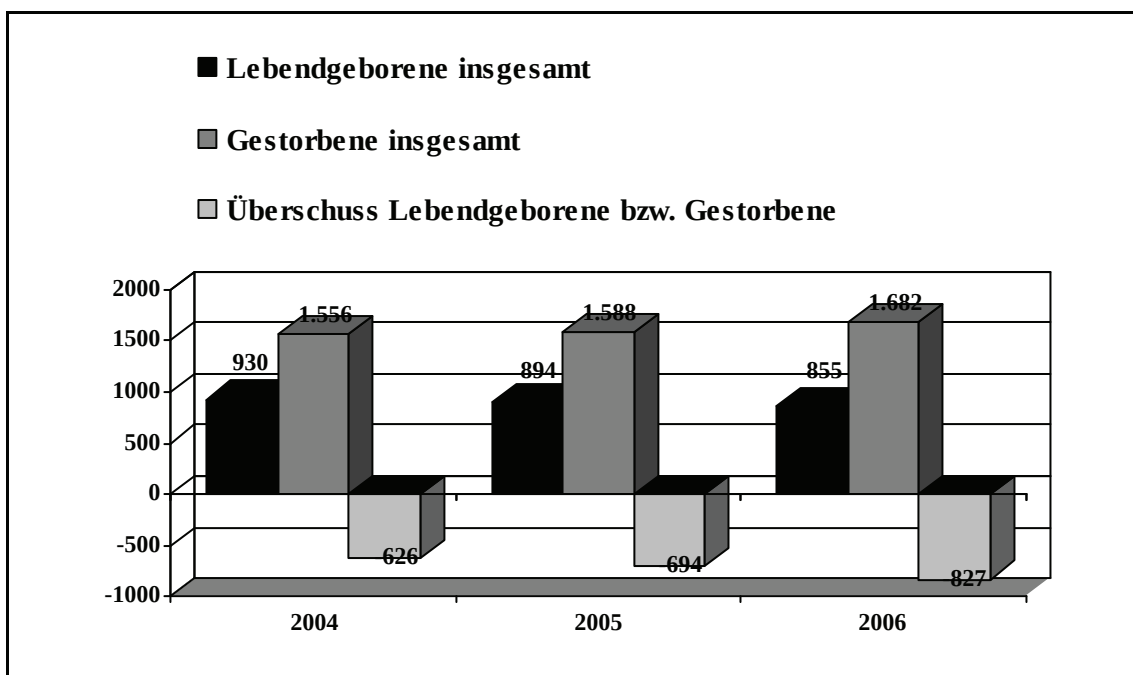


Abbildung 3

© Dr. Gerd Drechsler

Das Problem wird sich in den nächsten Jahren noch potenzieren, denn es ziehen vor allem junge Menschen aus dem Landkreis fort. Die Altersgruppen teilen sich wie in vielen Regionen auf. Den größten Teil bilden die 25- bis 65-Jährigen, aber es gibt eine deutliche Verschiebung in Richtung der über 65-Jährigen (**Abbildung 5**).

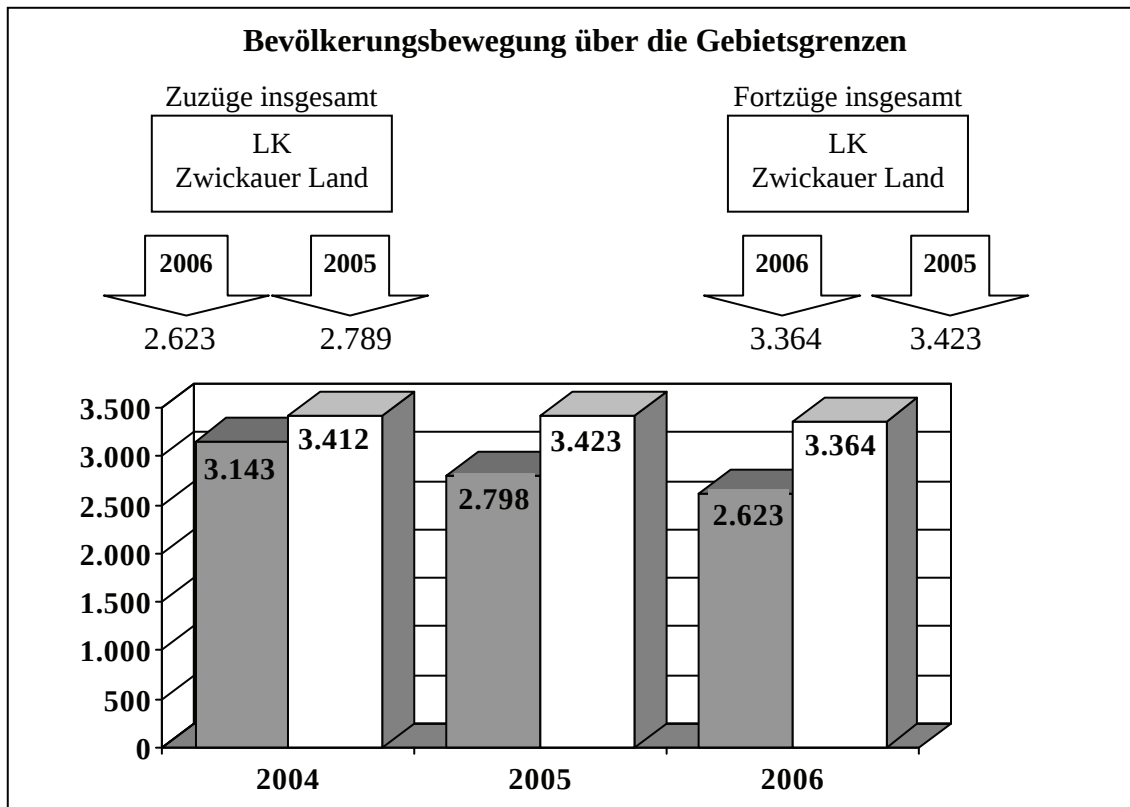


Abbildung 4

© Dr. Gerd Drechsler

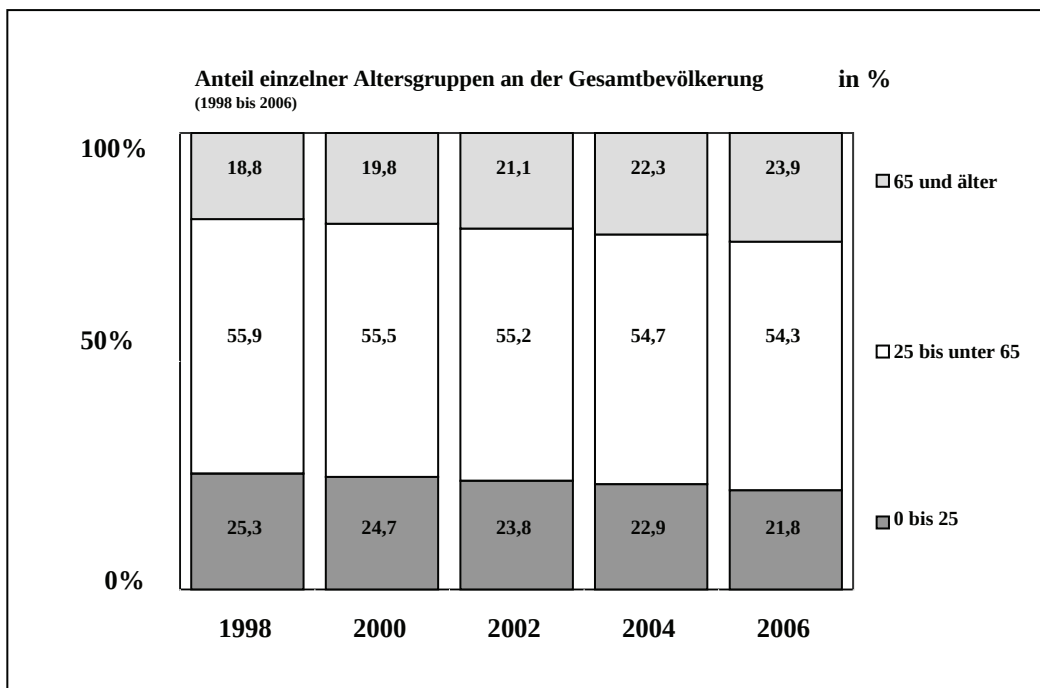


Abbildung 5

© Dr. Gerd Drechsler

Die Zahl der 0- bis 27-Jährigen, das heißt unsere Klientel und die im Gesetz vorgesehenen Leistungsanwärter, nimmt sichtbar ab (**Abbildung 6**).

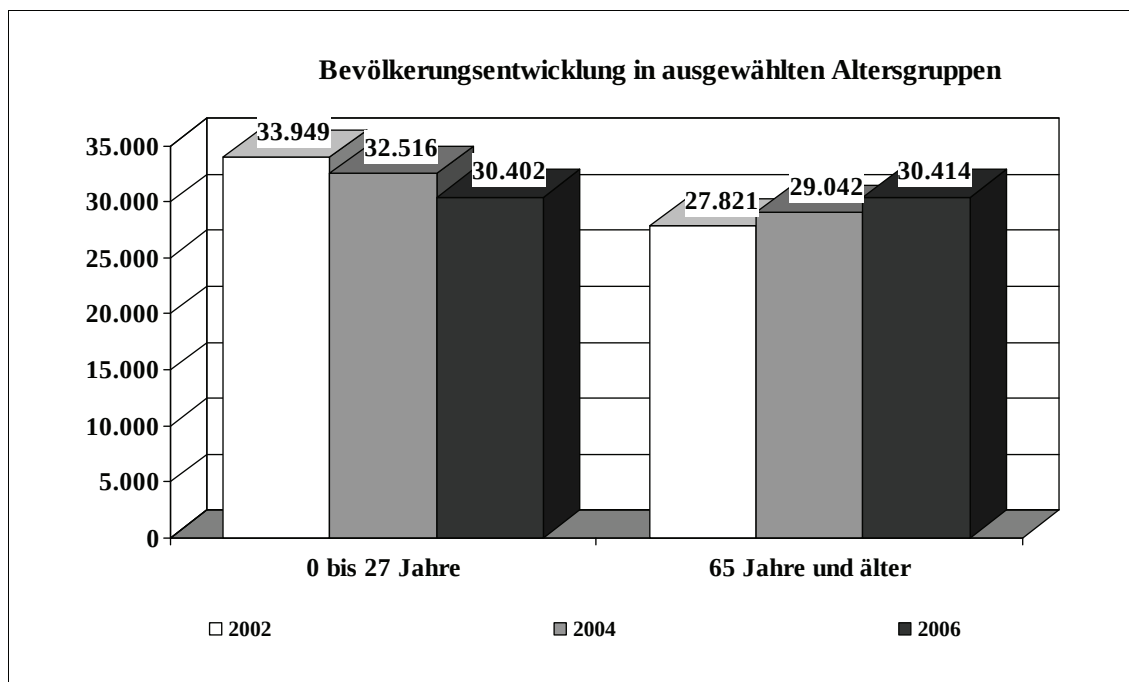


Abbildung 6

© Dr. Gerd Drechsler

Die Arbeitsmarktsituation hat sich von 11.980 Arbeitslosen im Jahr 1998, als die erste verlässliche Statistik aufgestellt wurde, zu 11.339 entwickelt, wobei die Verteilung innerhalb des Landkreises sehr unterschiedlich ist. Wir haben in den vier Ballungszentren eine gemessene Arbeitslosigkeit von 20-22 Prozent, aber die tatsächliche Arbeitslosigkeit – ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – liegt bei knapp unter 50 Prozent. Die Zahl der unter 25-jährigen Arbeitslosen hat sich relativ stabil eingependelt (**Abbildung 7**). Obwohl wir jedem eine Lehrstelle anbieten konnten, sind die Arbeitslosenzahlen in dieser Altersgruppe nicht wesentlich zurückgegangen. Das hat insbesondere mit Problemen im schulischen Bereich zu tun.

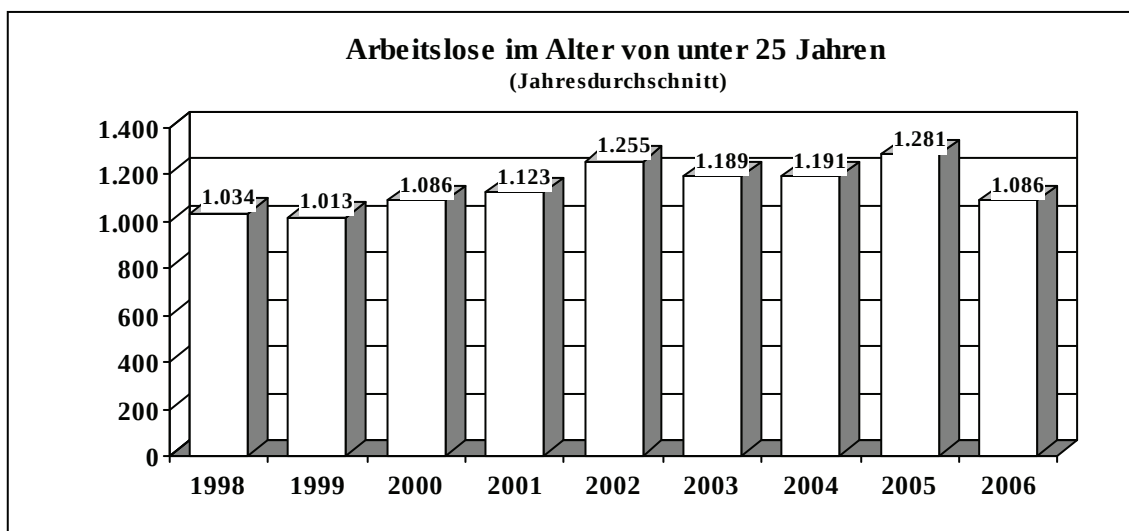


Abbildung 7

© Dr. Gerd Drechsler

Aufschlussreich für die soziale Situation im Landkreis sind die Fallzahlen zu den Leistungen nach dem Hartz-IV-Gesetz (**Abbildung 8**). Im Jahr 2005 gab es etwa 7.500 Fälle bei den Bedarfsgemeinschaften, diese Zahl unterscheidet sich nicht wesentlich vom Stand im September 2007. Das heißt für die Jugendhilfe generell, dass das Potenzial, das sich mehr oder weniger im Bereich des SGB II festgesetzt hat, in den nächsten Jahren nicht wesentlich zurückgehen wird. An der Zahl der Beteiligten ist abzulesen, dass etwa 10 bis 11 Prozent im Landkreis von SGB II betroffen sind.

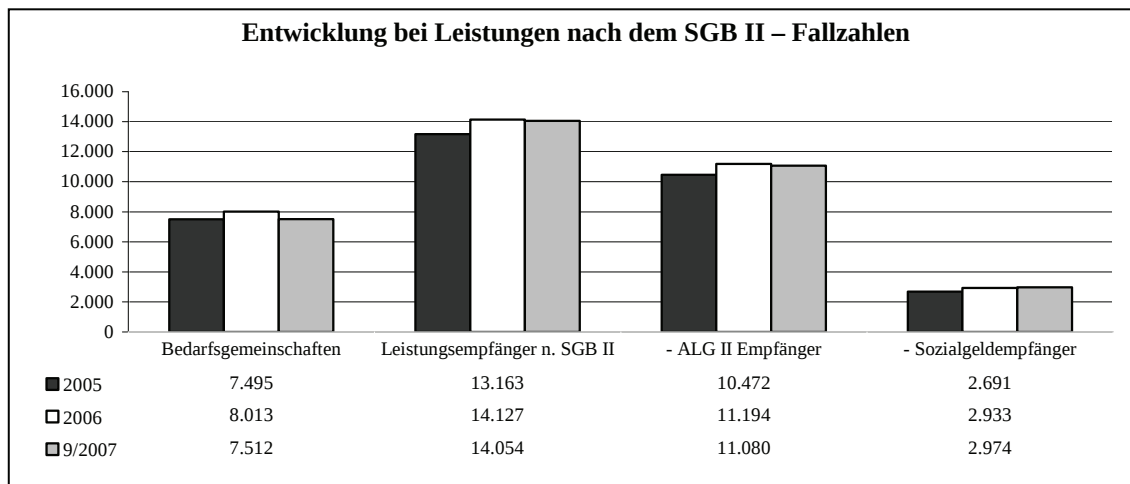


Abbildung 8

© Dr. Gerd Drechsler

Bei etwa gleich bleibender Zahl der Bedarfsgemeinschaften sind die Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft gestiegen (**Abbildung 9**). Insbesondere betrifft das die Leistungen für Erstausrüstung für Schwangere, für Wohnungen und Klassenfahrten.

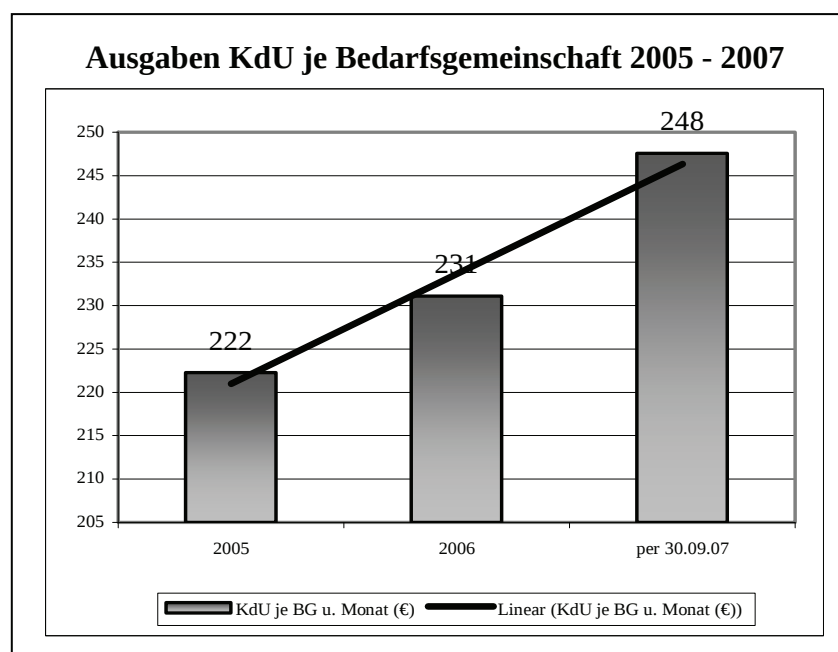


Abbildung 9

© Dr. Gerd Drechsler

Eine interessante Entwicklung zeichnet sich im Schulnetz ab (**Abbildung 10**). Unsere Schulnetzplanung basiert auf den zurückgehenden Kinder- und Jugendlichenzahlen. 1998 gab es 39 Grundschulen, inzwischen nur noch 26. Bei den Mittelschulen ist der Rückgang nicht ganz so eklatant, aber wenn man weiß, dass Mittelschulen einen größeren Einzugsbereich haben, ist er gleichermaßen bedenklich.

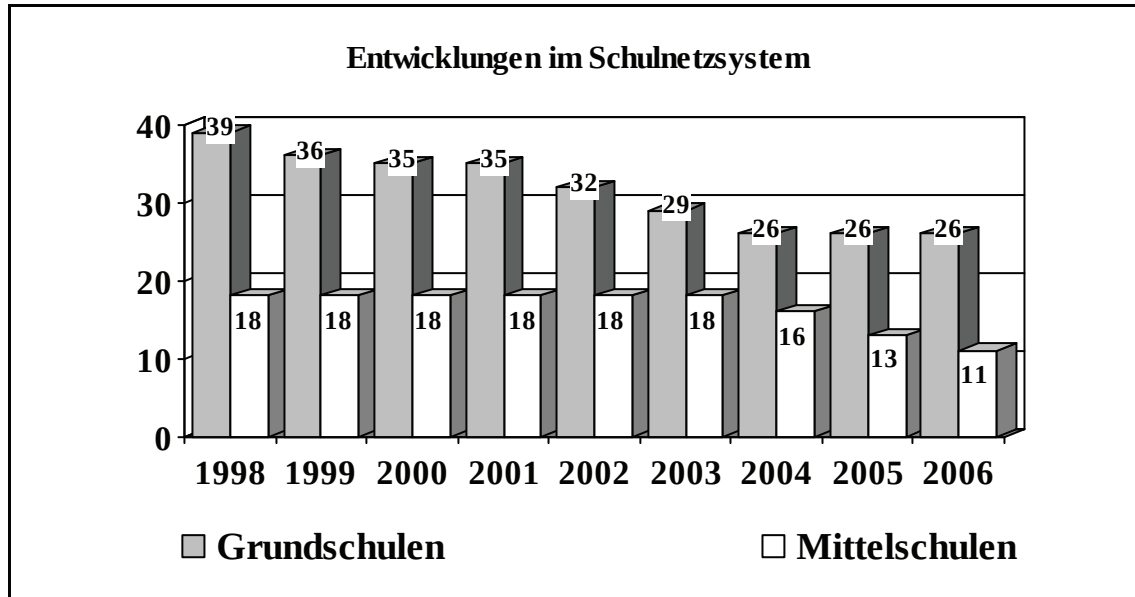


Abbildung 10

© Dr. Gerd Drechsler

Situation der Jugendhilfe im Landkreis Zwickauer Land

Wir sind sehr froh, dass wir die Anzahl der Stellen (insgesamt 18) und Einrichtungen nach §§ 1-16 SGB VIII strukturell und finanziell erhalten konnten (**Abbildung 11**).

Bei den Hilfen zur Erziehung haben sich die Fallzahlen in den Jahren 2004 bis 2006 kaum verändert, allerdings muss man die zurückgehende Zahl von Kindern und jungen Familien dabei berücksichtigen (**Abbildungen 12-14**). Der Vergleich der unterschiedlichen Leistungsarten (Betreutes Wohnen, Heimunterbringung, Tagesgruppe, Erziehungsbeistand, Sozialpädagogische Familienhilfe macht deutlich, dass die Maßgabe „ambulant vor stationär“ nicht immer durchzuhalten ist, gerade in den letzten Jahren. Ein großer Teil der finanziellen Aufwendungen geht neben der Kindertagesbetreuung nach wie vor in die Hilfen zur Erziehung. Beim Gesamtaufwand pro Fall ist eine steigende Tendenz feststellbar. Daher werden die Spielräume der Jugendhilfe generell schmaler.

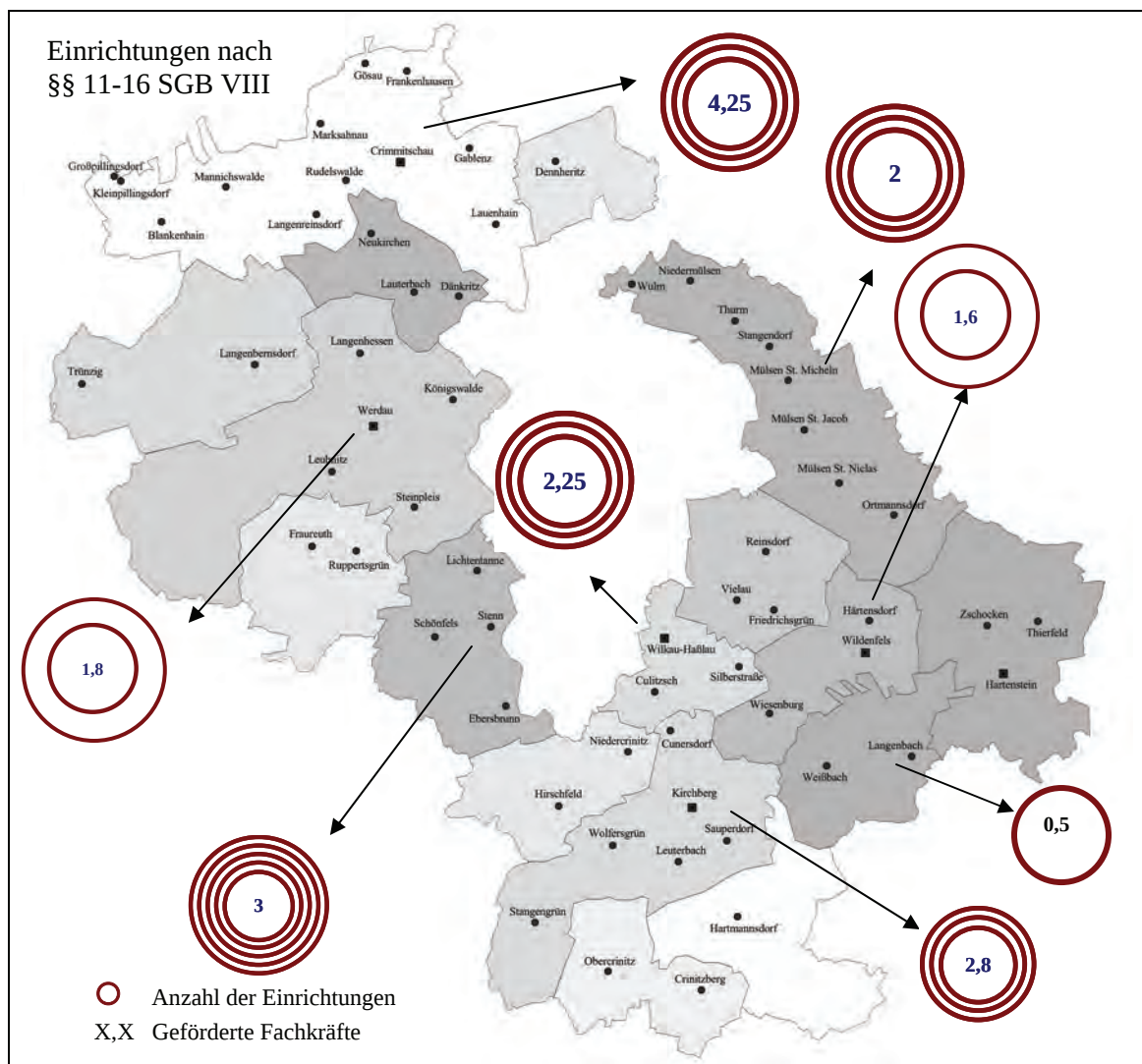


Abbildung 11

© Dr. Gerd Drechsler

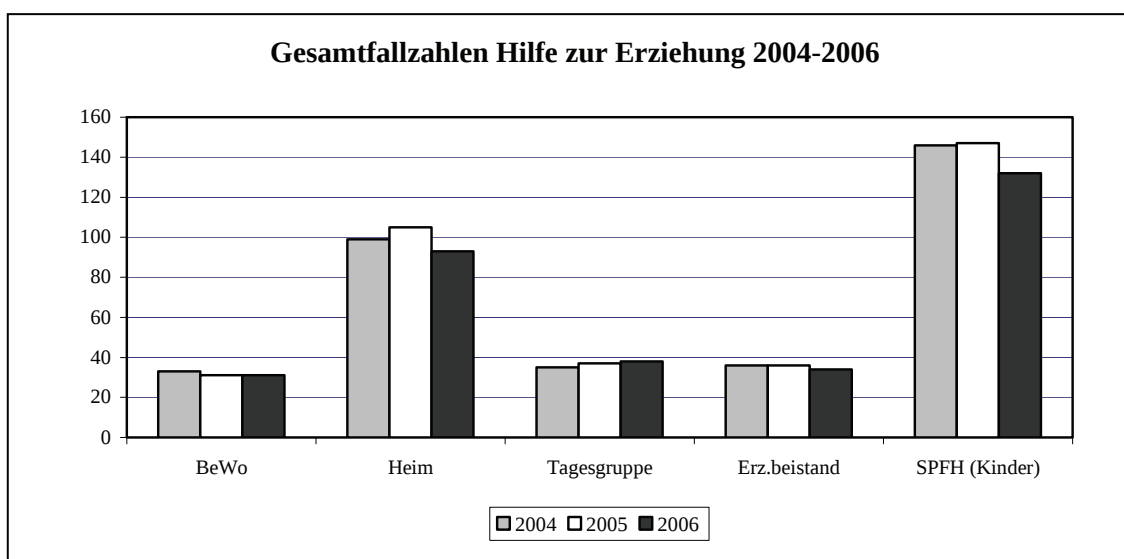


Abbildung 12

© Dr. Gerd Drechsler

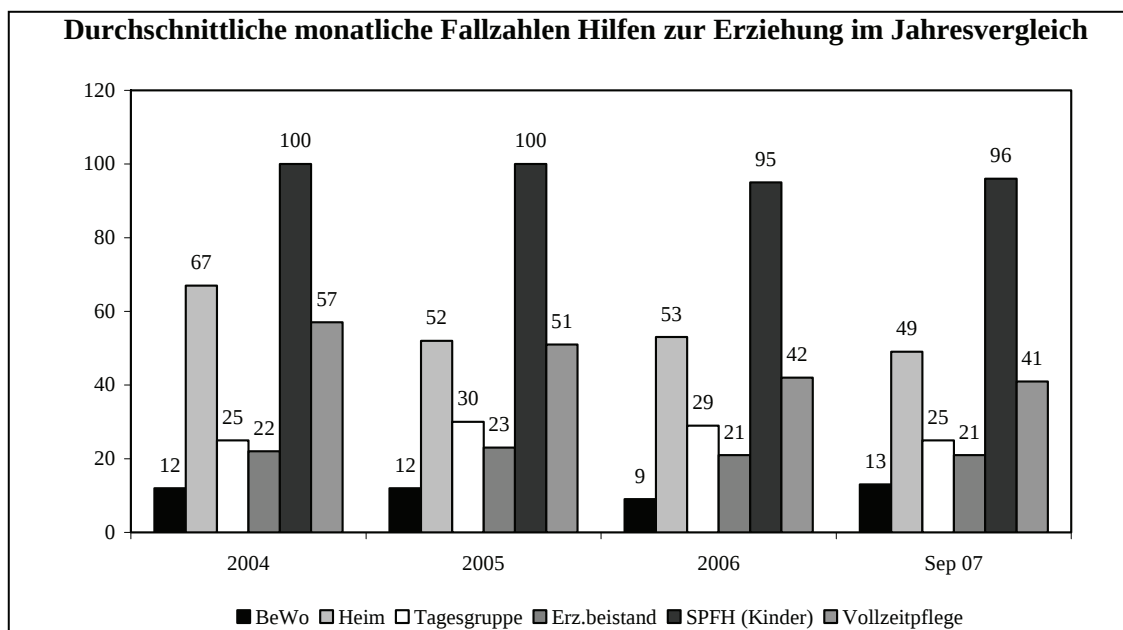


Abbildung 13

© Dr. Gerd Drechsler

Finanzieller Aufwand										
Leistung	2005				Ø Gesamtaufwand je Fall	2006				Ø Gesamtaufwand je Fall
	Grundleistung	Nebenkosten	Kosten/Fall	Ø Betreuungsdauer/Fall		Grundleistung	Nebenkosten	Kosten/Fall	Ø Betreuungsdauer/Fall	
Erziehungsbeistand § 30 SGB VIII	272,49	6,80	279,29	13,40	3.742,49	297,01	7,86	304,87	11,65	3.551,74
SPFH pro Kind § 31 SGB VIII	369,11	8,70	377,81	25,95	9.804,17	430,65	8,84	439,49	19,13	8.407,44
Tagesgruppe § 32 SGB VIII	1.602,01		1.602,01	26,00	41.652,26	1.610,01	0,00	1.610,01	26,00	41.860,26
Betreutes Wohnen § 34 SGB VIII	2.332,62	246,31	2.578,93	15,42	39.767,10	2.076,49	222,82	2.299,31	20,13	46.285,11
Heimerziehung § 34 SGB VIII	2.846,45	144,26	2.990,26	29,13	87.106,27	2.948,89	161,39	3.110,28	21,45	66.715,51

Abbildung 14

© Dr. Gerd Drechsler

Thesen zur Jugendarbeit im ländlichen Raum

1.) Jugendarbeit im ländlichen Bereich darf sich nicht sklavisch von der Demografie abhängig machen. Es ist ein **Trugschluss** zu meinen: Weniger junge Menschen bedeuten weniger Jugendhilfe und weniger Jugendhilfe bedeutet auch weniger Jugendarbeit und damit weniger Angebote in den Bereichen der §§ 11 bis 14 SGB VIII.

Über unseren Bürgermeister verfügen wir glücklicherweise über politischen Einfluss. Das half uns, in den letzten zehn Jahren einen intensiven Dialog zu führen und die o.g. Gedankenkette gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Am Beispiel der Schulschließungen lässt sich die Entwicklung deutlich machen. Schulschließungen bedeuten weitere Schulwege. Es ist in unserem Landkreis keine Seltenheit, dass ein Kind früh und nachmittags jeweils eine Stunde unterwegs ist, auch im Grundschulbereich. Wir stehen vor dem Problem, dass für Kinder immer weniger freie

Zeit zur Verfügung steht, noch dazu, wenn zusätzlich das öffentliche Verkehrsnetz ausgedünnt wird. Wir stehen außerdem vor der nächsten Kreisgebietsreform. Die 21 Landkreise werden Mitte des nächsten Jahres zu 10 Kreisen zusammengelegt. Das hat weitreichende Konsequenzen für die soziale Infrastruktur. Es gibt eine massive Reduzierung der frei verfügbaren Zeit unserer Kinder und der Begegnungsmöglichkeiten. Daher ist Vereinsförderung sehr wichtig, so klein der Verein auch sein mag. Wir versuchen, die Strukturen vor Ort funktionsfähig zu halten. Deshalb hat unser Landkreis den Versuch gemacht, die Vereinsförderung auch bei schwachen Kassen sehr intensiv zu betreiben.

Mögliche **Gegenstrategien** sind:

- Jugendarbeit verlagert sich dorthin, wo junge Menschen sind, wo sie sich aufhalten und „wohl fühlen“. *„Jugendarbeit muss sich wieder neue Räume aneignen.“* (Prof. Simon) Das schließt formelle und informelle Standorte ein.
- **Gelebte Vernetzung** von Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit. Es nützt nichts, wenn in den Konzeptionen, Leitbildern oder Leistungsbeschreibungen von Vernetzung die Rede ist. Wenn ein Jugendsozialarbeiter nicht weiß, welche soziale Infrastruktur im Sozialraum vorhanden ist, arbeitet er nicht professionell.

Die notwendig zu leistenden **Aufgaben** in diesem Bereich kann man wie folgt zusammenfassen:

- Erweiterung der Begriffe „Raum“ und „Partner“ in und für die Jugendarbeit,
- Einbeziehung der Jugendarbeit in eine komplex angelegte regionale Planung.

Es ist wenig sinnvoll, noch im Sinne einer Komm-Struktur zu denken und zu handeln. Wir müssen sehr viel stärker in die Region hinein, um die Orte aufzusuchen, wo sich die Jugendlichen aufhalten. Dazu brauchen wir Partner. Bei uns haben wir leider zu wenig Unterstützung durch die Schule. Wir müssen auch ernsthafter über eine Partnerschaft zwischen Jugendarbeit im klassischen Sinne und Kindertagesstätten nachdenken. Kindertagesstätten sind der Ort, an dem uns die Eltern zweimal am Tag begegnen.

Es ist uns nach langem Kampf gelungen, als Jugendhilfe in die regionale Planung einbezogen zu werden, das betrifft die Infrastruktur und den wirtschaftlichen Bereich gleichermaßen wie die Fachplanungen und die Abgabe einer Stellungnahme zu allen Baumaßnahmen im Landkreis.

2. Jugendarbeit muss sich beteiligen und einbezogen werden in die Diskussion und Ausrichtung der Jugendhilfe an das **Konzept der „Neuen Steuerung“**. **Aber:** Gerade für die Jugendarbeit gilt: **Vorsicht vor der schematischen und undifferenzierten Übertragung und Anwendung dieser Denkkultur**. Nach meiner Auffassung entzieht sich Jugendarbeit weitestgehend einer wirkungsorientierten Steuerung. Jugendarbeit soll nicht wirkungsorientiert, sondern wirkungsvoll gesteuert werden. Es ist in der Tat so, dass wir in unserem Landkreis 10-12 Prozent der Jugendlichen mit unseren Angeboten der Jugendarbeit nicht erreichen.

Hier stellen sich notwendig zu leistende **Aufgaben**:

- Jugendarbeit muss sich generell und orientiert an jedem Projekt neu konzeptualisieren.

- Jugendarbeit hat sich zentral mit jugendspezifischen Frage- und Problemstellungen zu befassen, die im Kern Hilfe zur Selbsthilfe organisieren sollen, wie es auch Kernauftrag des KJHG ist. Wenn in den Familien zum Teil schon die zweite Generation von sozialen Transferleistungen lebt und sich einige schon auf ALG 2 einrichten, dann muss es auch Thema der Jugendarbeit werden. Beispielsweise hat bei uns ein Lehrer seinen Schülern beigebracht, wie man sachgerecht ALG-2-Anträge ausfüllt.
- Jugendarbeit braucht stärkere Verortung im Sozialraum, der in nur noch wenigen Fällen die „Sitzgemeinde“ ist. Die Mobilität der Jugendlichen ist relativ hoch. Wir müssen mit den kreisangehörigen Gemeinden auch über übergreifende Fragestellungen und Finanzierungsmodelle ins Gespräch kommen.
- Jugendarbeit prägt sich noch stärker temporär und zielgruppenspezifisch aus. Konzepte der Jugendarbeit können nicht für 10-20 Jahre festgeschrieben werden.

3.) Der Anspruch, dass Jugendarbeit sich neu konzeptualisieren soll, ist nicht neu und auch nicht originell, in seiner Dringlichkeit aber erforderlicher denn je.

Die neue Konzeptualisierung umfasst dabei sowohl die inhaltliche Seite als auch die strukturelle Ebene sowie das Selbstverständnis der Profession.

Das bedeutet eine Fokussierung auf die Kernaufgaben der Jugendarbeit auf der Grundlage eines lebenslagen- und lebensweltorientierten Konzeptes. Jugendarbeit muss „andocken“ am realen Da- und Sosein von Kindheit und Jungsein in unserer Region.

Jugendarbeit gelingt (nur noch) in der gelebten Vernetzung mit anderen Sozialisationsinstanzen bzw. Angeboten in und außerhalb der Jugendhilfe, insbesondere mit Schule, Vereinen/Verbänden und Berufs-/Erwerbshilfen. Wir müssen die Sozialpädagogisierung der Schulen vorantreiben. Im September dieses Jahres haben wir zum ersten Mal eine 1. Klasse an einer Schule für Erziehungshilfe einrichten müssen, 18 Kinder, die aus dem Kindergarten herausgekommen sind, sind nicht beschulungsfähig. Diese sind in einer E-Schule, dadurch stigmatisiert und die Re-Integrationsmöglichkeiten sind sehr kompliziert, wenn nicht fast unmöglich.

Jugendarbeit muss sich methodisch neu ausrichten – aufsuchenden Charakter ausprägen, ohne zum Wanderer zwischen den Welten zu werden.

Jugendarbeit(er/innen) müssen sich auf den Weg machen, um neue Arbeitsformen und innovative Verknüpfungen als integrierte Hilfen an den Schnittstellen unterschiedlicher Lebensbereiche junger Menschen zu entwickeln.

4.) Jugendarbeit ist und bleibt Pflichtaufgabe (im Ermessen). Nicht überheblich, aber selbstbewusst muss über eine intensive Lobbyarbeit deutlich gemacht werden, dass Jugendarbeit und das, was sie kreativ und innovativ leisten kann, einen „**Standortfaktor**“ für die Gemeinde und den Landkreis darstellt.

Hilfreich ist uns dabei gewesen:

- Jugendarbeit konsequent mit der bildungspolitischen Dimension zu verbinden (PISA),

- Jugendarbeit stark zielgruppenspezifisch auszurichten,
- Jugendarbeit planerisch zu untersetzen und „dauerhaft“ zu finanzieren.

In Sachsen gibt es eine so genannte Jugendpauschale. Der Freistaat Sachsen finanziert für jeden Jugendlichen von 0 bis 27 Jahren einen Jahresbeitrag von 14 Euro. Unserem Landkreis stehen also rund 750.000 Euro zur Verfügung, die wir im Agreement mit dem Bürgermeister und mit dem Kreistag jeweils um die gleiche Summe aufstocken, so dass wir die Zahl der Sozialarbeiter erhalten konnten. Nicht das Projekt wird dauerhaft durchfinanziert, sondern die Jugendarbeit und die Sozialarbeiter bei den freien Trägern. Bei uns wurde die Jugendarbeit in freie Trägerschaft überführt.

Projekte und Maßnahmen

Abbildung 15 zeigt die Maßnahmen und Projekte, die im Landkreis Zwickauer Land in die Jugendarbeit einbezogen wurden.

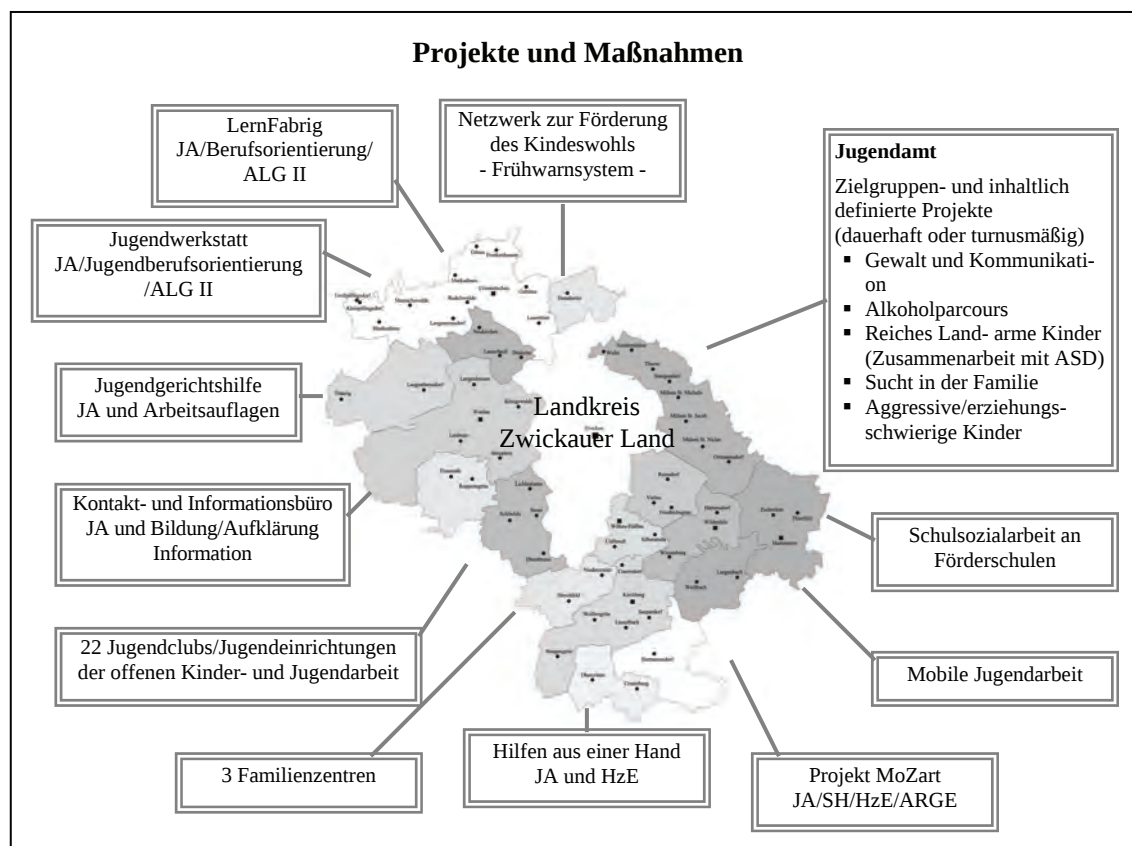


Abbildung 15

© Dr. Gerd Drechsler

Wir nehmen Jugendarbeit in allen Bereichen als Pflichtaufgabe mit auf. Wer von den freien Trägern in der Jugendarbeit nicht bereit ist, in den Projekten mitzuwirken, ist für uns kein glaubhafter Partner mehr und dann muss man über die Finanzierung nachdenken.

Forum 2: Jugendarbeit im ländlichen Raum

Praxisbeispiel aus den Gemeinden Neuhausen ob Eck und Emmingen-Liptingen: Mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum

MARKUS SELL

Jugendreferent der Gemeinden Neuhausen ob Eck und Emmingen-Liptingen

Sehr geehrte Damen und Herren, stellen Sie sich vor, es gibt Probleme im Jugendhaus Berlin Mitte, die Jugendlichen gehen kurzerhand ins Rathaus und besprechen die Sachlage direkt mit Herrn Wowereit – unmöglich?

Nicht im ländlichen Raum. Dort sind soziale Vernetzungen eher „eindimensional“, anstatt großer Hierarchien und diverser Ebenen sitzt die Jugendarbeit oftmals als Stabsstelle direkt beim Bürgermeister. Was dies im Detail bedeutet, werde ich später noch weiter erläutern. Zunächst erst einmal zu dem Begriff „ländlicher Raum“:

1. Kurze Begriffsklärung: Raumkategorien des Landes

Die Gliederung des Landes nach Raumkategorien knüpft an die Ungleichheiten in der räumlichen Verteilung von Bevölkerung, Wohnungen und Arbeitsplätzen an. Die Raumkategorien sind gemeindescharf abgegrenzte Teilräume ähnlicher siedlungsstruktureller Situation, die jeweils größere zusammenhängende Gebiete umfassen.

Vorrangiges Ziel der räumlichen Gliederung ist es, die unterschiedlichen Gegebenheiten und Entwicklungspotenziale der einzelnen Teilräume im Rahmen der Raumordnung und Landesplanung angemessen berücksichtigen zu können. Methodisch erfolgt die Bestimmung der Raumkategorien durch das Merkmal „Verdichtung“.¹

- **Verdichtungsräume:** Sind durch eine stark überdurchschnittliche Bevölkerungs- und Arbeitsplatzdichte sowie ausgeprägte Flächenengpässe und intensive innere Verflechtung gekennzeichnet.
- **Randzonen:** Bilden die äußeren Grenzen der Verdichtungsräume und zeichnen sich durch einen mittleren Verdichtungsgrad bei relativ starker Siedlungsdynamik aus.

Der **Ländliche Raum** untergliedert sich in:

- **Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum:** Stadt-Umland-Bereiche mit engen Verflechtungen und erheblichen Siedlungsverdichtungen, die jedoch nicht an Verdichtungsräume grenzen.
- **Ländlicher Raum (im engeren Sinn):** Dünner besiedelte Gebiete mit zumeist deutlich unterdurchschnittlichen Dichtewerten in den Bereichen Bevölkerung, Wohnungen und Arbeitsplätze. Die Gebiete verfügen in der Regel über einen ho-

¹ „Landesentwicklungsplan“ (LEP) 2002, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

hen Anteil an Freiraum- bzw. Landwirtschaftsflächen und zum Teil infrastrukturellem Entwicklungsbedarf.

Der **Ländliche Raum** umfasst gemäß der obigen Definition in Baden-Württemberg etwa 75 Prozent der Landesfläche, 42 Prozent der Bevölkerung und 37 Prozent der Beschäftigten. Demgegenüber konzentrieren sich allein in den vier Verdichtungsräumen des Landes Baden-Württemberg (Stuttgart, Rhein-Neckar, Karlsruhe und Freiburg) auf nur 10 Prozent der Landesfläche gut 37 Prozent der Landesbevölkerung und 46 Prozent der Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.¹

Der **Ländliche Raum** ist als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung zu stärken und so weiter zu entwickeln, dass sich seine Teilräume funktional ergänzen und seine landschaftliche Vielfalt und kulturelle Eigenart bewahrt bleiben. Günstige Wohnstandortbedingungen sollen gesichert und Ressourcen schonend genutzt sowie ausreichende und attraktive Arbeitsplatz-, Bildungs-, und Versorgungsangebote wohnortnah bereitgestellt werden. Großflächige Freiräume mit bedeutsamen ökologischen Funktionen sind zu erhalten.

Grundlage dafür sind eine flächendeckende, leistungsfähige, ordnungsgemäß und nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft sowie eine nachhaltig betriebene, naturnahe Forstwirtschaft.²

So oder etwas abgewandelt sehen zahlreiche Versuche aus, den ländlichen Raum zu definieren. Markante gängige Unterschiede prägen so seit Jahren die Vorstellungen der Menschen.

Leider kommen dabei die „individuelle Sicht“ der Menschen und die aus deren Persönlichkeitsstrukturen wachsenden Sozialräume zu kurz. Unter einer solchen Betrachtungsweise finden wir ständig unter „städtischen Strukturen“ „ländliche Vernetzungen“ und umgekehrt.

Es kommt oft nur zu „gefühlten Unterschieden“ in Zeiten der Globalisierung, die es (zumindest Menschen unseres gesellschaftlichen Systems) zulässt, Kontakte und Freundschaften weltweit zu pflegen, die nationale Grenzen zu einer Banalität werden lässt und eine großartige Mobilität zumindest unter den „jungen Generationen“ verbreitet hat. Wozu benötige ich eine „Shoppingmall“ vor Ort, wenn ich schon im allerletzten Bauernhof per Internet mir „Alle Dinge der Welt“ bestellen kann?

„Zeit für neues Denken“ heißt der Titel der Tagung, eventuell bedeutet das auch, diese alten Denkstrukturen aufzubrechen und sich auf eine Generation einzustellen, für die Mobilität, komplexe Vernetzungsstrukturen, hohe Flexibilität, aber auch eine enorme Pluralität die Lebenswelt bestimmen.

Aber nun zur Jugendarbeit im Landkreis Tuttlingen. Ich werde Ihnen kurz unsere Kreis-konzeption (**Anlage**) vorstellen und dann auf eine eher politische Dimension der Jugendarbeit eingehen.

¹ Landesentwicklungsbericht 1994, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

² Landesentwicklungsplan 2002, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

2. Konzeptionelle Arbeit in Tuttlingen:

Die Kreiskonzeption (**Anlage**) bietet im Landkreis Tuttlingen die Grundlage für die lokale, dem Sozialraum angepasste Konzeption. Sie ist dynamisch zu betrachten und kann ständig weiter entwickelt und den Strukturen der jungen Generation angepasst werden.

Dass Jugendarbeit ein buntes Arbeitsfeld ist und je nach Sozialraum und der Persönlichkeit von Mitarbeiterinnen und Zielgruppe bestimmte Ausprägungen entwickelt, soll als positives Merkmal verstanden werden, das aber in SGB VIII § 11 rechtlich und in den Theorien der Jugendarbeit theoretisch verwurzelt ist.

Oft wird die Frage nach der Qualität der Jugendarbeit gestellt und nur durch eine einheitliche „Hintergrundphilosophie“ geklärt werden.

Doch das Wichtigste in der Qualitätsdebatte ist die Frage: Welchen Auftraggeber nimmt die Jugendarbeit ernst? Die Träger, die Entscheidungsträger oder die Jugendlichen?! Dahinter steckt eine Haltung der Jugendarbeit, die den Titel der Tagung „Zeit für altes Denken“ verdient hätte, denn viele grundlegende Theoretiker der Jugendarbeit beschreiben eine Haltung des Sozialarbeiters, der die jugendlichen Ressourcen als Potenzial für eine gesellschaftliche Wandlung sieht, der als Sprachrohr dient und sich selbst die Wichtigkeit entzieht – und das in einem professionellen Verständnis!

Speziell hierbei will ich noch die Entscheidung der Jugendarbeit, in zwei Richtungen zu arbeiten, mit ihrer Zielgruppe verknüpfen: Jugendarbeit als gesellschaftliche Betreuungsfunktion, die damit auch Aufträge der gesellschaftlichen Entscheidungsträger befriedigt, arbeitet eher mit Kindern zwischen 5 und 14 Jahren, Jugendarbeit, die den Auftraggeber speziell in der Zielgruppe von gesellschaftlichen Multiplikatoren sucht, arbeitet eher mit jungen Menschen zwischen 14 und 27 Jahren – und ich merke hier an, so steht es auch in §11 SGB VIII.

Damit komme ich auch zu der politischen Dimension der Jugendarbeit.

3. Politische Jugendarbeit in Tuttlingen:

Wir haben im Landkreis Tuttlingen unter politischen Entscheidungsträgern und unter den Mitarbeitern der Jugendarbeit eine Umfrage durchgeführt, inwieweit die Jugendarbeit politische, gesellschaftskritische Aspekte mit Jugendlichen bearbeiten sollte.

Das Ergebnis war für manche überraschend, denn die politischen Entscheidungsträger scheinen sich nach solch einer kritisch politisierenden Jugendarbeit eher zu sehnen, als die Mitarbeiter der Jugendarbeit, die in vauseilendem Gehorsam, die kritische Haltung nur verborgen wagen und unsinnige Aufträge zwar intern als Fachkraft für „theoretisch falsch“ bewerten, aber praktisch Folge leisten ohne einen „kritischen Vorstoß“ zu wagen.

Jetzt will ich hier wieder den „ländlichen Raum“ aufgreifen, ich betone hierbei „gefühl“, denn auch in Städten können solche Strukturen geschaffen werden.

Wenn die Jugendarbeit direkt beim Bürgermeister verortet ist, besteht natürlich ein guter Draht zwischen den beiden Auftraggebern (Jugend und politischer Entscheidungsträger). Jetzt stellen Sie sich noch einen „sich unwichtig machenden Jugendarbeiter“ vor (und die Haltung nicht vergessen!), dann besteht ein direkter Draht von jungen Menschen zu dem Entscheidungsträger. Und die Auswirkungen sind enorm. Wie könnte ein Bürgermeister die Lebenswelt der Jugendlichen besser verstehen lernen, ihre Probleme in gesellschaftlichen Kontexten zu sehen, die Jugend als Spiegelbild der heutigen Gesellschaft und als Folge diverser politischer Entscheidungen zu sehen. Jugend ist nicht die Zukunft, nein, sie ist schon da!

4. Praxis und Beispiel:

In der Praxis vor Ort zeigen sich Auswirkungen einer solchen „Grundhaltung“ der Jugendarbeit natürlich auch, aber (leider) nicht immer. Es entstehen im Landkreis mehr und mehr „selbstverwaltete“ Jugendtreffs, die Mitarbeiter verstehen dabei den Raum als Methode und verhalten sich dort als Gäste, die den Jugendlichen „unterstützende Strukturen und Funktionen“ bereitstellen. Konzeptionell verabschiedet sich die Jugendarbeit dabei mehr und mehr von der offenen Jugendarbeit mit konsequenter Angebotsstruktur, hin zu der Mobilen Jugendarbeit mit der kompletten Bandbreite ihrer theoretischen Grundlagen ohne sich dabei auf „sozial benachteiligte Jugendliche“ zu konzentrieren (auch um diese damit nicht zu stigmatisieren).

Partizipation von jungen Menschen ersetzt dabei den „Angebotscharakter“. Jugendliche in ihren Ideen ernst zu nehmen und deren eigene Ressourcen zu nutzen, stärkt Jugend im Gemeinwesen und lässt Veränderungsprozesse nicht nur an den Problemen der jungen Menschen, sondern auch an den Ursachen dieser Probleme zu!

Wenn Jugendliche unter ihren Bedingungen ein „Sommerwiesenfest“ organisieren, spricht dies aus der „Seele“ der Jugend. Es kommt eventuell auch zu Konflikten, aber dafür haben sie ja auch ein „Sprachrohr“ beim Bürgermeister.

Jugendarbeit darf sich nicht (nur) als Betreuungsaufgabe verstehen, sondern muss mit einer „kritischen Bildung“ der Jugendlichen zu gesellschaftsfähigen Individuen einer ausdifferenzierten, globalisierten Gesellschaft beitragen.

Diese Praxis geht in Richtung „Gemeinwesenorientierung“, da die „Probleme“ der Jugendlichen (verallgemeinert) ihre Wurzeln in deren sozialem Umfeld haben. Eben: Jugend als „Spiegel“ der Gesellschaft. Angeregt von der Kommune 1 haben wir eine **„Bildungs-WG“** mit jungen Menschen durchgeführt:

Die Jugendlichen leben für eine Woche gemeinsam mit Jugendreferentinnen in einer Wohngemeinschaft. Es geht darum, den Alltag zu teilen – jeder geht seiner Tätigkeit nach – abends wird gemeinsam gekocht, gegessen, Personen zum Thema eingeladen (Vortrag, Diskurs) und diskutiert. Kernthema der WG ist „Soziale Gerechtigkeit“.

Anhand der jeweiligen biografischen Geschichte jedes Einzelnen wird das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ unter den verschiedensten Gesichtspunkten (Arbeit, Umwelt, Werte etc.) aufgegriffen werden können.

Rahmenbedingung:

- 15 Zimmer, Küche, Bad (jede/r ein Zimmer),
- Miete wird gezahlt,
- laufende Kosten tragen die Mitbewohner,
- eine Woche gemeinsames Wohnen, jeder mit seinem normalen Tagesablauf.

Ziele:

- Bildungsprozesse (voneinander lernen, eigener Erkenntnisgewinn),
- Förderung von gegenseitiger Akzeptanz, Respekt und Toleranz,
- keine Defizitorientierung, das heißt, jeder Jugendliche kann teilnehmen,
- eine gemeinsame Auswertung soll Aufschlüsse über eine Fortführung und eine Erweiterung des Projekts geben,
- die Jugendlichen nehmen ihre Zukunft in den Blick und diskutieren frei über ihre eigenen Zukunftsvisionen,
- es wird angestrebt, dass sich die Gruppe solidarisiert,
- die Gruppe diskutiert die Idee eines Weltjugendcamps,
- den Kurs bestimmt die Gruppe.

Haltung:

- Herkunft, Nationalität, Religion spielen keine Rolle.
- Die Bedingung für die Teilnahme ist die stete Neugier und reges Interesse an der Gruppe „Querspruch – Exekutive Jugend“ und ihren Themen.
- Wir wollen uns in der Lebenswelt der Teilnehmer auf gleicher Augenhöhe begegnen, einander zuhören, den anderen respektieren wie er/sie ist.
- Es gibt kein „richtig“ und kein „falsch“, keine Be- und Abwertung.
- Offenheit, jeder soll Impulse und Denkanstöße äußern und geben.

Im Gegensatz zur Kommune 1 (hier muss man die Jugendphasen unterscheiden) sind die Werte und sämtliche Grenzen der heutigen Gesellschaft bereits gesprengt. Für die Jugendlichen sind Sex, Drogen, Alkohol, Brutalität usw. die bestimmenden Alltagsfaktoren geworden. Sie verspüren daher keinen Drang mehr, „Grenzen zu sprengen“, sondern eher wieder Werte und Halt zu finden. In diesem Projekt wurde dies mehr als deutlich. Ein zweiter Aspekt, der in seinem Ausmaß kaum zu fassen ist: Kritische Bildung beginnt im Kleinen und endet global. „Warum“ fragen kleine Kinder, um Zusammenhänge zu verstehen. „Warum“ fragen sich aber auch alle jungen Menschen, die in einer globalisierten Welt ohne Grenzen geboren wurden und letztendlich nur glauben, was sie mit eigenen Augen sehen.

Anlage

Kreiskonzeption der Kommunalen Jugendarbeit im Landkreis Tuttlingen

Die vorliegende Kreiskonzeption gründet sich auf sechs Jahre praktische Erfahrungen in der kommunalen Jugendarbeit und ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppe. Diese Arbeitsgruppe entstand im Auftrag der Städte und Gemeinden und ist eine konzeptionelle Antwort auf die Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten und dem Profil einer professionellen Jugendarbeit.

Als grundlegende Forderung stand fest, dass die Jugendarbeit im Landkreis weiter vernetzt, übergreifend und unabhängig konzipiert sein soll. Dabei soll sie sich im gesamten Kreisgebiet einheitlich entwickeln, ohne dabei die Unterschiedlichkeit der Kreisgemeinden aus dem Blick zu verlieren. Die Kreiskonzeption soll sich als verbindliche Vorlage entwickeln und in möglichst vielen politischen Gremien diskutiert werden.

Aufbauend auf die Kreiskonzeption sollen sich die örtlichen Jugendreferate eigene Konzeptionen verfassen, um damit einer zentralen Forderung für die Gewährung von Personalkostenzuschüssen gerecht zu werden. Die örtlichen Konzepte haben den Rahmen der Kreiskonzeption zu beachten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Konzeption ausschließlich die weibliche Form der Anrede benutzt.

Die Kreiskonzeption der Kommunalen Jugendarbeit im Landkreis Tuttlingen wurde am 12. Oktober 2006 in der Arbeitsgemeinschaft der Jugendreferentinnen einstimmig beschlossen.

Der Kreistag des Landkreises Tuttlingen hat in seiner Sitzung am 21. Dezember 2006 die Kreiskonzeption als Qualitätsstandard für die Entwicklung der Kommunalen Jugendarbeit und als Grundlage für die Personalkostenbezuschussung einstimmig beschlossen.

Tuttlingen, den 22. Dezember 2006

Inhaltsverzeichnis

1. Wesensmerkmale der Jugendarbeit

- 1.1 Jugend als Teil der Gesellschaft
- 1.2 Jugend heute
- 1.3 Merkmale und Besonderheiten des ländlichen Raums
- 1.4 Gesetzliche Grundlagen, Ziele und Zielgruppen

2. Theorien der Jugendarbeit

3. Rollen, Haltung und Prinzipien der Jugendarbeit

- 3.1 Haltung und Rollen der Jugendreferentinnen
- 3.2 Prinzipien der Jugendarbeit

4. Aufgabenfelder

- 4.1 Mobile Jugendarbeit/Streetwork
- 4.2 Offene Jugendarbeit
- 4.3 Gemeinwesenarbeit
- 4.4 Begleitung selbstverwalteter Jugendtreffs
- 4.5 Jugendberatung
- 4.6 Projektarbeit
- 4.7 Bildungspartnerschaft von Jugendarbeit und Schule
- 4.8 Kooperationen mit Fachstellen
- 4.9 Ferienprogramme
- 4.10 Öffentlichkeitsarbeit
- 4.11 Konzeptionsentwicklung
- 4.12 Teilnahme an Fachberatung
- 4.13 Fortbildung
- 4.14 Verwaltungstätigkeiten
- 4.15 Personalführung

5. Vernetzung und Anbindung

- 5.1 Anbindung der Kommunalen Jugendarbeit innerhalb der Gemeinde
- 5.2 Vernetzung der Kommunalen Jugendarbeit im Landkreis
- 5.3 Aufgaben und Funktion des Kreisjugendreferats

6. Positionspapiere

7. Rahmenbedingungen

- 7.1 Strukturen kommunaler Jugendarbeit
- 7.2 Personal in der kommunalen Jugendarbeit

8. Qualitätssicherung

1. Wesensmerkmale der Jugendarbeit

1.1 Jugend als Teil der Gesellschaft

„Unreife ist eine Kostbarkeit des Jugendalters. Sie bringt die aufregendsten Formen geistiger Kreativität, neue und unverbrauchte Gefühle und Lebenspläne mit sich. Die Gesellschaft muss von den Wünschen und Hoffnungen der Nicht-Verantwortlichen aufgerüttelt werden.“ (Winnicott D.W, Vom Spiel zur Kreativität, 1971, Stuttgart).

Die Gefühlswelt und das Verhalten der jungen Menschen sind Spiegelbilder der aktuellen sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Gesellschaft. Jugendliche reagieren direkt und berücksichtigen dabei, was ihnen die Gesellschaft zur Verfügung stellt.

In diesem Spannungsfeld entstehen neue Gesellungsformen, Subkulturen und Lebensentwürfe, die ein großes Feld der Auseinandersetzung mit Erwachsenen bieten. Angesichts wirtschaftlicher Probleme darf die Jugend z.B. nicht auf eine Funktion als Retter der Sozialkassen reduziert werden.

Die Jugendphase ist für junge Menschen eine Auszeit um sich zu bilden, sich zu orientieren und zu entscheiden – sozusagen ein Experimentierfeld. Eine besondere Bedeutung dabei hat die Gruppe der Gleichaltrigen. Der Zusammenhalt in Cliques wirkt beruhigend und muss ernstgenommen werden.

In einer Zeit der Globalisierung, Pluralisierung und Individualisierung können Eltern und Pädagogen nur noch in begrenztem Maße jungen Menschen ein Vorbild sein und traditionelle Werte, Gewohnheiten und Lebensformen vermitteln. Vielmehr liegt in der Jugend selbst das Potential, zukünftige gesellschaftliche Fragen und Probleme zu lösen. Jugendarbeit sollte diese Kräfte in der Jugend fördern und Jugendliche dabei begleiten, eine neue Zukunft zu bauen.

1.2 Widersprüchlichkeit und Komplexität der Jugendphase heute und Bezug zur Jugendarbeit

Jugendliche erleben sich in einer Gesellschaft, in der es vielfältige Werte, Normen und Kulturen gibt, die nebeneinander existieren. Der je eigene individuelle Prozess der Selbstbestimmtheit und Selbstbewusstheit ist vielfältigen Chancen und Risiken ausgesetzt, die Jugendliche häufig in Handlungsunsicherheiten und Orientierungsschwierigkeiten bringen. Anstrengungen in Schule und Ausbildungen sind keine Garantien für die berufliche Biographie mehr. Die Biographien gestalten sich nicht mehr linear, im Sinne eines eindeutigen Verlaufes von Schule, Ausbildung, soziale und materielle Ablösung aus dem Elternhaus, Berufsleben, Gründung einer eigenen Familie. Diese tradierten Lebensabschnitte und Lebensformen gestalten sich vielfältiger, wenn auch nicht völlig abgelöst von der bisherigen Tradition. Jugendliche schließen sich zu Cliques/Gruppen/Szenen zusammen, die sich nach jugendkulturellen Interessen ausdifferenzieren. Sie bewegen sich oft in verschiedenen Gruppen und Szenen, daher verlieren diese häufig an emotionaler Verbindlichkeit und fördern den Individualisierungsprozess.

Jugendarbeit befindet sich mitten in der Schnelllebigkeit unserer Gesellschaft und kann nicht statisch sein. Sie ist gefordert, sich an diese Herausforderungen zeitgemäß anzupassen und damit kritisch umzugehen. Dies bedeutet, dass sie sich in ihrem Angebot an den Lebenswelten und Lebenssituationen der Kinder und Jugendlichen orientieren und ihre Arbeitsfelder ausdifferenzieren muss. Gleichzeitig kommt der Jugendarbeit die Funktion zu, die sozialräumliche Vernetzung und Kommunikation zu fördern und zu begleiten.

Die Mitarbeiterinnen der Jugendarbeit müssen sich auf Beziehungsprozesse einlassen, Raumaneignungsprozesse begleiten und die Jugendlichen bei ihrer Eigentätigkeit unterstützen. Kinder- und Jugendliche haben das Recht, eigenständig zu sein und dabei auch Fehler zu machen. Sie sollen sich an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen und mitbestimmen. Sie haben das Recht gegenüber den Werten der bestehenden Gesellschaft kritisch zu sein und sie brauchen Räume, um eigene Lebensentwürfe und Orientierungen auszuprobieren.

1.3 Merkmale und Besonderheiten des ländlichen Raums

Eine Jugendarbeit im ländlichen Raum unterscheidet sich zwangsläufig von städtischen Jugendarbeitskonzepten, die in aller Regel mit einer breiten Ausdifferenzierung der einzelnen Arbeitsfelder auf ihre städtischen Bedingungen reagieren.

Demgegenüber liegen im ländlichen Raum große Chancen und Möglichkeiten, die in den Konzepten zu berücksichtigen und zu nutzen sind:

- Die geringe Bevölkerungsanzahl und Flächenausdehnung ermöglicht eine schnelle Überschaubarkeit des Sozialraumes. Innerhalb kürzester Zeit ist es möglich, umfangreiche Kontakte aufzubauen, informierende Zusammenhänge zu schaffen und strategische Einflussmöglichkeiten zu entwickeln.
- Kommunikation im ländlichen Raum läuft in hohem Maße über informelle Kontakte ab und findet sowohl generations- als auch milieuübergreifend statt. Stimmungen, Einstellungen und Diskurse können sehr einfach und zeitnah aufgegriffen werden. Diese Kommunikation ermöglicht für die Soziale Arbeit die Chance, sozialraumorientierte Impulse und Themenansätze unmittelbar implementieren zu können und innerhalb von kurzen Zeitabständen zu unmittelbaren Rückmeldungen zu kommen.
- In aller Regel ist die Jugendarbeiterin die einzige Fachkraft im Gemeinwesen, d.h. als Angestellte in der örtlichen Verwaltung ist sie auch für die Erwachsenen Ansprechpartner für alle jugendrelevanten, sozialpolitischen Fragen. Dadurch erreicht sie im Gemeinwesen eine Rolle, die ein großes Integrationspotential hat. Die Frage von persönlicher Abgrenzung und den Erwartungen nach Allzuständigkeit sind im ländlichen Raum allerdings schnell von größerer Bedeutung.
- Innerhalb der kleineren Kommunalverwaltungen kommt der Bürgermeisterin eine zentrale Bedeutung zu. Sie ist nicht nur Leiterin der Verwaltung, sondern auch wichtigste Ansprechperson für alle Fragen und politischer Vertreter der Gemeinde. Die Bürgermeisterin steht im intensiven und direkten Kontakt mit den Bürgern und hat eine Fülle von Macht- und Kompetenzzuschreibungen. Für die Jugendarbeit, die in der Regel per Dienst- und Fachaufsicht direkt oder relativ nahe bei der Bürgermeisterin zugeordnet ist, bedeutet dies ein hohes Maß an Einfluss, bis hinein in weite Teile der gesamten Kommunal- und Sozialpolitik, um so mehr, da es innerhalb der kleineren Kommunalverwaltung in aller Regel kein weiteres sozialpädagogisches Fachpersonal mehr gibt.
- Für die Mitarbeiterinnen bedeutet dies allerdings, dass sie ein sehr großes fachliches Spektrum abdecken müssen. Eine Spezialisierung ist im ländlichen Raum nicht realistisch. Daher ist eine hohe umfassende Qualifikation der Mitarbeiterinnen erforderlich, die durch entsprechende Rahmenbedingungen zu gewährleisten ist. Dazu gehört auch ein regelmäßiges Austausch- und Fortbildungsangebot sowie eine enge regionale Vernetzung.

1.4 Gesetzliche Grundlagen, Ziele und Zielgruppen der Jugendarbeit

Die Aufgaben der Kreisjugendreferate ergeben sich aus den gesetzlichen Grundlagen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII/KJHG). Jugendarbeit als Aufgabe der Jugendhilfe hat einen speziellen Beitrag zur Förderung der Entwicklung eines jeden jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 SGB VIII/KJHG) zu leisten.

Hierfür müssen die erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, welche an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden. Sie sollen zur Selbstbestimmung befähigen, zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und sozialem Engagement anregen und hinführen (§ 11,1 SGB VIII/KJHG). „Schwerpunkte der Jugendarbeit sind:

- Außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit,
- Arbeitswelt, schul- und familienbezogene Jugendarbeit,
- Internationale Jugendarbeit,
- Kinder- und Jugenderholung,
- Jugendberatung.“

Die außerschulische Jugendbildung ist ein eigenständiger Aufgabenbereich der Jugendarbeit, der im Jugendbildungsgesetz Baden-Württembergs näher beschrieben ist.

Jugendliche, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind, benötigen im Rahmen der Jugendsozialarbeit (§ 13, SGB VIII/KJHG) stärkere Unterstützung in der Lebensbewältigung. Die Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit lassen sich aus Sicht der jungen Menschen nicht unterscheiden, sie suchen sich dort Unterstützung, wo sie sich wohlfühlen und einen vertrauensvollen Ansprechpartner finden. Jugendarbeit wird daher auch immer mit sozial benachteiligten Jugendlichen arbeiten und vermittelt bei verstärktem Einzelfallbedarf an kompetente Ansprechpartner aus anderen Arbeitsfeldern, ohne dabei ihren originären Bildungsauftrag zu vernachlässigen.

Jugendarbeit richtet sich grundsätzlich an alle junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren. Diese Altersgrenzen sollten in der Regel nicht nach unten hin verschoben werden. Problematisch ist eine Arbeit mit Kindern und jüngeren Jugendlichen, da sich die Prinzipien der Jugendarbeit und damit die Stärke ihres Arbeitsansatzes nicht mehr uneingeschränkt umsetzen lässt. Eine Ausnahme bilden jüngere Jugendliche, die wie ältere Jugendliche, den Großteil ihrer Freizeit auf der Straße verbringen.

Verstärkt sollten dafür wieder Bedürfnisse der älteren Jugendlichen und der jungen Erwachsenen in den Fokus der Jugendarbeit genommen werden. In diesen Altersgruppen ist von einer angebotsorientierten Jugendarbeit abzusehen. Vielmehr ist es wichtig, sie in ihren Fragen der Selbstbestimmung ihrer Belange zu unterstützen.

2. Theorien der Jugendarbeit

Fachliche Orientierungen für die Jugendarbeit

Im folgenden Kapitel soll der Schwerpunkt auf verschiedene fachliche Orientierungen gelegt werden, die derzeit als theoretische Grundlagen für die praktische Arbeit herangezogen werden können. Aus der Praxis werden Konzepte für die Jugendarbeit entwickelt und gestaltet, die sich auf das theoretische Hintergrundwissen beziehen.

Subjektorientierte Bildung in der Jugendarbeit

Bildung findet auch außerhalb der Institution Schule und formaler Zusammenhänge statt. Die so genannten informellen Bildungsprozesse in der Kinder- und Jugendarbeit, d.h. diejenigen, die sich in alltäglichen Lebensbedingungen vollziehen, stehen dort als Lerngelegenheiten im Vordergrund.

Jugendarbeit ermöglicht Freiräume für Bildung im Sinne einer vielfältigen Angebots- und Gelegenheitsstruktur. Ihre Bildungsziele sind offen zu formulieren; zugleich haben Bildungsprozesse in ihren Zielformulierungen die unterschiedlichen Lebenslagen der Nutzerinnen zu berücksichtigen und sind daher nicht beliebig. So unterliegen Art, Form und Methoden der Bildungsangebote einem Abstimmungsprozess zwischen den Nutzerinnen und den Pädagoginnen. Die Bildungsprozesse haben sich verbindlich an den Strukturmaximen der Freiwilligkeit, Kooperation und Partizipation, Ergebnis- und Prozessoffenheit sowie der Lebenswelt von Jugendlichen zu orientieren. Anknüpfend an den Interessen der Jugendlichen soll in den Bildungsprozessen der Jugendarbeit das Hauptaugenmerk auf die Erlangung von Selbstbewusstsein, Selbstwertgefühl und Selbstbestimmung gelegt werden.

Geschlechterdifferenzierung – Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe

Seit sich Jugendarbeit etablierte, war die Geschlechterfrage ein bedeutendes Element und zu unterschiedlichen Zeiten gab es unterschiedliche pädagogische Konzepte. Mit der Inkraftsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 1991 und insbesondere des § 9 Abs. 3 SGB VIII/KJHG wurde zum ersten Mal per Gesetz die unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen von Mädchen und Jungen berücksichtigt. Benachteiligungen sollten damit abgebaut und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen gefördert werden.

1999 wurde Gender Mainstreaming als EU-Richtlinie für alle Mitgliedsstaaten verbindlich festgesetzt. Seitdem muss Gender Mainstreaming als strukturierendes Leitbild in allen öffentlichen Einrichtungen anerkannt und umgesetzt werden.

Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen. Es ist nicht die zentrale Frage, ob Mädchen, bzw. Jungengruppen eingerichtet werden müssen, sondern Jugendarbeit muss Geschlechterdifferenzierungen im Sinne einer Haltung erkennen, die sich auch in der Arbeit des Mitarbeiterteams widerspiegelt. Dementsprechend müssen Planungen und Konzeptionen in der Jugendarbeit Genderaspekte berücksichtigen.

Raumaneignung und Selbstverwaltung

Zur Erfahrung von Identität brauchen Jugendliche Räume, in denen sie sich selbst inszenieren können. Das Raumverständnis umfasst einerseits das konkrete Wohn- und Lebensumfeld junger Menschen, wie z.B. Wohnviertel, Jugendeinrichtungen und ande-

rerseits ein sich im Raum zu anderen in Beziehung setzen, „erkennbar“ werden, sich „bemerkt“ machen, sein Leben „zeigen“. Dies schafft sozialräumliche Identität.

Ziel ist, Jugendlichen Räume zur Verfügung zu stellen, die ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechen und ihnen damit einen festen Platz im Gemeinwesen geben. Räume müssen von Jugendlichen gestaltbar und bei Bedarf veränderbar sein, damit diese durch Aneignung mit Leben gefüllt werden können. Dazu gehören Aushandlungsprozesse von Regeln und die Gestaltung des sozialen Miteinanders. Elemente der Selbstverwaltung begünstigen diesen Prozess und schaffen (Frei-)Räume.

Gemeinwesenorientierung

Im Mittelpunkt der Gemeinwesenorientierung steht die Verbesserung der Lebensbedingungen für junge Menschen. Durch die Vernetzung und Kooperation der Jugendarbeit mit anderen sozialen Einrichtungen in den Gemeinden können Rahmenbedingungen und die soziale Infrastruktur in ihrem Gemeinwesen verbessert und für Jugendliche nutzbar gemacht werden.

Gemeinwesenorientierung nimmt eine Gemeinde stets in ihrer Gesamtheit in den Blick, benennt Defizite, greift aber auch die vorhandenen Ressourcen auf, um Angebote und Strukturen im Interesse der jungen, heranwachsenden Generation bedarfsgerecht zu gestalten.

Gemeinwesenorientierung beinhaltet die Vertretung der Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppen in relevanten Gremien und Arbeitskreisen, bei Bedarf das Initiieren von Koordinationsgesprächen mit Einrichtungen und die Durchführung von Projekten in Kooperation mit anderen Einrichtungen. Die Basis dafür bildet ein sozialraumorientiertes Gesamtkonzept mit seinen differenzierten Angeboten für unterschiedliche Lebenslagen der jungen Menschen und deren Familien.

3. Rollen, Haltung und Prinzipien der Jugendarbeit

3.1 Haltung und Rollen der Jugendreferentinnen

Neben einer entsprechenden Ausbildung, Qualifikationen und pädagogischer Kompetenzen geht es in der hauptamtlichen Jugendarbeit zunächst um eine bestimmte Grundeinstellung gegenüber den Jugendlichen. Diese Grundhaltung ist allgemein zu beschreiben als „Sympathie mit der jugendlichen Unreife“. Es geht im Kern darum, Jugendliche in ihrer notwendigen Unreife, in ihrer Suche nach Orientierungen und Auseinandersetzungen ernst zu nehmen und sie so gut es geht zu verstehen, ohne mit Ihnen in eine falsche Kumpanei zu verfallen. Jugendliche müssen aber auch die Grenzen sehen und brauchen ein Gegenüber, mit dem es sich streiten lässt. Es geht darum, mit ihnen bestimmte „Arbeitsbündnisse“ einzugehen und Jugendarbeit als exemplarischen Ort der Anerkennung und Förderung zu verstehen, als einen Ort produktiver Auseinandersetzungen, der sich immer auch durch die Persönlichkeiten der Jugendreferentinnen realisiert und repräsentiert.

In der Jugendarbeit werden Pädagoginnen und Jugendliche zu Ko-Produzenten gemeinsamer Weltaneignung. Dabei haben die Jugendreferentinnen eine Vielzahl von Rollen und Rollenerwartungen. Jugendreferentinnen sind positive Identifikationsfiguren, Streitpartner, Moderatoren, Zuhörer, Vertraute, Vorbilder, Stellvertreter, Initiatoren, Berater, Manager, Koordinatoren, Lobbyisten und Entwickler.

Dabei ist natürlich nicht zu übersehen, dass Jugendarbeit zunächst davon lebt, einen gewissen Gebrauchswert für Jugendliche zu haben. Jugendliche kommen kaum in die Einrichtungen, um sich dort bilden oder gar erziehen zu lassen – und seien die Konzeptionen noch so emanzipatorisch. Jugendarbeit soll Ressourcen zur Selbstfindung für Jugendliche liefern, Ihnen Unterstützung bieten für die Erprobung ihrer eigenen Lebensentwürfe, damit sie den Übergang vom Kindsein zum Erwachsenwerden unter den jeweiligen Lebensbedingungen nicht nur erfolgreich bewältigen, sondern aktiv gestalten.

Weil Jugendliche noch mitten in vielfachen Auseinandersetzungen stecken, haben sie das Recht auf Fehler, auf Scheitern, auf Neuanfänge und sie haben das Recht auf Jugendreferentinnen, die Enttäuschungen aushalten können und trotzdem weitermachen. Jugendarbeiterinnen müssen es ertragen können, dass sie scheitern, dass ihre guten Absichten ins Leere laufen. Und sie müssen trotzdem weiter machen. Das ist elementarer Bestandteil ihrer Professionalität.

3.2 Prinzipien der Jugendarbeit

Jugendarbeit basiert auf den Prinzipien der Freiwilligkeit, Offenheit, Lebensweltorientierung, Selbstbestimmung und richtet sich als außerschulisches Bildungsfeld grundsätzlich an alle jungen Menschen.

Freiwilligkeit

Die Teilnahme am Angebot der Jugendarbeit ist freiwillig und schließt somit Betreuungsaufgaben aus. Durch Resonanz der Jugendlichen ist zu erkennen, ob die Arbeitsweisen und Inhalte den Interessen der Adressaten entsprechen und diese Zustimmung oder Ablehnung erfahren. Die Freiwilligkeit bestimmt den "Markt" der Angebote und zeigt, dass sich Jugendarbeit immer wieder um ihre Adressaten und Adressatinnen bemühen muss und ihrer Attraktivität stellen muss.

Offenheit

Jugendarbeit steht grundsätzlich allen daran interessierten jungen Menschen offen, unabhängig von sozialer Schichtung, Geschlecht, Weltanschauung oder religiöser Zugehörigkeit, Nationalität, ethnischer Gruppierung und jugendkultureller Ausrichtung. Sie orientiert sich nicht an Defiziten und ist in ihrer Erreichbarkeit niederschwellig anzulegen.

Die Offenheit lässt grundsätzlich Raum für eigene Themenfindungen und Gestaltungen und unterstützt die Selbstorganisation von Jugendlichen und Jugendinitiativen. Jugendarbeit ist unabhängig von fertigen Bildungsplänen oder festen Angebotsstrukturen.

Lebensweltorientierung

Kinder- und Jugendarbeit findet in unmittelbarer Nähe zur Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen statt. Somit richten sich ihre Angebote an Cliquen und Gruppen, die sich aus unterschiedlichen Gründen als zusammengeschlossene oder lose Gruppen im sozialen Nahraum bewegen und diesen auch für sich einnehmen. Der Bezug zu alltäglichen und jugendtypischen Themen ermöglicht informelle Lernprozesse, die auch die Gestaltung des Milieus nachhaltig beeinflussen können.

Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Partizipation

Partizipation ist im Sinne einer Selbstverwirklichung des jungen Menschen zu verstehen, in der das Individuum durch Selbstbestimmung sein eigenes Leben zu gestalten lernt. Sie ermöglicht die aktive Gestaltung der eigenen Lebenswelt über das Jugendhaus

hinaus. Die Jugendarbeit bietet deshalb immer auch die Möglichkeit der Einübung von demokratischem Handeln.

So verstanden bezieht sich Selbstbestimmung immer auf die Mitbestimmung und Selbstorganisation des eigenen überschaubaren Handlungsfeldes, das sich dann in Folge von erweitertem Handlungsrepertoire auf weitere gesellschaftliche Felder auswirken kann und soll.

In Angeboten und Aktivitäten der Jugendarbeit sind Jugendliche aktiv bei Planung und Durchführung zu beteiligen. Jugendarbeit setzt sich für eine wirksame Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ein.

4. Aufgabenfelder

Die kommunale Jugendarbeit sieht sich mit einer großen Erwartungshaltung sowohl von Erwachsenen wie auch von Jugendlichen her konfrontiert. Auf der einen Seite werden administrative, verwaltungstechnische und vernetzende Tätigkeiten erwartet, zum anderen soll ein gutes Verhältnis zu den jungen Menschen gepflegt und sie im direktem Kontakt bei gemeinsamen Freizeit- und Bildungsanregungen aktiv unterstützt werden. Dies soll das soziale Klima im Gemeinwesen verbessern und gleichzeitig für Jugendliche eine Interessensvertretung darstellen.

Aus diesen Erwartungen heraus bilden sich Aufgabenfelder und Schwerpunkte, die an die örtlich spezifischen Strukturen und Notwendigkeiten angepasst werden müssen.

Im Folgenden werden verschiedene Aufgabenfelder beschrieben, die die Kernaufgaben kommunaler Jugendarbeit darstellen und die sich in den örtlichen Konzepten der Stadt- und Gemeindejugendreferate angepasst wiederfinden müssen. Dabei ist die Balance zu halten zwischen der direkten Arbeit mit den Jugendlichen, der indirekten Jugendarbeit im Sozialraum und den administrativen Aufgaben im Arbeitsfeld. Als Qualitätsmaßstab gilt deshalb, dass die Aufgaben 4.1 – 4.6 mit einem Schwerpunkt auf der Mobilen Jugendarbeit, rund 55 Prozent der Gesamtarbeitszeit zu bearbeiten sind. Für die Aufgabenfelder 4.7 – 4.9 sind rund 15 Prozent sowie für 4.10 – 4.15 rund 30 Prozent anzusetzen.

4.1 Mobile Jugendarbeit/Streetwork

Ausgehend von der als krisenhaft erlebten Situation klassischer offener Jugend(haus)arbeit hat sich in den letzten Jahren die Mobile Jugendarbeit als inhaltlich und methodisch eigenständiges Arbeitsfeld entwickelt.

Mobile Jugendarbeit/Streetwork wendet sich vor allem an Jugendliche, die einen Großteil ihrer Freizeit auf der Straße verbringen und schafft durch ihre „Geh-Struktur“ und die besonderen Arbeitsprinzipien auch den Zugang zu von Ausgrenzung bedrohten jungen Menschen.

Mobile Jugendarbeit/Streetwork versteht sich als niedrighschwelliges Angebot und leistet eine lebensweltorientierte und akzeptierende Alltagsbegleitung. Sie orientiert sich an den Problemen, die Jugendlichen durch das Ausleben ihrer Lebensphase und aus ihren Alltagsbewältigungsmustern erwachsen können.

Mobile Jugendarbeit sieht sich weitergehend den Prinzipien Akzeptanz, Parteilichkeit, Anonymität, Flexibilität und Transparenz verpflichtet. Auf dieser Basis kann ein normalisierender, nicht-stigmatisierender Blick auf junge Menschen und ihre Gesellungsformen entwickelt werden.

Mobile Jugendarbeit kombiniert die Arbeitsformen Streetwork, Einzelfallhilfe, Cliquenarbeit und Gemeinwesenorientierung.

Streetwork ist als zentrale Komponente der Mobilen Jugendarbeit als ein ständiges Kontaktangebot an die Jugendlichen zu verstehen, die oftmals über andere Zugänge der Jugendarbeit nicht mehr erreicht werden können.

Das regelmäßige und verbindliche Aufsuchen der Menschen an ihren Treffs, in ihren sozialen Räumen, sichert das Kennenlernen und Miterleben ihrer Lebenswirklichkeit.

Beratung in der Mobilen Jugendarbeit erfordert Vertrauen und Vertrautheit. Auf der Grundlage und aus der Situation des Aufsuchens und steten Kontaktes auf der Straße ergeben sich vielfältige Anknüpfungspunkte für Einzelfallhilfen und für Beratung. Mobile Jugendarbeit ist zunächst grundsätzlich für alle Fragen und Probleme zuständig, die junge Menschen mitbringen. Sie sieht sich als niedrigschwellige Form nichtspezialisierter Beratung, die ohne Termin oder Wartezeit auf der Straße selbst oder im Büro stattfinden kann. Ausschließliche Auftraggeber für das Handeln in der Mobilen Jugendarbeit sind die jungen Menschen. Auf deren ausdrücklichen Wunsch hin kann auch eine Weitervermittlung an entsprechende Fachdienste erfolgen.

Mobile Jugendarbeit agiert in den sozialen Bezügen junger Menschen und versteht ihre Gesellungsformen, die Clique, die Gleichaltrigen- oder Interessengruppe als wichtigste Instanz. Im Verständnis der Clique als Unterstützungsgruppe, die jungen Menschen Stabilität, Rückhalt, Selbstwert und Entwicklungschancen bietet, kann Mobile Jugendarbeit zum Erwerb von Kompetenzen zur Alltagsbewältigung beitragen. Sehr wichtig für die **Arbeit mit Cliquen** erweist sich ein ausgewiesenes eigenes Raumverständnis. Mobile Jugendarbeit postuliert das Recht junger Menschen auf (Wieder-)Aneignung öffentlichen Raumes als Ort der Selbstdarstellung, des Konsums und der Produktion von Kultur. Ebenso versucht Mobile Jugendarbeit, den Cliquen eigene Räume zur selbstverantworteten Eigennutzung zu vermitteln.

Mobile Jugendarbeit versteht sich als **gemeinwesenorientierte Arbeitsform**. Ablehnung, Ausgrenzung und auch Lösungsansätze finden sich häufig im sozialräumlichen Zusammenhang. Es ist daher Aufgabe Mobiler Jugendarbeit, im Kontext Gemeinwesen an einer engen Vernetzung und Zusammenarbeit von Bewohnern, Institutionen und relevanten Gruppen, an der Schaffung starker Lobbys mitzuwirken, Menschen zum Engagement an der Verbesserung der Infrastruktur zu aktivieren und Selbsthilfeprozesse zu initiieren. Mobile Jugendarbeit kann mit ihrem Insiderwissen und ihrem Zugang zu Jugendlichen einen entscheidenden Beitrag leisten.

4.2 Offene Jugendarbeit, Cliquen- und Gruppenarbeit

Offene Jugendarbeit als eigenständiges Arbeitsfeld hat sich in Abgrenzung zur vereinsgebundenen Jugendarbeit entwickelt und will Kindern und Jugendlichen Räume schaffen, an denen sie sich unverbindlich treffen, in denen sie ihre freie Zeit gemeinsam gestalten und erleben können und sie eröffnet ihnen einen sozialen Raum für Begegnungen, Geselligkeit und Bildungszwecke.

Jugendarbeit fördert die Persönlichkeitsbildung und das soziale Verhalten, insbesondere durch die Entwicklung persönlicher und gemeinsamer Fähigkeiten und das Einüben von Verantwortung und Mitwirkung.

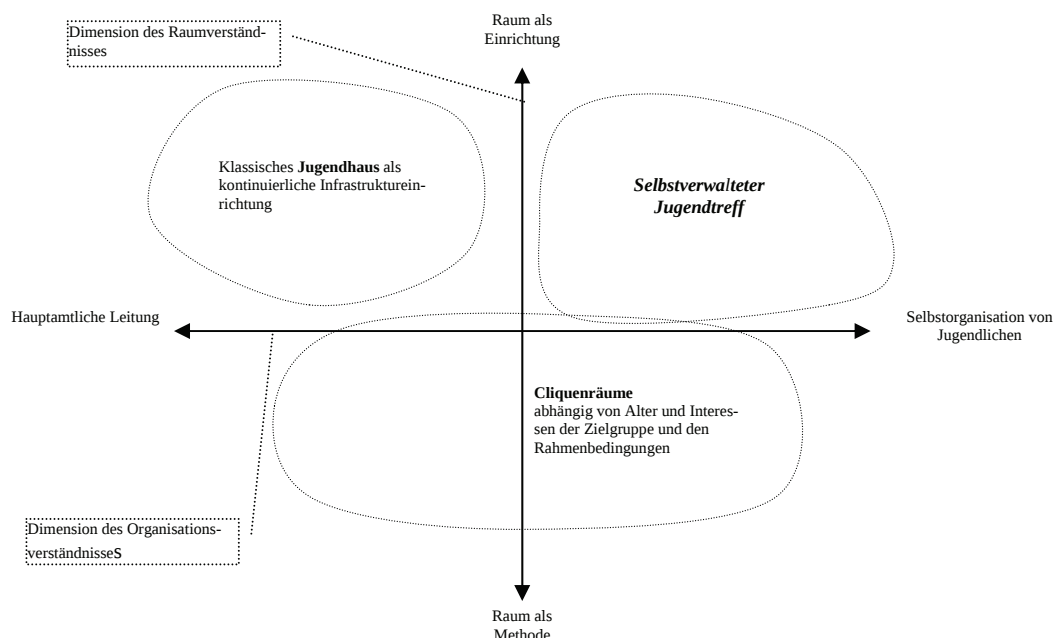
Offene Jugendarbeit orientiert sich zu allererst an den Bedürfnissen der Jugendlichen und akzeptiert die wichtige Bedeutung von selbstinszeniertem Cliquenleben für Jugendliche. Sie erkennt den Versuch, die oft schwierigen und gewundenen Wege des Alltags zu bewältigen. Diese Cliquenorientierung beinhaltet neben der Unterstützung und Begleitung auch das Anbieten von Räumen oder auch das Bemühen, informelle Treffpunkte besser zu schützen.

Im Landkreis Tuttlingen findet Offene Jugendarbeit in verschiedenen Formen statt, als Einzelveranstaltung, offenes Projekt, Jugendkulturarbeit oder in offenen Jugendeinrichtungen.

Offene Jugendeinrichtungen unterscheiden sich nach Raum- und Organisationsverständnis. Im Landkreis Tuttlingen haben wir seit vielen Jahren von der Form eines klassischen Jugendhauses Abstand genommen. Jugendräume sollen verstärkt als Methode verstanden und genutzt werden, sei diese in Form von Selbstverwaltung durch Jugendliche oder als mehr oder weniger begleitete Form von Cliquen- und Gruppenarbeit.

Mit dieser Festlegung löst sich auch der ansonsten entstehende Widerspruch zu den Prinzipien der Jugendarbeit, der sich aus einer Hauptverantwortlichkeit und Aufsichtspflicht durch hauptamtliche Mitarbeiter ergibt. Die Aufgabe der Jugendarbeit ist die Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen und nicht das Aufrechterhalten einer Infrastruktureinrichtung.

Schaubild zu Formen Offener Jugendarbeit in Jugendräumen



Offene Jugendarbeit löst sich damit auch von einer Angebotsorientierung und möchte vielmehr „offen“ sein für Zielgruppen, Inhalte und Arbeitsformen.

4.3 Gemeinwesenarbeit

Im Unterschied zur Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit öffnet Gemeinwesenarbeit den Blick auf alle Bevölkerungsteile und die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse. Sie begreift die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen im Lebensumfeld der Menschen als wichtige Faktoren und Ursachen sozialer Entwicklung und bietet Methoden zur themenorientierten Arbeit im Gemeinwesen.

Gemeinwesenarbeit ist seit vielen Jahren aufgrund ihrer politischen Brisanz immer wieder mehr und mehr verworfen und zur reinen Koordination traditioneller Methoden und planerischen Vernetzungs- und Verteilungspolitik geworden.

Kommunale Jugendarbeit mit ihrem aktiven Auftrag, die Lebensbedingungen junger Menschen zu verbessern und ihre Interessen zu vertreten, vertritt eine progressivere Position und möchte eine gesellschaftliche Erweiterung und Veränderungen zum Wohl der Jugend anregen.

Dies geschieht dadurch, dass Einzelprobleme in gesellschaftliche Bezüge gestellt werden und die Bürger ermutigt und befähigt werden, ihre gemeinsamen Probleme zu erkennen und deren Lösung selbständig und öffentlich anzugehen. Die Zielperspektive ist eine Bürgergesellschaft als eine aktive Gemeinschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger sich politisch einmischen, sich bürgerschaftlich engagieren und mit Zivilcourage und Solidarität zusammenstehen.

Die Rolle der Kommunalen Jugendarbeit liegt im Wesentlichen darin, eine aktivierende und vernetzende Funktion wahrzunehmen. Sie soll Diskussionsprozesse anregen, Selbstorganisationen fördern, Institutionen und gesellschaftliche Milieus strukturell und thematisch vernetzen, Entscheidungsprozesse demokratisieren und solidarisierende Aktionen durchführen. Die Jugendarbeit soll Jugendliche im Austausch mit dem Gemeinwesen und in ihrer Interessensvertretung unterstützen. Sie wird damit zur gemeinwesenorientierten Jugendarbeit.

4.4 Begleitung selbstverwalteter Jugendtreffs

Offene Jugendtreffs werden im Landkreis Tuttlingen grundsätzlich in Selbstorganisation von Jugendlichen geführt. Der kommunalen Jugendarbeit kommt daher die Aufgabe zu, diese Jugendlichen und deren Initiativen begleitend zu unterstützen.

Die Selbstverwaltung eines Jugendtreffs erfordert von den Jugendlichen ein hohes Maß an Kompetenzen.

- a) *Planungskompetenz:* Der Betrieb des Jugendtreffs muss geplant werden, u.a. sind die Verantwortlichkeiten für Getränkeeinkauf, Theken- und Putzdienst, Reparaturen im Haus und die Planung verschiedener Aktionen zu verteilen.
- b) *Verlässlichkeit:* Absprachen müssen auch über einen längeren Zeitraum eingehalten werden.
- c) *Toleranz:* Vor allem in den größeren Städten und Gemeinden ist die Besuchergruppe nicht immer homogen; verschiedene Cliquen wollen den Jugendtreff nutzen. Hier kann es zu Spannungen sowohl zwischen den Cliquen als auch zwischen Clique und Leitungsteam kommen. Diese Spannungen sollten vom Leitungsteam des Jugendtreffs ausgeglichen werden.

Diese Begleitung der selbstverwalteten Jugendtreffs geschieht im Sinne einer freiwilligen und parteilichen Unterstützung. Aufsichts-, Kontroll- und Garantiefunktionen können nicht übernommen werden. Hauptamtliche Jugendarbeit hat im Jugendtreff ausschließlichen Gaststatus und der Nutzungsgeber der Räume (in der Regel die Gemeindeverwaltung) bleibt in der Verantwortung entsprechende Kontrolle auszuüben. Dies kann für die Gemeindeverwaltung mit den Mitarbeiterinnen des Bauhofes, der Finanz- und Hauptverwaltung einen hohen Aufwand bedeuten.

Kommunale Jugendarbeit hält Kontakt, schafft Kommunikation und Austausch. Sie kann Frustrationen vorbeugen, Ideen fördern, Kontakte nach außen organisieren und bei Generationswechseln in der Treffleitung helfen, ohne dabei die gesellschaftliche Verantwortung der örtlichen Träger, der Gemeindeverwaltung und der Eltern kompensierend zu übernehmen.

Der Einsatz von selbstorganisierten Jugendräumen als Methode der Jugendarbeit ersetzt keine institutionalisierten Jugendeinrichtungen (z.B. ein Jugendkulturzentrum), die einen gewissen Qualitätsstandard und Kontinuität garantieren können. Jugendtreffs sind gekennzeichnet durch ein ständiges „Auf und Ab“, von Erfolgen und Scheitern, von Bildungsprozessen und Jugendtrends und bedürfen deshalb einer situationsspezifischen und intensiven Begleitung. Mit dem landkreisweiten Zusammenschluss aller Jugendtreffs ist ein ergänzendes Netzwerk von Jugendlichen geschaffen worden, welches hierbei unterstützend wirken kann.

4.5 Jugendberatung

Die Jugendberatung zielt durch kommunikative Wege auf die Vermittlung neuer Einsichten und Einstellungen bei den Jugendlichen, die es ihnen ermöglichen, ihre aktuellen Lebens- und Alltagsfragen zu beantworten. Die Jugendberatung basiert dabei auf einer grundsätzlichen Anerkennung der Selbstverantwortlichkeit der Jugendlichen, d.h. Beratung ist ein freiwilliges Angebot, welches nicht wertbestimmend und dadurch bevormundend in die Entwicklung der Jugendlichen eingreift.

Beratung in der Jugendarbeit muss nicht auf ein räumlich und zeitlich begrenztes Gesprächssetting fixiert werden. Sie kann außerhalb einer Beratungseinrichtung, z.B. auf der Straße und auch spontan erfolgen. Es erfordert geradezu ein Sich-Einlassen auf die soziale Lebenswirklichkeit der Jugendlichen bis hin zu einer partiellen Teilnahme daran.

Die Beraterin muss sozialwissenschaftliches Wissen über typische Problemkonstellationen mobilisieren können und sie muss in der Lage sein, dieses Wissen in die Wertvorstellungen heutiger Jugendlicher zu übertragen. Beratung hat hier zuerst die Aufgabe, die jeweiligen Stärken und die verfügbaren Ressourcen des Jugendlichen und seines sozialen Umfeldes festzustellen, um veränderte Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Die Funktion dieser Jugendberatung überschreitet den Bereich der Krisenbewältigung hin zu allgemeinen Problemen der Alltags- und Lebensbewältigung und sollte dementsprechend auch an den Lebenskontexten anknüpfen, die im Alltag der Jugendlichen vorfindbar sind. Jugendberatung wird so zur „Allgemeinen Sozialen Beratung“.

Übersteigt die Beratungsarbeit die Ressourcen und Kompetenzen einer allgemeinen Jugendarbeit oder betrifft sie spezielle Themenbereiche, wie z.B. Suchtfragen oder sexuellen Missbrauch, dann ist es die Aufgabe der allgemeinen Jugendberatung, an Fachdienste und besondere Beratungseinrichtung zu vermitteln und zu begleiten.

4.6 Projektarbeit

Im Bereich der Sozialen Arbeit kommen inzwischen auch die Methoden, Inhalte und Möglichkeiten moderner Projektarbeit zum Einsatz. Projektarbeit ist eine vielseitige und anspruchsvolle Arbeitsmethode, um Themen, Bedürfnisse und Wünsche von Jugendlichen in zeitlich überschaubare und praktische Aktionen münden zu lassen.

Zur Projektarbeit gehört auch das Projektmanagement, d.h. es beinhaltet Elemente der Zielanalyse und Zielformulierung, Projektorganisation, Finanzplanung und Mittelnachweis, Prozesssteuerung und Controlling und erfordert daher auch Zeitressourcen der Mitarbeiterinnen neben der reinen Projektdurchführung.

Projekte können auf unterschiedlichen Ebenen durchgeführt werden. Als Initiierung und Realisierung von landkreisrelevanten Projekten in Kooperation mit anderen Jugendreferaten, als Teilnahme und Umsetzung von überregionalen Projekten aus Land, Bund und Europäischer Union oder als örtliche Initiative unterschiedlicher Partner.

Kommunale Jugendarbeit kann aber auch Projektberatung in anderen Einrichtungen und Initiativen der Jugendarbeit leisten.

4.7 Bildungspartnerschaft von Jugendarbeit und Schule

Bildungsarbeit gewinnt als Zukunftsaufgabe immer mehr an Bedeutung und daher eröffnet sich aktuell die Chance, dass sich Jugendarbeit und Schule mit ihrem jeweils eigenständigen Bildungsauftrag in örtlichen Kooperationen treffen und in gemeinsamer Verantwortung eine Bildungspartnerschaft ausgestalten. Formelle, nicht-formelle und informelle Bildungsprozesse sollen ergänzt und aufeinander abgestimmt werden.

Der auf Kreisebene beschlossene Leitfaden „Bildungspartnerschaft von Jugendarbeit und Schule“ soll dabei als Richtlinie dienen.

Im Vordergrund einer Bildungspartnerschaft muss immer das Wohl der jungen Menschen und ihre Möglichkeiten zur Gestaltung der Lebenswelten stehen. Dazu ist ein gewinnbringender Umgang mit Systemunterschieden zwischen der Schule und der Jugendarbeit notwendig.

Im Sinne der Lebensweltorientierung soll die Jugendarbeit an der Weiterentwicklung der Schule mitwirken und die Interessen der Jugendlichen zur Geltung bringen.

Für die Schule besteht innerhalb dieser Bildungspartnerschaft auch die Chance, eine andere Sichtweise auf die Jugendlichen zu erhalten.

Um eine gelungene Partnerschaft entstehen zu lassen, ist es wichtig, dass sich beide Systeme öffnen und eigene Ressourcen zur Verfügung stellen. Die thematischen Inhalte sollen offen sein und sich immer auch an den Bedarfslagen der Jugendlichen orientieren. Die Mitarbeiterinnen der kommunalen Jugendreferate können zum Gelingen dieser Bildungspartnerschaft mit beitragen.

4.8 Kooperationen mit Einrichtungen und Institutionen

Soziale Arbeit fordert planmäßige Zusammenarbeit und Kooperationen unterschiedlicher Fachstellen und wichtiger Institutionen. Diese Kooperationen finden in festen Strukturen, wie z.B. Runden Tischen, Arbeitskreisen oder in informellen Einzelkontakten statt.

Kooperation kann als Arbeitsprinzip verstanden werden, um ein monokratisches Denken und eine eingeschränkte institutionsbezogene Sichtweise zu überwinden. Dadurch können funktionale Ordnungen geschaffen werden, die der wachsenden Komplexität sozialer Notlagen gerecht wird.

Kooperationen sind laut Kinder- und Jugendhilfegesetz ausdrücklich vorgeschrieben um interdisziplinäre Zusammenarbeit, einen guten Informationsfluss, fachliche Abstimmungen, Vernetzung und Integration arbeitsteiliger Dienste zu gewährleisten.

Die wichtigsten Kooperationspartner kommunaler Jugendarbeit sind Fachdienste wie z.B. die Suchtberatung oder die Jugendberufshilfe, Institutionen wie z.B. Kirchen, Jugendamt, Schulen, Polizei, sowie im speziellen die örtlichen Vereine und Jugendinstitutionen.

Für die örtliche Jugendarbeit in den Vereinen soll die kommunale Jugendarbeit auch Beratung zu allen Fragen anbieten, die sich im Bereich von Pädagogik, Jugendarbeitsmethodik und Projektarbeit stellen. Bei vereinsinternen Problemstellungen und Dienstleistungen kann kommunale Jugendarbeit nicht unterstützend oder entlastend wirken.

4.9 Ferienprogramme

Ferienprogramme sind Freizeitmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, die in den Schulferien zu Hause sind. Die Zielgruppe dieser Maßnahmen, die in der Regel in Kooperation mit örtlichen Vereinen angeboten werden, sind Kinder im Alter von 6-14 Jahre. Ferienprogramme werden meist kommunal koordiniert und daher wird von den Jugendreferaten erwartet, hierfür bestimmte Serviceleistungen zu erbringen.

Eine Mitwirkung bei Ferienprogrammen kann in der Form sinnvoll erfolgen, dass

- Vereine und Initiativen bei der Organisation beraten,
- Angebote mit Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren organisiert oder
- Maßnahmen für Jüngere unter Mitwirkung von jugendlichen Ehrenamtlichen durchgeführt werden.

4.10 Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit sorgt bei Jugendlichen, Bürgern und der Verwaltung für Transparenz und hat zum Ziel über die Tätigkeiten des Jugendreferates zu informieren.

Öffentlichkeitsarbeit kann auf unterschiedliche Weise erfolgen: Zum einen kann über bereits stattgefundene Aktionen berichtet werden, zum andern können Ideen und geplante Projekte in der Öffentlichkeit thematisiert, diskutiert oder vorgestellt werden.

Dies gelingt über verschiedene Kommunikationswege. Über die Gemeinde- bzw. Mitteilungsblätter, die Regionalzeitung, innerhalb von Gremien und Arbeitskreisen, auf Informationsveranstaltungen, durch das Erstellen und Verteilen von Infomaterial, Aushängen in öffentlichen Gebäuden, die Berichterstattung in der Rathausverwaltung und in Gesprächen mit Jugendlichen und Erwachsenen durch „Mund zu Mund“ Propaganda.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit ist aber stets darauf zu achten, dass insbesondere die Prinzipien der Jugendarbeit eingehalten werden und das Vertrauensverhältnis zwischen den Jugendlichen und der Jugendreferentin geschützt wird. Deshalb sollten Fotos, Situationsberichte, Zitate usw. nur nach Absprache mit den betroffenen Jugendlichen veröffentlicht werden.

4.11 Konzeptionsentwicklung

Die Konzeptionsentwicklung ist als qualitative Aufgabe zu verstehen und kontinuierlich weiterzuführen. Neue Entwicklungen, Strukturveränderungen und Theorien sind planerisch zu berücksichtigen und in die Konzeption einzuarbeiten.

Den Rahmen für die örtliche Konzeption bildet diese Kreiskonzeption, innerhalb derer die örtlich unterschiedlichen Ziele und Arbeitsschwerpunkte gewichtet werden können. Damit ist die Unterschiedlichkeit der Kreisgemeinden anerkannt, ohne dabei ein gemeinsames Profil kommunaler Jugendarbeit nach innen und außen zu verlieren.

Eine klare Konzeption und Stellenbeschreibung dient nicht nur einer Qualitätsentwicklung, sondern auch der Darstellung nach außen, um die Aufgabengebiete und Arbeitsweisen kommunaler Jugendarbeit transparent machen zu können.

4.12 Teilnahme an Fachberatung

Fachberatung im Rahmen der kommunalen Jugendarbeit ist eine personenbezogene, strukturentwickelnde soziale Dienstleistung und gehört als zentraler Arbeitsschwerpunkt zum Aufgabengebiet des Kreisjugendreferats. Sie wirkt qualitätssichernd und -entwickelnd im Feld der Jugendarbeit und soll damit entscheidend zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Jugendlichen mit beitragen. Sie verbindet fachliche, kollegiale, entwicklungs- und organisationsbezogene Beratung der örtlichen Jugendreferate bzw. deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einer gemeinsamen Infrastruktur für den gesamten Landkreis Tuttlingen.

In den Förderrichtlinien des Personalkostenzuschusses wird die landkreisweite Vernetzung und die verbindliche Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendreferat, insbesondere durch die Fachberatung und den Erfahrungsaustausch, als Grundvoraussetzung für eine Bezuschussung festgelegt und beschrieben.

Die Fachberatung durch das Kreisjugendreferat findet nach Bedarf der örtlichen Jugendreferate und in unterschiedlichen Formen statt. Den Mitarbeiterinnen der Jugendreferate ist die Teilnahme an der Fachberatung zu gewähren. Die hierfür zu investierende Zeit soll in einem vertretbaren Verhältnis zur Gesamtarbeitszeit stehen.

4.13 Fortbildungen

Fortbildungen im Feld der kommunalen Jugendarbeit tragen im erheblichen Maße zu einer Qualitätserhaltung und Qualitätsentwicklung bei. Sie sind das Bindeglied zwischen Theorie und Praxis. Da die gesellschaftliche Entwicklung immer wieder Neuerungen und veränderte Lebensperspektiven der Jugendlichen hervorbringt, ist es sehr wichtig, im Arbeitsfeld der kommunalen Jugendarbeit diese Entwicklungsschritte aufzugreifen und in die Arbeitsweisen zu transferieren.

Fortbildungen können auch von externen Fachkräften begleitet werden, die einen unabhängigeren Blick auf die Strukturen und Arbeitsweisen im Landkreis haben.

Die Fortbildungen und Tagungen werden landes- oder kreisweit von Dachverbänden und dem Kreisjugendreferat organisiert und sind in die Personalentwicklung zu integrieren. Die von dort kommenden Impulse sind in die Kreiskonzeption und die örtlichen Arbeitsweisen aktiv einzubringen.

4.14 Verwaltungstätigkeiten

Zu den allgemeinen Verwaltungstätigkeiten eines Jugendreferates zählt der tägliche Brief- und Schriftverkehr, das Antragswesen, die Abrechnungs- und Budgetverwaltung, Arbeitszeit- und Reisekostenabrechnungen, die Vorbereitung von Berichten und Vorlagen sowie die Zusammenarbeit mit der Rathausverwaltung.

Nicht zu vergessen sind die Fahrzeiten, die gerade im ländlichen Raum nicht unerheblich sind. Die Fahrten von Ortsteil zu Ortsteil und der Ansatz der „Mobilen Jugendarbeit“ erfordern Zeit und einen hohen Grad an Mobilität.

4.15 Personalführung

Personalführung als Aufgabenfeld kommunaler Jugendarbeit meint das Zusammenwirken und Führen in einem Team bzw. zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern. Sie umfasst die Anleitung von Praktikanten, Auszubildenden und evtl. Ehrenamtlichen ebenso wie die Leitung eines Mitarbeiterteams aus Honorarkräften und/oder Mitarbeiterinnen.

Im Falle zusätzlicher hauptamtlicher Fachkräfte kann die interne Struktur sowohl hierarchisch als auch gleichberechtigt organisiert sein. Wichtig ist in jedem Fall eine genaue Absprache, um spätere Konflikte zu vermeiden. Hier fallen zusätzlich Zeiten für die Koordination der Arbeit an.

Bei ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, die sich aus unterschiedlichen Motivationen in der Jugendarbeit engagieren, ist insbesondere auf die Erhaltung der Motivation, den Schutz vor Überforderungen, eine intensivere Begleitung und Formen der Anerkennung wichtig.

Als Instrumente der Personalführung werden regelmäßige Teamgespräche, Einzelgespräche und Teamsupervision angewendet. Zur Personalführung gehört aber auch die Einarbeitung und Anleitung neuer Kollegen und Praktikanten, die Bearbeitung von Teamkonflikten und die administrative Personalverwaltung.

5. Vernetzung und Anbindung

5.1 Anbindung der Kommunalen Jugendarbeit innerhalb der Gemeinde

Kommunale Jugendarbeit ist eine sozialpolitische Aufgabe der Kommunalverwaltung und sollte in eigener Verantwortung und Trägerschaft erfüllt werden. Die Anbindung innerhalb der Verwaltung erfolgt über das Hauptamt oder direkt als Stabstelle des Bürgermeisters.

Die Bedingungen für eine Übertragung der Aufgaben an einen freien Träger der Jugendhilfe ergeben sich aus den Förderrichtlinien des Landkreises Tuttlingen zu Personalkostenzuschüssen für die Jugendarbeit vom 12. April 2000, ergänzt durch die Erläuterungen zur Fachberatung des Kreisjugendreferates vom 1. Mai 2006.

Kommunale Jugendarbeit arbeitet sozialraum- und gemeinwesenorientiert und sucht die Vernetzung mit allen relevanten Einrichtungen und Institutionen. Örtliche Gremien, die die Jugendarbeit mit unterstützen, können initiiert und mit gestaltet werden.

5.2 Vernetzung der Kommunalen Jugendarbeit im Landkreis

Die Vernetzung aller örtlichen Jugendreferate ist ein zentrales Qualitätsmerkmal kommunaler Jugendarbeit. Höchster Ausdruck dieser engen Vernetzung ist die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Jugendreferate e.V. in der Satzungsfassung vom 3. Februar 2004. Ziel dieser ist die allg. Förderung der kommunalen Jugendarbeit, insbesondere mittels Durchführung von gemeinsamen regionalen Projekten.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Jugendreferate e.V. hat die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe und einen Sitz im Jugendhilfeausschuss des Landkreises.

Die konkrete Vernetzung erfolgt in verschiedenen Bezügen:

- Die **Hauptamtlichenrunde** ist eine Informationsveranstaltung aller in der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit beschäftigten Fachkräfte und dient dem allg. Austausch und der gemeinsamen Absprache.
- Die **Kollegiale Fachberatung** ist eine an Fragen des Arbeitsalltags orientierte Form kollegialer Unterstützung und steht für alle kommunalen Jugendreferenten offen.
- Zu aktuellen Themen und Projekten werden zeitlich begrenzte **Arbeitsgruppen** gebildet, die sich in ihrem Teilnehmerkreis themenspezifisch zusammensetzen.
- Neben den Fortbildungen, die auf Landesebene und von Dachorganisationen der Jugendarbeit angeboten werden, können auch **ein und mehrtägige Fortbildungen** landkreisweit durchgeführt werden.

Ziel der Vernetzung ist neben der direkten Qualitätssicherung auch die Schaffung eines „Team-Gefühls“ welches gerade den Einzel-Stelleninhabern in kleineren Gemeinden zu Gute kommt und der gemeinsamen Profilierung kommunaler Jugendarbeit dient.

5.3 Aufgaben und Funktion des Kreisjugendreferats

Kernaufgabe des Kreisjugendreferates ist die fachliche Beratung der Kommunen, sowohl auf der Ebene der Verwaltung als auch der der Mitarbeiterinnen in den Jugendreferaten. Dazu gehört die Unterstützung der Gemeinden bei der Konzeptentwicklung ebenso, wie die Begleitung der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und die Leitung von landkreisweiten Facharbeitskreisen und Fachveranstaltungen.

Weitere Aufgabenfelder sind:

- Koordination und Vernetzung
- Konzeptionelle und fachliche Weiterentwicklung der Jugendarbeit
- Projekte und Veranstaltungen
- Serviceleistungen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Administrative Tätigkeiten

Dieses Profil orientiert sich an der Handreichung Kommunaler Jugendarbeit, welche als Empfehlung vom Landkreistag im Jahre 2005 veröffentlicht wurde.

6. Positionspapiere

Ergänzend zur Kreiskonzeption werden für die kommunale Jugendarbeit einzelthemen-sche Positionspapiere erarbeitet und gemeinsam verabschiedet. Diese Perspektivenbe-schreibungen dienen intern der Organisation von Arbeitsläufen und extern der gemein-samen Außendarstellung und Argumentation.

Die bisher bestehenden Positionspapiere sind als Anhang der Konzeption beigelegt:

- Personalentwicklung und Vernetzung
- Jugendberatung
- Bildungsverständnis in der Jugendarbeit
- Leitfaden zur regionalen Bildungspartnerschaft
- Zum Verhältnis von Jugendarbeit und Polizei
- Partizipation und Jugendbeteiligung
- Jugendverbandsarbeit

7. Rahmenbedingungen

7.1 Strukturelle Rahmenbedingungen

Komplexität und Vielfalt der Aufgabenstellung erfordern bestimmte strukturelle Rah-menbedingungen, die es den Jugendreferentinnen ermöglicht, ihre Arbeitsaufträge um-zusetzen. Dazu gehört:

- Büroräume außerhalb des Rathauses an einem niederschweligen Standort
- Büroausstattung mit Computer, Internet und Diensthandy
- Ausreichende Cliquen- und Gruppenräume
- flexible Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen
- eigenes Sachmittelbudget und Ressourcenverantwortung
- Landkreisweite Dienstreisegenehmigung Arbeitszeit für Fortbildung und fachkolle-gialen Austausch
- Qualitative Stellenbeschreibung und -konzeption
- Fachberatung durch das Kreisjugendreferat

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung für die Kommunale Jugendarbeit ist die Per-sonalkostenbezuschussung durch den Landkreis. Der Landkreis Tuttlingen unterstützt die Gemeinden bei der Finanzierung der kommunalen Jugendreferate mit einem Pau-schalbetrag von 20.452 Euro pro Vollzeitstelle. Die genauen Voraussetzungen und Be-dingungen sind in den Förderrichtlinien von 12.4.2000 beschrieben.

7.2 Personal in der kommunalen Jugendarbeit

Mitarbeiterinnen in den Jugendreferaten arbeiten direkt mit Jugendlichen und zusätzlich an der Schnittstelle von Fachkräften, Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit. Daher be-nötigen sie eine umfassende Qualifikation in folgenden Kompetenzbereichen:

1. Feld- und Fachkompetenz

- Arbeitsfeldspezifisches Wissen, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit
- Kenntnisse relevanter Theorien der Jugendarbeit und deren Weiterentwicklung
- Rechtliches Grundlagenwissen (SGB VIII, JuSchG, JGG)
- Gesellschafts- und fachpolitisches Wissen
- Wissen um Lebenssituation u. soz. Hintergründe der Jugendlichen
- Kompetenzen bzgl. Sozialraumorientierung und Vernetzung
- Kenntnis der Jugendkulturen, Szenekenntnisse
- Kenntnisse in der Gesprächsführung
- Fähigkeit zur Selbstreflexion
- Kompetenzen in Sucht- und Gesundheitshilfe
- Institutionelle und administrative Handlungskompetenz, Finanzverwaltung u. Haushaltsplanung

2. Methodenkompetenz

- Aufsuchende Arbeit - insbesondere mobile Jugendarbeit/Streetwork
- Beratung, Begleitung und Krisenhilfe
- Cliques – und Szenearbeit
- Gruppenpädagogik
- Geschlechtsspezifische Arbeit
- Projektmanagement
- Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit
- Gremienarbeit und Kommunalpolitik
- Empirische Sozialforschung / Sozialplanung
- Freizeitgestaltung
- Organisations- und Konzeptentwicklung
- Öffentlichkeitsarbeit

3. Personale und soziale Kompetenz

- Beziehungsarbeit lebt von Glaubhaftigkeit der Person
- Koordinations-, Kooperations- und politisches Verständnis für die Aufgaben
- Selbstbewusste, stabile Persönlichkeit, psychische wie physische Belastbarkeit
- Ideenreichtum und Kreativität
- Überdurchschnittliche Flexibilität und Engagement
- Entscheidungs- und Konfliktfähigkeit
- Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit
- Fähigkeit zum Umgang mit dem beständigen Wechsel der Rolle
- Fähigkeit zur konzeptionellen Arbeit, Planungs- und Organisationsvermögen
- Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung

4. Einstellungen und Haltungen gegenüber den Jugendlichen

- Positive Grundeinstellung; kritische Sympathie; Toleranz gegenüber anderen Lebensstilen und Wertesysteme ohne Anbiederung und Kritiklosigkeit

- Mit Lebenseinstellung der Jugendlichen umgehen können, auch wenn sie nicht der eigenen entspricht
- Sich in das Lebensumfeld der Jugendlichen begeben und sich auf dortige Spielregeln einlassen zu können
- Sich aufgrund der Beziehungsarbeit als Person in die Interaktionsprozesse einlassen.

Dieses Kompetenzprofil setzt ein abgeschlossenes Studium im Bereich der Sozialpädagogik/Sozialarbeit oder ähnliche Studienabschlüsse voraus. Dafür ist den Jugendreferentinnen mind. eine Vergütung nach Entgeltgruppe 9 TvöD mit den üblichen Sozialleistungen im öffentlichen Dienst zu gewähren.

8. Qualitätssicherung

Die vorliegende Kreiskonzeption beschreibt die angestrebte Qualität kommunaler Jugendarbeit im Landkreis Tuttlingen. Qualität ist aber kein festgeschriebener Zustand, sondern ein zirkulärer Entwicklungsprozess, der immer wieder überprüft und aktualisiert werden muss. Dazu ist eine strukturierte Qualitätssicherung notwendig.

Mit unterschiedlichen Instrumenten und Methoden soll die Qualität evaluiert und gesichert, eine Verbindlichkeit der kreisweiten Festlegungen hergestellt und eine konzeptionelle Weiterentwicklung gesichert werden.

Qualitätssicherung ist eine Aufgabe jedes örtlichen Jugendreferates, einschließlich des Kreisjugendreferates.

Dazu werden folgende Instrumente eingeführt:

8.1 Konzeption/Stellenbeschreibung

Aufbauend auf die Kreiskonzeption hat jedes Jugendreferat eine eigene Konzeption zu erstellen und weiterzuentwickeln. Die Konzeption ist dem Kreisjugendreferat vorzulegen und in Form einer Stellenbeschreibung umzusetzen.

8.2 Jahresberichte

Die örtlichen Jugendreferate sollen einen jährlichen Bericht erstellen, der die Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit in einem Kalenderjahr beschreibt.

8.3 Arbeitszeitevaluation

Mit Hilfe der Arbeitszeitevaluation kann insbesondere die Verteilung der Arbeitsschwerpunkte überprüft werden. Werden in Absprache mit weiteren Jugendreferaten, die Arbeitszeiten in begrenzten Zeiträumen parallel erfasst, wird auch eine gegenseitige Vergleichbarkeit möglich mit der auch die lokalen Besonderheiten deutlich werden.

8.4 Zielvereinbarungsgespräche

Auf der Grundlage der Konzeption/Stellenbeschreibung, des Jahresberichtes und der Arbeitszeitevaluation sind jährliche Zielvereinbarungsgespräche zwischen der Gemeinde, den örtlichen Jugendreferentinnen und dem Kreisjugendreferat zu führen. Diese Gespräche dienen der gemeinsame Absprache von Arbeitszielen und kreisweiter Entwicklungen.

Forum 2: Jugendarbeit im ländlichen Raum

Praxisbeispiel aus dem Landkreis Ohrekreis

DR. DETLEV KLAUS

Leiter des Kreisjugendamtes Ohrekreis bis zum 31.12.2006, jetzt Leiter des Stadtjugendamtes Magdeburg

1. Jugendarbeit im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts

1.1. Der „Ohrekreis“ – ein ehemaliger Landkreis in Zahlen

Die erste Kreisgebietsfusion bildete 1994 aus zwei Kreisen den Ohrekreis. Die zweite Kreisgebietsreform fand am 01.07.2007 statt. Der Landkreis Ohrekreis ging ab diesem Datum im Landkreis Börde auf.

Der ehemalige Landkreis Ohrekreis hatte 117.000 Einwohner, die Arbeitslosenquote lag um 10 Prozent. Der Kreis konnte als letzter sachsen-anhaltinischer Landkreis auf einen ausgeglichenen Haushalt verweisen. Zu ihm gehörten drei Städte mit 19.000, 11.000 und 10.000 Einwohnern, drei Verwaltungsgemeinschaften und zwei Einheitsgemeinden.

Es gab 14 geförderte Jugendfreizeiteinrichtungen mit 16 geförderten anerkannten Sozialpädagogen in der Jugendfreizeitarbeit und zwei Stadtjugendpflegern, darüber hinaus etwa 24 ABM-Kräfte bzw. Ein-Euro-Kräfte pro Jahr. Das Fachkräftekriterium haben wir über den Jugendhilfeausschuss über die Jahre hinweg durchgesetzt. Die Jugendfreizeiteinrichtungen existieren durchweg in der Komm-Struktur. Es ist nicht selbstverständlich, Zielgruppen aufzusuchen und auf sie zuzugehen. Das Fördervolumen der Jugendarbeit betrug kontinuierlich 389.000 Euro pro Jahr.

1.2. Thesen zur Ausgangssituation 1990-2006 – Schwerpunkt: Einrichtungsförderung/Jugendclubs

1. Maximierung öffentlich geförderter Jugendarbeit in einem neuen System in kürzester Zeit – führte dies zur Hydrokultur oder Zukunftsperspektive?

Nachdem 1989/90 die alten Trägerstrukturen beseitigt worden waren, gab es einen Mangel an demokratischen Organisationsformen, Trägerstrukturen und Ehrenamt, aber auch fehlende Nachwuchsarbeit in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Das ist ein Ergebnis der Untersuchungen von Prof. Simon 1997 in der Kreisstadt Haldensleben. Es gibt keine politischen Nachwuchsorganisationen, in denen jugendliche Nutzer von Freizeiteinrichtungen teilnehmen. Das ist u. a. ein deutlicher gesellschaftlicher Bruch und ich meine, dass damit eine Entpolitisierung der Jugend im Osten vorangeschritten ist, die für die gesamte Bundesrepublik eine Zukunft zu sein scheint. Der Mangel an demokratischen Organisationsformen, Trägerstrukturen und Ehrenamt ist in einem ersten Gesamtbild aufgeholt worden. Füllt dies aber hinreichend die Lücke von allgemeiner Jugendfreizeit- oder Jugendverbands- und Nachwuchsarbeit?

Bis 1995 wurde im Osten umfangreiche Bundes-, Landes- und kommunale Förderung in der Gesamtheit betrieben, allerdings mit thematisch hohen Parallelitäten, teilweise offener, flexibler Ziel- und Ergebnisorientierung. Dies brachte in Teilen auch einen flexiblen Umgang mit Förderprogrammen und Geld mit sich. Es sind Fördergewohnheiten bedient worden, die den notwendigen fachlichen Aspekt langfristig stören. In den Folgejahren wurde es immer wichtiger die Ziel- und Ergebnisorientierung genauer in den Blick zu nehmen.

Ähnlich wie im Kita-Bereich besteht ein hohes politisches Grundverständnis in den Parteien und Institutionen zur Förderung und Ausstattung im Osten. In den neuen Bundesländern haben wir den Vorteil, dass die Landräte oft selbst eine Kinderkrippe, einen Kindergarten und/oder einen Hort, passend zur heutigen Veranstaltung sogar Jugendclubs besucht haben. Man braucht die Gemeinderäte durch diese Sozialisationserfahrungen nicht erst lange von deren Notwendigkeit zu überzeugen.

Überzeugt werden müssen sie jedoch von den Inhalten, von den Zielen und anzustrebenden Ergebnissen. Da habe ich auch keine Scheu vor den Anwendungsformen der Neuen Steuerung. Die Suche nach geeigneten Kriterien und Methoden ist das eigentliche Schwierige, wenn zum Beispiel der Jugendraum wegen nicht eingehaltener Absprachen durch den Bürgermeister geschlossen wird.

Die Frage wird sein, was der Gemeinderat abends mit seinem Sohn diskutiert, der Leiter des Jugendclubs ist, und ihm im Vater-Sohn-Gespräch mitteilt, dass der Club für ein halbes Jahr geschlossen werden muss, weil wieder einmal bestimmte Auflagen wie Lärmschutz, Ordnung usw. nicht erfüllt worden sind. Der Sohn wird dann gegen den Vater opponieren und das wird die einzige Auseinandersetzung sein, denn im Gemeinderat kommen nicht der Sohn und nicht die jungen Leute an. Die Generationslücke schließt sich im öffentlichen Raum in der Regel nicht. Im Ergebnis unterliegen Clubs auf dem Lande häufig einem wellenförmigen Rhythmus von Öffnung und Schließung.

2. Zielgruppenarbeit als Mittel zum Zweck? Oder, alle reden von Sozialarbeit, „die Kinder und Jugendlichen von der Straße holen“, aber „wer“ tut „was“, „wie“, mit welchem Ergebnis und „wozu“?

Aus o. g. Aufbaubedingungen ergab sich eine enge Verbindung von Trägeraufbau und SGB-VIII-Orientierung. Wir haben in den neuen Bundesländern inzwischen starke Organisationen wie die Sportjugend oder Organisationen aus dem kirchlichen Bereich, die aber heute oftmals mit der Begründung von damals, „die Jugendlichen von der Straße zu holen“, arbeiten. Aber wo sind denn „die Jugendlichen“, gelingt überhaupt der Nachweis der Behauptung und was ist mit denen die das gar nicht wollen? Ein Ergebnis unserer Untersuchung hat belegt, dass es eine durchschnittliche Zahl von 60 bis 65 Prozent von jungen Leuten verschiedener Altersgruppen gibt, die bewusste Clubverweigerer sind. Diese kann ich nicht von der Straße holen. Für sie ist auch die Bushaltestelle – jahreszeitlich unterschiedlich – ein Zuhause. Oder ein Vater öffnet seine Garage für seine halbwüchsigen Kinder und dort entsteht ein privater Club. Auch das ist möglich.

Die alten Begründungen aus den frühen neunziger Jahren, die darauf hinauslaufen, dass wir als Sozialarbeiter der Schlüssel zu den Problemen und zum Ausgleich der Defizite

in der Jugendarbeit haben, ziehen heute nicht mehr so einfach. Sie bedürfen einer gründlicheren inhaltlichen, methodischen und zielorientierten Belegung. Die oft vorherrschenden Wünsche, über den § 11 auch den § 12 zu untersetzen und die eigene Organisation und Struktur zu fördern, sind als „Möglichkeit und Weg“ oft auch „Mittel“ zum Zweck.

Ab 1990 galt es, sich im fachlichen Aufbau intensiv zu den Methoden und dem Ausbildungsverständnis der Fachkräfte in der Sozialarbeit auszutauschen, diese sind erst ab 1990 in der Breite zugänglich. In die Ausbildung sind damals als unschätzbarer Vorteil überwiegend Praktiker gegangen, die in der Jugendarbeit bereits tätig waren und das Studium mit der praktischen Anwendung verbunden haben.

Wir haben uns im Landkreis nie in der geförderten Struktur und in den ersten Jahren des Aufbaus und der intensiven Unterstützung nie über einen Grundbedarf verständigt. Die Förderstruktur ist historisch entstanden, eigentlich eine „Initiativlandkarte“ und bis heute nicht auf einen Bedarf verpflichtet. Wir hatten Verwaltungsgemeinschaften mit 10.000 Einwohnern ohne geförderten Jugendclub und geförderte Fachkraft, dagegen besaß die Kreisstadt mit 19.000 Einwohnern sechs geförderte Fachkräfte. Fachkräfte waren mindestens ab 1995 ausschließlich Diplom-Sozialarbeiter, Erzieher mit staatlicher Anerkennung oder vergleichbarer Qualifikation. Abweichende Fälle wertete der Jugendhilfeausschuss im Einzelfall. Es gab eine ungleichgewichtige Konzentration der Förderung im Vergleich zur Nicht-Versorgung im dörflichen Bereich („Initiativlandkarte“ statt Grundbedarfsorientierung).

Diese Entwicklung musste mit den Jahren unter einer engeren Förderung zwangsläufig transparent gemacht und der Begriff des Grundbedarfs, einer gleichberechtigten Angebotsverteilung, in die Diskussion gebracht werden. Das war für uns auch in erster Linie eine Frage der Qualität der Jugendarbeit.

Die heutige Trägerlandschaft bildete sich aus den Initiativen, die es in den frühen neunziger Jahren verstanden haben, aus den Fördermitteln, die damals reichlich geflossen sind, zu schöpfen. Aber wie schaffe ich es innerhalb der Jugendhilfe mit einer Verpflichtung als Sozialhilfe, dies auch in die Breite zu bringen und dies allen zugänglich zu machen? Eine gerechte „Aufteilung“ der geförderten Fachkräfte ist nicht gelungen. Diese Frage überhaupt in die Diskussion zu bringen, war uns sehr wichtig.

3. Die nicht abschließenden Förderschwerpunkte des Sozialgesetzbuches VIII liegen über den (Nah-)Zielen der jungen Menschen. Oder, Förderung der (Grund-)Bedarfe verlangten eine kritische Bewertung der Bedürfnisse und fachlich strukturierten Schwerpunkte

Was wollen die jungen Menschen eigentlich heute, welche Ziele, welche Konsumtionsansprüche verbinden sie mit den Angeboten der Freizeiteinrichtungen?

Jugendhilfe ist immer da, wo Kinder, Jugendliche, Schüler, Fußballfans, Straftaten/Ordnungswidrigkeiten, „bildungsferne männliche Jugendliche ohne Schulabschluss mit einseitiger politischer Orientierung in strukturschwachen Regionen mit schrumpfendem Frauenanteil“ existieren und wo der Jugendschutz und die Teilhabe am gesell-

schaftlichen Leben zu sichern sind. Wie allzuständig können wir aber sein? Wie viel Defizitorientierung können wir eigentlich leisten? Sind alle politisch formulierten Ziele tatsächlich unsere Ziele oder müssen wir uns auf einen Kernbereich und auf eine Grundversorgung konzentrieren?

Freizeitangebote, gerade in Clubs, folgen den Interessen der Jugendlichen; Clubs als Ort passiver Freizeitgestaltung; zum Beispiel nächtliche Öffnungszeiten an den Wochenenden, Musikveranstaltung als geförderte „soziokulturelle Projekte“; „Komm-“ statt „Geh-Struktur“.

4. Bedarf, Kontinuität und Qualität in der geförderten Jugendarbeit ist nicht (immer) die Fortführung des Bestehenden. Oder die notwendige, ergänzende Frage der Träger: Welchen Auftrag habt ihr eigentlich an uns?

Die Jugendhilfeplanung hat gerade im (höchst aufwändigen) Jugendfreizeitbereich mit einer voreingenommenen Sichtung, einer kritischen Infragestellung, gar einer Vorverurteilung der geförderten (bestehenden = bewährten) Jugendarbeit zu kämpfen.

Die Frage der Träger an den Jugendhilfeausschuss: „Was wollt ihr konkret von uns – in Bezug auf den Sozialraum, auf die Altersgruppen und auf die Inhalte?“ hat eine sehr zeitaufwendige Diskussion ausgelöst. Der Unterausschuss hat sich in zehn Sitzungen hintereinander nur mit der Frage eines Leitbildes und einer Zielgebung beschäftigt. Diese öffentliche Bedarfs-, Ziel- und Methodendiskussion ist die unverzichtbare Voraussetzung für die fachliche Arbeit. Der Zeit- und Personalaufwand ist aber unbedingt vorher zu berücksichtigen.

Was heißt „Zeit für neues Denken“ für uns? Wollen wir all das bisher Geförderte in die Kontinuität für die nächsten 10-20 Jahre bekommen oder konzentrieren wir uns auf unseren Auftrag und unsere Kernbereiche, Ziele und Leitlinien, die uns leiten sollen und die auch dem Träger ganz klare Aufgabenstellungen geben sollen, die kontrollierbar sind?

In den Diskussionen mit Jugendamtsleitern erfahre ich stets, dass die geförderte Jugendarbeit kein Thema ist. Jeder hat sein „ausbalanciertes, außerordentliches, regionales Förderbiotop“ (AArRR), das mit großem Aufwand durch Träger, Jugendhilfeausschuss, Politik und Verwaltung gleichsam „in der Schwebe am Funktionieren“ gehalten wird.

Es muss meiner Meinung nach stärker darüber diskutiert werden, wie wir die Inhalte des SGB VIII in die geförderte Sozialarbeit transportieren und wie wir eine größere Transparenz der Zielerreichung schaffen. Wie kommen wir in ein Berichtswesen, das nicht nur Ergebnisse transportiert, sondern das die Form eines Wettbewerbs in vergleichbaren Regionen annimmt? Wie sprechen wir über das Thema „Erhaltung des Bestehenden“, neue Bedarfe, Profilschärfung? Zwischen den Trägern, den Jugendhilfeausschussmitgliedern und der Verwaltung steht beim AArRR fest, dass jeder sein Feld abgesteckt hat und eigentlich alles gut läuft. Man müsste nur noch etwas an den Qualitäten und an den Inhalten arbeiten. So ein Förderbiotop hat den großen Nachteil, dass es etwas festschreibt und keine Veränderung, keine Anpassung und kein „neues Denken“ zulässt.

5. Eigenverantwortung, (soziale) Bildung und soziales Engagement versus passive Konsumhaltung im Alltag junger Menschen. Oder Ehrenamt und Selbstverwaltung in der geförderten Jugendarbeit gelingt nur in organisatorischen Strukturen mit Erwachsenenbeteiligung.

Wir haben in unserer Untersuchung feststellen müssen, dass es ein passiver Bereich ist, den Jugendliche in den Clubs belegen. Die Hauptmotive sind: man will Freunde treffen, Musik hören, man will in Ruhe gelassen werden. Die Wünsche, die darüber hinausgehen, gehen dahin, dass die Getränke billiger sein könnten, ein paar Spielautomaten aufgestellt, Kinoveranstaltungen durchgeführt werden könnten, der Billardtisch seit einem halben Jahr kaputt ist...

Wir müssen uns mit diesen Formen von Wünschen und der Frage, wann aus geäußerten Bedürfnissen ein notwendiger Bedarf entsteht, auseinandersetzen. Hier stellt sich die Frage der Adressatenbeteiligung, methodischer Formen der Eigenverantwortung und kritisch-fachlicher Begleitung zur Unterstützung gelebter Eigenverantwortung. Wie entwickeln wir die Bereitschaft der jungen Leute, für sich einzustehen und sich selbst zu verwalten? Diese Frage stellt sich auch bei den Sportvereinen, der Feuerwehr, auch dort kann man beobachten, dass bei Jugendlichen ab 15 Jahren das Interesse stark nachlässt, sich zu engagieren und einzubringen. Dieses Problem scheint übergreifend zu sein. Eigenverantwortung und Selbstverwaltung bedürfen der kritisch-fachlichen Begleitung und einer organisatorischen Struktur mit Erwachsenenbeteiligung. Das haben wir ansatzweise geregelt, in dem wir das Ehrenamt mit Stundensätzen finanziell angeregt haben. Die Zielgruppe waren dabei die 23- bis 25-Jährigen, die eine wesentliche Besucherklientel in den geförderten Freizeiteinrichtungen bildeten.

Clubs sind gerade im Landkreis auch Heimstätten von Cliques, Peergroups und hoch geladener gruppenspezifischer Phänomene. Diese Gruppierungen grenzen sich bewusst voneinander ab. Dabei geht es nicht nur um ideologische Orientierungen, sondern auch um Regionen. Die Kreisstadt behauptete in den Diskussionen um die Verteilung von geförderten Fachkräften, dass an den Wochenenden ohnehin sehr viele Jugendliche aus den benachbarten Ortschaften kämen und sie daher einen höheren Fachkräfteanteil bräuchten. In unserer Untersuchung hat sich jedoch herausgestellt, dass Jugendliche „ortstreu“ sind und der Club für die Region da ist. Lediglich zu Ausnahmeveranstaltungen fahren die Jugendlichen woanders hin. In unserem Landkreis sind die Clubs üblicherweise an den Wochenenden, oft in der Funktion als Diskotheken geöffnet, allerdings für andere Altersgruppen als die 16-Jährigen, die an den Nachmittagen in der Woche die Clubs besuchen.

Diese Formen der Clubs werden zwiespältig betrachtet, wenn man zum Beispiel an den Jugendschutz denkt. Wir hatten im Landkreis Einrichtungen, die über den Gastronomiebetrieb 40.000 Euro im Jahr eingenommen haben. Wir haben darauf reagiert, indem wir in dem Förderprogramm strengere inhaltliche Maßstäbe an geförderte Projekte gelegt haben. Die Gegenreaktion lautete in manchen Fällen, dass keine Förderung mehr beantragt wurde. Der Aufwand eines Antrages auf Förderung wirkte zu hoch und auch die Freiheit der Inhalte ließ sich in der eigenen Finanzierung besser regeln.

Unser Leitmotiv in der fachlichen Ausrichtung der Planungsarbeit ab 2005 heißt: **Quantitäten machen sich den Raum streitig, Qualitäten ergänzen einander.**

Die geförderten Fachkräfte in den Clubs kennen häufig nicht die Vereine, Organisationsformen in ihrer Nachbarschaft und auch nicht zum Beispiel die Erziehungsberatungsstelle. Wir machen so viel Einzelfallarbeit, ohne die Einrichtungen mit einzubeziehen, in denen sich die Jugendlichen aufhalten. Laut unserer Untersuchung spricht beispielsweise die minderjährige Schwangere zuerst mit ihrer besten Freundin, dann vielleicht irgendwann mit ihrer Mutter, doch nicht mit den Professionellen (Lehrern, Sozialpädagogen). Manchmal werden Klischees in eigenem Interesse bedient, die wir mit unserer Untersuchung relativieren, wenn nicht gar ausschließen konnten.

2. Prozess der Zusammenführung der Bedarfserfassung – Zieldefinition – Steuerung in thematischen Arbeitsgruppen, dem Unterausschuss für Jugendhilfeplanung und Jugendhilfeausschuss

Für den absolvierten Planungsprozess konstitutiv und förderlich war ein angekündigter Rückgang der Förderung. Die Fortführung der Landesförderung im Fachkräfte- und Feststellenprogramm war in Frage gestellt worden, zum 1.1.2008 sollten dem Landkreis 171.000 Euro nicht mehr als Landesförderung zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Jugendhilfeplanung und gesicherten Standortversorgung musste gehandelt werden. 2005 wurde beschlossen, die anstehenden gravierenden Einschnitte von nahezu 33 Prozent planerisch zu begleiten und vorbereitend zum Beispiel mit einer Prioritätensetzung zu sichern. Daher haben wir zunächst ohne großen Widerstand den **Planungsauftrag** in Gang gebracht:

1. Leitlinienentwicklung und Controlling ab August 2005,
2. Die Untersuchung des Freizeitverhaltens im Landkreis Juli 2005,
3. Definition von Kernbereichen der Förderung ab Juli 2005,
4. Überarbeitung der Förderrichtlinie ab Juli 2005, zum Beispiel Förderung des Ehrenamtes,
5. Bedarfserfassung, Zielgruppenanalyse, Bildung von Kennziffern – fortlaufend.

In der Folge wurden verschiedene, umfangreiche und detaillierte **Materialien** im Landkreis erstellt. Es wurden Nutzer-, Träger, Fachkräftefrage-, Controllingbögen usw. entwickelt. Einen Einblick gibt die folgende Aufstellung:

Abschlussbericht 05.12.2005, 50 S.

1. Erfassung der kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfsplanung im Jugendfreizeitbereich,
2. Leitlinien der Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis, 27.07.2006, 21 S.,
3. Definition der Kernbereiche der geförderten Jugendarbeit – Qualitäts- und Förderkriterien, 24.11.2005, 15 S.,
4. Ergänzung der Förderrichtlinie des Landkreises vom 08.07.2004, 10 S.,
5. Standortbericht zur Jugendhilfeplanung im Landkreis 31.12.2006, 60 S.

Die Ergänzung zur Förderrichtlinie des Landkreises war sehr wichtig, denn im Rahmen unserer Untersuchung und Begleitung haben wir es geschafft, dass man die geförderten Fachkräfte mit einem Basisgeld versorgt hat, bezogen auf die durchschnittliche Anzahl der Besucher im Monat mit einem Umrechnungsfaktor von einem jährlichen Eurowert. Dieser Betrag ist den Fachkräften pauschal für das Jahr zur Verfügung gestellt worden, um den Eigenanteil in Projekten zu sichern.

2.1. Leitlinien der Jugendarbeit ab 2006

1. Leitlinie: Wahrnehmung der Verantwortung jeden Trägers der Jugendarbeit für die bedarfsgerechte Gestaltung aller Angebote.
2. Leitlinie: Partizipation Betroffener in der Jugendarbeit und Lebenslagenorientierung statt unreflektiertem Vorhalten von Angeboten.
3. Leitlinie: Mädchen- und Jungenarbeit als Querschnittsaufgabe in der geförderten Jugendarbeit.
4. Leitlinie: Auf- und Ausbau bzw. Stabilisierung von geförderten sozialpädagogischen Angeboten in den Kernbereichen: Bildung, kulturelle Jugendarbeit, arbeitsweltbezogene Jugendarbeit, Freizeitorientierung, interkulturelle Jugendarbeit, Arbeit mit benachteiligten.
5. Leitlinie: Stärkere Ausprägung mobiler Jugendarbeit und Förderung des Prinzips der Selbstverwaltung in der Jugendarbeit.

Jede Leitlinie besitzt etwa 1,5 Seiten der textlichen Untersetzung.

2.2. Die Untersuchung des Freizeitverhaltens im Landkreis Juli 2005 – Auszug

„3. Untersuchungsaufbau des Planungsauftrages

Die Untersuchung umfasste den Einsatz von drei Fragebögen an:

- die Nutzer (Kurzform, 26 Fragen), künftig NFB,
- die geförderten Fachkräfte (FK), 28 Fragen, künftig FKFB,
- die Vorstände der freien Träger als Dienst- und Fachvorgesetzte der geförderten FK und Einrichtungen (30 Fragen), künftig VFB.

Neben den Kennziffern der Einrichtungen (Kosten, Räume, Ausstattungen) wurden allen drei Zielgruppen Fragen zur inhaltlichen Gestaltung und Absicherung der Arbeit vorgelegt. Die Nutzer wurden an Schul- und Werktagen in der Zeit vom 29.06. bis 13.07.2005, zu verschiedenen Tagen jeweils um 14:00 Uhr, 16:00 Uhr und 18:00 Uhr befragt. An diesen Besuchsterminen protokollierten die Interviewer gleichzeitig Anwesenheiten und Angebote auf standardisierten Bögen (FK, weitere Betreuer, Nutzung der Räume, Projektangebote).

Auf den verschiedenen Fragebögen gab es bewusst überschneidende Aussage-spielräume, die wir gegeneinander stellen konnten, zum Beispiel, worauf der Trä-

ger die Konzeption ausgerichtet hat und was im Gegenzug die jungen Leute von der Konzeption erwarten und wünschen.

Bisher konnte nur der Nutzerfragebogen ausgewertet werden. Trotz Stichtag 22.10.04 lagen insbesondere die FB der geförderten FK nicht vor. Insgesamt wurden die FB von den Nutzern sehr engagiert, überlegt und vollständig bearbeitet. Nur ein Fragebogen wurde ausgeschlossen, obwohl nur die erste Seite keine Angaben über Alter, Geschlecht und ähnliches enthielt.

Die Auswertung kann auf Grund des zeitlichen Druckes und geringen Personals bisher nur qualitativ und durch Vergleiche der Mittelwerte, Häufigkeiten bewertet werden. Dies scheint den Wert der Aussagen aber nur minimal einzuschränken. Die Antworten der 259 Nutzer besitzen derartige Übereinstimmungen, das weder ein Landkreis – Gemeinde, noch Städtevergleich signifikante und inhaltlich interessante Unterschiede in den Angaben vermuten lässt.

Auf Wunsch der Träger und Beschluss des Jugendhilfeausschusses wurde gleichfalls das ambulante Freizeitangebot freier Träger der Jugendhilfe ohne ein stationäres Angebot über ein gekürztes Fragebogenraster (17 Fragen) ergänzend einbezogen. Die Ergebnisse werden im Bericht gesondert besprochen. ...

4. Ergebnisdarstellung und Arbeitsthesen

4.1. Arbeitsthese 1

Die Freizeiteinrichtungen und Freizeitclubs sind spezifische Orte der jugendlichen Selbstentfaltung und Freizeitgestaltung. In den angebotenen Arbeitsweisen und Trägerkonzeptionen spiegeln sich vor allem die Ansprüche und Wünschen ihrer jugendlichen Nutzer wider (**Abbildung 1**). – Die Clubs

Fehlende Angebote im Freizeitbereich	Nennungen	In % der Antworten
Weitere Räume, billige Kneipen und Spielcenter, Kino, Freibad, Pool am Club	29 von 122	23
Sportplätze	23	19
Sportliche Aktivitäten	23	19
Diskos	15	12
Ausflüge/Spiele	26	21
Mehr PC	9	7
Musik machen	4	3
Gespräche	1	0,8
gesamt		94,8
Ein gegenteiliges Bild ist allerdings in Frage 22 des NFB zu erkennen. Es ergeben sich hier jedoch „erwachsene“ Wünsche bzgl. der gewünschten Öffnungszeiten. In Haldensleben sollte nahezu übereinstimmend die Öffnungszeit freitags in allen Einrichtungen auf 23:00 Uhr verlängert werden, samstags bis 24:00/ 02.00 Uhr und sonntags entsprechend von 14:00 bis 20:00 Uhr.		

Abbildung 1

© Dr. Detlev Klaus

4.2. Arbeitsthese 2

Die jugendlichen Nutzer besitzen ein eigenes Motivations- und Interessenprofil innerhalb ihrer Altersgruppen. Sie identifizieren sich überdurchschnittlich mit ihrer Einrichtung, gestalten aktiv ihre Erwartungen an die persönliche Freizeit, Ausbildung und Zukunft.

Der Altersaufbau der Nutzer kann durch Auswertung der Frage 1 des NFB in Verbindung mit Frage 2 des NFB dargestellt werden: Im Altersquerschnitt der Besucher liegt der Gipfel bei den 16-Jährigen. Die Kurve hat einen typischen glockenförmigen Verlauf (siehe Diagramm 1), sie steigt zwischen 14 und 16 Jahren steil, um langsamer zwischen 16 und 20 abzufallen. Das Durchschnittsalter ist gemäß der jugendlichen Orientierungsphase bei den Jungen leicht erhöht mit 16,9 Jahren, Mädchen 16,1 Jahre im Durchschnitt. **(Abbildung 2)**

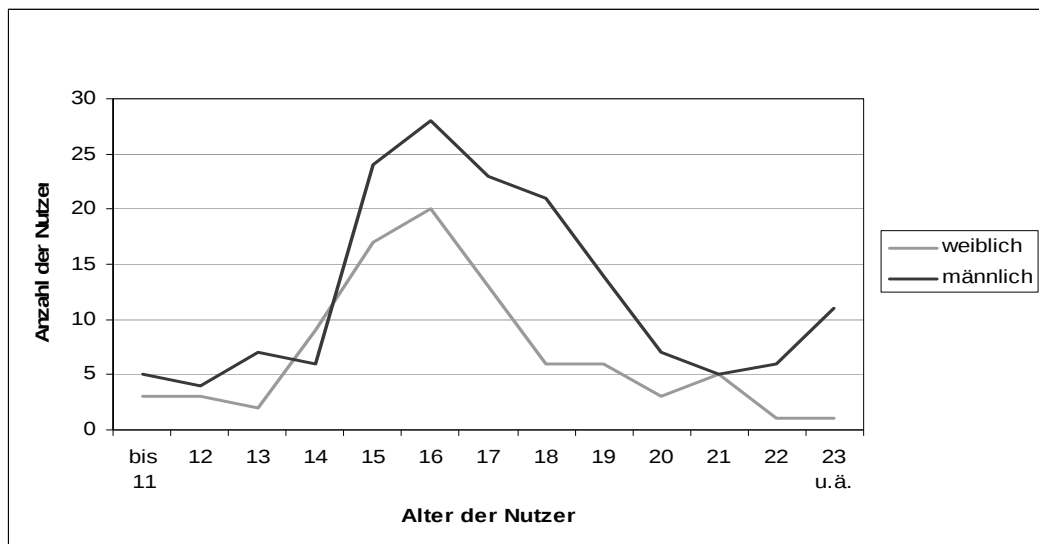


Abbildung 2

© Dr. Detlev Klaus

Es lässt sich vermuten, dass dieser Querschnitt gleichzeitig ein Längsschnitt ist und ausreichend über die Verweildauer junger Menschen in Clubs Auskunft gibt. Hierzu werden die Ergebnisse des FKFB abzuwarten sein.

Verteilung und Altersdurchschnitt sind über den ganzen Landkreis stabil, so dass aus den Daten fast ein typischer Ohrekreis-Clubbesucher/-in gebildet werden kann.

Im Prinzip kann man sagen, es kommt der 16-jährige Junge mit seiner 15-jährigen Freundin in den Club, und zwar an fünf Tagen in der Woche, vier bis fünf Stunden pro Tag. Es geht also für einen Clubbesucher um mehr als nur um die kurzfristige Nutzung von Angeboten.“

2.3. Kernbereiche der geförderten Jugendarbeit – Qualitäts- und Förderkriterien

Die Kernbereiche wurden von uns vor dem Hintergrund der Frage festgelegt, wie wir das SGB VIII für den örtlichen Bedarf übersetzen:

- Kernbereich 1: außerschulische **Kinder- und Jugendbildung**
- Kernbereich 2: **Kulturelle Jugendarbeit**
- Kernbereich 3: **Arbeitsweltbezogene Jugendarbeit**
- Kernbereich 4: **Freizeitorientierung**
- Kernbereich 5a: **Interkulturelle Jugendarbeit**
- Kernbereich 5b: Kernbereich **Internationale Jugendarbeit**
- Kernbereich 6a: Geschlechtsspezifische Angebote: „**Mädchenarbeit**“
- Kernbereich 6b: Geschlechtsspezifische Angebote: „**Jungenarbeit**“
- Kernbereich 7: **Jugendsozialarbeit** – Arbeit mit Benachteiligten

Diese Kernbereiche müssen konkret definiert werden. Wenn sich beispielsweise zehn Jugendliche treffen, um eine Pizza zu backen und sich einen amerikanischen Film anzusehen, ist das bereits ein Projekt internationaler Jugendbildung?

Das sind Fragestellungen, die sich aus realen Projektanträgen ergeben. Die Projekte müssen sich mit dem Anspruch des SGB VIII decken. Als Beispiel möchte ich den Kernbereich 1 im Auszug vorstellen.

Beispiel Kernbereich 1: außerschulische Kinder- und Jugendbildung

1. Gesetzliche Grundlage

§§ 5, 8, 9 und 11 Abs. 3 SGB VIII

Die außerschulische Kinder- und Jugendbildung ist eine Leistung der Jugendhilfe. Als außerschulischer Erziehungs- und Bildungsbereich ist sie – neben dem Bereich Sport, Spiel und Geselligkeit – ein Bestandteil der Jugendarbeit.¹

Kinder und Jugendliche haben bei allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe laut § 5 ein Wunsch- und Wahlrecht sowie nach § 8 ein Beteiligungsrecht. Dies gilt auch für die außerschulische Kinder- und Jugendbildung. Weiterhin ist dem im § 9 festgeschriebenen Lebenslagenansatz sowie der Förderung der Gleichberechtigung besonders in Bildungsveranstaltungen zu folgen.

2. Örtliche Verpflichtung

Maßnahmen der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung „sind“ – im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Haushaltsjahr – zu fördern.

3. Anspruchsberechtigte, Zielgruppe

Laut § 11 Abs. 1 SGB VIII kommen als Zielgruppe der Jugendarbeit alle jungen Menschen in Betracht, das heißt Kinder, Jugendliche und Erwachsene unter 27 Jahren. In geringem Umfang können sogar Personen, die älter als 27 Jahre sind, an den Angeboten teilnehmen (§ 11 Abs. 4).

¹ vgl. § 11 Abs. 3 SGB VIII, alle weiteren Gesetzesangaben beziehen sich auf das SGB VIII

Sie sollen an Planung, Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Bildungsveranstaltungen an möglichst vielen Arbeitsschritten beteiligt werden.

4. Ziele, Inhalte

Bildungsarbeit im Kontext der Kinder- und Jugendarbeit ist gekennzeichnet von einem breiten, einem umfassenden Selbstverständnis, in dem vor allem der junge Mensch im Mittelpunkt steht. Das heißt, es geht zuallererst um die Entwicklung einer Persönlichkeit, bezogen auf alle Lebens- und Handlungsfelder, und damit letztlich auch um Vermittlung von Kompetenzen, Fähigkeiten und Qualifikationen, die ihm den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.

Hierzu heißt es im § 1 Abs. 1:

“Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.”

Die außerschulische Bildungsarbeit ist in ihrer Gesamtheit darauf ausgerichtet, Jugendliche zur Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement zu befähigen.

Feinere und konkretere Zielstellungen wären beispielsweise

a) die Förderung:

- von gewaltfreien Formen der Konfliktlösung,
- einer kritischen Auseinandersetzung mit Rollenstereotypen,
- der Gleichberechtigung der Geschlechter,
- von solidarischem und kooperativem Verhalten,
- eines gleichberechtigten Zusammenlebens mit anderen Kulturen etc. sowie

b) die Vermittlung von Informationen und Wissensbeständen.

Die Schwerpunkte der Jugendarbeit sind aufgeführt im § 11 Abs. 3. Hier heißt es:

„Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören:

1. außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung ...“

Da es sich aber um keine abschließende Aufzählung handelt, können auch andere Schwerpunkte von den Fachkräften bearbeitet werden. Dies sind beispielsweise geschlechtsspezifische, ökologische, sportliche, multikulturelle, weltanschauliche, religiöse und medienspezifische Bildung.

Besondere Bedeutung kommt der politischen Bildung zu.

Bestimmend ist deshalb das ganzheitliche Verständnis von Bildung in der Jugendarbeit. Die geistigen Fähigkeiten sollen genauso gefördert werden wie die musisch-kreativen; neben der geistigen Seite wird auch die psychische des jungen Menschen angesprochen; soziales und kulturelles Lernen gehören ebenso dazu

wie körperliche und handwerkliche Betätigung; rationale Aspekte spielen ebenso eine Rolle wie emotionale. Theorie und Praxis, Politik und Alltagsleben können so miteinander verbunden werden.

5. Methoden und Beispiele

In der außerschulischen Bildungsarbeit können andere Lernmethoden und Lernformen, als in der Schule üblich, zur Anwendung kommen. Die angewandten Methoden können vom klassischen „Frontalunterricht“ über das Spiel bis hin zu stark an der Projektmethode orientierten Formen ausgerichtet sein. Lernformen wie Leistungskontrollen und bis ins Detail vorgegebene Lehrinhalte und die Betonung von Leistungsentwicklung (zum Beispiel im Sport) sollen vermieden werden.

Die Angebote der außerschulischen Jugendbildung sollten von den jungen Menschen in Teamarbeit selbst organisiert werden. Von der Idee bis zur Abrechnung liegt dann alles in einer Hand. Einfallsreichtum, soziale Kompetenz und Managementfähigkeit vermitteln sich so wie von selbst, „learning by doing“ ist das vorherrschende Prinzip. Jedoch sollte in diesem Fall noch die pädagogische Führung der Fachkraft erkennbar sein, die sich in diesem Zusammenhang in den verschiedensten Rollen wiederfindet (u.a. als versierter Vermittler, Autorität, Beziehungsgestalter).

Die für die und mit den jungen Menschen unterbreiteten Angebote sind gekennzeichnet durch Freiwilligkeit, Gruppenorientierung, Bedürfnisorientierung, Partizipation, Flexibilität, Repressionsfreiheit, Offenheit und Vielfältigkeit.

Die außerschulische Bildungsarbeit soll sich an den aktuellen Interessen, Lebensverhältnissen und Problemen der Kinder und Jugendlichen orientieren.

In allen Vorgehensweisen wurde sehr viel Wert auf die Diskussion in Arbeitsgruppen mit den Trägern und im Unterausschuss über Ziele, Inhalte und Methoden der Vermittlung gelegt und die besondere Bedeutung der politischen Bildung herausgearbeitet. Wir haben versucht, diesen Aspekt eines Kernthemas im SGB VIII methodisch-inhaltlich auch für die Träger zu untersetzen, damit sie auf die eingangs genannte Frage „Was wollt ihr von uns?“ eine praktische Antwort finden. Ein besonderer Schwerpunkt war auf dem Weg vom Ziel zum Ergebnis die umfangreiche Diskussion der Methoden.

Wir haben eine Fülle von Material erarbeitet. **Abbildung 3** zeigt den Überblick und jeweiligen Stand des Prozesses, den wir 2006 erreicht haben.

Wir haben über den Jugendhilfeausschuss die Ziele definiert, die strategisch-operativen Ziele der mittel- und langfristigen Arbeit in der geförderten Jugendarbeit benannt, über die Förderrichtlinie die Frage der Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung übereinstimmend geregelt und eine Pauschalisierung geschaffen, um diesen wichtigen Bereich vergleichbar zu gestalten, um einen Gleichheitsgrundsatz bei den Anträgen der Träger anwenden zu können.

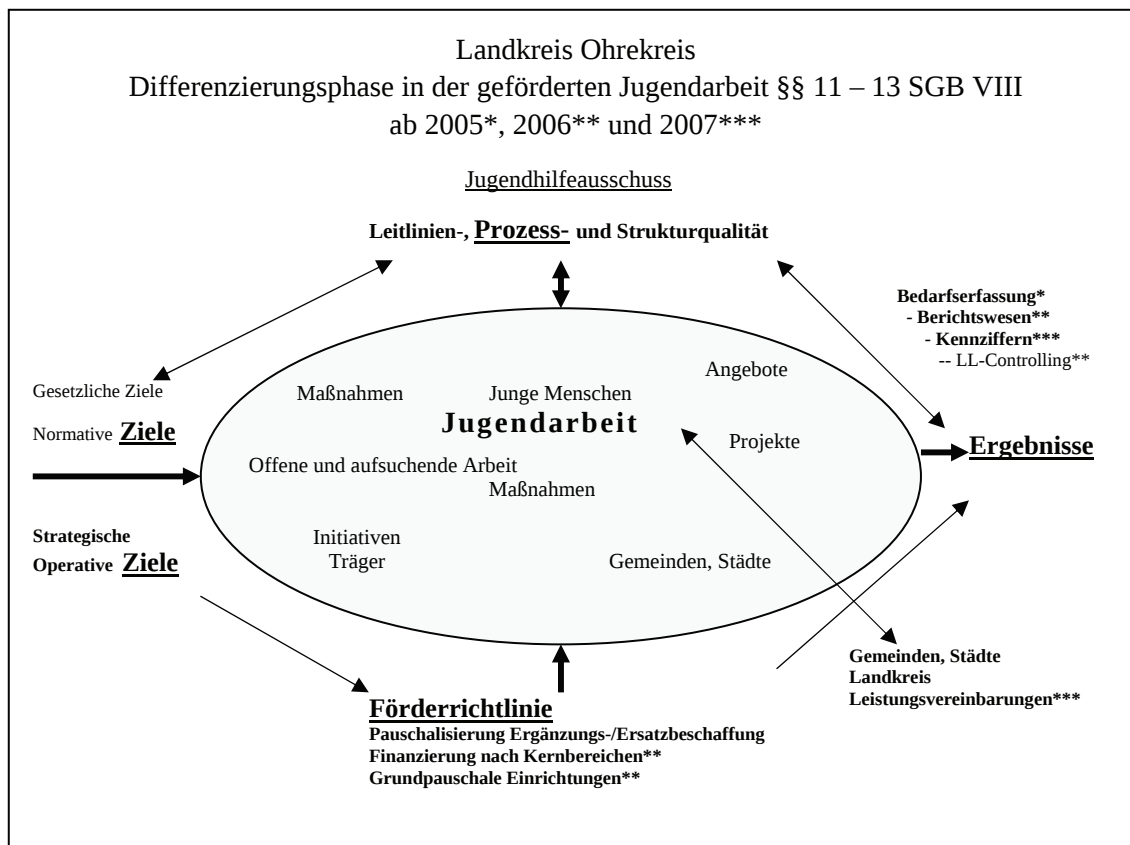


Abbildung 3

© Dr. Detlev Klaus

Wir haben die Finanzierung der Kernbereiche dergestalt geregelt, dass alle Anträge, Projekte und Maßnahmen, die sich drei Kernbereichen verpflichten, sofort und pauschal nach entsprechender Abstimmung mit dem Träger mit 100 Prozent gefördert werden. Bei Anträgen, die nur zwei Kernbereiche berücksichtigen, gibt es eine 80-prozentige Förderung. Die Grundpauschale der Einrichtungen wurde definiert und berechnet.

Wir haben über die Bedarfszahlen und ein Berichtswesen Beschreibungen in den Jahren 2005 und 2006 schaffen können. Es gab eine gute Entwicklung zum Beispiel in Bezug auf die Abstimmung im Sozialraum. Durch die Erfassung haben wir verfolgt, wie viele Kontakte es zwischen den Einrichtungen und den Vereinen, den Sportgruppen, dem Arbeitsamt, der Erziehungsberatungsstelle, zum Sozialen Dienste des Jugendamtes, dem Sozialamt, Ausbildungsträgern usw. über die zwei Jahre gab, und dies als eine Kennziffer im Bericht benannt. Infolge dessen sind gute, praktische und inhaltliche Änderungen eingetreten.

Über das Leitlinien-Controlling erfolgte gleichfalls eine Begleitung der Träger. Die Auswertung im Jugendhilfeausschuss vollzog sich über standardisierte Bögen.

2007 sollten Leistungsvereinbarungen geschlossen werden, damit sind wir als Landkreis leider nicht weitergekommen. Wir sind jedoch immer wieder an die Bürgermeister und Gemeinde- und Stadträte mit unseren Vorstellungen über die örtliche Umsetzung des SGB VIII und die dafür erforderlichen Leitlinien, Inhalte, fachlichen Prozedere und

Berücksichtigungen der aufsuchenden Arbeit herangetreten. Wir hatten die Hoffnung, dass dies mit den Leistungsvereinbarungen festgeschrieben werden kann.

Das Landesförderprogramm ist letztlich nicht eingestellt worden, es ist im Ministerium entschieden worden, dass auch nach dem 01.01.2008 die Fachkräfte weiter gefördert werden. Damit gibt es keine Prioritätenliste und keine Notwendigkeit, an der Förderungslandschaft etwas zu ändern. Die Initiativlandkarte lebt fort. Der neue Landkreis besteht nicht nur aus zwei Territorien sondern auch zwei fachlichen Konzepten. Der Prozess der Leitlinienarbeit und der Förderung nach Kernbereichen, die Formulierung der Förderrichtlinie, wie vieles an derartigen Wegmarken soll noch einmal von vorn beginnen. Man möchte das vorgestellte System im neugewählten Jugendhilfeausschuss neu überdenken. Das Planungs- und Berichtswesen wird sich dem anpassen müssen.

Auf die Frage, was bleibt, gibt es nur folgende Antwort: Eine Fülle an Material, praktischen Erfahrungen, praktischen Ergebnissen und eine Werkstattatmosphäre geförderter Jugendarbeit in einem Landkreis. Der Weg hat sich gelohnt und wird weiterverfolgt, denn – vielleicht ist ja mal wieder ein Förderprogramm von Einstellung bedroht?

Ausgewählte Literatur:

Mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum – Jugendarbeit im Landkreis Tuttlingen, Jugendhilfe, Zeitschrift, 4/2005, 43, S. 183 – 187

„Qualität in der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Jugendzentren, -clubs und -räumen“, Bericht der Gemeinnützigen Beratungsgesellschaft START, Bernburg 2000

„Qualitätsentwicklung in der Jugendarbeit“ Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, BAGLJÄ, Arbeitsbericht (2003)

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Berlin 2005

Untersuchung zum Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Haldensleben 1997, Prof. Titus Simon et al., Bericht, Magdeburg 1998

Arbeitsgruppe 1: Partizipation in der Jugendarbeit - Arbeitsfelder, Methoden, Ansätze

KARL-HEINZ HUMMEL

Leiter des Produktteams Jugendarbeit, Stadtjugendamt München

MICHAEL SCHWARZ

Leiter des Landesjugendamtes Bremen

1. **Partizipation als allgemeiner Handlungsgrundsatz für die Kinder- und Jugendarbeit: Von der „Nicht Beteiligung“ über die „Quasi Beteiligung“ zur „Partizipation/Beteiligung“**
- 1.1. **Partizipation ist ein demokratischer Entwicklungs-, Einmischungs- und Gestaltungsauftrag**

Heiner Keupp definiert Partizipation wie folgt:

„Partizipation ist eine zentrale Rahmenvoraussetzung für produktive Projekte der Identitätsarbeit in einer spätmodernen Gesellschaft. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass es keine dauerhaften und stabilen Bezugspunkte für die individuelle Lebensführung gibt. Identitätsarbeit kann heute nicht als Übernahme von traditionellen kulturellen Entwurfsschablonen gelingen, sondern erfordert einen aktiven Prozess identitärer Passungsarbeit. Projekte des bürgerschaftlichen Engagements lassen sich als bedeutsame Formen dieser Passungsarbeit ansehen. In ihnen werden zivilgesellschaftliche Schlüsselqualifikationen als Basiskompetenzen der Lebensbewältigung erworben. Daraus folgt, dass Partizipation nicht nur als eine ‚Schönwetterkür‘ angesehen werden darf, sondern als eine ‚Verwirklichungschance‘ für gelingendes Leben.“¹

Jugendbildung und Partizipation in ihren verschiedenen Ansätzen vollziehen sich in einem Dreieck von Jugendlichen, Politik und Verwaltung (**Abbildung 1**)²:

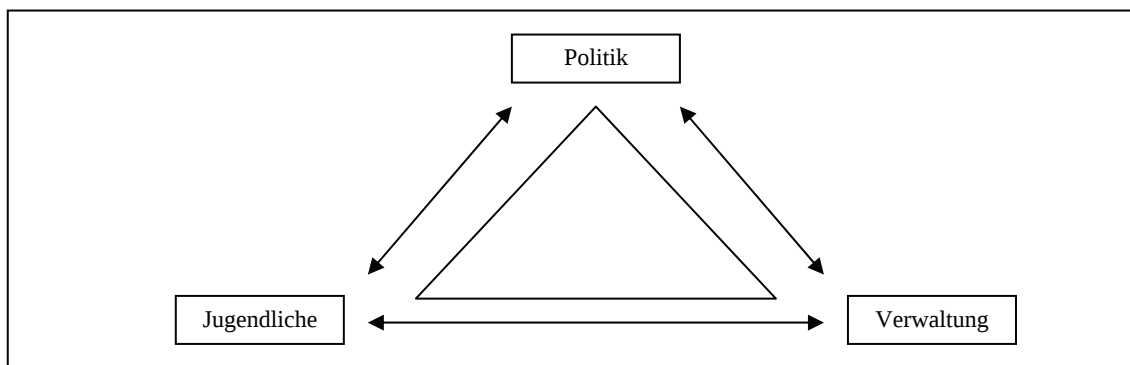


Abbildung 1

¹ Keupp, Heiner: Kompetenzen für die Zivilgesellschaft. Vortrag am 16.03.2006 auf der Fachtagung „Wie partizipativ ist die Jugendhilfe wirklich?“

² Grafik nach Herzberg, C.: Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann. Münster 2002, S. 16ff

Partizipation von Jugendlichen ist vorrangig in diesen zwei Dimensionen präsent. Die Mitwirkungschancen, bezogen auf die Dimension „Verwaltung“, kennzeichnen die Planungsbeteiligung und Übernahme von Aufgaben durch Jugendliche. Hier sind vor allem das Selbstverständnis und die pädagogische Haltung von öffentlichen und freien Trägern gefragt. Und in der Planungsbeteiligung ist ein nutzenorientiertes Motiv vorhanden: partizipative Planung bringt bessere Ergebnisse.

Dagegen meint die Beteiligung in der Dimension „Politik“ die Wahrnehmung politischer Rechte von Jugendlichen durch sie selbst gegenüber der Rahmen setzenden politischen Instanz. Hier ist noch erheblicher Nachholbedarf vorhanden.

1.2. Partizipation als systematischer Prozess mit Konsequenzen für die Machtverteilung

Partizipation hat den Anspruch, über den Gang zur Wahlurne und formale Mitbestimmung hinaus Prozesse von Anfang an mitzugestalten. In der Geschichte der Jugendarbeit entwickelte sich Partizipation in den alten Bundesländern nach der Befreiung vom Nationalsozialismus vom

- „Demokratie lernen“ in den GYA-Heimen und in der verbandlichen Jugendarbeit,
- über die von Emanzipation und Selbstbestimmung geprägten siebziger Jahre
- zum pragmatischen Ansatz der achtziger Jahre.

Zugleich entwickelten sich aber auch neue, kind- und jugendgerechte Formen politischer Partizipation. Kinderbeauftragte auf örtlicher Ebene wurden installiert, Planungsbeteiligung wurde mit spezifischen Instrumenten qualifiziert und für Planungsprozesse wurden Kriterienkataloge entwickelt.

2. Gesetzlicher Auftrag zur Partizipation

Ein gesetzlicher Auftrag zur Partizipation kann aus folgenden rechtlichen Grundlagen hergeleitet werden:

- UN Kinderrechtskonvention,
- Bürgerrechte,
- Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII).

3. Ansätze und Wege zur Umsetzung von Partizipation der Kinder und Jugendlichen

anhand von kommunalen Praxisbeispielen (Beispiele aus München)

Insgesamt werden drei Handlungsfelder für Partizipation benannt, die für die Kinder- und Jugendarbeit relevant sind:

- Politische Partizipation als organisierter Beteiligungsprozess,
- Planungsbeteiligung,
- Förderung von Selbstorganisation.

3.1. Politische Partizipation als organisierter Beteiligungsprozess

Beispiel 1: Münchner Kinder- und Jugendforen als ein Beispiel für die Beteiligung von Kindern/Teenies: Kinderparlament mit kindgerechten Formen.¹

Das Münchner Kinder- und Jugendforum stellt die Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen an der Stadtpolitik, aber auch an der Stadtgestaltung in München auf eine breite Basis. Dazu werden seit vielen Jahren die zentralen Foren im Münchner Rathaus veranstaltet.

Darüber hinaus organisiert das Kinder- und Jugendforum in vielen Münchner Stadtteilen mit der Fachbasis vor Ort auch dezentrale Stadtteilforen. Zudem entwickelt das Mitarbeiterteam modellhafte Methoden zur Partizipation und veranstaltet zahlreiche Modellprojekte und Aktionsprogramme rund um die Kinderbeteiligung.

- Kindgerechte Durchführung eines Forums im großen Sitzungssaal des Rathauses;
- Anträge von Kindern werden eingebracht;
- Übergabe von Patenschaften für die Anträge an Vertreter/-innen der Politik oder Mitarbeiter/-innen der Verwaltung.

Beispiel 2: Der Münchner Jugendrat als Beispiel projektorientierter Beteiligung

Ziel des „Münchner Jugendrates“ ist es, möglichst viele junge Münchnerinnen und Münchner zu politisieren und am politischen Leben in München zu beteiligen. Der Zugang ist bewusst offen, die Jugendlichen müssen weder politisch noch verbandlich organisiert sein. Sie können sich jederzeit an bestehenden Projekten beteiligen, bzw. jederzeit neue Projekte angehen. Die Jugendlichen können partizipatorisches Handeln ausprobieren, sie lernen dabei selbständig und eigenverantwortlich zu agieren, übernehmen Verantwortung und gewinnen erste Lernerfahrungen in politischem Handeln.

Beispiel 3: 18-jetzt: Party-Zipation oder ein OB stellt sich

Volljährigkeit wird als Inszenierung gefeiert, das Rathaus öffnet sich, Party und Politik werden zusammen angeboten.

Inhalt: Feiern, „abtanzen“; Gesprächsmöglichkeiten mit dem Oberbürgermeister, mit Stadträten, Bezirksausschüssen, Jugendverbänden und Jugendorganisationen der Parteien. Inhaltliche Foren, Internet-Chat, etc.

Beispiel 4: Stadtschülerbüro (befindet sich im Aufbau)

3.2. Planungsbeteiligung

Ziel der folgenden Ansätze ist es, Kinder und Jugendliche frühzeitig an Planungen zu beteiligen und diese Prozesse mit altersgerechten Formen und Methoden umzusetzen. Grundlage dafür ist u.a. das Konzept „Spielen in München“.

¹ weitere Infos: www.kinderforum-muenchen.de

Beispiel 5: Der Kinderbeteiligungskoffer und der Kinderplanbauwagen werden bei stadtteilorientierten Beteiligungsprozessen eingesetzt (zuständig: Kinderbeauftragte der Landeshauptstadt München)

Mit den **Kinder-Aktions-Koffern** wird ein Stadtteil aus Kinderperspektive unter die Lupe genommen. Dann werden Verbesserungsvorschläge erarbeitet, werden Anträge auf einem Stadtteilforum gestellt und mit Politik, Verwaltung und anderen Entscheidungsträgern diskutiert und abgestimmt. Im Anschluss daran wird intensiv versucht, die Wünsche und Anliegen der jüngsten Stadtteilm Bewohnerinnen und -bewohner konkret und in einem überschaubaren Zeitraum zu verbessern. Mit großem Erfolg bislang. Zu jedem Stadtteileinsatz gibt es eine Dokumentation.

Der **Kinder-Plan-Bau-Wagen** kommt überall dort zum Einsatz, wo Kinder qualifiziert an konkreten Planungen beteiligt werden und auch bei den Umsetzungen eine aktive Rolle spielen sollen. Zum Beispiel an der Planung und Gestaltung eines Schulhofes, eines Spielplatzes oder eines Kinderklinikgeländes.

Beispiel 6: „Grüne Schul- und Spielräume e.V.“ als praktisches Partizipationsmodell: **Partizipation mit Hand und Schaufel**

Eine Gruppe von Pädagog/-innen und Planer/-innen berät und unterstützt engagierte Eltern, Initiativgruppen, Erzieher/-innen und Lehrkräfte bei der naturnahen und kindgerechten Gestaltung von Spiel- und Erlebnisräumen an Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen und im öffentlichen Grün.

Gemeinsam mit den Beteiligten werden Wünsche und Ideen ermittelt, Gestaltungsvorschläge entwickelt und in Entwürfen, Planungsskizzen und Modellen visualisiert. Die Konzepte werden mit den zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung abgestimmt und schließlich im Sinne einer aktiven Hilfe zur Selbsthilfe zusammen mit den Nutzern vor Ort umgesetzt. Auch im Rahmen kommunaler Planungsvorhaben konzipiert und realisiert der Verein „Grüne Schul- und Spielräume“ Beteiligungsprojekte mit Kindern und Erwachsenen.

Beispiel 7: Spielen gut – Spielen schlecht? Kinderstadtteilpläne als beteiligungsorientiertes Produkt für den Stadtteil.

3.3. Förderung von Selbstorganisation

Beispiel 8: INFOFON – das Beratungstelefon von Jugendlichen für Jugendliche

INFOFON ist ein telefonischer Informations- und Beratungsservice von Jugendlichen für Jugendliche, der täglich von 17 Uhr bis 22 Uhr erreichbar ist. Der Telefondienst wird von zwei Jugendlichen geleistet. Ein pädagogisch geschulter Hintergrunddienst ist anwesend und kann bei Bedarf hinzugezogen werden.

Ziele sind Information, Beratung und Partizipation. Der Verein wird von Jugendlichen organisiert und geleitet, dadurch findet gelebte Demokratie bei Infofon statt (der Vorstand des Vereins besteht aus Jugendlichen).

Durchschnittlich arbeiten ca. 50 Jugendliche im Projekt mit. Täglich werden ca. 20 bis 25 Anrufe von den Jugendlichen entgegengenommen, wobei zu beobachten ist, dass der Anteil von Problemanrufen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. In der Anfangsphase lagen Informationsanrufe und Beratungsanrufe jeweils bei 50 Prozent; zwischenzeitlich ergibt sich bei zwei Dritteln der Anrufe die Notwendigkeit der Beratung.

Jugendliche, die Telefondienst leisten wollen, müssen als Voraussetzung dafür unentgeltlich an einer umfassenden Schulung teilnehmen. Es hat sich herausgestellt, dass die Jugendlichen, die sich für diese Tätigkeit entschieden haben, die Aufgabe überwiegend sehr zuverlässig wahrnehmen und dass es nur geringfügige personelle Veränderungen gibt. Neben der Beratungstätigkeit am Telefon engagieren sich die Jugendlichen weiterhin ehrenamtlich im Verein und arbeiten aktiv mit an der Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und internen Organisation.

3.4. Wie partizipativ sind Freizeitstätten?

Das Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) hat zwischen 2003 und 2005 ausgewählte Freizeitstätten in München – unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen untersucht. Dabei wurde auch untersucht, wie partizipativ die Freizeitstättenarbeit ist. Ziel der Untersuchung war es, Felder für partizipative Ansätze in der Freizeitstättenarbeit zu identifizieren, Standards zu entwickeln und Arbeitshilfen zur Selbstevaluation zu entwickeln.

Folgende **Dimensionen von Partizipation** wurden benannt (**Abbildung 2**):

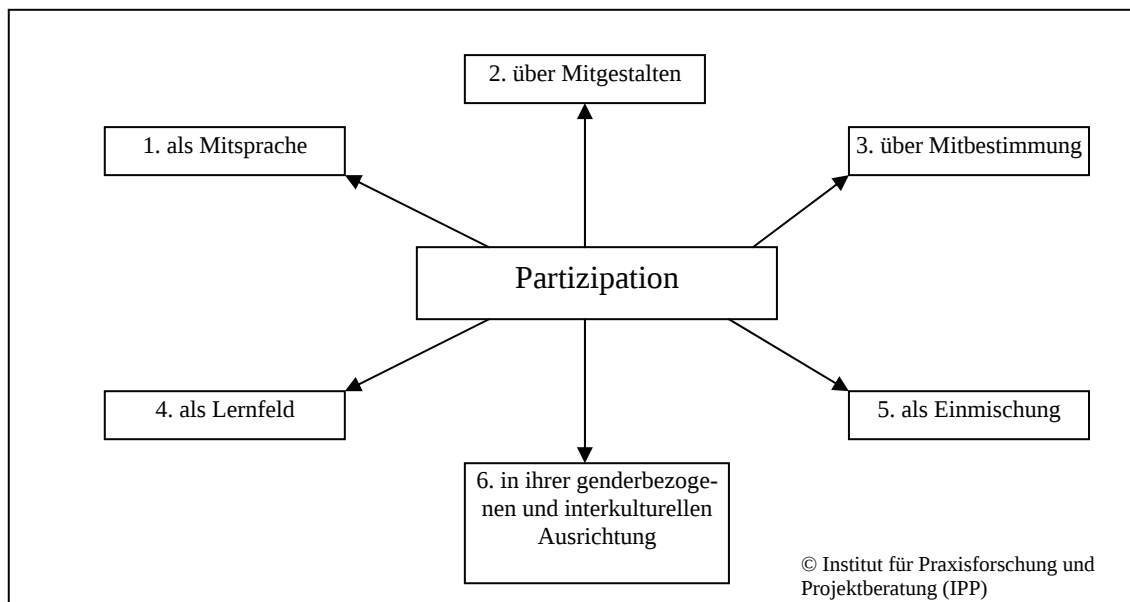


Abbildung 2

3.4.1. Mitsprache

Hier geht es darum, genau zuzuhören, was Jugendliche wollen, wie sie es wollen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass eine bzw. ihre Meinung etwas wert ist. Dies ist einerseits ein selbstverständlicher Teil der alltäglichen Arbeit der Mitarbeiter/-innen in Freizeitstätten. Zum anderen geht es bei der Partizipationsform „Mitsprache“ darum, gezielt auf Jugendliche zuzugehen, die sich zurückhalten bzw. in Gruppen schwer artikulieren können. Ziel ist es, sie zu ermutigen, eigene Ideen zu entwickeln und einzubringen.

Ergebnisse der Evaluation aus Kindereinrichtungen

Methoden: Ideen-, Wunschbox, situatives und strukturiertes Abfragen, geschlechtsspezifische Gespräche, Einzel- und Gruppengespräche zur Abfrage von Bedürfnissen, Wunsch-Pinnwand, Fragebogenaktionen, Umfragen, unmittelbares Aufgreifen von Ideen.

Inhalte: Wünsche für Ferien und Aktionstage, Wünsche bei der Programmgestaltung und bei Ferienfahrten, Ideen für Veränderungen im Haus.

Fazit: Mitsprache gehört zum Alltag, die Pädagog/-innen geben auch Entscheidungshilfen.

Ergebnisse aus Jugendeinrichtungen

Methoden: Zusätzlich zu dem oben Genannten wurden aufgeführt: Wunsch- und Meckerbuch, Kummerkasten, Diskussionsrunden, Zukunftswerkstatt für Neukonzeption, Fragebogenaktion im Rahmen der mobilen Arbeit für Jugendliche, Gespräche „zwischen Tür und Angel“, Newsletter, Feedbackrunden nach jeder Aktion.

Inhalte: Stimmung/Atmosphäre im Haus, Rauchverbot, gesundes Essen, Festlegung von Rahmenbedingungen bei neuen Kooperationen, Konflikte.

3.4.2. Mitgestaltung

Bei dieser Form geht es darum, an einem Prozess, einem Angebot, einem Projekt möglichst viele Schritte mitzugehen: Von der Ideenfindung über die Planung und Durchführung bis zur Auswertung. Hier geht es um Projekt- und Planungskompetenzen, Grundelemente von Gruppenarbeit und auch um das Durchhaltevermögen.

Ergebnisse aus Kindereinrichtungen

Gemeinsame praktische Umsetzung der Wünsche und Ideen, Aufbau und Durchführung von Aktionen, neue Namensgebung für das Haus, Logowettbewerb mit Preisverleihung, inhaltliche und graphische Gestaltung der Innenräume, des Mädchenraumes, des Gruppenraumes, Gestaltung von Schulworkshops, Planung einzelner Projekte, wochenlange Planung und inhaltliche Gestaltung eines Kinderforums in einer Grundschule, Ideensammlungen bei der Erstaussstattung des Neubaus und des Außengeländes (Pavillons), Planung und Durchführung von Partys und Festen, Entwicklung eines Stadtteilplans, Planung von Ferienprogrammen für Ausflüge und Fahrten. Mitgestaltung bei der Ein-

führung einer Kindersprechstunde, neuer Spiele, auch mit Abstimmungen. Aktive Mitgestaltung als Grundprinzip.

Ergebnisse aus Jugendeinrichtungen

Inhalte: Kochangebot, DJ-Bereich, Cafébereich, Selbstöffnung, Erarbeitung der Inhalte einer neuen Mädchengruppe, Anpassung der Öffnungszeiten (Abendöffnung), Renovierungsaktionen, Netzwerkpartys, Graffiti-Wand, Renovierung des Jungen- und Mädchenzimmers, Neuanschaffung von Inventar, Vorbereitung und Auswertung von Maßnahmen.

Fazit: „Freizeitstätten sollten permanente Baustellen sein, die durch nachfolgende Generationen immer wieder verändert werden können: Keine Renovierung ohne Beteiligung Jugendlicher.“

3.4.3. Mitbestimmung

Hier geht es um eine stärker formalisierte Variante, sich mit seinen eigenen Vorstellungen zu artikulieren, gemeinsam einen Konsens zu finden oder nach Mehrheiten zu suchen. Und es geht darum, Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren und zu befolgen sowie um die Erfahrung, als Mehrheit mit Minderheiten sorgsam umzugehen.

Ergebnisse aus Kindereinrichtungen

Methoden: Kinderversammlung mit Gesprächsführung und Protokoll, Kinderrat, Mädchen- und Jugendversammlungen, Kinderforum, Bürgerversammlung, auch nach Altersgruppen gestaffelt. Wahl von Vorsitzenden, Einüben von Diskussions- und Moderationsregeln, Visualisierung, Dokumentation auf Plakaten.

Inhalte: Neuanschaffungen, Neuaufstellen von Regeln, der Hausordnung, aktuelle Themen.

Ergebnisse aus Jugendeinrichtungen

Methoden: Jugendrat, Heimbeirat, Stammtisch, Roter Teppich, Mitbestimmungstage, Hauskomitee, Vollversammlung, Jugendforum, Mitbestimmungsrunde, Entscheidungsgruppe, Hauskonferenz, Hausversammlungen mit zum Teil alters- und geschlechtsspezifischer Differenzierung. In einigen Einrichtungen werden Bürgermeister/-innen, Sprecher/-innen oder Jugendräte gewählt.

Inhalte: Entscheiden von Anregungen und Bedürfnissen hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit (die Wünsche werden zum Teil gepunktet und gewichtet), Verwendung eines Teils der Finanzen, Organisation und Durchführung von Nachbarschaftstreffen, Raumnutzungsänderungen durch Umbau, Selbstöffnungen, aktuelle Konflikte.

3.4.4. Partizipation als Lernfeld

Viele Kinder und Jugendliche, die Freizeitstätten besuchen, haben in ihrem bisherigen Leben oftmals wenige und oftmals zum Teil Misserfolgs-Erfahrungen mit Partizipation gemacht. Diese Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, sich einzubringen, sich

Gehör zu verschaffen, ihnen Mut zu machen, eigene Vorstellungen zu entwickeln, diese mit anderen abzustimmen und Kompromisse auszuhandeln sowie diese zu akzeptieren, ist deshalb eine vorrangige Aufgabe der offenen Jugendarbeit. Aufgrund der wenigen Vorerfahrungen kann Partizipation als Kompetenz nicht vorausgesetzt, sondern muss in vielfältiger Form erfahren, ausprobiert und erlernt werden.

3.4.5. Partizipation und Einmischung

Ziel ist es, sich mit Beteiligung der Jugendlichen in andere Bereiche des Einzugsbereiches/Sozialraumes einzumischen und die Jugendlichen selbst zu befähigen, sich aktiv einzubringen. Was brauchen die Jugendlichen dafür an Fähigkeiten/Kompetenzen? Welche Beispiele an Beteiligung erfahren sie an und mit unserer Arbeit im Stadtteil/in der Sozialregion?

3.4.6. Interkulturelle und genderbezogene Ausrichtung der Partizipation

Die unterschiedlichen Zugänge von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, von Jungen und Mädchen werden erkannt und in der Umsetzung von Partizipation berücksichtigt. Die Methoden werden zielgruppenspezifisch altersgemäß, geschlechtsspezifisch und interkulturell überprüft.

4. Chancen – Risiken – Möglichkeiten – Ausblick: Thesen für die Diskussion in der Arbeitsgruppe

4.1. Alle Formen von Partizipation anbieten

Mitreden und mitgestalten funktioniert noch, bei Mitbestimmung steigen Jugendliche oft aus. Für Jugendliche sind nicht die Wahl der Methode und das von der Macht der Erwachsenen abgegebene Tortenstückchen entscheidend, sondern vielmehr:

- Respekt erfahren,
- ernst genommen werden,
- „mich machen lassen“,
- Fehler machen dürfen,
- mich trauen, eine Meinung von einer Sache zu entwickeln und sie zu vertreten.

4.2. Partizipation als Markenzeichen profilieren

Für aktivierende Jugendarbeit gilt ein selbstverständlicher Standard: Kinder und Jugendliche beim Selberdenken und Selbermachen unterstützen und begleiten, aber keine fertigen „Waren“ liefern. Genau das wird aber oft von ihr gefordert.

- Wo Jugendarbeit an „Angebotsproduktionszahlen/Teilnehmerzahlen“ in Dienstleistungsberichten gemessen wird, gerät sie mit dieser Philosophie in die Defensive.
- Wo sie auf Jugendliche trifft, die nur konsumieren wollen und nicht dafür zahlen können, gerät sie ebenfalls unter Druck.

Es kommt darauf an, den partizipativen Auftrag und die besondere Kompetenz der Jugendarbeit öffentlich zu vertreten.

4.3. Als Lernfeld stärker erkennen und ausbauen

- Lernen aus den Fehlern durchgeführter Beteiligungsformen ist angesagt.
- Jugendarbeit verfügt über viele positive Projektverläufe **und** kann aus Fehlern lernen.
- Wer Jugendliche direkt befragt, kann zu erstaunlichen Antworten kommen: Woran wollt ihr mitwirken, mitentscheiden?

4.4. Als Reflexionspotential und Qualitätsstandard weiterentwickeln

Die vorhandene Fachliteratur zur partizipativen Jugendarbeit ist breit entwickelt. Partizipative Haltung braucht Methoden. Die Qualifizierungsbedarfe für Profis boomen. Zu oft noch planen Erwachsene die Beteiligung und entscheiden über geeignete Formen.

Fazit unter dem Motto der Tagung „Zeit für neues Denken, Zeit zu handeln“:

1. Konsequenz im Alltag der Jugendarbeit weiter den Schwerpunkt auf die Selbststärkung von Jugendlichen setzen,
2. sich als Fachkraft diesbezüglich weiterbilden,
3. Kinder und Jugendliche nicht vorrangig auf Gremiendemokratie orientieren, diese aber als notwendige Strukturqualität nicht vernachlässigen,
4. Jugendliche bereits an der Planung von Beteiligungsprojekten beteiligen und erst recht an ihrer Durchführung – oder sie von ihnen selbst entwickeln lassen.

Arbeitsgruppe 2: Jugendarbeit + Schule

„Kleine Schule, ganz groß“ Ein Kooperationsprojekt der Offenen Tür St. Anna und der Katholischen Grundschule Overbeckstraße in Köln/Ehrenfeld

MARTINA HORLITZ

Fachberaterin im Landesjugendamt Rheinland, Köln

Zur wissenschaftlich-fachlichen Begleitung des seit 2003 laufenden Kooperationsprojekts „Kleine Schule, ganz groß“ habe ich einen Qualitätszirkel geleitet, in dem das gemeinsame Konzept für das Projekt entwickelt wurde.

2003 gab es in Nordrhein-Westfalen den Erlass zur Offenen Ganztagschule im Primarbereich. Als Referentin und stellvertretende Geschäftsführerin bei der Landesarbeitsgemeinschaft „Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW“ habe ich nach einem Modellprojekt gesucht. Zwischen der Offenen Tür Sankt Anna in Köln/Ehrenfeld und der Grundschule Overbeckstraße in Köln/Ehrenfeld bestanden schon lange sehr gute Kooperationsbeziehungen, die wir für das Projekt genutzt haben. Wir haben beschlossen, im Rahmen eines gemeinsamen Qualitätszirkels mit dem Aufbau und der Konzeptentwicklung zu beginnen. Es musste tatsächlich gebaut werden, denn der Erlass war gerade ein paar Wochen vorher beschlossen worden und es gab keine Vorläufermodelle, auf deren Erfahrungen und best-practice-Beispiele wir hätten zurückgreifen können.

Unser gemeinsames Konzept

Mit wem?

Es war zunächst vorgesehen, 32 Mädchen und Jungen im Alter von 6 bis 10 Jahren aufzunehmen, davon 20 Erstklässler. Zusätzlich zum vorhandenen Personal konnten eine Sozialpädagogin (Zwei-Drittel-Stelle), fünf Honorarkräfte sowie sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Arbeitsgemeinschaften eingestellt werden. Die Arbeitsgruppen gab es bereits in der Grundschule und in der Offenen Tür. Eine Lehrerin ist mit einer Stunde täglich im Förderunterricht eingesetzt.

Wo?

- In den Räumen der Offenen Tür,
- in einem Klassenraum,
- in der Sporthalle der Schule,
- im Pfarrsaal der Gemeinde,
- im Außengelände der OT,
- im Schulschwimmbad,
- auf dem Schulhof.

Es war klar, dass die Räume der Offenen Tür genutzt werden sollten. Mittlerweile gibt es viele Ganztagschulen in Nordrhein-Westfalen, die explizit in den Schulräumen selbst stattfinden. Die Grundschule Overbeckstraße hatte keinen Platz dafür und die Offene Tür Sankt Anna erklärte sich sofort bereit, ihre Räume zur Verfügung zu stellen. Der Träger, die katholische Kirchengemeinde St. Anna, gab die Zustimmung. Beide Einrichtungen liegen räumlich nah beieinander, so dass die Kinder keine weiten Wege zurücklegen müssen. Einen Klassenraum stellte die Schule für den Förderunterricht bereit. Außerdem stehen die Sporthalle und der Pfarrsaal der Gemeinde zur Verfügung. Im Pfarrsaal wird auch heute noch das Essen ausgegeben. Besonders attraktiv ist das Außengelände der Offenen Tür. Einmal in der Woche wird ein Schulschwimmbad in der Stadt Köln genutzt.

Unsere Ziele

Die Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes setzt voraus, gemeinsame Ziele festzulegen und gemeinsam darüber nachdenken, was mit dem Offenen Ganztag erreicht werden soll.

Meine Aufgabe war es, die ProjektmitarbeiterInnen zu beraten und die Arbeitsgruppe zu moderieren. In der Arbeitsgruppe wirkten die Schulleiterin, einige Lehrerinnen, die Pädagoginnen und Pädagogen aus der Offenen Tür, Trägervertreter und Elternvertreter mit. Die Einbeziehung der Eltern war für uns von Anfang an wichtig. Gefehlt hat uns der Einbezug der Kinder. Offene Kinder- und Jugendarbeit schließt an sich Partizipation der Kinder ein. Wir haben uns jedoch entschieden, sie in dieser Phase nicht mit einzubeziehen, sondern erst später, weil dies das erste Modell überhaupt war und wir mit Erstklässlern anfangen. Wir wollten sie dies erst erleben lassen, um sie später (nach einem Jahr) nach ihrem Erleben und ihren Interessen zu befragen, um die Interessen und die Mitwirkung der Kinder stärker einzubeziehen.

Wir haben uns auf folgende Ziele verständigt:

- Die Mädchen und Jungen können eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten entdecken, entwickeln und umsetzen.
- Die Mädchen und Jungen lernen, ihre Bedürfnisse und Interessen in die Gestaltung der Offenen Ganztagschule (Nachmittag) einzubringen.

Die Einfügung des „Nachmittags“ in das zweite Ziel wurde lange diskutiert. Dies ist einfach der Tatsache geschuldet, dass es der Schule sehr schwer fällt, Partizipation umzusetzen. Die Lehrerinnen hatten Sorge, dass die Kinder „morgen das Curriculum schreiben“.

Wie setzen wir unsere Ziele um?

Aus den beiden Zielen haben wir Handlungsziele und Instrumentarien zur inhaltlichen Gestaltung und Verwirklichung unserer Ziele entwickelt:

- Tägliche Begrüßungsrunde,
- Warme Mahlzeit als Standard,

- Hausaufgabenbetreuung,
- Freies Spiel,
- Offene Angebote,
- Förderangebote,
- (Psychomotorik/Lerndefizite),
- Arbeitsgemeinschaften:
(Töpfern/Trommeln/Tanzen/Zeitungsschach/Capoeira),
- Sportangebote/Schwimmen,
- Ferienprogramme.

Die klassischen Schulen sind meist nicht dafür ausgestattet, den Kindern eine warme Mahlzeit anzubieten. Dazu waren in den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen umfangreiche Aufbauarbeiten nötig. Besonders das freie Spiel der Kinder war uns sehr wichtig und ich sehe es als besondere Stärke der offenen Arbeit an, dies auch umzusetzen.

Es gibt klassische Varianten der Offenen Angebote sowie die Arbeitsgemeinschaften, die auch in den Schulen angeboten werden, so dass das Spektrum sich vergrößert hat.

Gerade im großstädtischen Raum gibt es viele Kinder, für die es in den Ferien kaum Angebote gibt und deren Eltern nicht mit ihnen in den Urlaub fahren können. Daher ist es eine Stärke in der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule, diesen Kindern ein Ferienprogramm anzubieten.

Evaluation

Wir haben nach einem Jahr versucht, auf verschiedenen Ebenen herauszufinden, wie die Offene Ganztagsschule mit ihren Angeboten ankommt. Nach der **Befragung der Kinder** haben wir uns auf Instrumentarien der Partizipation verständigt und einen gemeinsamen Beobachtungsbogen entwickelt, um individuelle Begabungen und Schwächen zu erfassen. Dieser Beobachtungsbogen ist auch in der Broschüre enthalten, die wir veröffentlicht haben (**Anlage**).¹ Der Beobachtungsbogen ist ein Kommunikationsinstrument zwischen LehrerInnen und PädagogInnen im Offenen Ganztage. Sie können damit gemeinsam feststellen, wo die Kinder stehen, wo sie stärker unterstützt werden müssen, und wie man die Eltern einbeziehen kann.

Die **Eltern** wurden ebenfalls befragt, wie zufrieden sie mit dem Ganztage sind. Es wurden gemeinsame Elternabende zur Information durchgeführt, um unsere Ziele zu verdeutlichen und sie stärker mit einzubeziehen. Außerdem haben wir thematische Elternabende zu Themen wie Hausaufgaben, schwierige Kinder u.a. veranstaltet. Die Elternvertreterin hat an der Konzeptentwicklung teilgenommen, dadurch erhielt die Diskussion um das Konzept noch einmal eine andere Qualität aus der Perspektive der Eltern.

Es gibt Elternberatung und gemeinsame Elternsprechtage. In unserer ersten Evaluation zur Offenen Ganztagsschule spielt der Beratungsaspekt eine große Rolle. Die Offene

¹ download: www.lag-kath-okja-nrw.de/

Ganztagsschule bietet der Jugendhilfe eine große Chance, niederschwellig an Eltern heranzukommen. Über die klassischen Instrumente werden Eltern oft nicht mehr erreicht. Die Sozialpädagogen aus dem Offenen Ganztag und die entsprechenden Lehrerinnen und Lehrer haben gemeinsam die Elternsprechtage gestaltet. Eltern bekommen dort ein Feedback, nicht nur über fachliche Leistungen, sondern auch darüber, was ihr Kind den ganzen Tag über macht und wie es sich entwickelt.

Die Evaluation auf der Ebene der **Multiplikatoren** findet vor allem über die gemeinsame Konzeptentwicklung und -fortschreibung mit Mitarbeiter/-innen, der Rektorin, dem/der Eltern- und Gemeindevertreter/-in statt. Außerdem wurden gemeinsame Fortbildungen zu Schlüsselprozessen „Individuelle Förderung der Kinder“ und „Umgang mit Konflikten“ durchgeführt. Zum Thema „Individuelle Förderung der Kinder“ erarbeiteten die Lehrerinnen und Pädagogen gemeinsam Instrumente, mit denen Kinder anhand ihrer Stärken und ihrer Schwächen gefördert werden können. Dazu gehört auch der Beobachtungsbogen, eine kontinuierliche Dokumentation, aber auch der regelmäßige Austausch zwischen den unterschiedlichen Professionen. Die Multiprofessionalität erfordert andere Stärken und andere Kommunikationswege. Es gilt viele Vorurteile zu beseitigen. Es hat sich am Thema „Individuelle Förderung“ gezeigt, dass beide Professionen dieselbe „Baustelle“ bearbeiten. Darüber kommt man miteinander in Kontakt und kann sich austauschen. Bei der zweiten Fortbildung, in der es um den Umgang mit Konflikten und mit schwierigen Kindern ging, hatte sich bereits eine Nähe zueinander eingestellt. Diesem Thema begegnen wir häufig im Offenen Ganztag.

Wie überprüfen wir den Erfolg oder Misserfolg?

Ein Instrument zur Überprüfung ist der regelmäßige Qualitätszirkel aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Offenen Ganztagsschule. Dabei sind die Defizite und Probleme Gegenstand der Diskussion. Bestimmte Themen werden im Diskurs der unterschiedlichen Professionen abgearbeitet und Lösungen gesucht. Allein das verändert Schule und auch die Offene Arbeit.

Weitere Instrumente sind die Befragungen der Mitarbeiter/innen, der Kinder und der Eltern sowie Selbstevaluationsprojekte.

Ergebnisse einer ersten Auswertung

Ein Problem ist nach wie vor die Gruppengröße. Wir haben 25 Kinder pro Gruppe. Wir haben festgestellt, dass dies nur im Rahmen der Offenen Tür möglich ist, weil hier die Möglichkeit besteht, dass Kinder auch an anderen Angeboten teilnehmen und es viel Platz gibt. In einem Klassenraum wäre das eine völlig andere Situation.

Wir haben festgestellt, dass eine Offene Ganztagsschule mit Übermittags-Betreuung in Sekundarstufe 1 sehr viel Personal bündelt. Dies als Struktur durchzuhalten ist nur möglich, weil genügend Personal vorhanden ist, das aber auch über andere Quellen zusätzlich finanziert wird. Ansonsten sieht die Finanzierung in Nordrhein-Westfalen eher knapp aus, so dass es schwierig ist, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und eine Kontinuität der Fachkräfte herzustellen. Die Schule konnte nach dem Erlass eine Lehrerstelle kapitalisieren.

Es gibt eine Diskrepanz zwischen ehrenamtlich Tätigen und Honorarkräften, einerseits Kommunikationsprobleme und andererseits das Fehlen von Fachlichkeit.

Die Fachlichkeit des Personals bzw. Mindeststandards für Personal in der Offenen Ganztagschule spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Diese Diskussion ist in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt. Zurzeit haben wir im Landesjugendamt dazu einen Ausbildungskurs, der das Personal für die unterschiedlichen Bereiche im Offenen Ganztag schult, wie Teamarbeit, individuelle Förderung u.a. Es gibt dazu verschiedene Module, die in dieser Ausbildung durchlaufen werden.

Wir haben festgestellt, dass eine halbe oder zweidrittel Stelle völlig unzureichend ist, vor allem unter Berücksichtigung von Besprechungs- und Planungszeiten und Teamarbeit.

Bei den Finanzen gab es zunächst keine verlässlichen Zusagen. Die Bürokratisierung bei der Antragstellung war für die Einrichtung zum Teil nicht einfach. Es hat recht lange gedauert, bis Bundesmittel geflossen sind. Vom Bund gab es investive Mittel, um Schulen umzubauen. Diese investiven Mittel sind zum Teil auch zur Offenen Tür zum Umbau und zur Küchenausstattung gekommen. Diese Gelder sind allerdings spärlich und zum Teil auch erst spät geflossen.

Eine große Frage in der Evaluation war die, was mit den Kindern nach der vierten Klasse in Bezug auf die Übermittagsbetreuung Sek. 1 geschehen soll. Zurzeit herrscht in Nordrhein-Westfalen der erklärte politische Wunsch, dies mehr auszubauen. Einige Hauptschulen sind bereits ebenfalls in Offene Ganztagschulen überführt worden. Diese Diskussion wird sicher in allen Bundesländern geführt. Man möchte damit ja unter anderem den „PISA-Schock“ überwinden. Die Frage ist natürlich, ob man das damit kann.

Ein weiteres großes Thema ist die Fortbildung und die Beratung von außen. Ich habe dieses Projekt als Beraterin der Landesarbeitsgemeinschaft begleitet, aber auf Dauer ist so etwas sehr teuer. Man braucht jedoch gerade in der Startphase externe Beratung, jemanden, der so einen Prozess in Gang bringt und die unterschiedlichen Professionen an einen Tisch holt, damit diese lernen, miteinander zu reden und zu arbeiten, jemanden, der fachliche Inputs gibt und ein Motor im Umbauprozess ist.

Die Konzeptentwicklung wurde und wird fortgeführt. Es wird gewünscht, dass eine Planungsphase vor dem Start finanziert wird.

Eine Feststellung lautete, dass Personal von Schule und freiem Träger mehr Arbeitszeit investiert, als im Budget vorgesehen ist. Der freie Träger hat ganz klar gesagt, dass er zu viel investiert. Es war für viele freien Träger in Nordrhein-Westfalen gerade am Anfang schwierig, sich daran zu beteiligen, weil sie auch in hohem Maße Eigenmittel im Sinne von personellen Ressourcen eingebracht haben.

Es gibt eine Aufsichtsdiscrepanz zwischen Offenem Ganztag und Offener Tür. Die Offene Tür ist freiwillig und niederschwellig, man kann gehen, wann man Lust hat. Der Offene Ganztag ist verbindlich, die Kinder sind bis 15:00 Uhr per Vertrag mit den Eltern angemeldet. Das hat immer wieder zu Diskussionen geführt, wie wir damit umgehen. Macht das nicht eigentlich Offene Arbeit kaputt, wenn wir uns so verpflichtend

und bindend an Systeme anhängen? Und ist dies noch Offene Arbeit? Es wird eine Untersuchung von Ulrich Deinet zu diesem Thema geben, wie sich Offene Arbeit durch die Kooperation mit der Schule verändert hat.

Der Einbezug der Freien Träger „gleichberechtigt mit Schule ist anzustreben“. Das gibt der Erlass vor, aber es ist noch lange nicht erreicht. Die Schule stellt den Antrag für den Offenen Ganztag und der freie Träger kann in den Kooperationsvertrag mit einsteigen. Es wäre in Nordrhein-Westfalen niemals möglich, dass beispielsweise die „Offene Tür“ so einen Antrag stellt. Das wurde gerade am Anfang sehr heiß diskutiert. Mittlerweile hat sich das etwas beruhigt, weil sich viele freie Träger beteiligen.



PRO PRAXIS

Projekte, Angebote und Ideen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit

EVALUATIONS-FRAGEBOGEN UND -CHECKLISTEN

aus der Veröffentlichung
der Landesarbeitsgemeinschaft Kath. Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW

Martina Horlitz

"Kleine Schule, ganz groß"

Evaluationsinstrumente

für die Kooperation von
Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
mit der Offenen Ganztagsgrundschule

Köln 2005

ISBN: 3-928675-36-2



Um den Einsatz der in unserer Broschüre veröffentlichten Instrumente zu erleichtern, stellen wir diese hiermit als download zur Verfügung. Diese Datei wurde mit Word 2003 erstellt.

Über Verbesserungsvorschläge und Erfahrungen zu ihrem Einsatz würden wir uns sehr freuen.

Auf alle Fälle wünschen wir Ihnen

Viel Erfolg in der täglichen Arbeit!



Zu 2.4.1 Befragung der Eltern (vor Schuljahresbeginn)	
Elternbefragung (I)	
<i>Liebe Eltern,</i> <i>Sie möchten Ihr Kind für das Schuljahr 2003/2004 an unserer „Offenen Ganztagsgrundschule“ anmelden.</i> <i>Damit wir Ihre Bedürfnisse und Wünsche in möglichst großem Maße berücksichtigen können, möchten wir Sie bitten, uns folgende Fragen zu beantworten.</i>	
1. Möchten Sie bei Erziehungsproblemen beraten werden?	☐ ja ☐ nein ☐ vielleicht
2. Sollten in Krisensituationen/bei Problemfällen gemeinsame Gespräche (Lehrerin/Sozialpädagogin) stattfinden?	☐ ja ☐ nein ☐ vielleicht
3. Wünschen Sie regelmäßige Elternabende?	☐ ja, zum Erfahrungsaustausch ☐ ja, zu bestimmten Erziehungsfragen ☐ nein, keine Elternabende
4. Welchen Stellenwert hat für Sie die Hausaufgabenbetreuung im Rahmen der Angebote der Offenen Ganztagsgrundschule?	Bitte skalieren Sie von 1 bis 5! 1 bedeutet: nicht wichtig, 5 bedeutet: sehr wichtig ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5
5. Wie wichtig sind Ihnen weitere Förderangebote neben der Hausaufgabenbetreuung?	Bitte skalieren Sie von 1 bis 5! 1 bedeutet: nicht wichtig, 5 bedeutet: sehr wichtig ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5
6. Welche Betreuungszeiten wünschen Sie sich?	☐ bis 14 Uhr ☐ bis 15 Uhr ☐ bis 16 Uhr
7. Wünschen Sie Betreuung an den beweglichen Ferientagen?	☐ ja, 8 bis 16 Uhr ☐ ja, 10 bis 16 Uhr ☐ nein, nicht notwendig
8. Wünschen Sie zusätzliche Betreuungsangebote (kostenpflichtig) in den Ferien?	☐ ja ☐ nein
9. Welche Angebotsstrukturen wünschen Sie sich für Ihr Kind?	☐ Eine feste Angebotsstruktur, zu der sich Ihr Kind anmelden kann. ☐ Offene Angebote, die frei zugänglich sind.
10. Welche Freizeitangebote wünschen Sie für Ihr Kind? 10.1 Kreative Angebote 10.2 Kulturelle Angebote 10.3 Arbeit mit Medien 10.4 Musische Angebote 10.5 Sport- & Bewegungsangebote	Bitte skalieren Sie von 1 bis 5! 1 bedeutet: nicht wichtig, 5 bedeutet: sehr wichtig ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5

Zu 2.9 Wie arbeiten wir?	
Beobachtungsbogen zur Feststellung besonderer Fähigkeiten, Fertigkeiten, Stärken und Interessen des Kindes	
MitarbeiterIn	Datum
Name des Kindes	
Wie gefällt es dem Kind in der OGGS?	
Was macht das Kind gern in der OGGS?	
Wozu hätte das Kind noch Lust?	
Was findet das Kind in der OGGS nicht gut?	
Über welche besonderen Fähigkeiten verfügt das Kind?	
Welche Stärken hat das Kind?	
Welche Freunde hat das Kind?	
Welche Angebote möchte das Kind wahrnehmen?	
Welche Angebote fehlen dem Kind?	
Beobachtungen, Einschätzungen	
Bemerkungen, Empfehlungen	

Zu 3.2 Befragung der Eltern (kurz vor Schuljahresende)

Eltern-Befragung (II)					
Indikatoren	Bemerkungen	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
E1. Die Betreuungszeiten der Offenen Ganztagsgrundschule sind für mich/uns ideal.		☐	☐	☐	☐
E2. Ich/wir können uns darauf verlassen, dass mein /unser Kind verantwortlich betreut wird.		☐	☐	☐	☐
E3. Die Betreuungszeiten während der Ferien sind ausreichend.		☐	☐	☐	☐
E4. Die Angebote in den Ferien entsprechen den Bedürfnissen meines/unseres Kindes.		☐	☐	☐	☐
E5. In der Regel hat mein/unser Kind, wenn es nach Hause kommt, seine Schulaufgaben fertig gestellt.		☐	☐	☐	☐
E6. Mein/unser Kind kommt ausgeglichen aus der Betreuung.		☐	☐	☐	☐
E7. Mein/unser Kind hat neue Freundschaften geschlossen.		☐	☐	☐	☐
E8. Die OGGS bietet Förderangebote, die für mein/unser Kind sinnvoll sind.		☐	☐	☐	☐
E9. Es gibt Freizeit- und Kreativangebote, die den individuellen Bedürfnissen meines/unseres Kindes entsprechen.		☐	☐	☐	☐
E10. Ich bin/wir sind mit dem Essensangebot der OGGS zufrieden.		☐	☐	☐	☐
E11. Ich/wir finde/n es gut, dass LehrerInnen und OT-MitarbeiterInnen sich regelmäßig über den Entwicklungsstand meines/unseres Kindes austauschen.		☐	☐	☐	☐
E12. Ich/wir werde/n über den Entwicklungsstand meines/unseres Kindes ausreichend informiert.		☐	☐	☐	☐
E13. Ich/wir habe/n die Möglichkeit, mich/uns individuell beraten zu lassen.		☐	☐	☐	☐

Zu 3.2 Befragung der Eltern (kurz vor Schuljahresende)		
Eltern-Befragung (II)		
E14. In Krisensituationen kann ich/können wir Hilfestellung erhalten.		☐ ☐ ☐ ☐
E15. Die Inhalte der Elternabende entsprechen meinen/unseren Bedürfnissen.		☐ ☐ ☐ ☐
E16. Den Elternsprechtag finde/n ich/wir sehr sinnvoll.		☐ ☐ ☐ ☐
E17. Ich/wir habe/n den Eindruck, dass meine/unsere Mitarbeit erwünscht ist.		☐ ☐ ☐ ☐
E18. Ich/wir habe/n guten Kontakt zu den OT-MitarbeiterInnen.		☐ ☐ ☐ ☐
E19. Meine/unsere Anregungen für das nächste Schuljahr:		
E20. Was ich/wir noch sagen wollen:		

Zu 3.3 Befragung der LehrerInnen					
LehrerInnen-Befragung					
Indikatoren	Bemerkungen	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
L1. Ich weiß, welche Kinder aus meiner Klasse an der OGGS teilnehmen.		☐	☐	☐	☐
L2. Ich bin über die Ganztagsangebote informiert und kenne die MitarbeiterInnen.		☐	☐	☐	☐
L3. LehrerInnen und OT-MitarbeiterInnen tauschen sich regelmäßig über den Entwicklungsstand der Kinder aus.		☐	☐	☐	☐
L4. Unter den OGGS-MitarbeiterInnen findet ein regelmäßiger Austausch über die unterschiedlichen Förderbedarfe der Kinder statt.		☐	☐	☐	☐
L5. Die OGGS wirkt sich positiv aus auf L5.1 das Lernverhalten L5.2 das Sozialverhalten L5.3 die Klassenatmosphäre		☐ ☐ ☐	☐ ☐ ☐	☐ ☐ ☐	☐ ☐ ☐
L6. Die Hausaufgabenbetreuung im Rahmen der OGGS wirkt sich positiv aus.		☐	☐	☐	☐
L7. Ich wünsche mir für weitere Kinder aus meiner Klasse die Teilnahme an der OGGS.		☐	☐	☐	☐
L8. Die Eltern werden über den Entwicklungsstand ihrer Kinder ausreichend informiert.		☐	☐	☐	☐
L9. In Krisensituationen L9.1 intervenieren LehrerInnen und OT-MitarbeiterInnen gemeinsam. L9.2 wird den Eltern Hilfe angeboten.		☐ ☐	☐ ☐	☐ ☐	☐ ☐

Zu 3.3 Befragung der LehrerInnen		
L10. Bei „Problemkindern“ ist die Betreuung hilfreich. Ich merke das an/am L10.1 besserer Konzentration L10.2 aufgearbeiteten Leistungsdefiziten L10.3 weniger Verhaltensauffälligkeiten L10.4 aktiverer Mitarbeit L10.5 gestärktem Selbstbewusstsein L10.6 besserer Integration in die Klasse		☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
L11. Die Elternabende sind sinnvoll und die Inhalte entsprechen den Bedürfnissen der Eltern.		☐ ☐ ☐ ☐
L12. Die Eltern werden ausreichend zur Mitarbeit motiviert.		☐ ☐ ☐ ☐
L13. Gemeinsame Klausurtage und Fortbildungen für LehrerInnen und OT-MitarbeiterInnen im nächsten Schuljahr sind wünschenswert.		☐ ☐ ☐ ☐
L14. Meine Anregungen für das nächste Schuljahr:		
L15. Vorschläge für die Teamkultur der OGGS-MitarbeiterInnen:		
L16. Was ich noch sagen wollte:		

Zu 3.4 Befragung der OT-MitarbeiterInnen					
OT-MitarbeiterInnen-Befragung					
Indikatoren	Bemerkungen	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
M1. Ich weiß, in welche Klasse die OGGS-Kinder gehen.		☐	☐	☐	☐
M2. Ich bin über das Angebot der Schule informiert und kenne die LehrerInnen.		☐	☐	☐	☐
M3. LehrerInnen und OT-MitarbeiterInnen tauschen sich regelmäßig über den Entwicklungsstand der Kinder aus.		☐	☐	☐	☐
M4. Unter den OGGS-MitarbeiterInnen findet ein regelmäßiger Austausch über die unterschiedlichen Förderbedarfe der Kinder statt.		☐	☐	☐	☐
M5. Die OGGS wirkt sich positiv aus auf M5.1 das Lernverhalten M5.2 das Sozialverhalten M5.3 das Klima in der OT		☐ ☐ ☐	☐ ☐ ☐	☐ ☐ ☐	☐ ☐ ☐
M6. Es bestehen gute Kontakte zwischen den Eltern und den OT-MitarbeiterInnen.		☐	☐	☐	☐
M7. Die Elternabende sind sinnvoll und die Inhalte entsprechen den Bedürfnissen der Eltern.		☐	☐	☐	☐
M8. Die Eltern werden über den Entwicklungsstand ihrer Kinder ausreichend informiert.		☐	☐	☐	☐
M9. In Krisensituationen M9.1 intervenieren LehrerInnen und OT-MitarbeiterInnen gemeinsam. M9.2 wird den Eltern Hilfe angeboten.		☐ ☐	☐ ☐	☐ ☐	☐ ☐

Zu 3.4 Befragung der OT-MitarbeiterInnen		
M10. Bei „Problemkindern“ ist die Betreuung hilfreich. Ich merke das an/am		
M10.1 besserer Konzentration		☐ ☐ ☐ ☐
M10.2 weniger Verhaltensauffälligkeiten		☐ ☐ ☐ ☐
M10.3 aktiverer Teilnahme an den Angeboten		☐ ☐ ☐ ☐
M10.5 gestärktem Selbstbewusstsein		☐ ☐ ☐ ☐
M10.6 besserer Integration in die Gruppe		☐ ☐ ☐ ☐
M11. Die Eltern werden ausreichend zur Mitarbeit motiviert.		☐ ☐ ☐ ☐
M12. Gemeinsame Klausurtage und Fortbildungen für LehrerInnen und OT-MitarbeiterInnen im nächsten Schuljahr sind wünschenswert.		☐ ☐ ☐ ☐
M13. Die OGGS-MitarbeiterInnen kennen sich und verstehen sich als Team.		☐ ☐ ☐ ☐
M14. Ich bin zufrieden mit den „Arbeitsbedingungen“ in der OGGS.		☐ ☐ ☐ ☐
M15. Die Planung und Durchführung in der OGGS läuft reibungslos.		☐ ☐ ☐ ☐
M16. Die organisatorische Zusammenarbeit zwischen Schule, Träger und OT funktioniert.		☐ ☐ ☐ ☐
M17. Meine Anregungen für das nächste Schuljahr:		
M18. Vorschläge für die Teamkultur der OGGS-MitarbeiterInnen:		
M19. Was ich noch sagen wollte:		

Zu 3.5 Befragung des OT-Trägers					
Träger-Befragung					
Indikatoren	Bemerkungen	trifft zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
T1. Das Angebot der OGGS entspricht den Zielen unserer Pfarrgemeinde.		☐	☐	☐	☐
T2. Das Konzept der OGGS findet die volle Zustimmung in der Pfarrgemeinde.		☐	☐	☐	☐
T3. Das Angebot der OGGS wird von der Gemeinde getragen.		☐	☐	☐	☐
T4. Das Angebot der OGGS reagiert auf den Betreuungsbedarf in der Gemeinde.		☐	☐	☐	☐
T5. Die organisatorische Zusammenarbeit zwischen Schule, Träger und OT funktioniert.		☐	☐	☐	☐
T6. Die Finanzierung ist ausreichend.		☐	☐	☐	☐
T7. Die Zusammenarbeit mit dem Schulverwaltungsamt läuft reibungslos.		☐	☐	☐	☐
T8. Das städtische Jugendamt bietet Unterstützung und Beratung bei der Planung und Durchführung der OGGS.		☐	☐	☐	☐
T9. Die OGGS ist in das pädagogische Konzept der OT-Arbeit auch längerfristig integrierbar.		☐	☐	☐	☐
T10. Für eine weitere Beteiligung an der Offenen Ganztagschule im Primarbereich müsste ...					

Arbeitsgruppe 2: Jugendarbeit + Schule

Vier Jahre später!

GISELA KRÜCKEN-PASCH

Sozialpädagogin, Offene Tür Sankt Anna, Lokale Jugendeinrichtung, Köln-Ehrenfeld

Vier Jahre später haben sich unsere Schulprojekte stark vergrößert:

- 96 Mädchen und Jungen sind in der Offenen Ganztagsschule (OGS) angemeldet (50 Prozent aller Schüler der Katholischen Grundschule Overbeckstraße),
- 50 Mädchen und Jungen besuchen die Übermittagsbetreuung, die für Mädchen und Jungen der Sekundarstufe 1 verschiedener Schulformen angeboten wird,
- 26 Mädchen und Jungen haben die OGS verlassen, die Hälfte hat in unsere Übermittagsbetreuung gewechselt, weitere erreichen wir nach wie vor durch unsere Offene Arbeit und unsere Ferienprogramme,
- weitere 30 Mädchen und Jungen besuchen unsere Offenen Angebote.

Fazit:

Wir erreichen durch unsere Schulprojekte eine erheblich größere Zahl der Mädchen und Jungen unseres Stadtteils, für viele sind wir Wegbegleiter über einen langen Zeitraum, die Akzeptanz der Einrichtung im Stadtteil ist sehr gestiegen.

Welche Qualitätsstandards haben wir erreicht?

Wichtig war uns bei der Einrichtung der OGS, im Konzept möglichst viele Standards aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu übernehmen.

Auf einige wichtige werde ich im Folgenden eingehen:

Niederschwelligkeit:

Die notwendigen Rahmenbedingungen, um unser Angebot möglichst niederschwellig zu gestalten und vor allem auch Kinder aus bildungsfernen Familien, egal welcher kulturellen und nationalen Herkunft zu erreichen, wurden in Köln geschaffen, indem Eltern bis zur Einkommensgrenze von 12.217 Euro keinen Beitrag leisten müssen und immer nur für 1 Kind in Betreuung gezahlt werden muss. Darüber hinaus müssen Köln-Pass-Inhaber lediglich einen Eigenanteil von 1 Euro pro Mahlzeit bezahlen (Zuschuss über das NRW-Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“).

Die Schulleitung legt besonderes Augenmerk auf Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern und Kinder mit Migrationshintergrund.

Wir versuchen, möglichst keine zusätzlichen Kostenbeiträge für AGs zu erheben, indem die pädagogischen Mitarbeiter AGs und Angebote durchführen.

Offenheit

Eine Offenheit zum Stadtviertel hin erreichen wir, indem die OGS in verschiedenen Räumlichkeiten (Offene Tür – OT, angemietete Gemeindewohnung, Gemeindesaal, Schule, Turnhalle) durchgeführt wird, deren zentraler Mittelpunkt ein öffentlicher Platz als betreutes Außengelände ist, auch wenn es dadurch schwieriger ist, die Aufsichtspflicht zu erfüllen.

Ausflüge im Stadtteil und das Wahrnehmen von Kulturveranstaltungen sind feste Bestandteile des Programms, mit der Pfarrbücherei besteht eine enge Kooperation. Durch Einbindung in Stadtteilkonferenzen und Kooperation mit der Bezirksjugendpflegerin werden weitere Vernetzungen angestrebt.

Wir arbeiten nach einem offenen Konzept, das heißt:

- Es gibt keine festen Gruppenräume (Ausnahme: Nest für Erstklässler), sondern funktionale Räume. Die Kinder einer Jahrgangsstufe sind festen Betreuungspersonen zugeordnet.
- Die Mädchen und Jungen wählen zumeist ihren Aufenthaltsort selbst und melden sich an der so genannten Rezeption an und ab und setzen an einer Magnettafel, auf der eine Übersicht der Räumlichkeiten abgebildet ist, ihren Magneten.
- Mit zunehmendem Entwicklungsstand gestehen wir den Kindern mehr Freiräume zu, zum Beispiel zu dritt ohne Betreuung auf den nahe gelegenen Spielplatz zu gehen.
- Ganz wichtig ist uns, den Kindern Freiräume für selbstbestimmte Zeit zu bieten, statt eines komplett durchstrukturierten Tagesplans.

Partizipation

Da die Schule am Vormittag nur im begrenzten Maße die Möglichkeit zur Partizipation bietet, ist es unser Ziel, Mädchen und Jungen am Nachmittag an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und zur Mitbestimmung und Mitverantwortung anzuleiten.

Formen der Partizipation sind:

- Befragung der Kinder,
- Wöchentlich stattfindende Gesprächsrunden der Jahrgangsstufen,
- Bewusstes Wahrnehmen von Interessensäußerungen,
- Anregen zur Äußerung der Interessen,
- Beobachten des Spielverhaltens (situativer Ansatz) und Aufgreifen und Weiterentwickeln der Spielideen,
- Möglichkeiten, Räume umzugestalten, zum Beispiel durch variable Elemente (Höhlen bauen etc.),
- Mitsprache bei der Auswahl von Spielmaterialien.

Individuelle Förderung und Forderung

Vorrangig ist für uns als Einrichtung in der Stadt die Förderung der Bewegung von Jungen und Mädchen. Durch vielfältige Formen (Turnhalle, Spielplatz, Ausleihen von Bewegungsgeräten für den Platz...) versuchen wir, die Bewegungslust aller Kinder zu fördern.

Die individuelle Förderung bezüglich der Schulleistungen findet durch anwesende Lehrkräfte im Rahmen der Hausaufgabenzeit statt, um den zeitlichen Umfang schulischen Lernens nicht noch zu erweitern.

Schwierige Kinder versuchen wir durch Einbeziehung des OT-Personals zu fördern und ihre Teilnahme am Ganzttag sicher zu stellen.

Leistungsstarke Schüler fördern wir durch Lernsoftware/Internetportale (zum Beispiel Mathepirat und Lepion), Technik-AGs, Robotic-AG.

Entwicklung und Durchführung einer geschlechterdifferenzierten und geschlechterbewussten Pädagogik

Wir versuchen, männliche Pädagogen zu gewinnen. Da dies aufgrund der knappen finanziellen Ressourcen als Gruppenleiter (lediglich Teilzeitbeschäftigung möglich) nur selten erfolgreich ist, sprechen wir gezielt Studenten an.

Wir berücksichtigen die unterschiedlichen Interessen von Mädchen und Jungen bei den AGs, den Bewegungs- und Spielmaterialien und der Raumgestaltung.

Wir bieten ein Mädchencafé für Grundschülerinnen an, das eine Fortsetzung im Mädchentreff der OT findet. Ebenso gibt es ein Jungencafé, das eine Fortsetzung im Jungentreff der OT findet.

Jeweils im vierten Schuljahr wird ein Selbstbehauptungstraining für Mädchen und ein Sozialtraining für Jungen durchgeführt.

Die pädagogischen Mitarbeiter werden in diesem Bereich fortgebildet und sind in entsprechenden Arbeitskreisen vernetzt.

Kooperative Zusammenarbeit mit Lehrern/Schulleitung

Der im Impulsreferat von Martina Horlitz beschriebene Qualitätszirkel zu Beginn der Einrichtung der OGS hat sicherlich in erheblichem Maße dazu geführt, dass sich die kooperative Zusammenarbeit so gut entwickeln konnte. Durch die professionelle Begleitung aus der Jugendhilfe wurde hier der Grundstein für eine Kooperation „auf gleicher Augenhöhe“ gelegt.

Grundvoraussetzung ist die gegenseitige Wertschätzung der unterschiedlichen Professionen und die Anerkennung der unterschiedlichen, jeweiligen Arbeitsbelastungen. Der Schulleitung und der Leitung der OGS kommt hier eine ganz besondere Bedeutung zu, Unterschiede in den Systemen zu verdeutlichen und die Gemeinsamkeiten aufzuzeigen.

Wichtig erscheint eine klare Rollendefinition. Die sozialpädagogischen Mitarbeiter sollten nicht versuchen, zu besseren Lehrern zu werden, sondern sich sehr eindeutig auf die sozialpädagogische Ausrichtung von Bildung konzentrieren, die die Selbstbildung und die Bildung der Gesamtpersönlichkeit fokussiert und die Aufgabe der Pädagogen darin sieht, die Mädchen und Jungen bei diesen Prozessen zu begleiten und zu unterstützen und sie individuell an ihren Bedürfnissen und Interessen orientiert zu fördern.

Zusammenarbeit verlangt eine klare Struktur, die bei uns wie folgt aussieht:

- wöchentliche Besprechung zwischen Schulleitung und OGS-Leitung,
- die Schulleitung nimmt einmal monatlich am Gruppenleiterteam teil,
- Klassenleitung und Gruppenleitung treffen sich einmal die Woche zu einem kurzen Austausch und verabreden bei Bedarf zusätzliche Zeiten,
- direkter E-Mail-Austausch,
- viele Gespräche zwischen Tür und Angel,
- gemeinsame Elterngespräche (besonders zu Beginn der Schulzeit und beim Übergang zur weiterführenden Schule),
- gemeinsame Gespräche mit Beratungsstellen und ASD,
- zwei gemeinsame Fortbildungstage im Schuljahr,
- Mitgliedschaft der OGS-Leitung in der Schulkonferenz.

Elternarbeit

Vorraussetzung für eine vertrauensvolle, kooperative Zusammenarbeit ist ein offener und wertschätzender Umgang mit den Eltern im Alltag. Darauf legen wir besonderen Wert.

Elternarbeit findet bei uns in folgenden Formen statt:

- ausführliche Eingangsgespräche bei Neuanmeldung,
- Elternabende,
- Elternsprechtage/-sprechzeiten,
- Elternbefragungen,
- Elternmitwirkung in Gremien: einer der beiden Elternvertreter der Klasse ist „Ganztagselternteil“ und somit sind Ganztagsthemen Teil der Elternpflegschaftssitzungen und der Schulkonferenz.

Professionalität des Personals

Trotz der knappen finanziellen Ressourcen versuchen wir, eine möglichst hohe Professionalität des Personals zu gewährleisten. Die Gruppenleitungen sind mindestens Erzieher mit Berufserfahrung oder mit einer Weiterbildung, die mindestens 25 Stunden pro Woche beschäftigt sind.

Als Ergänzungskräfte setzten wir Studenten der Sozialpädagogik und des Lehramtes ein, die eine hohe Motivation zeigen, Praxiserfahrung zu sammeln und die Arbeit zu reflektieren.

Mit dem Verzicht auf „teure AG-Leitungen“ können wir möglichst viel Geld für pädagogische Mitarbeiter ausgeben.

Arbeitsgruppe 3: Aufsuchende Jugendarbeit

Streetwork in Stuttgart

VOLKER HÄBERLEIN

Abteilungsleiter Dienste für junge Menschen, Evangelische Gesellschaft Stuttgart

Der konzeptionelle Ansatz der Mobilen Jugendarbeit hat sich 1970 ausgeprägt, nachdem die Jugendzentren in eine Krise kamen und der aufsuchende Ansatz über Amerika nach Stuttgart kam. Daher sind wir Stuttgarter ein wenig stolz darauf, dass Stuttgart die Geburtsstätte der Mobilen Jugendarbeit mit diesem Ansatz war. Dort wurden zum ersten Mal vier Arbeitsformen in einen Jugendarbeitsansatz gebettet, nämlich die Soziale Gruppenarbeit, die klassische Einzelfallhilfe, die Gemeinwesenarbeit und als neues Element die Aufsuchende Arbeit (Straßensozialarbeit). So unterscheiden wir heute in der Aufsuchenden Arbeit im Grunde **drei Richtungen**:

- den stadtteilorientierten Ansatz,
- den cliquenorientierten Ansatz,
- den City-Ansatz.

Ich selbst bin ein Vertreter des ersten Ansatzes und inzwischen Anhänger des dritten Ansatzes, weil ich glaube, dass keine Kommune davon in Zukunft nicht betroffen sein wird. Jede Kommune muss mit dem Image und den Problemlagen in der City umgehen.

Streetwork in der Mobilen Jugendarbeit

Wir arbeiten grundsätzlich stadtteilorientiert, weil Jugendliche in ihrem Stadtteil ihre bestimmte Infrastruktur und ihre bestimmten Problemkonstellationen haben, sei es, dass sie dort besonders auffallen, oder, dass sie dort nicht landen können. Aber der Stadtteil hat seine Jugendlichen und dort gehören sie auch hin. Der Stadtteil oder der Sozialraum muss sich damit auseinandersetzen.

Wir gehen in diesem Ansatz von folgenden **Handlungsmaximen** aus:

- Ganzheitlichkeit,
- Beziehungsarbeit,
- Ressourcenorientierung,
- Bedürfnisorientierung und Partizipation,
- Freiwilligkeit,
- Niedrigschwelligkeit und Flexibilität,
- Akzeptanz,
- Vertrauensschutz,
- Geschlechterdifferenziertes Arbeiten,
- Interkulturelles Arbeiten.

Ganzheitlichkeit bedeutet, dass wir für alle Probleme und Themen, die die Jugendlichen betreffen, offen sind. Wir setzen nach wie vor auf **Beziehungsarbeit**, weil wir davon ausgehen, dass durch gelungene Beziehungsaufnahme und Kontakte tragfähige Beziehungen entstehen, die langfristig, das heißt, innerhalb von einem bis drei Jahren, Veränderungen bewirken.

Wir gehen davon aus, dass in jedem Menschen viele **Ressourcen** stecken, die wir meistens nicht sehen. Wir fühlen uns als Entdecker dieser Ressourcen, mit denen wir dann arbeiten.

Seit 1970 ist in unserer Konzeption fest verankert, dass wir **bedürfnisorientiert** arbeiten. Wir fragen die Bedürfnisse ab und setzen diese im Rahmen der Möglichkeiten um. Dabei müssen auch die Ressourcen der Jugendlichen aktiviert und/oder revitalisiert werden.

Wir setzen auf **Freiwilligkeit**, auf **Niedrigschwelligkeit** und **Flexibilität**. Wir akzeptieren die jungen Menschen auch dann, wenn sie nicht den Normen und Werten, die in dieser Welt gelten, entsprechen.

Wir setzen auf **Vertrauensschutz**. Wir hatten lange darüber diskutiert, was Parteilichkeit für uns heißt. Wir setzen nicht auf blindes Vertrauen den Jugendlichen gegenüber. Wir tolerieren und akzeptieren nicht alles, was sie tun, sondern kommentieren Fehlverhalten entsprechend. Aber wir nehmen sie so an, wie sie sind. Wir arbeiten **interkulturell** und **geschlechterspezifisch**.

Was heißt Aufsuchende Arbeit?

Streetwork heißt grundsätzlich, dass wir im stadtteilorientierten Ansatz **vier Hauptzielrichtungen** verfolgen:

1. Wir kontaktieren **neue Gruppen**, auffallende Gruppierungen und Cliquen im Stadtteil.
2. Wir halten Kontakt in der Lebenswelt auch zu Gruppen, die wir aktuell betreuen. Unsere Einrichtungen sind sehr klein, daher hat auch keine der schon **bestehenden Gruppen** und Cliquen das Recht, ein Haus zu besetzen, sondern sie können eine Zeit in dieser Einrichtung belegen. Diese Gruppen versuchen wir im Stadtteil zu kontaktieren, dort, wo sie sind.
3. Die Jugendlichen, die **aus den Gruppierungen herausgehen oder ausgeschlossen** werden, werden von uns weiterhin in ihrer Lebenswelt aufgesucht, um den Kontakt zu halten. Gruppen können mitunter auf recht grausame Weise ihre Mitglieder rauswerfen.
4. Wir halten Kontakt zu **Schlüsselpersonen** im Stadtteil. Schlüsselpersonen sind für Jugendliche relevante Menschen, zum Beispiel der Tankstellenbesitzer, der Kneipenbesitzer im Vereinsheim, manchmal ein Obdachloser oder auch die Polizeistation usw. Auch die Eltern spielen eine große Rolle, daher zielen Streetworkkontakte auch zu den **Eltern**.

Kontakte

Die wichtigste Frage ist zunächst, **wie ich mit den Jugendlichen in Kontakt komme**, wie ich auf sie zugehen, wie ich sie anspreche und ihnen meinen Auftrag erkläre. Streetwork ist im Prinzip so, als ob man auf eine Party geht, zu der man nicht eingeladen ist. Dies ist das zentrale Moment. Man wird auf jeden Fall mit der Frage konfrontiert, warum man hier ist und was man hier tut (**Abbildung 1 und 2**).

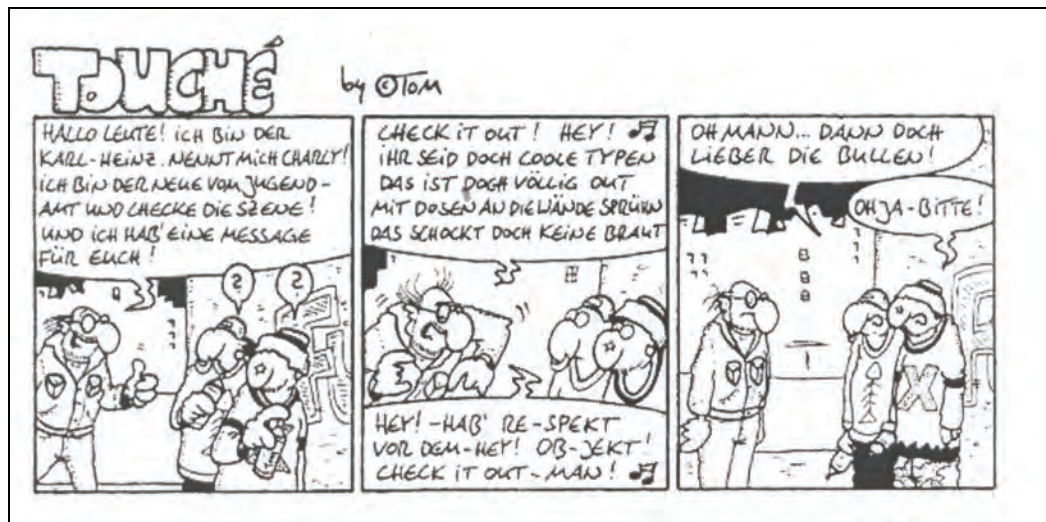


Abbildung 1

Formen der Kontaktaufnahme	
Wie?	Inhalte
Offensive Form	
Direkt auf die Jugendlichen zugehen	Wir stellen uns den Jugendlichen vor und machen ihnen deutlich, warum wir zu ihnen kommen. Wir bieten uns als Berater und Helfer an. Wir machen den Jugendlichen Vorschläge, inwiefern wir für sie hilfreich sein könnten. Tempo und Tiefe des Kontaktes wird den Jugendlichen überlassen.
Indirekte Form	
Kontaktaufnahme über Personen, die den Jugendlichen und uns bekannt sind.	Die Kontaktperson („Eintrittskarte“) begleitet uns zu den Treffpunkten und macht die Jugendlichen und uns miteinander bekannt.
Defensive Form	
Sich an den Trefforten der Jugendlichen zunächst regelmäßig, abwartend, teilnehmend beobachtend und als Mobiler Jugendarbeiter unerkannt aufhalten.	Wir signalisieren Interesse und Offenheit zu Gesprächen, ehe wir uns zum richtigen Zeitpunkt als Pädagogen zu erkennen geben. Vorteil: Die Jugendlichen können uns kennen lernen, ohne dass dies von Vorurteilen gegenüber Pädagogen belastet wird. Sie bestimmen das Tempo und die Verbindlichkeit des Kontaktes. Problem: Dass wir nicht von Anfang an direkt sagen, wer wir sind, kann im Nachhinein zu Misstrauen der Jugendlichen führen.

Abbildung 2

© Volker Häberlein

Meistens freuen sich die Jugendlichen doch, wenn jemand auf sie zugeht – auch, wenn man als Erwachsener nicht eingeladen ist –, weil dieser Erwachsene sich in ihre Welt traut und mit ihnen Kontakt aufnimmt. Diese direkte Kontaktaufnahme heißt, dass man sich so outet, wie man ist. Mein Türöffner lautet folgendermaßen: „Ich bin Sozialarbeiter. Ich bin hier, weil ich weiß, dass ihr auffällt, dass ihr manchmal Probleme macht und Stress habt. Ich bin nicht hier, um mit euch nette Gespräche zu führen und Zigaretten zu verteilen...“ Manche Kollegen glauben, der Einstieg sei durch großzügiges Verteilen von Zigaretten einfacher und wirkungsvoller. Ich plädiere für strikte Rollentrennung und Klarheit in diesem Zuge und Klarheit im Auftrag. Natürlich ist Sensibilität erforderlich. Sie werden nicht mit einem Führenden einer Gruppe in Kontakt kommen, sondern immer mit einer peripheren Figur, die mit Ihnen zuerst einmal redet, meistens diejenigen, die es nicht aushalten. Meistens sind das Mädchen oder junge Frauen. Sie werden dabei genau getestet, wie Sie sich dort verhalten.

In diesen Gesprächen sollte keiner Versprechungen machen, die er nicht einhalten kann. Die „dümme“ Versprechung, die man machen kann, ist: „Ich biete dir einen Raum, in dem du machen kannst, was du willst.“ Man sollte gar nichts versprechen, sondern da sein, zuhören, registrieren, Kommunikation betreiben, wie man es auf einer Party auch tun würde („Was machst du? Wie geht es dir? ...“). Und man sollte den richtigen Zeitpunkt zum Gehen erkennen. Dieser Zeitpunkt, an dem Sie aussteigen, bestimmt schon den Wiedereinstieg.

Die indirekte Form wäre, dass man sich von einem Jugendlichen in die Szene mitbringen lässt. Das ist vielleicht einfach, aber meines Erachtens sollten wir eher die offensive Form wählen.

Anforderungen an die Mobile Jugendarbeit

Wie werden wir beim Eintauchen in diese Lebenswelt gefordert? Zunächst muss man genau seinen Auftrag kennen. Wer gibt mir welchen Auftrag, wenn ich mich in die Lebenswelt der Jugendlichen einmische (**Abbildung 3**)?

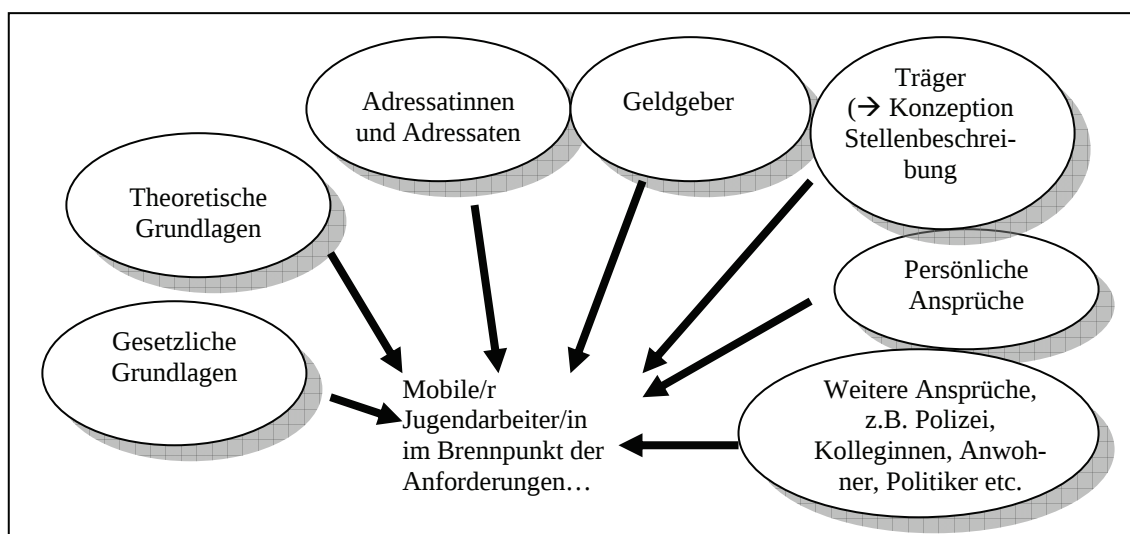


Abbildung 3

© Volker Häberlein

Der eigene, sozialarbeiterische, innere Auftrag ist der menschliche Auftrag, der die Arbeit am wesentlichsten beeinflusst. In den meisten Fällen gibt es einen ordnungspolitischen Auftrag, der hinter unserer Arbeit steht: Der Sozialarbeiter soll für Ruhe und Ordnung sorgen. In Stuttgart gibt es ein Beispiel, dass ein Wohnungsbauträger in einem Stadtteil eine gelbe Linie gezogen hat und den Jugendlichen verboten hat, sich hinter dieser Linie aufzuhalten, damit die Bewohner nicht gestört werden. Auch dorthin ist die Mobile Jugendarbeit gerufen worden, um für Ordnung zu sorgen.

Wir aber sagen eindeutig, dass die Mobile Jugendarbeit nicht diese Funktion zu erfüllen hat. Gleichwohl haben wir eine nicht zu unterschätzende beruhigende Wirkung auf die Jugendlichen.

Die Polizei schickt Sozialarbeiter bei bestimmten Fällen zu den Jugendlichen, um etwas zu erfahren. Über diese Aufträge stehen wir in der Diskussion. Es kommt dabei auf eine sinnvolle Kommunikationsstruktur innerhalb des Stadtteils an. Der Geldgeber hat natürlich auch Interessen, aber die Jugendlichen selbst können auch Interessen haben, wo sie die Menschen vor Ort mit einbinden.

Es gibt Beispiele, bei denen die Sozialarbeiter die Aufträge nicht trennen können, was fatale Auswirkungen haben kann, zum Beispiel wenn Abhängigkeiten und Fraternisierungen entstehen und Grenzen überschritten werden. Das passiert dann, wenn Aufträge und Rollen vermischt werden.

Ein Ziel ist herauszufinden, wie die Jugendlichen leben, was sie in der Freizeit tun, wie sie sich kleiden, welche Symbole sie haben, welche Sprache und welche Kommunikationsformen sie benutzen, welche Informationen sie geben und wie diese Informationen weiter gestreut werden, wie ihre Beziehungsgeflechte und ihre Problemlagen aussehen und welche Dinge sie selbst benennen, die sie in ihrem Stadtteil wollen. Daraus können sehr viele Aufträge entstehen, die der Kollege/die Kollegin mitnimmt und zunächst filtert und priorisiert.

Wir gehen von folgenden Standards aus:

- **Wir kennen alle Treffpunkte der Jugendlichen und suchen diese zu unterschiedlichen Zeiten dort auf.**
- Wir verhalten uns als **Gäste** an den Orten der Jugendlichen.
- **Transparenz** unserer Funktion für die Jugendlichen.
- **Beratung sofort vor Ort.**
- **Begründete Interventionen bei akuter Selbst- und Fremdgefährdung.**
- **Anpassung der Street-Work-Zeiten und -Orte an das aktuelle Freizeitverhalten und die Bedürfnisse der Jugendlichen.** Aufsuchende Arbeit scheitert in der Regel an jugend-untypischen Zeiten. Ich habe schon viele Gespräche mit Mitarbeitern geführt, die gesagt haben, dass sie niemanden angetroffen hätten, weil sie zu Zeiten die Orte aufgesucht haben, wo sich kein Jugendlicher auf der Straße aufhält. Man muss vorher Kenntnis darüber haben, wann die Jugendlichen wo sind, und unsere Streetwork-Zeiten flexibel den Jugendlichen anpassen.

- **Auswertung unserer Erkenntnisse** über die Bedürfnisse der Jugendlichen und **Planung der gemeinwesenorientierten Arbeit** sowie der Angebote für Einzelne oder Gruppen **auf dieser Grundlage**.
- **Dienstausweis.** Die Kollegen und Kolleginnen vor Ort müssen stets einen Dienstausweis bei sich tragen, weil nachts außer uns auch die Polizei unterwegs ist und es gut ist, wenn wir uns dann ausweisen können.

Wir müssen unsere Nützlichkeit für die jungen Menschen nachweisen, damit wir nicht nur die „Störenfriede auf der Party“ sind, sondern auch als Gäste begriffen werden. Nützlich kann sein, dass wir von den Jugendlichen direkte Aufträge erhalten und diese entsprechend bearbeiten und umsetzen. Dazu gehört auch eine Beratung direkt vor Ort in Fragen der Berufsorientierung, Konfliktmanagement, Aufklärungsfragen, wichtige Adressen. Es passiert mitunter, dass Jugendliche, wenn sie denn Vertrauen gefasst haben, erzählen, dass sie zum Gericht vorgeladen sind, und sofort – auch mitten in der Nacht – eine Beratung darüber stattfindet, wie es weitergeht.

Es gilt zu vermeiden, den Jugendlichen zu suggerieren, dass sie lediglich randalierende oder/und hilfsbedürftige Jugendliche sind. Ein Auftrag besteht darin, die Interessen der Jugendlichen wahrzunehmen und sie auf die politische Seite zu transportieren.

Mögliche Orte für Streetwork sind:

- Straßenzüge, Plätze, Unterführungen,
- Wohnviertel, Hinterhöfe,
- Spielplätze,
- Schulhöfe,
- Jugendhäuser,
- Internetcafés, Spielhallen,
- Cafés, Imbissbuden, Kneipen,
- Discos, Clubs,
- Shoppingmeilen, Einkaufsviertel, Einkaufszentren,
- Straßenstrich, Rotlichtmilieu,
- Bahnhöfe,
- öffentliche Verkehrsmittel (Straßenbahn, Bus ...), Haltestellen,
- Cyberspace (im Chat),
- zu Hause (auf Wunsch).

Man wird dort eine Menge Aufträge bekommen, die man gar nicht abarbeiten kann, ohne mit den **Eltern** Kontakt aufzunehmen. Das oberste Prinzip lautet aber hier, zunächst die **Zustimmung des Jugendlichen** einzuholen und im Gespräch den Eltern und anderen Menschen und Institutionen die **größtmögliche Transparenz** herzustellen. Dem Jugendlichen muss gesagt werden, was die Sozialarbeiter tun. Nur das schafft die Möglichkeit, längerfristig zu arbeiten. Jugendliche merken nach meiner Erfahrung, wenn in der Familie eine Entlastung eintritt, dass es ihnen selbst auch besser geht, ob-

wohl sie anfangs denken, dass einer gegen den anderen ausgespielt werden soll. Wenn es möglich ist, soll der Jugendliche selbst an den Gesprächen beteiligt sein. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist das unerlässlich.

Was habe ich beim Streetwork dabei?

- Erste Hilfe-Set, Handschuhe, Desinfektionsmittel,
- Handy,
- Visitenkarten,
- Dienstausweis,
- Notfalltelefonnummern (z.B. Inobhutnahme, Notrufnummer etc.),
- Flyer von relevanten Institutionen (z.B. Beratungsstellen, Freizeitangeboten etc.),
- Kalender mit Adressbuch und Telefonnummern,
- Stadtplan,
- Kondome,
- eventuell Spritzen (in Abstimmung mit dem Spritzentausch-Konzept vor Ort),
- eventuell Taschenlampe,
- eventuell Fahrkarten,
- eventuell Spielmaterial (zum Beispiel Kartenspiel, Frisbeescheibe etc.).

Nicht alles davon braucht man unbedingt, es kommt auf die Zielrichtung der aufsuchenden Arbeit an.

Wir dokumentieren jeden einzelnen Streetwork-Einsatz genau. Dazu haben wir ein Dokumentationsraster entwickelt (**Abbildung 4**).

Der Bogen wird nach jedem Streetwork-Kontakt ausgefüllt. Für jeden Ort soll ein eigener Bogen ausgefüllt werden. Das Streetwork-Protokoll hat 2 Schwerpunkte: zum einen wird der Blick auf die **einzelnen Jugendlichen** gerichtet, die vor Ort angetroffen werden. Zum anderen sollen Beobachtungen, Themen und Absprachen festgehalten werden, die bezogen auf die **gesamte Gruppe/Clique** entstehen.

Wir haben versucht, bei den Jugendlichen fachliche Indikatoren oder Beobachtungskriterien mit emotionalen Kriterien zu verbinden, zum Beispiel die Beschreibung der gegenwärtigen Stimmung der Gruppe. Außerdem werden die Themen notiert, die von den Jugendlichen im Kontakt benannt werden, und wie diese Themen bearbeitet werden.

Die Zeilen für die Beobachtungen und Anmerkungen zielen auf die emotionale Ebene, denn die Wahrnehmung ist oft anders, als es gesagt wird. Die Mitarbeiter reflektieren bereits nach dem Kontakt, wenn es eine Diskrepanz gibt zwischen dem, was gesagt wird und dem, wie sie es selbst wahrnehmen.

Streetworkprotokoll			
Wochentag:		Datum:	
Uhrzeit:	Uhr - Uhr	Wetter:	
MitarbeiterIn:			
Anlass Absicht Ziel...			
Jugendliche			
Andere Personen			
Stimmung	gut ① ☐ ② ☐ ③ ☐ ④ ☐ ⑤ ☐ ⑥ ☐ schlecht		
Bemerkungen:			
Themen Inhalte			
Beobachtungen Anmerkung			
Kontakt- aufnahme	☐ gelungen ☐ nicht gelungen		
Bemerkung:			
Eigene Befindlichkeit	gut ① ☐ ② ☐ ③ ☐ ④ ☐ ⑤ ☐ ⑥ ☐ schlecht		
Bemerkungen:			
Weiteres Vorgehen Absprachen Aufträge			
Im Team angesprochen	☐ ja ☐ nein		
Bemerkung:			

Abbildung 4

© Volker Häberlein

Wird der Kontakt als gelungen bezeichnet, soll kurz vermerkt werden, was der Türöffner war. Ist der Kontakt nicht gelungen, wird eine Begründung eingetragen. Am Ende muss es eine Vereinbarung geben, die das weitere Vorgehen bestimmt.

Dieser Bogen wird im **QM-Handbuch** abgelegt. Dieses QM-Handbuch ist ein Instrument, in dem wir unsere Arbeit evaluieren.

Ausgestattet mit diesen Informationen wird im nächsten Schritt überlegt, was man mit den Jugendlichen realisieren kann. Wichtige Fragen sind Räume, Kontaktaufnahme, Lehrstellen, Schulprobleme usw. Beim nächsten Streetwerkeinsatz kann man vorbereitet auf die Gruppe zugehen und bereits Angebote und Lösungsvorschläge unterbreiten.

Ich halte nichts davon, dass man die Jugendlichen mit Skatkarten oder Fußballspielen unterhält. Allerdings ist es ein Unterschied, ob man zwischen 14 und 18 Uhr die Jüngeren kontaktiert, die gerade Fußball spielen oder spielen wollen, oder abends die Jugendlichen. Ich bin ein Verfechter von allem, was nicht nur über Sprache geht: Mitmachen, selber Haltungen und Standpunkte zeigen. Wir dürfen nicht zu jedem sexistischen, rassistischen oder faschistischen Spruch schweigen. Ich erwarte nicht, dass es unterbunden wird, aber ich erwarte, wenn es die Beziehung einigermaßen hergibt, dass bestimmte Dinge sofort kommentiert, aber nicht diskutiert werden. Mit irgendwelchen Jugendlichen auf der Straße eine Diskussion zu beginnen, ist sinnlos, das ist das so genannte „KO-Kriterium“. Danach braucht man nicht mehr auf die Straße zu kommen. Ein kurzer Kommentar bei Ausfällen („Das ist nicht meine Haltung!“) genügt und wird angenommen, weil dieser zu Auseinandersetzungen reizt.

Wir haben mit unserem Ansatz große Erfolge. Wir erreichen die Jugendlichen, die Cliques können gebunden werden, sie können in die Häuser und in die soziale Gruppenarbeit integriert werden, die alle Elemente der Bedürfnisorientierung, der Partizipation, der eigenen Planung, der Selbstverantwortung und der Selbstorganisation beinhaltet. Das betrifft auch ganz praktische Dinge, wie die Einkaufs- und Geldplanung und den Einkauf. Wenn sie in eine Ferienmaßnahme wollen, müssen sie zusehen, wie sie das Geld – natürlich legal – beschaffen. Sie lernen, dass man ein Sparbuch anlegt, um Zinsen zu erhalten. Das sind ganz praktische (Bildungs-)Ziele, die mit der Arbeit mit diesen Jugendlichen erreicht werden, von denen man es eigentlich nicht geglaubt hat.

Die Stadtteilorientierung wird dann verlassen, wenn Jugendliche aus dem Stadtteil in die Innenstädte abwandern oder zu bestimmten Szenen. Wenn wir merken, dass in einem oder zwei Stadtteilen eine starke Fußballszene entsteht, wäre ein Arbeitsort für die Streetworker künftig auch das heimische Stadion oder auch das jeweilige Stadion bei Auswärtsspielen, um die Jugendlichen wieder zu reintegrieren oder ein Stück Lebenswelt unter diesen Voraussetzungen zu teilen. Ein reines Szene-Streetworking in Diskotheken mit bestimmten Richtungen und Zielgruppen betreiben wir nicht.

Wir haben gute Erfahrungen mit der Bearbeitung des Themas „Jugend und Alkohol“ gemacht, entgegen der bisher bestehenden These, dass Streetwork in der Innenstadt nur funktioniert, wenn man eine Beziehung zu jemandem hat.

Arbeitsgruppe 3: Aufsuchende Jugendarbeit

Mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum – Landkreis Tuttlingen

MARKUS SELL

Jugendreferent der Gemeinden Neuhausen ob Eck und Emmingen-Liptingen

Nicht nur strukturell unterscheidet sich die Mobile Jugendarbeit des ländlichen Raums von der einer städtischen Mobilen Jugendarbeit. Im gerade gehörten Beispiel Stuttgart bedeutet Mobile Jugendarbeit zum Großteil Straßensozialarbeit und hat eine defizitäre Ausrichtung. Die Klientel der Streetworker dort sind Gangs, Punks, Hooligans oder Drogenabhängige.

Erst einmal vorab, im Landkreis Tuttlingen gibt es eine Kreiskonzeption. Die Kreiskonzeption wurde von den Jugendreferenten vor Ort erarbeitet und im Kreistag verabschiedet, damit ein einheitlicheres Arbeiten im Landkreis ermöglicht und auch legitimiert wurde und weiterhin wird.¹

Generell beruft sich die Jugendarbeit im Landkreis Tuttlingen auf zwei theoretische Ansätze, die schon bei der Stellenbesetzung in den Stellenanzeigen und den Vorgesprächen deutlich gemacht werden, nämlich die Offene Jugendarbeit und die Mobile Jugendarbeit.

Zum großen Teil arbeiten die Mitarbeiter vor Ort auf „Einzelkämpferpositionen“, so dass die theoretischen Ansätze in Personalunion miteinander verbunden werden. Durch das Kreisjugendreferat findet regelmäßig eine kollegiale Fachberatung statt, die aber keine „Team-Arbeit“ ergänzen kann. Auch durch die Kreiskonzeption wurde ein landkreisweites Teamgefühl verstärkt, aber dieser Aufbau findet sich noch in einem anfänglichen Stadium.

Die Entwicklung der letzten fünf Jahre zeigt, dass sich im ländlichen Raum eher, forciert durch die Personalunion der beiden theoretischen Ansätze, die Theorien der Mobilen Jugendarbeit verfestigen und die Jugendarbeit sich eher von der Offenen Jugendarbeit verabschiedet. Zielgruppe der Jugendarbeit im Landkreis Tuttlingen sind alle jungen Menschen zwischen 14 und 27 Jahren, nach § 11 SGB VIII/KJHG. Grundprinzipien der Jugendarbeit sind Freiwilligkeit, Partizipation, Offenheit und Lebensweltorientierung.

Freiwilligkeit

Die Teilnahme am Angebot der Jugendarbeit ist freiwillig und schließt somit Betreuungsaufgaben aus. Durch Resonanz der Jugendlichen ist zu erkennen, ob die Arbeitsweisen und Inhalte den Interessen der Adressaten entsprechen und diese Zustimmung oder Ablehnung erfahren. Die Freiwilligkeit bestimmt den „Markt“ der

¹ siehe Anlage zum Beitrag im Forum 2, Seite 92 ff.

Angebote und zeigt, dass sich Jugendarbeit immer wieder um ihre Adressaten und Adressatinnen bemühen und sich ihrer Attraktivität stellen muss.

Offenheit

Jugendarbeit steht grundsätzlich allen daran interessierten jungen Menschen offen, unabhängig von sozialer Schichtung, Geschlecht, Weltanschauung oder religiöser Zugehörigkeit, Nationalität, ethnischer Gruppierung und jugendkultureller Ausrichtung. Sie orientiert sich nicht an Defiziten und ist in ihrer Erreichbarkeit niederschwellig anzulegen.

Die Offenheit lässt grundsätzlich Raum für eigene Themenfindungen und Gestaltungen und unterstützt die Selbstorganisation von Jugendlichen und Jugendinitiativen. Jugendarbeit ist unabhängig von fertigen Bildungsplänen oder festen Angebotsstrukturen.

Lebensweltorientierung

Kinder- und Jugendarbeit findet in unmittelbarer Nähe zur Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen statt. Somit richten sich ihre Angebote an Cliquen und Gruppen, die sich aus unterschiedlichen Gründen als zusammengeschlossene oder lose Gruppen im sozialen Nahraum bewegen und diesen auch für sich einnehmen. Der Bezug zu alltäglichen und jugendtypischen Themen ermöglicht informelle Lernprozesse, die auch die Gestaltung des Milieus nachhaltig beeinflussen können.

Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Partizipation

Partizipation ist im Sinne einer Selbstverwirklichung des jungen Menschen zu verstehen, in der das Individuum durch Selbstbestimmung sein eigenes Leben zu gestalten lernt. Sie ermöglicht die aktive Gestaltung der eigenen Lebenswelt über das Jugendhaus hinaus. Die Jugendarbeit bietet deshalb immer auch die Möglichkeit der Einübung von demokratischem Handeln.

So verstanden bezieht sich Selbstbestimmung immer auf die Mitbestimmung und Selbstorganisation des eigenen überschaubaren Handlungsfeldes, das sich dann in Folge von erweitertem Handlungsrepertoire auf weitere gesellschaftliche Felder auswirken kann und soll. In Angeboten und Aktivitäten der Jugendarbeit sind Jugendliche aktiv bei Planung und Durchführung zu beteiligen. Jugendarbeit setzt sich für eine wirksame Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ein.¹

So findet gerade durch die Partizipation von Jugendlichen eine theoretische Gewichtung zu Gunsten des Mobilen Ansatzes statt. Auch in selbstverwalteten Jugendräumen befindet sich der Jugendarbeiter genauso in seiner Gastrolle wie bei der Streetwork am Bushäuschen.

Im Unterschied zu dem städtischen Modell der Mobilen Jugendarbeit wird die mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum weniger als Straßensozialarbeit gesehen, sondern

¹ siehe Kreiskonzeption in der Anlage des Beitrags zum Forum 2

vielmehr als „Mädchen für Alles“. Sie schließt die Arbeit mit Einheimischen, mit Zuwanderern, mit Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten, Studenten, mit „sozial Benachteiligten“ und mit „Multiplikatoren“ ein. Speziell der Altersbereich zwischen 18 und 27 Jahren scheint in der Jugendarbeit ständig in Vergessenheit zu geraten. Zu diesem Thema gibt es im Landkreis Tuttlingen gerade eine Diplomarbeit. Denn gerade wenn Jugendarbeit zu einer Bildungsarbeit wird, sich kritisch mit Jugendlichen und deren Perspektiven und gesellschaftlichem Bewusstsein auseinandersetzt (mit den Grundprinzipien im Hintergrund), entstehen solche „Multiplikatoren“ (junge engagierte Menschen) im Gemeinwesen.

Wenn bei einem „Offenen Betrieb“, so die typischen Jugendhäuser, die „Komm- und Betreuungsstruktur“ gepflegt wird, bleiben Bildungsprozesse oftmals hinter einer Großzahl von Angeboten und Projekten ungenutzt zurück. Im Landkreis Tuttlingen haben sich zahlreiche selbstverwaltete Jugendräume etabliert, die den Jugendarbeitern vor Ort die Gewichtung ihrer Arbeit zugunsten von Bildungsprozessen und einer Gemeinwesenorientierung ermöglichen. Dahinter steckt die Grundhaltung, junge Menschen ernst zu nehmen, ein wahres Interesse zu zeigen und für das Wohl dieser jungen Menschen zu arbeiten; den Auftrag der Jugendlichen vor andere Aufträge zu stellen, ist in dieser Grundhaltung enthalten. Aber genau das steckt auch in den Grundprinzipien der Mobilen Jugendarbeit. Das heißt natürlich auch mit Rückschlägen und mit politischem Druck arbeiten zu müssen, denn nicht immer gelingen beteiligende Prozesse von Jugendlichen, nicht immer laufen selbstverwaltete Jugendräume ohne Probleme, das ist sogar eher die Ausnahme. Zu groß sind dafür die Sozialisations- und Vermarktungsprozesse, die auf junge Menschen wirken. Da heißt es dann auch „Anwalt“ für junge Menschen zu sein, den Entscheidungsträgern aufzuzeigen, dass die „heutige Jugend“ ein Spiegel unserer Gesellschaft ist, und dass die Jugend nicht nur unsere Zukunft ist, sondern dass sie schon lange da ist.

Arbeitsgruppe 4: Jugendarbeit + Sport und Kultur

Zeit für neues Denken, Zeit zu handeln – auch in der Jugendarbeit des Sports

DR. HEINER BRANDI
Geschäftsführer, Sportjugend Berlin

1. Hintergrundinformationen zur Sportjugend Berlin
2. Profilbildung und Legitimation auf Basis des Kinder- und Jugendhilfegesetzes
3. Anforderungen und Herausforderungen für die Jugendarbeit durch die demografische Entwicklung und Bevölkerungsstruktur in Berlin
4. Ein Netzwerk von Prävention, sozialer Integration und Intervention
5. Fazit

1. Hintergrundinformationen zur Sportjugend Berlin

Die Sportjugend Berlin ist Dachorganisation für den Kinder- und Jugendsport und vertritt die Interessen von rund 220 000 Kindern und Jugendlichen, die Mitglied in einem Berliner Sportverein sind. In dieser Funktion unterstützt die Sportjugend Berlin die Jugendarbeit in den Sportorganisationen mit zahlreichen Förder- und Aktionsprogrammen.

Zugleich ist die Sportjugend Berlin anerkannter freier Träger der Jugendhilfe und Anbieterin von Projekten, Programmen und Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit auf Basis des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Diese Angebote sind an alle interessierten jungen Menschen in Berlin adressiert, unabhängig von einer Mitgliedschaft im Sportverein.

2. Profilbildung und Legitimation auf Basis des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Das Leitbild der Sportjugend Berlin stützt sich auf das Kinder- und Jugendhilfegesetz und gibt Orientierung für die jugendpolitischen Schwerpunkte.

Die Sportjugend Berlin unterstützt die Erziehung junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten.

Sie ist offen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion und Weltanschauung.

Sie fördert Kinder und Jugendliche in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung und trägt dazu bei, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen.

Die Sportjugend Berlin schafft positive Lebensbedingungen für junge Menschen und trägt zu den Voraussetzungen für ein gesundes Aufwachsen bei.

Sie tritt ein für die nachhaltige Förderung von Kindern und Jugendlichen im Land Berlin, setzt sich für demokratische Strukturen und Selbstorganisation in der Jugendarbeit des Sports ein und fördert das bürgerschaftliche Engagement.

Vor diesem Hintergrund hat sich ein besonderes Profil in der sportorientierten Jugendsozialarbeit und in der Ansprache von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen herausgebildet. Ein solches Profil ist angesichts der demografischen Entwicklung und der Bevölkerungsstruktur in Berlin dringend geboten.

3. Anforderungen und Herausforderungen für die Jugendarbeit durch die demografische Entwicklung und Bevölkerungsstruktur in Berlin

Die demografische Entwicklung und tief greifende Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur haben erhebliche Auswirkungen auf das soziale Leben und damit auch auf Jugendhilfe, Jugendarbeit und Sport in Berlin. Das bezieht sich einerseits auf den kontinuierlichen Anstieg des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund und andererseits auf eine Sozialstruktur, die auch in der einheimischen deutschen Bevölkerung zunehmende Tendenzen von sozialer Ausgrenzung und von wachsender Armut zu erkennen gibt.

Dazu einige Stichworte:

- Aktuell hat fast ein Viertel der Berliner Bevölkerung ausländische Wurzeln. Unter den rund 3,4 Millionen Einwohnern weisen knapp 800.000 Menschen einen Migrationshintergrund auf.
- Bereits mehr als jedes dritte Kind im Vorschul- und Grundschulalter entstammt einer Zuwandererfamilie.
- Berlin weist im Bundesvergleich einen überdurchschnittlichen Anteil von einkommensschwachen Familien und von Personen auf, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Nach Angaben der Berliner Sozialverwaltung erhalten rund 144.000 Kinder von etwas mehr als 400.000 Kindern unter 15 Jahren Sozialgeld. In den rund 325.000 Bedarfsgemeinschaften, die das Arbeitslosengeld II bekommen, sind 90.000 Haushalte mit Kindern.

Angesichts der skizzierten sozialen Situation erscheint es dringend geboten, spezifische Unterstützungsleistungen für solche benachteiligten Kinder und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen und ihre gesellschaftlichen Partizipationschancen zu verbessern. Denn für die meisten der betroffenen jungen Menschen sind die Teilhabemöglichkeiten in vielen gesellschaftlichen Bereichen aus sozialen und materiellen Gründen stark eingeschränkt. Es gilt, im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu verhindern, dass sich die ungünstigen Lebenslagen dauerhaft negativ auf die Lebensperspektiven der betroffenen Kinder und Jugendlichen auswirken. Aufgrund der beschriebenen Entwicklungstendenzen stellen sich besondere Anforderungen in den Handlungsfeldern Bildung, Soziale Integration, gesundheitliche Prävention sowie im Bereich der Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und Stärkung der Zivilgesellschaft. In allen genannten Handlungsfeldern kann die Jugendarbeit im Sport wichtige Beiträge zur Lösung oder zumindest zur Linderung der Probleme leisten.

Sport bietet Kindern und Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten des sozialen Lernens. Er trägt zur Entwicklung eines positiven Selbstwertgefühls und konstruktiven Sozialverhaltens sowie eines aktiven und gesunden Lebensstils bei, vermittelt über seine (gesellschaftlichen) Spielregeln Werte und Normen einer demokratischen Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft und regt zudem zu bürgerschaftlichem Engagement und demokratischer Beteiligung an. Der organisierte Sport ist somit neben Kindertagesstätten und Schulen eine wichtige Sozialisationsinstanz, in der Unterstützungsleistungen für die nachhaltige Entwicklung von Lebenskompetenzen und von personellen Ressourcen angeboten werden. Sportvereine sind in der Regel offen für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen. Sie erreichen auch untere soziale Schichten, inzwischen auch eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und binden in dieser Hinsicht mehr Menschen als jede andere vergleichbare Organisation in Deutschland.

Gleichwohl sind sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in den Sportvereinen noch immer unterrepräsentiert. Auch in dieser Hinsicht ist es also Zeit für neues Denken und Zeit zu handeln.

4. Ein Kooperationsnetzwerk zur sozialen Integration, Prävention und Intervention

Die Sportjugend Berlin hat in den vergangenen Jahren mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ein Kooperationsnetzwerk der sportorientierten Jugendsozialarbeit etabliert, das in hoch belasteten Stadtquartieren, insbesondere an sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, adressiert ist. In diesem Kooperationsnetzwerk arbeiten Sportvereine mit anderen Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendarbeit eng zusammen, um jeweils spezifische Angebote für die angesprochenen Zielgruppen im Sozialraum zu unterbreiten. Die sportorientierte Jugendsozialarbeit eröffnet Zugangschancen zu strukturierten pädagogischen Angeboten, verbessert die Sozialisationsbedingungen und Lebenslagen im Stadtteil und bietet vielfältige informelle Lernchancen in unterschiedlichen Gestaltungsformen. Ziel ist die Herstellung von mehr Chancengerechtigkeit in der Beteiligung an Sport- und Bewegungsangeboten und zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft.

In das Kooperationsnetzwerk sind Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeitstätten, Projekte und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit sowie Sportvereine als integrale Bestandteile eingebunden. Das vollständige Netzwerk kann an dieser Stelle nicht abgebildet werden. Nachfolgend werden ausgewählte und exemplarische Elemente kurz vorgestellt.

- **Kleine kommen ganz groß raus - Bewegungs- und Gesundheitsförderung von Kindern.** Es ist ein Förderprogramm zur Zusammenarbeit von Sportvereinen und Kindertagesstätten mit Unterstützung der AOK Berlin, um mehr Bewegung und gesunde Ernährung in den Lebensalltag von Kindern zu bringen. An dem Programm zur Prävention von Bewegungsmangel und Fehlernährung sowie ihren negativen Folgen für die motorische, gesundheitliche und psycho-soziale Entwicklung von Kindern sind aktuell rund 130 Kindertagesstätten und ca. 110 Sportvereine beteiligt.

- **Kinder in Bewegung gGmbH.** Die gemeinnützige Kindergarten-Trägersgesellschaft des Berliner Sports betreibt 21 Einrichtungen der Tagesbetreuung, insbesondere in Berliner Innenstadtbezirken mit einer besonderen Ballung sozialer Probleme. Die Kindertagesstätten der KiB gGmbH haben im Rahmen des Berliner Bildungsprogramms für die Bildung, Betreuung und Erziehung in Tageseinrichtungen ein besonderes Profil im Bildungsbereich Körper, Gesundheit und Bewegung in Kombination mit der Förderung der Sprachentwicklung ausgebildet. Sie kooperieren mit Sportvereinen in ihrem Umfeld.
- Anschlüsse werden über die **Kooperation von Schulen mit Sportvereinen** hergestellt. Auf Grundlage von Rahmenvereinbarungen mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Zusammenarbeit von Sportorganisationen und Schulen sowie zur Beteiligung von Sportorganisationen an der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern existiert in Berlin ein Förderprogramm, das entsprechende Aktivitäten inhaltlich-fachlich und finanziell unterstützt. Die Kooperationsangebote an den Schulen bilden in einem jeweiligen Sozialraum eine Brücke zu den Sportvereinen und binden auch eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Verhältnissen, die außerhalb der Schule möglicherweise gar nicht erreicht worden wären. Auf diese Weise werden pro Jahr durchschnittlich rund 200 Sportvereine in der Kooperation mit 260 Schulen gefördert und rund 500 regelmäßige Programmangebote unterstützt, an denen jährlich 28.000 Schülerinnen und Schüler teilnehmen.
- **Projekte und Einrichtungen einer sportorientierten Jugendsozialarbeit.** Im Vorfeld von Sportvereinen hat die Sportjugend Berlin mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung zahlreiche Projekte und Einrichtungen etabliert, die auf jeweils spezifische Weise Sportangebote in schwierigen Sozialräumen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche offerieren und mit anderen Formen der Sozialen Arbeit kombinieren.

Mobile Teams einer aufsuchenden Jugendarbeit. Das Mobile Team Erlebnisräume besteht aus einer Landschaftsplanerin, einem Arbeitspädagogen und einem Sozialpädagogen. Mit Beteiligung junger Menschen verfolgt das Team das Ziel einer qualitativen Aufwertung der infrastrukturellen Lebensbedingungen in ausgewählten Stadtquartieren. Das Team geht in entsprechende Kindertagesstätten, Schulen, Wohnviertel und auf öffentliche Plätze, um die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen spiel-, bewegungs- und sportfreundlicher zu gestalten. Unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Anliegen werden gemeinsame Planungen zur Umgestaltung geeigneter Flächen auf Schulhöfen oder im Wohnumfeld entwickelt. Im nächsten Schritt werden mit allen beteiligten Institutionen, zum Beispiel Schulleitungen, Wohnungsgesellschaften und Behörden, Realisierungs- und Finanzierungskonzepte entworfen. Bei einem positiven Ergebnis beteiligen sich die Jugendlichen selbst an der Umsetzung, indem sie unter pädagogischer Anleitung angemessene Ausführungsarbeiten in der Konstruktion, in der Gestaltung und im Bau von Spiel-, Sport- und Bewegungslandschaften übernehmen.

Das Mobile Team Freizeitsport ist an den Schnittstellen von Sportvereinen, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen tätig. Es verfolgt die Aufgabe, Sportvereine bei der Entwicklung von niedrigschwelligen und gesundheitsorientierten Angeboten außerhalb des traditionellen Wettkampf- und Trainingsbetriebs sowie auch die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen zu unterstützen. Das mobile Team leistet Beratung und Organisationshilfe direkt vor Ort in Vereinen, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen.

Kick - Sport gegen Jugenddelinquenz. Das Kick-Projekt arbeitet in der Prävention von Jugendkriminalität sehr eng mit der Berliner Polizei zusammen. Mit attraktiven Sportangeboten und sozialpädagogischen Methoden soll ein dauerhaftes Abgleiten von jungen Menschen in die Kriminalität verhindert werden. Bereits auffällig gewordene Jugendliche werden von Vernehmungsbeamten der Polizei auf freiwilliger Basis an das Projekt vermittelt. Sie werden zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung hingeführt und in Sportvereine bzw. organisierte sportliche Freizeitangebote integriert. Daneben werden individuelle und spezifische alltags- und lebensweltbezogene Hilfsangebote unterbreitet, die sich auf die jeweiligen Problemlagen der Jugendlichen in Familie, Schule oder Arbeitswelt beziehen.

Zudem führt das Kick-Projekt gemeinsam mit der Polizei Präventionstage in Schulen durch, die sich thematisch mit Straffälligkeit, Gewalt und Methoden gewaltfreier Konfliktlösung befassen und von Anti-Gewalt-Seminaren und Ausbildungen zum Konfliktlotsen ergänzt werden.

SportjugendClubs. Die SportjugendClubs (SJC) sind feste Freizeiteinrichtungen im Stadtteil. Es existieren insgesamt 11 SportjugendClubs in schwierigen Sozialräumen der Stadt. Im Mittelpunkt der Angebote stehen sportliche Aktivitäten, die entweder in Eigenregie innerhalb der Einrichtung bzw. unter Nutzung benachbarter Sportstätten oder aber in Kooperation mit Sportvereinen oder Schulen durchgeführt werden. Daneben gibt es sozio-kulturelle Angebote, Projekte, Veranstaltungen, Seminare, Workshops zu unterschiedlichsten Themen und einen offenen Bereich.

Die SJs arbeiten im Vorfeld von Sportvereinen und dem Ehrenamt. Sie wenden sich überwiegend an Jugendliche, die noch nicht an einen Sportverein gebunden sind. Jeder einzelne SJC hat ein besonderes Angebotsprofil, das Besonderheiten des Sozialraumes sowie neue Strömungen in der sportorientierten Jugendsozialarbeit berücksichtigt. In ihrem Einzugsgebiet arbeiten die Einrichtungen im Rahmen der jeweils gegebenen Möglichkeit mit benachbarten Schulen und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe zusammen.

MädchenSportZentren. Die drei MädchenSportZentren (MSZ) basieren auf dem Grundkonzept der SJs, sind aber ausschließlich einer geschlechtsspezifischen Arbeit verpflichtet. Es werden Sport-, Bewegungs- und Kommunikationsangebote unterbreitet, die an den spezifischen Interessen von Mädchen und jungen Frauen orientiert sind. Die Zentren ermöglichen damit auch solchen Teilnehmerinnen den Zugang, die ansonsten dem Sport und körperbetonten Aktivitäten fern stehen. Wie die SJs hat jedes MSZ ein besonderes Profil. In ihrem Einzugsgebiet arbeiten die

Einrichtungen im Rahmen der jeweils gegebenen Möglichkeiten mit benachbarten Schulen zusammen.

5. Fazit

Bewegung und Sport sind nicht nur für die motorische Entwicklung und gesunde Lebensgestaltung von Kindern und Jugendlichen unverzichtbar.

Bewegung und Sport sind zugleich grundlegende Elemente für das Gelingen einer erfolgreichen ganzheitlichen, das heißt körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung der Heranwachsenden. Die moderne Gehirnforschung und empirische erziehungswissenschaftliche Studien zeigen, dass hinreichende tägliche Bewegungs- und Sportpraxen zudem auch die Konzentrations- und Lernfähigkeit sowie die Bildungserfolge in Schule und Ausbildung verbessern. Demgegenüber sind aus verschiedenen Gründen gerade in unteren sozialen Schichten ein eklatanter Bewegungsmangel und eine überproportionale Sportabstinenz festzustellen, die sich zusätzlich negativ auf die ohnehin ungünstigen Lebenslagen der Betroffenen auswirken.

Die Sportjugend Berlin unternimmt in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Projekte einer sportorientierten Jugendsozialarbeit intensive Anstrengungen, um die Lebenslagen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen positiv zu beeinflussen und ihre Lebenskompetenzen zu stärken. Sie will damit einen Beitrag zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme und für den sozialen Zusammenhalt in Berlin leisten.

Arbeitsgruppe 4: Jugendarbeit + Kultur und Sport

Jugendarbeit + Kultur in Düsseldorf

WENDELIN DUTENHÖFER

Koordinator für Kinder- und Jugendförderung, Jugendamt Düsseldorf

Beim Jugendamt der Stadt Düsseldorf gibt es drei Koordinatoren für Kinder- und Jugendförderung, von denen ich einer bin. Wir koordinieren die Kinder- und Jugendarbeit in den zehn Stadtbezirken Düsseldorfs, ich selbst bin für vier Stadtbezirke zuständig.

Die Koordinatoren beraten die freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit fachlich, schließen mit ihnen Zielvereinbarungen ab und koordinieren die Arbeit des gesamten Handlungsfeldes, also auch die Arbeit der städtischen Einrichtungen.

Die städtischen Einrichtungen haben Fachbereichsleitungen, die dort die Dienst- und Fachaufsicht ausüben und die die ersten Ansprechpartner der Koordinatoren sind. Koordinatorenaufgabe ist es unter anderem, dafür zu sorgen, dass die Ferienprogramme in den Stadtbezirken aufeinander abgestimmt sind, die Angebotsvielfalt nach § 11 SGB VIII für die Altersgruppe von 6 bis 27 in den Stadtbezirken vorgehalten wird, dass Öffnungs- und Schließzeiten aufeinander abgestimmt sind.

Darüber hinaus haben die Koordinatoren Schwerpunktaufgaben inhaltlich zu betreuen und geeignete Projekte zu initiieren und zu begleiten, die zu den Inhalten im dritten Ausführungsgesetz zum SGB VIII, Kinder- und Jugendförderungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen gehören und im Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Düsseldorf näher beschrieben sind.

Der Kinder- und Jugendförderplan ist das Arbeitsergebnis der gemeinsamen Beratungen und Anstrengung der Vertreter der freien Träger und des Jugendamts in der AG § 78 SGB VIII. Der Plan wurde dem Rat der Stadt Düsseldorf und dem Jugendhilfeausschuss im Jahr 2006 vorgestellt. Er besitzt Gültigkeit bis zum Herbst 2009, also über die gesamte Legislaturperiode des kommunalen Rats.

Dieser Förderplan legt zum einen die inhaltlichen Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit und zum anderen einen Budget-Rahmen mit jährlichen Zuwachsraten fest, mit dem wir über den gesamten Zeitrahmen 72 Einrichtungen der Kinder- und Jugendförderung sicher kalkulieren können. Es ist uns hierdurch in Düsseldorf zum ersten Mal gelungen, über einen relativ langen Zeitraum Planungssicherheit für das Handlungsfeld herzustellen.

Zusätzlich sind alle Angebotsschwerpunkte des Kinder- und Jugendförderplans in einem Materialienband, der die Maßnahmen zur Umsetzung beschreibt, hinterlegt. Dort sind auch die Schwerpunkte beschrieben, um die es in diesem Input geht: die kulturelle und die medienbezogene Jugendarbeit, für die ich unter anderem zuständig bin. So folgt nun ein **Überblick** über:

Jugendarbeit und Kultur in Düsseldorf

- Jugend, Kultur, Schule,
- Kultureller Rucksack,
- Offene Ganztags-Schulen,
- Düsseldorf ist ARTig,
- Drei Tage Rennen,
- Kinder Kino Fest,
- Jugendkultureinrichtungen.

Jugend, Kultur, Schule

Die Bereiche Jugend, Kultur und Schule arbeiten seit 2002 zusammen und bieten folgende Projekte an:

- Projekte für Künstler und Künstlerinnen in Schulen,
- Künstler und Künstlerinnen in Jugendfreizeiteinrichtungen,
- Kulturinstitute und Schulen,
- Partnerschaften zwischen Kulturinstituten und Schulen,
- Patenschaften zwischen Kulturinstituten und Schulen.

Künstler und Künstlerinnen in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen

Für das Projekt Künstler und Künstlerinnen in Schulen und Freizeiteinrichtungen stehen etwa 100.000 Euro jährlich, beschlossen durch die zuständigen Ausschüsse (Jugendhilfe-, Schul- und Kulturausschuss), bereit. Wir haben mit diesen 100.000 Euro die Möglichkeit, Künstlerinnen und Künstlern mit ihren Projektideen, die sie in einem formalen Antragsverfahren einreichen, in Schulen und Freizeiteinrichtungen zu schicken und dort über ein Schuljahr nach einem bestimmten Modus arbeiten zu lassen.

Jedes ausgewählte Projekt wird mit 2.600 Euro bezuschusst. Wir werden so in die Lage versetzt, 25 Künstlerinnen und Künstler in Schulen und fünf in Jugendfreizeiteinrichtungen zu senden und darüber hinaus Projektpatenschaften von 15 Kulturinstituten mit 15 Schulen zu fördern.

Von den 2.600 Euro bekommt der Künstler ein Honorar für 40 Einheiten à 90 Minuten, die er innerhalb eines Schuljahres gewährleisten muss, um sein Projekt mit Schülern seiner Zielgruppe zu realisieren. Er ist darüber hinaus verpflichtet, diese Kinder in geeigneter Form so anzuleiten, dass ein präsentables Produkt vorgestellt werden kann. Die Präsentation kann im Rahmen von Ausstellungen oder Aufführungen in Museen; Theatern oder anderen öffentlichen Häusern in der Stadt oder auch in der Schulaula stattfinden.

Wir bekommen Projektvorschläge und Bewerbungen aus allen Kunstsparten, so zum Beispiel aus der bildenden Kunst, Musik, Tanz, Film, Theater, Literatur. Über alle Sparten sind es etwa 60 bis 70 Projektideen und Vorschläge im Jahr, die an uns herangetra-

gen werden. In Düsseldorf liegt ein Schwerpunkt im Bereich der bildenden Kunst, da zahlreiche Absolventen der bekannten Kunstakademie Düsseldorf Projektanträge stellen.

Zur Vorauswahl geeigneter Projekte wurde ein Beirat gebildet, in dem je ein Ansprechpartner des Jugendamtes, der Schul- und der Kulturverwaltung sowie Künstler aus allen Sparten, die jedoch nicht gerade ein eigenes Projekt vorgeschlagen haben, außerdem Lehrer aus allen Schulformen und Mitarbeiter aus der Jugendhilfe vertreten sind.

Die Beiratsmitglieder setzen sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den eingegangenen Projektvorschlägen auseinander und schlagen dem gemeinsamen Ausschuss aus Jugend, Kultur und Schule Projekte zur Umsetzung vor. Diese werden dann in der Regel im gemeinsamen Ausschuss beschlossen und im folgenden Schuljahr in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen realisiert.

Wenn die Projekte beschlossen worden sind, werden sie durch den Vertreter der Schulverwaltung den Schulen und durch den Vertreter der Jugendverwaltung den Jugendfreizeiteinrichtungen angeboten. Die Schulen und Freizeiteinrichtungen können sich auch um ein Projekt bewerben.

Inzwischen stellen Künstler und Schulen auch gemeinsam Anträge für ein Projekt, das sehr schulbezogen ist, aber das Ziel von Künstlerinnen und Künstlern in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen ist nicht eine Verlängerung des Kunstunterrichts. Es soll stattdessen um Projekte in Schulen und Freizeiteinrichtungen gehen, in denen der Künstler die Kinder tatsächlich mit Formen der Kunst und mit dem Berufsbild des Künstlers vertraut macht und das Projekt soll auch den Alltagsrahmen der Schule oder der Einrichtung sprengen. Es soll also im besten Sinne eine neue Perspektive auf Gegenstände, auf Materialien, auf Film, auf Formen, auf Ausdrucksmöglichkeiten usw. durch die Künstler in die Lebenswelt der Kinder Eingang finden.

Das Anliegen, Kinder an Kunst und Kultur mit gemeinsamen Projekten heranzuführen, ist 2002 nicht ganz uneigennützig von der Kulturverwaltung an die Jugendhilfe herangetragen worden. Die Kulturinstitute, die Museen, die Theater und andere Kulturhäuser stellten eine Überalterung ihres Publikums fest, so dass sie durch die Projekte auch neue und junge Zielgruppen zu erschließen hoffen.

Partnerschaften zwischen Kulturinstituten und Schulen

Ein Kulturinstitut und eine Schulen vereinbaren gemeinsam eine langfristige Partnerschaft. Dies wird beispielsweise von einer engagierten Kunstlehrerin initiiert, die mit der Kultureinrichtung eine Partnerschaft eingehen möchte, um regelmäßig mit ihren Schülern die Einrichtung zu besuchen und mit den Mitarbeitern der pädagogischen Abteilung des Kulturinstituts künstlerisch zu arbeiten.

Patenschaft zwischen Kulturinstituten und Schulen

Eine Schule und ein Kulturinstitut vereinbaren z.B. für den Zeitraum eines Jahres, dass alle Schüler dieser Schule auf Vorlage ihres Schülerscheines die Kultureinrichtung kostenfrei besuchen können.

Der kulturelle Rucksack

Der kulturelle Rucksack ist ein weiterer Baustein des Bereichs Jugendarbeit und Kultur. Er ist auf vergleichbare Projekte aus dem skandinavischen Raum zurück zu führen. Es handelt sich um ein Angebot der Kulturinstitute in Düsseldorf an Kindertageseinrichtungen, an Grundschulen, Hauptschulen und Jugendfreizeiteinrichtungen.

Vier Kulturinstitute, beispielsweise das Tanzhaus NRW, das Schauspielhaus, das Kunstmuseum und das Goethemuseum machen jeweils ein Angebot für die jeweilige Zielgruppe der Schule, der Freizeiteinrichtung oder der Kindertagesstätte. Dann soll die Zielgruppe – zum Beispiel eine ganze Kindertageseinrichtung – vier dieser auf unter 6-Jährigen zugeschnittenen Angebote innerhalb eines Jahres wahrnehmen. Oder eine ganze Grundschule besucht innerhalb eines Jahres diese Institute – mit auf die Altersgruppe der Grundschulkinder zugeschnittenen Angebote. Ebenso sollen eine ganze Hauptschule und zwei Jugendfreizeiteinrichtungen diese Institute besuchen.

Sie besuchen aber nicht nur die jeweils im Projekt angebotene Ausstellung, Vorstellung usw., sondern es soll zusätzlich ein Workshoptag der Kulturinstitute, entweder in diesem Kulturinstitut oder in der Schule, der Kindertageseinrichtung oder der Freizeiteinrichtung stattfinden, in dem das Aufgenommene nachbereitet und verarbeitet wird.

Die Kulturinstitute machen die Angebote, bewerben die Einrichtungen und die Einrichtungen und Schulen melden ihr Interesse, ein solches Angebot wahrzunehmen, an.

Diese Projekte führen wir seit einem Jahr in Düsseldorf durch. Es ist nicht ganz einfach, die Termine der verschiedenen Beteiligten zu koordinieren, aber dort wo es gelingt, ist die Resonanz spannend und positiv.

Offene Ganztagschule

Im Rahmen der offenen Ganztags-Grundschule in Nordrhein-Westfalen haben wir den Bereich der schulischen Bildung und der Betreuung, der von den Jugendhilfeinstitutionen gestaltet wird. Zusätzlich gibt es einen Bereich von Bildungsangeboten. Hier ist ein Angebot der Kulturverwaltung integriert. Es werden Künstler und Künstlerinnen mittels eines Castings ausgewählt, die in der Lage sind, in der Schule in einem fest vereinbarten Rahmen kulturelle Bildungsangebote zu realisieren.

Düsseldorf ist ARTig

„Düsseldorf ist ARTig“ ist aus Jugendhilfesicht eines der schönsten Projekte in Düsseldorf, mit einem gelungenen Titel. Hier geht es auch um alle Bereiche der Kunst:

- Bildende Kunst,
- Film,
- Fotografie,
- Literatur,
- Tanz,
- Theater,
- Musik.

Es ist ein Angebot, das sich dem Prinzip der Partizipation verpflichtet hat. Die Projektideen aus allen Kunstsparten werden in diesem Fall von Kindern und Jugendlichen an die ARTig-Mannschaft herangetragen.

Von einem Beirat werden zahlreiche Projektideen, die für gelungen gehalten werden, ausgewählt. Die Kinder und Jugendlichen, die diese Projektideen eingereicht haben, bekommen über einen Zeitraum von mehreren Monaten, finanziert und unterstützt durch Mittel der Vodafone-Stiftung, einen Künstler der jeweiligen Sparte als Pate zur Seite gestellt, der ihnen hilft, die Idee zu realisieren und das Projekt umzusetzen.

Abschluss und Höhepunkt bildet eine dreitägige Präsentation an exponierter Stelle, beispielsweise im Kunstmuseum, im Tanzhaus NRW, im Schauspielhaus usw., wo die Ergebnisse im Rahmen eines Festivals vorgestellt werden.

Das mittlerweile vierte Festival dieser Art wurde vom 14.-17. November 2007 unter großem Interesse der Öffentlichkeit und der Presse veranstaltet. Die Atmosphäre bei den Präsentationsveranstaltungen ist einmalig. Die Jugendlichen bringen natürlich ihre Familie, Klassenkameraden, Freunde etc. mit.

„Düsseldorf ist ARTig“ ist so besonders, weil es die guten Ideen und Initiativen der Jugendlichen aufgreift und Jugendliche dazu befähigt, mit professioneller Unterstützung eigene, kreative Angebote umzusetzen. Die Jugendlichen sind im Alter zwischen 13 und 22 Jahren, kommen aus allen Schulformen und aus den Jugendfreizeiteinrichtungen.

Drei Tage Rennen

Hinter dem Titel „Drei Tage Rennen“ steht ein Bandwettbewerb im Bereich der populären Musik. Es ist ein vernetztes Projekt von einigen unserer Einrichtungen. Daran sind die „Junge Aktionsbühne“ (JAB), das Zentrum für Aktion, Kultur und Kunst (Zakk) und das Spektakulum, eine Jugendfreizeiteinrichtung mit dem Schwerpunkt Jugendkultur, beteiligt. Nach drei Tagen des Wettbewerbs steht eine Siegerband fest. Diese Band bekommt Gastspielverträge, um im Umland aufzutreten, sowie die Möglichkeit, eine CD mit einer Auflage von 3.000 Stück zu produzieren.

Kinderkinofest

Vom 15. bis 21. November 2007 lief in Düsseldorf das Kinderkinofest. Dieses Projekt wird vom Jugendamt zusammen mit dem Filmmuseum und dem Medienzentrum Rheinland organisiert und in sieben großen Kinos und zahlreichen Jugendfreizeiteinrichtungen der Stadt durchgeführt.

Eine Woche lang wird dort ein besonderes Kinderfilmprogramm gezeigt. Oft gehen ganze Schulklassen ins Kino. Die Filme sind in einem Programmheft mit Empfehlungen versehen, die Auskunft darüber geben, für welche Alters- und Zielgruppe die Filme besonders geeignet sind.

Zusätzlich gibt es ein Begleitprogramm, in dem die Kinder selbst kreativ tätig werden. In diesem Jahr präsentieren die Kinder zum Beispiel selbstgedrehte Filme, die begleitend entstanden sind, in einem der Kinos an einem Tag im Anschluss an das Kinderki-

no fest. Die Kinder sind daher nicht nur Konsumenten von Kinderfilmen, sondern werden im Begleitprogramm an das Medium Film mit seinen verschiedenen Möglichkeiten umfassend herangeführt.

Vernetzung von Jugendkultureinrichtungen

Einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der Jugendarbeit und Kultur in Düsseldorf bildet die Netzwerkarbeit. Folgende Jugendkultureinrichtungen sind in Düsseldorf miteinander vernetzt, so dass sie in verschiedenen Projekten auch unterjährig zusammenarbeiten:

- JAB,
- Spektakulum,
- Baukinder (eine Gruppe von Kindern in einem Bürgerhaus, die in einem eigenen Bereich Kunstprojekte durchführen),
- Kinderspielhaus (Kinderfreizeiteinrichtung mit einer Galerie, das Haus wird von einem Düsseldorfer Künstler geleitet),
- AKKI (ein Kinderkultur-Verein),
- Junges Schauspielhaus.

Arbeitsgruppe 5: Management und Steuerung von Jugendarbeit

Thesen zur fachlichen Entwicklung

DR. HERBERT WIEDERMANN

Leiter des Landesjugendamtes und Abteilungsleiter Überregionale Förderung und Beratung, Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung, Hamburg

Der Gesetzesauftrag ist eindeutig: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen“ (§ 11 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII). § 85 Abs. 1 SGB VIII verpflichtet die Kommunen zur Gewährung der Leistungen der Jugendarbeit. Die Jugendarbeit wird damit als eigenständiger Leistungsbereich im Aufgabenspektrum der Jugendhilfe ausgewiesen. Hinsichtlich Art und Zahl der Angebote der Jugendarbeit besteht ein weiterer kommunaler Gestaltungsspielraum. Die Steuerung der Jugendarbeit gehört zum Kernstück eines professionellen kommunalen Jugendhelfemanagements.

Jugendarbeit hat zum Ziel, jungen Menschen die eigenverantwortliche Entwicklung der Persönlichkeit zu ermöglichen und das Hineinwachsen in die Gesellschaft zu erleichtern. Jugendarbeit sollte dabei über ein eigenständiges Profil mit klarem Bildungs- und Erziehungsauftrag verfügen¹.

Im Rahmen der Gesamtverantwortung der Jugendhilfe und ihres Gewährleistungsauftrages sind die Steuerungsprozesse in der Jugendarbeit so zu führen, dass die intendierten Ziele erreicht werden können.

Zum Management und der Steuerung der Jugendarbeit gehören zwingend Maßnahmen zur Qualitätsförderung, die dazu dienen, diese Prozesse in der Jugendarbeit fortlaufend zu verbessern. Es gehört mittlerweile zum weit verbreiteten Standard, dass die Jugendarbeit auf Grundlage einer Vision (Leitbild), eines Konzeptes und eines Arbeits- / Maßnahmenplans durchgeführt wird². Die kommunale Steuerung stellt den Bezug her zwischen dem Plan und der gegenwärtigen Situation. Die Steuerung bezieht sowohl die Planung, die Zielformulierung als auch den bisherigen Verlauf mit ein. Zur Steuerung gehören Meilensteine mit Zwischenzielen und entsprechenden Meilensteinsitzungen und Feedbackschlaufen. Zur Steuerung gehört auch die aktive Führung der Teams und der Begleitgremien (das heißt Motivieren, Konflikte konstruktiv nutzen, Rahmenbedingungen für Kreativität schaffen etc.) und die Selbstreflexion.

Bundesweit bekannt geworden sind insbesondere die Wirksamkeitsdialoge in Nordrhein-Westfalen. Dort entwickeln die Kommunen selber geeignete Verfahren zur Kon-

¹ Leipziger Thesen zur Jugendarbeit in Deutschland. Verabschiedet aus dem Bundeskongress Jugendarbeit, Leipzig, 27. und 28. September 2006.

² Sturzenhecker, B., Deinet, U., Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim 2007.

zept- und Qualitätsentwicklung der Jugendarbeit und führen mit den zuständigen Akteuren auf verschiedenen Ebenen einen Dialog über Qualität und Wirksamkeit¹.

Die notwendige Debatte über Qualität und Wirksamkeit hat die Bereitschaft politischer Instanzen zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit erkennbar nicht beflügelt. Die Abbruch- und Schrumpfungsprozesse der Jugendarbeit sind empirisch belegbar². Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Kinder- und Jugendarbeit sind seit 2002 insgesamt rückläufig. Dies hat Folgen: an den Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit haben zwischen 2000 und 2004 in den alten Bundesländern 16 Prozent und in den neuen Bundesländern sogar 39 Prozent weniger Kinder und Jugendliche teilgenommen.

Es gelingt offensichtlich nicht, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Politik darzustellen, was die Kinder- und Jugendarbeit leistet, was ihre Inhalte sind, welche Bedeutung sie im Lebens-, Lern- und Integrationsprozess junger Menschen hat. 44 Jahre nach der Veröffentlichung von „Was ist Jugendarbeit?“³ bleibt das Profil der Kinder- und Jugendarbeit undeutlich. Zugleich gibt es erhebliche Kritik an der Effektivität und Effizienz der Jugendarbeit. Die Anforderungen an Qualität und insbesondere an die Wirkungen der Jugendarbeit sind gewachsen.

Meine Ausgangsthese ist:

Die Kinder- und Jugendarbeit ist auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichend eingestellt.

Diese Änderungen betreffen insbesondere die

- strukturellen Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche wachsen heute entgrenzt, individualisiert und verdichtet⁴ auf. *Albert Scherr* betont, dass für die moderne Gesellschaft nicht mehr von Jugend als

¹ Projektgruppe WANJA (Hrsg.): Handbuch zum Wirksamkeitsdialog in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Qualität versichern, entwickeln und verhandeln. Münster 2000. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen: Offene Kinder- und Jugendarbeit. Der Wirksamkeitsdialog. Düsseldorf 2002. Zur Umsetzung in der Kommune vgl. z. B. Axnik, N., Kommunalen Wirksamkeitsdialog in Krefeld. Eine fachpolitische Momentaufnahme aus Sicht der offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Landesjugendamt Rheinland (Hrsg.): Jugendhilfe-Report, Nr. 2, Köln 2005.

² Pothmann, J.: Veranstaltungen der Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel der Statistik. Einschnitte bei den Maßnahmen - Rückgang bei den Teilnehmer/-innen. Forum Jugendhilfe, Heft 1, 2006, S. 57-61. Hafener, B.: Jugendarbeit zwischen Veränderungsdruck und Erosion. In: Deutsche Jugend, 2005, Heft 2, S. 57-67.

³ Müller, C.W., Kentler, H., Mollenhauer, K., Giesecke, H.: Was ist die Jugendarbeit? Vier Versuche zu einer Theorie. München 1964.

⁴ Wie sich die erkennbaren Prozesse der Beschleunigung, Verkürzung, Dynamisierung und Verdichtung auf Jugendliche auswirken ist zurzeit nur unzureichend untersucht. Grundlegend analysiert diese Modernisierungsprozesse die ausgezeichnete Studie von Rosa, H.: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main, 2005.

einer klar eingrenzbaren Lebensphase oder sozialen Gruppe gesprochen werden kann, die gemeinsame psychische und soziale Merkmale aufweist.¹

- Neuprogrammierung des Sozialen². *Anthony Giddens*³ fordert Investition in menschliches Kapital vorzunehmen statt direkt Zahlungen an Bürgerinnen und Bürger zu leisten. An die Stelle des Sozialstaates soll ein Sozialinvestitionsstaat treten. Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ wurde der neue aktivierende Sozialstaat⁴ zur Blaupause der Reform der wohlfahrtsstaatlichen Politik, die nun auch die Kinder- und Jugendarbeit erreicht.

Die veränderten Rahmenbedingungen zwingen die Kinder- und Jugendarbeit, ihre Rolle zum Teil neu definieren zu müssen. Dabei besteht die Gefahr, dass fachliche Grundüberzeugungen über Bord geworfen werden. Es gehört beispielsweise zu den unseriösen Entwicklungen, mit welcher Geschwindigkeit und welcher unkritischen Einstellung Elemente des Neuen Steuerungsmodells (NSM) auf die Kinder- und Jugendarbeit übertragen werden. Der Rückzug der Jugendämter aus der praktischen Jugendarbeit und ihre Konzentration auf die Steuerung der Träger sind verbunden mit einem dramatischen Verlust an Know-how in den Jugendämtern. Die Träger der Jugendarbeit berichten zunehmend, dass sie in den Jugendämtern keine kompetenten Gesprächspartner mehr finden.

In meinem Verständnis meint Management und Steuerung zunächst die Verantwortung und Initiierung der notwendigen fachlichen Entwicklungen der Kinder- und Jugendarbeit. Das sozialwirtschaftliche Management unterstützt mit seinen Finanzierungssystemen, Rechenschaftspflichten und Qualitätsverbesserungsmaßnahmen nachhaltig die fachlichen Entwicklungen.

Wie muss eine Jugendarbeit aussehen, die sich diesen Herausforderungen stellt?

Dazu werden im Folgenden **sechs kurze Thesen** entwickelt⁵.

These 1: Jugendarbeit muss Orte bereitstellen, die leicht erreichbar sind.

Jedem jungen Mensch ist es zu ermöglichen, an den qualitativ hochwertigen Angeboten und Diensten der Jugendarbeit⁶ in seiner Freizeit teilzuhaben. Dies gilt insbesondere für

¹ Scherr, A.: Konturen einer genuin soziologischen Jugendforschung. In: Mansel, J., Griesse, H.M., Scherr, A. (Hrsg.): Theoriedefizite der Jugendforschung. Standortbestimmung und Perspektiven. Weinheim 2003, S. 49-66.

² Kessl, F., Otto, H-U.: Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neosozialen Programmierung Sozialer Arbeit. Neue Praxis, Heft 5, 2002, S. 444-457.

³ Giddens, A.: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main, 1999.

⁴ Die Neudefinition wohlfahrtsstaatlicher Politik ist ausführlich diskutiert in: Dahme H.-J., Wohlfahrt, N.: Aktivierender Staat. Ein neues sozialpolitisches Leitbild und seine Konsequenzen für die soziale Arbeit. Neue Praxis, 2002, Heft 1, S. 10-32.

⁵ Die folgenden Thesen nehmen insbesondere Erkenntnisse der angelsächsischen Fachdebatte auf: DfES Youth Matters. London 2005. DfES Youth Matters - Next Steps, Something to do, somewhere to go, someone to talk to. London 2006. HM Treasury, Department for Children, Schools and Families, Aiming high for young people. A ten years strategy for positive activities. London 2007.

⁶ Hochwertig meint in diesem Zusammenhang attraktive, strukturierte, positive Freizeitaktivitäten.

sozial benachteiligte und marginalisierte junge Menschen, die diese Einrichtungen oft nicht oder als einzige Gruppe nutzen. Die Herausforderung liegt darin, die Einrichtungen und Dienste der Jugendarbeit praktisch für alle Jugendlichen offen zu halten und gleichzeitig sozial benachteiligte Jugendliche zu erreichen und sie an den informellen Lernprozessen teilnehmen zu lassen. Erreichbarkeit meint dabei nicht nur die Fähigkeit der jungen Menschen, die „sozialen Räume“ physisch zu erreichen und zu betreten, sie bezieht sich auch auf Angebote, die den Bedarf und Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen und es den jungen Menschen erlauben, an den Aktivitäten praktisch teilzunehmen. Erreichbarkeit, Angebots- und Teilnehmerstruktur bilden die Grundfaktoren für die Inanspruchnahme der Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit.¹ Fachkräfte, Eltern und öffentliche wie freie Jugendhilfeträger müssen zusammenarbeiten, um allen Jugendlichen im Stadtteil die größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

These 2: Jugendarbeit muss Orte bereitstellen, die sicher sind.

Von zusätzlich herausragender Bedeutung ist es, dass junge Menschen an Freizeitaktivitäten in sozialen Räumen teilnehmen, in denen sie sich physisch und emotional sicher fühlen:

- Orte, an denen junge Menschen nicht wegen ihres Migrationshintergrundes, ihres Glaubens oder ihres Geschlechts schikaniert und abgewertet werden.
- Orte, an denen Jugendliche nicht geschlagen werden, die gewaltfrei sind, wo ein gewaltfreies Klima herrscht.
- Orte, wo aufmerksame Fachkräfte genau hinschauen, ob ein Jugendlicher in seiner Familie oder seinem Umfeld misshandelt wird und die aktiv eingreifen, um diesem jungen Menschen hilfreich zur Seite zu stehen.

Physische und emotionale Sicherheit lässt sich in Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendhilfe nur herstellen, wenn die Fachkräfte klare und konsistente Regeln, Erwartungen und Grenzen aufstellen und (altersentsprechend) durchsetzen.

These 3: Jugendarbeit sollte zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen beitragen.

Die Ergebnisse der bundesweiten Kinder- und Jugendstudie KiGGS liefern einen breiten Überblick über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.² Aus der Studie erfahren wir, dass 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 3 und 17 Jahren übergewichtig sind. Weitere 6 Prozent leiden an Adipositas³, wobei Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund besonders betroffen sind. 17 Prozent der untersuchten Kinder und Jugendlichen zwischen 11 und 17 Jahren haben Verhaltensauffälligkeiten in einem

¹ Daneben können individuelle Faktoren wie Einstellungen, Kompetenz, Alter und Entwicklungsstand zusätzlich auf die Inanspruchnahme der Einrichtungen einwirken.

² Robert-Koch-Institut (Hrsg.): Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Bundesgesundheitsblatt. Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz 5/6, 2007.

³ Adipös ist jeder 12. Jugendliche ab 14 Jahren. Die zu erwartenden gesundheitlichen und psychosozialen Auswirkungen dieser Entwicklung geben Anlass zur Sorge.

Bereich, wie emotionale Probleme, Hyperaktivitätsprobleme, Probleme mit Gleichaltrigen und Verhaltensauffälligkeiten. Jeder fünfte junge Mensch in Deutschland weist Symptome einer Essstörung auf. Nahezu jeder dritte junge Mensch in der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen raucht.

Es sollte daher selbstverständlich sein, dass Alkoholkonsum und Rauchen in den Einrichtungen der Jugendarbeit nicht toleriert wird.

Jugendarbeit muss dazu beitragen, Jugendliche stark zu machen, damit sie gesund aufwachsen und den Übergang in die Rolle eines Erwachsenen meistern können. In den Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sollte gutes Bio-Essen angeboten werden¹. Jugendarbeit muss mehr Sportangebote entwickeln. Sport kann für junge Menschen ein Weg sein, Vertrauen und Selbstbewusstsein zu entwickeln und Verhaltensprobleme zu überwinden.

These 4: Jugendarbeit muss für junge Menschen attraktiv sein, sie bilden und integrativ wirken sowie zur Verbesserung des alltäglichen Lebens von Jugendlichen praktisch beitragen.

Studien belegen, dass formelle Bildungsprogramme in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ineffektiv sind.² Insofern betrachtete ich es mit Skepsis, dass in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zunehmend curricular organisierte Programmpunkte auftauchen, die dazu dienen, die Konkurrenzfähigkeit von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern oder die Schule von einem Teil ihres Bildungsauftrages zu entlasten (Projekttag, Hausaufgabenhilfe). Zu leicht ersetzen zweckorientierte Angebote die Selbsttätigkeit der Jugendlichen, ihre Möglichkeit Aktionen und Projekte selbst zu planen und umzusetzen, Arbeitsinhalte und -formen selbst zu bestimmen.

Erfolgreiche Freizeitmaßnahmen sind strukturierte und nicht akademische Aktivitäten auf dem Gebiet des Sports und der Künste. Aktivitäten, die Freude machen, herausfordernd sind und Konzentration verlangen. Sie unterstützen informelles Lernen und beziehen junge Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und ethnischen Hintergründen ein. So weit wie möglich ist die Teilnahme an den Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit freiwillig. Da, wo sie nicht freiwillig sind,³ muss es der Fachkraft gelingen, den anfänglichen Widerstand durch entsprechende Aushandlungsprozesse zu überwinden.

In der Jugendarbeit muss es viel mehr kulturelle Aneignung geben – also Tanzprojekte, Theaterprojekte, Musikprojekte in den Einrichtungen. Die Teilnahme an Kunst, Musik, Theater und Tanz⁴ hilft Vertrauen, Selbstvertrauen und Selbstdisziplin aufzubauen und entwickelt soziale Verhaltensweisen und die Fähigkeit in Gruppen zusammenzuarbeiten. Es unterstützt junge Menschen dabei, den Geist zu erweitern, leichter Kontakt zu Freunden zu finden, mit schwierigen Erfahrungen besser umzugehen und kreativer zu denken.

¹ Hierfür wären die entsprechenden Finanzaufweisungen anzuheben.

² Zaff et al.: Promoting Well-being Among America's Teens. Knight Foundation, 2002.

³ Z.B. bei einer verbindlichen Kooperation mit einer Ganztagschule

⁴ Hervorragend: z.B. Community Dance Projects, Roy Maldoon „Can Do, Can Dance“

In Einrichtungen der Jugendarbeit sollten die kreativen und sportlichen Angebote mit niedrigschwelligen und nicht stigmatisierenden Hilfsangeboten gekoppelt werden. Wenn junge Menschen Probleme mit Partnerschaft und Sexualität haben, sollten sie in der Jugendarbeit vertrauenswürdige Ansprechpartner finden; bei Ablösungsprozessen vom Elternhaus sollten ihnen qualifizierte Sozialarbeiter beistehen; gut qualifizierte Fachkräfte sollten Aktivitäten mit Gleichaltrigen positiv anregen; der Zusammenhalt in der Familie sollte unterstützt werden.

Junge Menschen und ihre Eltern sollten in die Entwicklung und Durchführung von Freizeitmaßnahmen einbezogen werden. Das gibt ihnen Gestaltungsmacht und stellt sicher, dass Freizeitmaßnahmen entwickelt werden, die von allen gewünscht und akzeptiert sind. Erfolgreiche Freizeitprogramme beachten daher genau den andauernden starken Einfluss der Eltern auf ihre Söhne und Töchter. Eine gute Elternarbeit ist ein *Muss* in einer modernen Jugendarbeit.

These 5: Jugendarbeit muss Struktur haben und den Zusammenhalt sowie den Erfolg in der Gruppe fördern.

Neuere Untersuchungen belegen, dass das Ausmaß von „Struktur“ in offener Kinder- und Jugendarbeit von hoher Bedeutung ist¹. Das meint, dass die Freizeitaktivität ein Ziel hat und einen Zweck, gut organisiert ist und geleitet wird durch einen vertrauenswürdigen Erwachsenen oder einen älteren Jugendlichen. Junge Menschen, die einen Jugendklub mit hoch strukturierten Aktivitäten besuchen, haben es leichter im späteren Leben – sie sind glücklicher, leben in stabileren Beziehungen, haben gute Qualifikationen und verdienen mehr Geld. Man muss dem Geselligkeitwunsch der Jugendlichen nachkommen. Da darf man lachen können, – da darf man aber auch gemeinsam etwas erreichen dürfen; da darf man an gemeinsamen Projekten und Zielen scheitern dürfen; da darf man aber auch Träume leben und versuchen, sie zu erreichen².

These 6: Jugendarbeit leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Kommune.

In Zeitungen sollte man lesen können, dass sich ein Jugendclub an der Beseitigung des Mülls im Stadtteil beteiligt, einen neuen Spielplatz revitalisiert oder alte Menschen in einem Altersheim besucht; wichtig ist, dass Jugendarbeit als „Stadtteilkümmerer“ zumindest zeitweilig in Erscheinung tritt.

Wenn eine solche Veränderung in der Praxis Platz greifen würde, dann würde die politische Akzeptanz von Jugendarbeit in der Politik, aber auch in den Quartieren einen deutlichen Aufschwung nehmen.

Dringend notwendig erscheint deshalb die Entwicklung einer fachpolitischen Strategie zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit, die folgende „**10 Gebote**“ beinhalten sollte:

¹ Feinstein, L., Robson, K.: Leisure Contexts in Adolescence and their Effects on Adult Outcomes; a More Complete Picture, 2007.

² Vgl. Harvard Family Research Project: List of all Out-of-School Time Program Evaluations, 2007 www.harvard.edu

1. **Notwendig sind neue und „renovierte“ Räume für junge Menschen in allen Quartieren der Stadt.** Große Sporthallen, voll ausgerüstete Krafträume, Indoor-Kletterwände, Fußballplätze und Boxarenen unter Anleitung von qualifizierten Sporttrainern sind im Stadtteil verfügbar. Theaterbühne, Musikstudio, Cyber-Kaffee, Chill Out Area mit Fernseher und Pool Billard gehören zur Standardausstattung eines Freizeitheims und können unter Anleitung von qualifizierten Fachkräften der Jugendarbeit genutzt werden. Kaffee und ein gesundes, warmes Essen sind in jedem Freizeitheim verfügbar.
2. **Jugendarbeit muss demonstrieren, dass sie darauf vertraut, dass Jugendliche einen wertvollen Beitrag leisten und vernünftige Entscheidungen fällen können.** Nur so lässt sich ein klares Signal an die jungen Menschen über ihren zukünftigen Platz in der Gesellschaft senden. Einen verbesserten Zugang und eine höhere Beteiligung junger Menschen in der Jugendarbeit lässt sich dadurch erreichen, dass der Einfluss der Jugendlichen auf die Dienste und Einrichtungen effektiver gestaltet wird. So sollte zum Beispiel die Beteiligung der jugendlichen Nutzerinnen und Nutzer bei der Einstellung oder Entlassung von Fachkräften der Jugendarbeit zum Minimalstandard gehören. Zur Umsetzung ihrer eigenen Projekte brauchen junge Menschen finanzielle Ressourcen, über die sie allein entscheiden: Es sollten daher Haushaltsmittel bereitgestellt und entsprechende Verfahren entwickelt werden. Ziel könnte sein, dass die jungen Menschen in den nächsten 10 Jahren über rund ein Viertel aller Ausgaben der Jugendarbeit selbst entscheiden. Junge Menschen sind als junge Bürger anzusprechen – dies bildet auch die Grundlage für ihre Beziehungen zu Erwachsenen im Quartier.
3. **Jugend muss durch Jugend geführt und geleitet werden.** Die Inhalte und Verfahren zur Entwicklung der Jugendleiterinnen und Jugendleiter (Jugendleiter-Card) sind weiterzuentwickeln und deutlich auszubauen.
4. **Jungen Menschen in sozial benachteiligten Räumen und mit persönlichen Problemen muss Gelegenheit gegeben werden, für sich selbst zu sprechen** und den politisch Verantwortlichen direkt zu sagen, welche Angebote und Infrastruktur sie in ihrem Stadtteil benötigen.
5. **Junge Menschen brauchen öffentliche Rituale**, in denen sie den Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen zelebrieren können. Alle Einrichtungen der Jugendarbeit zelebrieren jährlich gemeinsamen eine „Woche der Jugend“.
6. **Junge Menschen mit Problemen brauchen sehr individuelle Unterstützungsmaßnahmen**, die ihnen helfen, ihr Leben wieder in den Griff zu kommen. Die Beratungsangebote sind niedrigschwellig durch besonders geschulte Fachkräfte in den Jugendfreizeitheimen zu erbringen.
7. **Insbesondere sozial benachteiligte junge Menschen benötigen die Chance, eine Zeit außerhalb der Familie zu leben, sich mit anderen jungen Menschen zu treffen** – aus anderen Stadtteilen, aus anderen Nationen, mit anderem Glauben.

8. Über die Hilfesysteme im Stadtteil muss **vollständige Transparenz** herrschen. Die notwendigen Informationen müssen in der Nachbarschaft angeboten werden.
9. **Die örtlichen Jugendpolitikverantwortlichen sollten sicherstellen, dass die Räume und Freizeitangebote annehmbar, einfach zu erreichen und sicher sind.** Alle Einrichtungen und Dienste der Jugendarbeit sollten einmal jährlich durch die verantwortlichen Politiker besucht und einer „Inspektion“ unterzogen werden. Die Ergebnisse dieses „wirkungsorientierten Dialogs“ sind in geeigneter Weise zu veröffentlichen.
10. **Eine qualitativ hochwertige Jugendarbeit erfordert gut ausgebildete, erfahrene und vertrauenswürdige Fachkräfte.** Die Fachkräfte müssen in der Lage sein, mit den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe, der Schule, der Gesundheitsdienste und den anderen Institutionen im Stadtteil konstruktiv zusammenzuarbeiten. In Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf sollten Modellversuche von integrierten, multidisziplinären sozialen Diensten in Freizeiteinrichtungen erprobt werden.

Steuerungsstandards in der Jugendarbeit

Die Verpflichtung zur Konzeptentwicklung gehört heute zum Standard der Steuerung im Bereich der Jugendarbeit.¹ Das Konzept ist eine schematische Darstellung der künftig zu leistenden Jugendarbeit. Das Herzstück des Konzepts ist die Zielsetzung. Hier werden die Ziele² benannt, die die Jugendarbeit erreichen will und die Indikatoren, die aussagen, wann die Ziele als erreicht gelten. Ein Konzept enthält eine Beschreibung der Maßnahmen, die vorgesehen sind und der Wirkungen, welche die gewählten Maßnahmen haben sollen. Die Qualität der Jugendarbeit wird an der Erreichung dieser Ziele und an der Wirkung der eingesetzten Maßnahmen gemessen. **Konzeptentwicklung erfordert:**

- ein Assessment, welches die Relevanz für die Kinder und Jugendlichen, das Gemeinwesen und die Bedarfsbegründung für die Jugendarbeit darlegt,
- eine Zielformulierung, die den zukünftig gewünschten Zustand festhält,
- Strategien und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele,
- Indikatoren, die eine Messung der Zielerreichung ermöglichen,
- Verfahren, die eine Überprüfung ermöglichen,
- einen detaillierten Finanzplan (Budget).

Konkret heißt das: Die Jugendämter haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit Konzepte entwickeln bzw. fortschreiben, die den oben genannten Kriterien entsprechen. Die Konzepte sollen Aussagen zum Standort und

¹ Für Hamburg z.B.: Globalrichtlinie GR J 2/06 vom 13.12.2005 – Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in den Bezirken

² Z.B. Zielsetzungen aus den Bereichen Bildung, Betreuung, Erziehung, soziale Chancengleichheit, Ressourcenorientierung, Empowerment.

zum Einzugsbereich, zu den Zielen und den Zielgruppen, zu den Öffnungszeiten und den Angebotsschwerpunkten sowie zu den Ressourcen enthalten. Bei der Konzeptentwicklung ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zwingend vorzusehen, Aspekte des Gender Mainstreaming sind zu beachten. Vorteilhaft wäre es, wenn die Erfahrungen von innovativen Projekten der Jugendarbeit (Leuchtturmprojekte) sich erkennbar in der Fläche, das heißt in anderen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wiederfinden.

Jugendarbeit muss sich zielgerichtet vernetzen. Die Jugendämter haben darauf hinzuwirken, dass sich die Konzepte der Einrichtungen auf die bestehende Infrastruktur und die konkreten Lebenslagen von Familien beziehen und dass sie Angaben zur Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (zum Beispiel Schulen, Jugendverbände, Sportvereine, Kultureinrichtungen und Religionsgemeinschaften) im Einzugsbereich enthalten. Dabei sind besondere Arbeitsschwerpunkte im Rahmen informeller und außerschulischer Kinder- und Jugendbildung zwischen den Jugendämtern und den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in geeigneten Zielvereinbarungen zu verabreden. Angebote zur Kinder- und Jugendbildung sind nach Einrichtungsarten und im Hinblick auf Alters- und Entwicklungsstand der beteiligten Kinder und Jugendlichen zu entwickeln.

Den öffentlichen und privaten Anstellungsträgern der Jugendarbeit würde ich empfehlen, dem unterjährigen Fachcontrolling eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Das unterjährige Fachcontrolling erfordert eine Etappierung der Jugendarbeit, das heißt die angestrebte Jugendarbeit wird mittels Meilensteinen in mehrere Etappen gegliedert. Die Meilensteine sind zeitlich so verteilt, dass eine periodische Reflexion des Fortschritts der Jugendarbeit ermöglicht wird.

Die öffentlichen und privaten Anstellungsträger der Jugendarbeit haben dafür Sorge zu tragen, dass die fachlich begründeten Ziele mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln auch wirklich erreicht werden können.

Besonders erfolgreich sind Praxisprojekte, denen die Einbettung in übergeordnete kommunale und jugendpolitische Strategien gelingt. In Hamburg sind dies insbesondere Projekte, die sich an Stadtentwicklungsprogrammen zur Revitalisierung von Stadtteilen oder einem Konzept „Hamburg – wachsende Stadt“ beteiligen.

Was muss eine Mitarbeiterin, ein Mitarbeiter können, um Jugendarbeit professionell zu betreiben? Auf diese Frage gibt es von den Ausbildungsstätten höchst unterschiedliche Antworten.¹ Erstaunlicherweise wird die Kompetenzfrage bei den Anstellungsträgern der öffentlichen und privaten Jugendhilfe kaum diskutiert.² In der Praxis begnügt man sich mit formalen Abschlüssen und dem Nachweis von einschlägigen Fortbildungen. Personalentwicklungspläne und die damit verbundenen Verfahren sind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit eine Seltenheit.

¹ Thole W., Küster, E-U.: Wenn Jugendarbeit zum Beruf wird. Die Qualifikationsfrage der Kinder- und Jugendarbeit. In: Rauschenbach Th., Düx, W., Zücher, I.: Jugendarbeit im Aufbruch. Selbstvergewisserungen, Impulse, Perspektiven, Münster 2002, S. 159-180.

² Die Fortbildung der Landesjugendämter könnte in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung für die Fachlichkeit in der Jugendarbeit haben.

Zum Standard gehört die Dokumentation der Maßnahmen und Ergebnisse der Jugendarbeit. Die Konzepte der Jugendarbeit sind mit einem regelhaften Berichtswesen zum Zweck der Evaluation zu verbinden und sollen Grundlage der von den Jugendhilfeausschüssen zu verabschiedenden Jugendhilfeplanungen sein. Sie sollen regelmäßig gemeinsam mit den Einrichtungen überprüft und bewertet werden. Jugendarbeit hat unterschiedliche Wirkungen, beabsichtigte und nicht beabsichtigte Effekte. Für beabsichtigte Wirkungen sind „Indikatoren“ formuliert worden, anhand derer nun am Ende des Berichtszeitraums die Zielerreichung überprüft werden kann. Auch nicht beabsichtigte Wirkungen (sowohl negative wie positive) sollten beobachtet und im Evaluationssystem erfasst und bewertet werden. Die Nachhaltigkeit der Veränderungen sollte belegbar sein. Zur Evaluation gehört insbesondere, die Motivation und Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen und der Mitarbeiter mit den Angeboten der Jugendarbeit in regelmäßigen Abständen zu erheben. Die Leitungskräfte der Jugendarbeit sollten sich regelmäßig die Frage stellen, ob sie durch ihre Arbeit in der Politik sowie bei den Bürgerinnen und Bürgern ein verändertes Verständnis von Jugendarbeit erzeugen konnten. Gibt es thematische Ermüdungserscheinungen, ist also das Thema für die Politik/die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr aktuell, obwohl die Probleme noch nicht gelöst sind? Leitungskräfte sollten (wegen der starken Konzentration auf die Zielgruppe Jugend) auch ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der strukturellen Probleme legen, das heißt auf Einrichtungs- und Projektleitung, Team, Organisation der Jugendarbeit (Teamentwicklung, Kompetenzbildung, Aufbrechen von Konflikten).

Höhere Bedeutung verdient auch die Valorisierung. In einem eigenständigen Arbeitsschritt erfolgt die Aufbereitung, Verbreitung und Nutzbarmachung der Evaluationsergebnisse der Jugendarbeit gegenüber den Jugendlichen und ihren Eltern, den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik.

Kommunales Management und Steuerung der Jugendarbeit hat zusammenfassend die Funktionen:

- Jugendarbeit in verschiedenen Phasen systematisch reflektieren und bewerten,
- Stärken und Verbesserungspotenziale identifizieren,
- Prioritäre Bereiche bestimmen, in denen Verbesserungen notwendig sind,
- Qualitätsziele setzen und Verbesserungsmaßnahmen festlegen.

Management und Steuerung der Jugendarbeit begreift die Jugend vor dem Hintergrund des institutionellen Bezugsrahmens der Schule und des gesamten Systems der sozialstaatlichen Förderer-, Unterstützungs- und Hilfsangebote. Notwendig ist es daher, Jugendarbeit im Rahmen eines ganzheitlichen, multiprofessionellen Arbeitsansatzes zu verorten.

Orte der Jugendarbeit sind als Basisinfrastruktur für junge Menschen unverzichtbar. Unterschiedliche Lebensentwürfe von Jugendlichen erfordern unterschiedliche Einrichtungstypen und individualisierte Interventionen der Fachkräfte. In der Jugendarbeit sind daher die unterschiedlichen Maßnahmen zu definieren und zu typisieren. Kommunal ist zu entscheiden, welche Maßnahmen der Jugendarbeit die Kommune durch eigene Leis-

tungen erbringt und welche Leistungen durch freie oder private Träger erbracht werden sollen.

Die Maßnahmen aggregieren sich bei den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe zu „Geschäftspolitiken“ und Programmen mit bestimmten Zielen und Größen und bei den Anbietern zu festen, unter Umständen dauerhaften Strukturen, allerdings entsprechend der Nachfrage, beschränken sich also auf den Bedarf der Jugendlichen und richten sich nicht nach den Möglichkeiten und Interessen der freien oder privaten Träger.

Die Erfolgskontrolle erfolgt auf zwei Ebenen:

- Messen der Wirkung der Maßnahmen der Jugendhilfe im Bezug auf eine Einrichtung oder ein Projekt und
- Messen der Wirkung auf Programmebene (Geschäftsstatistik der Jugendarbeit).

Auf der Grundlage dieser Erfolgskontrolle erfolgt ein Nachsteuern auf der Ebene der Einrichtung oder des Projektes oder eine Anpassung von Maßnahmetypen und Programmen der Jugendarbeit auf kommunaler Ebene.

Arbeitsgruppe 5: Management und Steuerung von Jugendarbeit

Management und Steuerung in der Jugend(sozial)arbeit der Stadt Stuttgart

MANFRED NIEWÖHNER

Jugendhilfeplaner, Jugendamt Stuttgart

1. Rahmenbedingungen in Stuttgart

Ich bin Jugendhilfeplaner in einem Team von sieben Mitarbeitern. Jeder ist für unterschiedliche Regionen der Stadt Stuttgart sowie für einen inhaltlichen Schwerpunkt zuständig. Mein inhaltlicher Schwerpunkt ist die Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit.

1.1. Daten zur Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in Stuttgart (12.06)

In Stuttgart leben 35.000 Kinder im Alter von 6 bis unter 14 Jahren und 39.000 Jugendliche im Alter von 14 bis unter 21 Jahren. Wir haben in Stuttgart 135 Einrichtungen (Jugendhäuser, Mobile Jugendarbeit, offene Kinderhäuser, Jugendfarmen, Schulsozialarbeit). Die Jugendverbände sind hierbei nicht erfasst. Für die Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, einschließlich Jugendverbandsarbeit, gibt es 285 Stellen hauptamtlicher Mitarbeiter. In der offenen Kinderarbeit kommen auf 100 Kinder 0,24 Stellen und für die Arbeit mit Jugendlichen auf 100 Jugendliche 0,37 Stellen.

Unser Jugendamt selbst ist kein Träger der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Sämtliche Einrichtungen stehen unter freier Trägerschaft.

1.2. Daten zur Versorgung in den Steuerungsbereichen

Das Stadtgebiet ist in 17 Steuerungsbereiche aufgeteilt, die wir RTK-Kreise (Regionale Trägerkoordination) nennen. Oft ist das ein Stadtbezirk, in wenigen Fällen haben wir Stadtbezirke zu einem Steuerungsbereich zusammengefasst, die wir auf Grund der topografischen, örtlichen und räumlichen Lage jeweils gut getrennt betrachten und analysieren können. Regionale Trägerkoordination bedeutet, dass wir die Jugendhilfe innerhalb der Steuerungsbereiche organisiert haben. Es gibt in jedem Steuerungsbereich eine Kommunikationsstruktur der regionalen Jugendhilfe.

Diese 17 Steuerungsbereiche haben wir in 138 Planungsräume gegliedert, um sozial-räumliche Besonderheiten noch besser herausarbeiten zu können. Die Steuerungsbereiche sind sehr heterogen. Ein Steuerungsbereich kann von zwei bis 22 Planungsräume umfassen. Wir haben Steuerungsbereiche mit 8.000 Einwohnern und einen Steuerungsbereich mit 68.000 Einwohnern. Das ist ein Spiegel der Vielfalt in Stuttgart.

Die Spannbreite der Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit bewegt sich zwischen 0,0 bis 0,82 Stellen je 100 Kinder und zwischen 0,04 bis 1,24 Stellen je 100

Jugendliche in den Planungsräumen. Darin zeigen sich sehr unterschiedliche Versorgungsgrade und die Lebenssituationen der Familien in den Planungsräumen. Wir haben Planungsräume, die stark belastet sind und in denen wir wesentlich stärker in der Kinder- und Jugendarbeit präsent sind.

2. Steuerung der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit in Stuttgart

2.1. Struktur der Steuerung

Wir haben in Stuttgart keinen allgemein für alle Handlungsfelder gültigen Kinder- und Jugendbericht. Wir arbeiten in Projekten, um die Angebote entweder handlungsfeldbezogen oder sozialraumbezogen weiterzuentwickeln. Die Steuerung der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit vollzieht sich nach folgendem Modell (**Abbildung 1**):

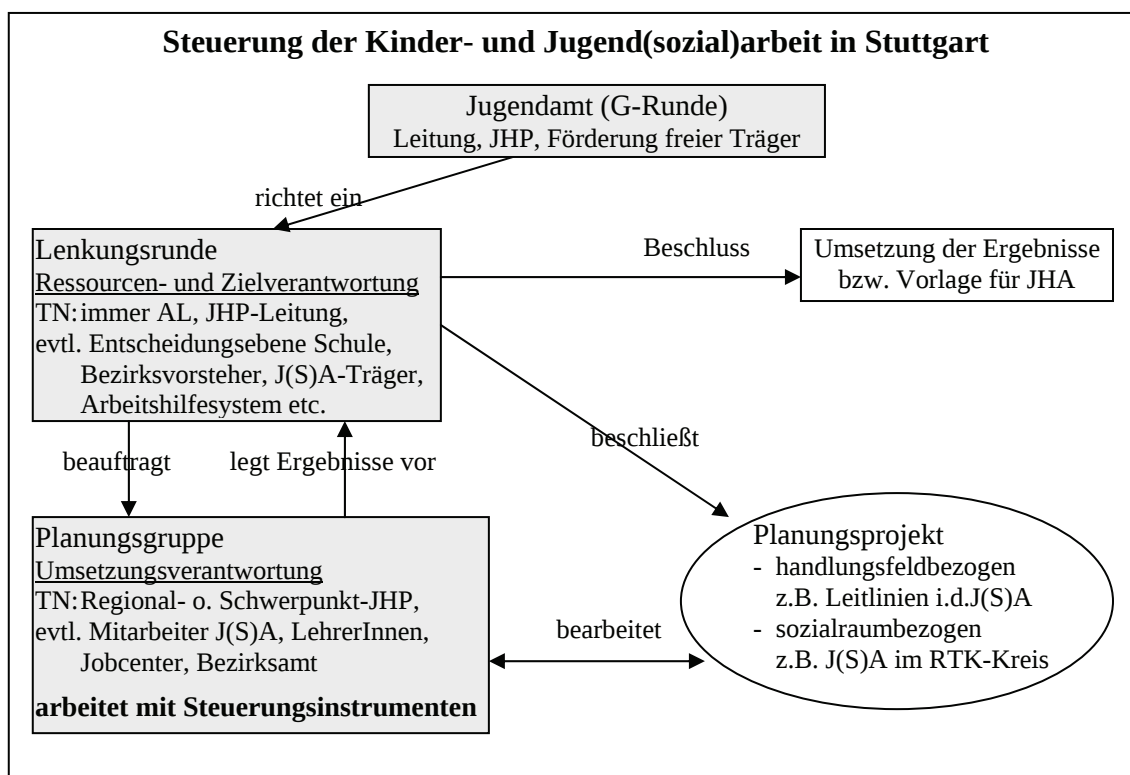


Abbildung 1

© Manfred Niewöhner

Die aktiven Partner sind in den grau unterlegten Feldern verzeichnet. Das Modell soll am Beispiel eines sozialraumbezogenen Projektes zum Thema „Neue Formen der Jugendarbeit in einem Stadtbezirk“ verdeutlicht werden.

Bad Cannstatt ist der größte Stadtbezirk in Stuttgart mit 68.000 Einwohnern. In Cannstatt-Mitte sollte das Jugendhaus abgerissen werden. Daraus ergab sich die Situation, dass wir dort die Jugendarbeit komplett neu gestalten konnten. Wir hatten in Cannstatt-Mitte bisher ein großes Jugendhaus mit fünf Mitarbeitern sowie einen kleinen Jugendtreff (mit zugehender Jugendarbeit) sowie eine kirchliche Einrichtung mit einem offenen Angebot. Wir brauchten also einen neuen Standort. Unsere Überlegung ging dahin, eventuell statt eines großen mehrere kleine Standorte der Jugendarbeit aufzubauen und

die Offene Jugendarbeit anders zu gestalten. Dieses Thema wurde zunächst im Jugendamt in der Gesamtverantwortungs(G)-Runde der Jugendhilfe erörtert. Darin sind der Amtsleiter, die Leitung der Jugendhilfeplanung und die Abteilung Förderung freier Träger vertreten.

Anschließend wurde zu diesem Thema eine Lenkungsgruppe eingerichtet. Die Lenkungsgruppe steuert das Projekt, sie trägt die Ressourcen- und Zielverantwortung. In diesen Lenkungsgruppen sind immer die Amtsleitung und die Leitung der Jugendhilfeplanung vertreten. Themen- oder standortbezogen können die jeweiligen Partner, die das Projekt mitgestalten wollen und auch sollen, hinzukommen. Im vorliegenden Beispiel waren es der Bezirksvorsteher, die Träger der Jugend(sozial)arbeit, die bislang in Bad Cannstatt Angebote vorhalten, und die Kirchengemeinden.

Diese Lenkungsgruppe beschließt das Planungsprojekt, in unserem Fall ein sozialraumbezogenes Handlungsprojekt. Gleichzeitig hat die Lenkungsgruppe eine Planungsgruppe mit der Umsetzung des Projektes beauftragt, nicht mit den Maßnahmen, die daraus folgen sollen, sondern nur mit der Umsetzung. In der Planungsgruppe arbeiteten Mitarbeiter und Hausleiter des Jugendhauses, Mitarbeiter der kirchlichen Jugendarbeit, Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialdienstes, Mitarbeiter der Offenen Kinderarbeit sowie Vertreter des Jugendrates und Jugendliche aus dem Jugendhaus.

Die Planungsgruppe arbeitet mit den Steuerungsinstrumenten, die uns vorliegen. Sie bearbeitet das Planungsprojekt. Nach Abschluss des Planungsprojektes legt sie die Ergebnisse der Lenkungsgruppe vor. Die Lenkungsgruppe ist entweder einverstanden oder die Ergebnisse werden noch einmal zurück an die Planungsgruppe zur Bearbeitung und Modifizierung gegeben. Anschließend wird von der Jugendhilfeplanung der Beschluss als Vorlage für den Jugendhilfeausschuss erstellt.

Bei dem Planungsprojekt Bad Cannstatt wurde beschlossen, dass wir nach wie vor mit einem großen Standort vertreten sein wollen. Die Jugendlichen haben nach entsprechender Abfrage signalisiert, dass es für sie auf Grund ihrer Mobilität kein Problem ist, sich innerhalb dieses großen Stadtbezirks zu einem zentralen Standort zu bewegen. Ihnen war es lieber, ein großes, qualitätsvolles Angebot mit einer großen Vielfalt zu bekommen, als viele kleine Einrichtungen, die diese Vielfalt nicht bieten könnten. Damit waren auch die Lenkungsgruppe und auch der Bezirksvorsteher einverstanden. Einen Standort für ein neues Jugendhaus mit fünf Mitarbeitern und einem Angebot für etwa 5.000 bis 10.000 Jugendliche direkt im Stadtgebiet zu finden, ist immer schwierig. Da war es sinnvoll, die bezirkspolitische Ebene in den Entscheidungs- und Planungsprozess einzubeziehen. Wir haben das Projekt auch im Bezirksamt vorgestellt und dort Rückenstärkung erfahren. Mittlerweile ist ein Standort gefunden worden und das Jugendhaus wird nun so umgesetzt, wie es im Projekt beschlossen wurde.

Nach diesem Modell verlaufen bei uns Planungsprojekte, so steuern wir neue Angebote der Jugendarbeit. Das Beispiel betraf ein sozialraumbezogenes Projekt. In einer ähnlichen Struktur haben wir als handlungsbezogene Projektthemen beispielsweise die Leitlinien zur geschlechterbewussten Arbeit mit Jungen und Mädchen erstellt. Der Ausbau der Schulsozialarbeit wurde in einer ähnlichen Form abgehandelt. Wir müssen jedoch nicht bei allen Themen diesen großen Kreis mit allen Einrichtungen einbeziehen. Aber die Struktur bleibt ähnlich.

2.2. Werkzeuge, Hilfsmittel, Instrumente der Steuerung

Uns stehen folgende Werkzeuge zur Verfügung:

- 1) Sozialdatenatlas,
- 2) Versorgungsstrukturanalyse,
- 3) Prognosen, Statistiken zur demographischen Entwicklung,
- 4) Versorgungsvereinbarung der Jugend(sozial)arbeit für die Steuerungsbereiche,
- 5) Berichtswesen, Fachcontrolling (Berichte zu Kennzahlen und Evaluierung),
- 6) Kommunikationsstrukturen zwischen Jugendamt, Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Für alle Projekte ist der **Sozialdatenatlas** unerlässliches Hilfsmittel. Mit Hilfe des Sozialdatenatlas', der unterschiedliche Indikatoren für die Planungsräume vorstellt, zum Beispiel Anteil von Kindern und Jugendlichen, Anteil von Alleinerziehenden, Belastungsindikatoren wie Jugenddelinquenz, Hartz-IV-Empfänger, Übergangsquoten von Grund- in Hauptschulen usw. können wir die Planungsräume qualifiziert beschreiben. Letzteres ist sehr interessant, erwies sich aber insofern als problematisch, weil das Schulamt nicht wollte, dass wir die Quoten auf jede Grundschule bezogen darstellen. Das ist verständlich, weil es Diskussionen provoziert. Wir haben das daher auf die Steuerungsebene bezogen.

Anhand der Indikatoren haben wir versucht, die verschiedenen Planungsräume ins Verhältnis zueinander zu setzen. Dabei haben wir sieben Gebietstypen herausgearbeitet, von relativ unbelasteten Wohngebieten mit geringen belastenden Faktoren als Gebietstyp 1 bis hin zu sehr schwierigen Wohngebieten mit hoher HzE-Fallzahl, hohem Anteil von Jugenddelinquenz usw. als Gebietstyp 7. Wir haben versucht, die Planungsräume diesen sieben Gebietstypen zuzuordnen, um eine Vergleichbarkeit herzustellen. Der Sozialdatenatlas ist also ein wichtiges Hilfsmittel, um zunächst die Sozialräume charakterisieren zu können.

Wir haben des Weiteren eine **Versorgungsstrukturanalyse** der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Stuttgart erarbeitet. Damit liegen uns Informationen über die Versorgungszahlen in den jeweiligen Planungsräumen vor. Diese haben wir innerhalb der Gebietstypen vergleichbar gemacht. Es ist allein sinnvoll, Versorgungszahlen innerhalb eines Gebietstyps zu vergleichen, damit wir zum Beispiel in einem Planungsraum des Gebietstyps 7 eine Angebotserweiterung vornehmen und begründen und somit ausgleichend wirken können.

Von den ca. 20 Trägern, die in den Arbeitsbereichen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit tätig sind, unterhalten drei große Träger 80-90 Prozent der Einrichtungen. Diese sind in jedem Steuerungsbereich aktiv. Mit diesen Trägern haben wir eine **Versorgungsvereinbarung** geschlossen. Wenn wir einen akuten Handlungsbedarf sehen, zum Beispiel, wenn Jugendliche sich Abend für Abend an einer Straßenbahnhaltestelle treffen und Nachbarn sich wiederholt wegen Ruhestörung beschweren, oder wenn wir dringend in einem Stadtgebiet Mobile Jugendarbeit brauchen und bisher dort kein Angebot haben, sind die vorhandenen Einrichtungen der drei Träger laut der Vereinbarung ver-

pflichtet, sich dieses Themas anzunehmen. Es kann natürlich sein, dass für die Lösung des Problems die personellen Ressourcen nicht ausreichen. In diesem Fall muss das Thema gemeinsam mit der Jugendhilfeplanung besprochen werden. Die „Erstversorgung“ liegt jedoch zunächst in der Verantwortung der Träger, die in den Steuerungskreisen aktiv sind. Mit dieser Versorgungsvereinbarung haben wir seit mehreren Jahren gute Erfahrungen. In einzelnen Fällen kann die Verständigung zwischen den Trägern aber auch problematisch sein.

Im **Berichtswesen und Fach-Controlling** sind wir in Stuttgart noch nicht so gut aufgestellt. Wir haben im Bereich der Hilfe zur Erziehung ein über mehrere Jahre laufendes Steuerungsprojekt und inzwischen ein sehr gutes Berichtswesen und Fachcontrolling, aber im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit stehen wir erst noch am Anfang. In der Schulsozialarbeit haben wir mittlerweile ein arbeitsfähiges Berichtswesen entwickelt. In der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit existiert ein Fachcontrolling bislang nicht. Qualitätsmanagementkonzepte wurden von den Trägern eingerichtet.

Ein wichtiges Hilfsmittel sind die **Kommunikationsstrukturen** zwischen dem Jugendamt und den Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Darauf baut unsere Planungsphilosophie auf. Es ist für uns unerlässlich, dass wir in einem intensiven Kontakt mit den Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bleiben, um Angebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, um Qualifizierungsangebote für Mitarbeiter auszuarbeiten usw.

2.3. Kommunikations- und Kooperationsstruktur in der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit

Neben den o.g. Hilfsmitteln bildet die Kommunikations- und Kooperationsstruktur eine zweite Säule der Steuerung der Kinder- und Jugendarbeit (**Abbildung 2**).

In der Zentralen Trägerkoordination (ZTK) der Kinder- und Jugendhilfe sind die Amtsleitung, die Jugendhilfeplanung, die Abteilung Förderung sowie die großen Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Stuttgart vertreten. Die Trägerkoordination arbeitet nicht handlungsfeldbezogen. In der ZTK sind die Träger aller Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe eingebunden. Diese Vertreter treffen sich viermal jährlich, um sich zu neuen Entwicklungen, neuen Bedarfslagen, Entwicklungen zu allen Themen der Kinder- und Jugendhilfe in Stuttgart und bundesweit, zum Beispiel zum Kinder- und Jugendhilfebericht, Shell-Studie usw. auszutauschen.

Die ZTK gibt Informationen und Aufträge weiter an die RTKs. Die RTKs sind das Abbild der ZTK, jedoch auf der Ebene der regionalen Steuerungsbereiche. Auftrag heißt zum Beispiel: Die Leitlinien zur geschlechterbewussten Arbeit mit Jungen und Mädchen sind nach Erarbeitung durch zwei AGs nach § 78 SGB VIII verabschiedet worden und werden nun von der ZTK an die RTKs gegeben mit der Aufforderung, sich damit zu befassen. Wir haben uns nicht darauf verlassen, dass die Leitlinien ausschließlich über die Trägerlinie an ihre Einrichtungen weitergereicht werden. Auch in den regionalen Kooperationsstrukturen sollen die Einrichtungen sich mit diesem Thema befassen. Es ist wichtig, dass sich die Einrichtungen in den Planungsräumen mit dem Thema auseinandersetzen und entsprechende Angebote zur geschlechterbewussten Arbeit mit Jungen und Mädchen entwickeln.

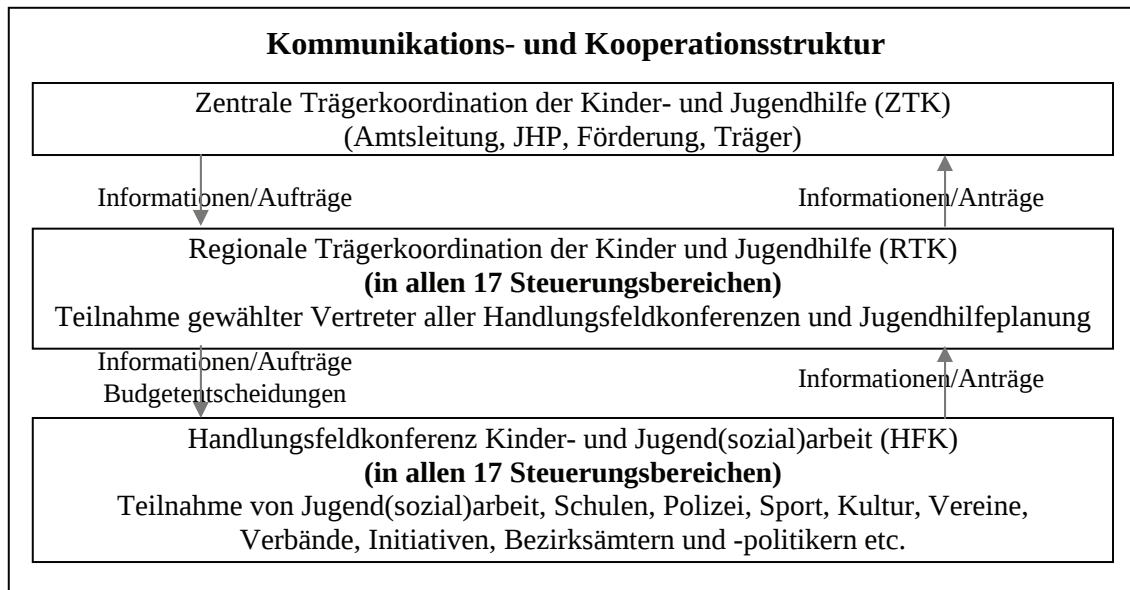


Abbildung 2

© Manfred Niewöhner

Die Regionale Trägerkoordination umfasst alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auf der Steuerungsebene. In beinahe allen RTK-Kreisen gibt es eine Handlungsfeldkonferenz Kinder- und Jugend(sozial)arbeit. Dort treffen sich alle Einrichtungen regelmäßig vier- bis sechsmal im Jahr zu Themen der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit, die in ihrem Steuerungsbereich interessant sind. Hier sind nicht nur Einrichtungen der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit vertreten, sondern auch Schulen, Polizei, Sport, Kultur (zum Beispiel Stadtteilbüchereien), Vereine, Verbände, Initiativen auch von einzelnen engagierten Bürgern, Bezirksämtern und -politikern etc.

In dieser Handlungsfeldkonferenz werden alle Themen der Kinder- und Jugend(sozial)arbeit diskutiert und es werden Maßnahmen beschlossen, um Aufträge oder Projekte umzusetzen, zum Beispiel die Umsetzung der Leitlinien der Jungenarbeit. Es werden außerdem Angebote in Kooperation mit den Beteiligten der Handlungsfeldkonferenz eingerichtet. Die Versorgungsvereinbarung, die für die Träger verpflichtend ist, wird hier in den Handlungsfeldkonferenzen gelebt. Den Mitarbeitern der Jugendarbeit ist bewusst, dass sie die Themen gemeinsam aufgreifen müssen und dass sie gemeinsame Konzepte entwickeln müssen. Sie bleiben dabei in ihrer Trägerschaft, aber die Kooperation in der Handlungsfeldkonferenz Kinder- und Jugend(sozial)arbeit funktioniert in der Regel sehr gut.

Jede RTK verfügt über ein Budget aus städtischen Mitteln, um Projekte der Kinder- und Jugendhilfe zu fördern. Diese Mittel richten sich nach den Gegebenheiten des Steuerungsbereichs. Auf der Ebene der Handlungsfeldkonferenz werden Projekte entwickelt und beantragt und die RTK entscheidet, welche Maßnahmen gefördert werden. Es herrscht ein sehr großes Interesse auf der Ebene der Handlungsfeldkonferenzen, gute Kooperationsprojekte zu gestalten. Daher stellt sich diese Förderung als ein sehr wichtiges und zugkräftiges Instrument dar.

Aufgaben der Regionalen Trägerkoordination (RTK)

Die Regionale Trägerkoordination (RTK):

- erörtert Entwicklungen im Stadtbezirk zu allen Handlungsfeldern,
- entscheidet über Projektanträge im Rahmen des RTK-Budgets,
- informiert sich über fachliche Entwicklungen der Kinder- u. Jugendhilfe allgemein,
- informiert die Geschäftsführung der ZTK über örtliche Entwicklungen,
- befasst sich mit Aufträgen der ZTK,
- beauftragt HFKs zu inhaltlichen Themen.

Beispiel für Kommunikationsverlauf:

Die HFK Kinder- und Jugendarbeit stellt fest, dass im Planungsbereich XY eine zu geringe Versorgung in der offenen Kinderarbeit besteht. Die Ursache für diese Situation ist, dass ein neues Wohngebiet entstanden ist und die Zahl der Kinder dadurch sprunghaft angestiegen ist, aber nach wie vor nur geringe Stellenkapazitäten für offene Kinderarbeit zur Verfügung stehen. Die HFK gibt diese Information an die RTK weiter. Die RTK informiert gegebenenfalls die ZTK hierüber und – wenn notwendig – befasst sich die ZTK mit diesem Thema. Auch auf diesem Weg kann ein Planungsprojekt entstehen.

Aufgaben der Handlungsfeldkonferenz Kinder- und Jugend(sozial)arbeit:

Die Handlungsfeldkonferenz:

- erörtert Handlungsfeldbezogene (Bedarfs-)Entwicklungen im Steuerungsbereich und erarbeitet Arbeitsansätze,
- informiert sich über fachliche Entwicklungen,
- informiert sich über Angebote im Steuerungsbereich,
- entwickelt Angebote, Projekte mit Trägern des gleichen oder aus anderen Handlungsfeldern und Systemen (mit Kitas + Schulen, Polizei, Kultur).
- Hier wird die Versorgungsvereinbarung, bezogen auf die Jugend(sozial)arbeit gelebt.

Die Handlungsfeldkonferenz ist die Mitarbeiterebene der Einrichtungen und in der RTK sitzen in der Regel die Leitungsebene der Einrichtungen und die Jugendhilfeplanung. Die Jugendhilfeplanung ist bei allen RTK-Sitzungen in allen Steuerungsbereichen vertreten und bei Bedarf auch in den Handlungsfeldkonferenzen. Wir sind außerdem in der Projektentwicklung und -bearbeitung eingebunden, wir begleiten die Projekte vom Anfang bis zum Ende. Die Ergebnisse zeigen uns, dass wir hier einen guten Weg gefunden haben.

Arbeitsgruppe 6: Jugendarbeit und Migration

GÖKAY SOFUOĞLU

Hausleiter im HAUS 49, Gesellschaft für soziale Jugendarbeit Stuttgart-Nord

Ursprünglich aus der Türkei kommend, lebe ich seit 27 Jahren in Deutschland. Seit 17 Jahren arbeite ich im HAUS 49 in Stuttgart, einer Caritas-Einrichtung, die zur Mobilen Jugendarbeit Stuttgart gehört und deren Schwerpunkt auf der Gemeinwesenarbeit liegt.

Haus 49 arbeitet in mehreren Bereichen und Facetten (**Abbildung 1**), von Schulsozialarbeit bis Kinderkrippe, von Integrationskursen bis zum Fastenbrechen-Essen. Das Haus 49 arbeitet sozialraumorientiert und sehr nah an den Menschen orientiert. Ehrenamtlichkeit spielt eine große Rolle.

Haus 49 – Arbeitsfelder	
Kinder	effektive Hausaufgabenbetreuung für etwa 70 Grundschul Kinder täglich in enger Kooperation mit den Schulen im Stadtteil mit anschließenden Sport- und Spielangeboten und mit Unterstützung von vielen ehrenamtlich Tätigen ▪ kreative Bastel- und Werkstattkurse ▪ erholsame Kinderfreizeiten auf dem Land ▪ abwechslungsreiche Ausflüge und Erkundungen ▪ große Spielaktionen für Kinder aus dem Stadtteil ▪ Sprachförderung ▪ Atelierunterricht in der Schule
Mobile Jugendarbeit	▪ Das <u>Erweiterte Betreuungsangebot</u> (EBA), welches Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und freizeitpädagogische Aktivitäten umfasst. ▪ Die Schulsozialarbeit als Schnittstelle zwischen Schülern, Lehrern und Eltern. ▪ Das <u>Streetwork</u> als klassisches Arbeitsfeld, um Jugendlichen Gehör und Beachtung zu verschaffen, deren Möglichkeiten sonst sehr eingeschränkt sind. ▪ <u>Gruppenarbeit</u> in Form von Clubs, die Jugendlichen Raum bieten, soziale Handlungsfelder zu erschließen und ihnen Rückzugsmöglichkeiten bieten, welche ihnen sonst fehlen. ▪ Die <u>Einzel(fall)hilfe</u> soll Kindern und Jugendlichen als persönliche Hilfestellung in Krisensituationen Lösungsmöglichkeiten bieten bzw. beratend und verknüpfend wirken. ▪ Neben der Vernetzung von Einrichtungen eines Stadtteils in Stadtteilgremien betreiben wir aktivierende Gemeinwesenarbeit mit Jugendlichen und den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Stadtteils.
Schulsozialarbeit	Projekte wie „Freunde schaffen Erfolg“
Erwachsene und Familien	▪ stets offene Türen: Anlaufstelle, Beratungen und Hilfestellungen für alle Stadtteilbewohner ▪ multikulturelle Heimat: <u>Räume für deutsche und nichtdeutsche Gruppierungen und Vereine</u> ▪ <u>maßgeschneiderte Sprachkurse</u> und <u>Qualifizierungsangebote</u> ▪ traditioneller Treff bei Kaffee und Kuchen für Ältere interreligiöse Begegnungen, sowie Fastenbrechenessen, Adventscafe, ▪ türkischer und italienischer Seniorenklub ▪ vielseitige Angebote für Eltern und Familien: Kochen, Tanzen, ...

Abbildung 1

© Gökay Sofuoğlu

Das Projekt „Freunde schaffen Erfolg“

Ich möchte ein Projekt mit dem Titel „Freunde schaffen Erfolg“ vorstellen, das zeigt, dass Jugendarbeit und Migration sehr viel mit Qualifizierung von jungen Menschen zu tun hat. Dieses Projekt zielt auf die Qualifizierung der jungen Migranten an Hauptschulen.

Die Hauptschüler mit Migrationshintergrund haben sehr wenige Möglichkeiten auf dem Lehrstellenmarkt. Zunächst haben sie sprachliche Defizite, außerdem fehlt die Unterstützung von der Familie. Wir arbeiten mit der Rosensteinschule zusammen, in der 92 Prozent der Schüler Migranten sind.

Inhalt dieses Projektes ist, dass ehemalige, erfolgreiche Jugendliche aus dem Stadtviertel, die es geschafft haben, eine Ausbildung abzuschließen und erfolgreich in ihrem Beruf zu arbeiten, die Hauptschüler von der 8. Klasse an auf ihren Weg ins Berufsleben begleiten. Sie verpflichten sich für zweieinhalb Jahre, ehrenamtlich diese Jugendlichen zu begleiten. Damit erhalten die Jugendlichen Unterstützung auf der gleichen Augenhöhe, weil die Eltern doch in dem Bereich mehr oder weniger versagt haben und die Sozialarbeiter bei den Jugendlichen nichts zu sagen haben. Daher haben wir uns gedacht, dass die Jugendlichen authentische Personen aus dem gleichen familiären Milieu mit demselben Erfahrungshintergrund als Mentoren besser annehmen.

Die Peers beraten die Jugendlichen bei der Berufsauswahl, helfen beim Schreiben von Bewerbungen, geben Tipps und sind wichtige Ansprechpartner. Es ist wichtig, dass die Peers die Jugendlichen zu ihren Betrieben mitnehmen, damit diese auch einmal Betriebsklima kennen lernen, da sie oft geringe Vorstellungen darüber haben, was Berufsausbildung und den Weg dorthin ausmacht.

Ohne Qualifizierung findet keine Integration statt. Ziele des Projektes sind daher:

- Jugendliche in Ausbildung zu bringen,
- Förderung der Ausbildungsreife von Jugendlichen,
- Unterstützung bei der Suche nach Praktika- und Ausbildungsstellen,
- Verringerung der Zahl der Schülerinnen, die das Berufsvorbereitende Jahr aus Pflichtgründen und Alternativlosigkeit besuchen,
- Verringerung der Zahl der Ausbildungsabbrüche,
- Bündnisse zwischen Firmen, Institutionen und Schule schließen.

Ein Projektgang ist inzwischen gelaufen. Die Jugendlichen wurden über zweieinhalb Jahre – von der 8. Klasse bis zum ersten Berufsbildungsjahr – von acht Peers betreut. Die Peers erhalten für ihr Engagement eine Aufwandsentschädigung. Da sie früher selbst Unterstützung im Haus erhalten haben, haben sie diese Entschädigung wieder zurück gespendet. Sie sind darin viel großzügiger als viele Ämter in der Stadtverwaltung.

Sieben von den bisher betreuten Jugendlichen haben eine Ausbildung begonnen, sechs Jugendliche besuchen eine weiterführende Schule und vier Schüler absolvieren ein Ein-

stiegsqualifizierungsjahr. Das stellt eine 150-prozentige Verbesserung zum davor liegenden Jahr dar. Wir beginnen jetzt den neuen Durchgang.

Das Projekt hat eine Auszeichnung von der **Alfred Toepfer Stiftung F.S.V.** für die Idee bekommen, allerdings ohne eine finanzielle Anerkennung, sondern als Anerkennungs-urkunde.

Träger des Projekts ist das Internationale Stadtteilzentrum Haus 49, durchgeführt von einer halben Stelle. Kooperationspartner ist die Rosenstein-Schule. Finanziell werden wir sowohl von der Stadtverwaltung als auch, und das mit einem erheblichen Anteil, von einem Stiftungskreis unter der Leitung der Louis Leitz Stiftung unterstützt. Dieser Stiftungskreis besteht aus:

- Louis Leitz Stiftung,
- Heidhof Stiftung,
- Dengler-Wender Stiftung,
- Anna Haag Stiftung,
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung,
- The Stuttgart Connection,
- Stabsstelle Integrationspolitik der Stadt Stuttgart.

Abbildung 2 zeigt ein Foto von Unterstützern, unterstützten Jugendlichen und Peers. Der Herr mit der Krawatte ist ein Filialleiter von EDEKA, der drei Jugendliche zur Berufsausbildung gebracht hat.



Projektbeteiligte: Peers, SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern, Frau Leitz (Louis-Leitz-Stiftung), Frau Macher (Rektorin der Rosensteinschule)

Abbildung 2

© Gökay Sofuoğlu

41 Hauptschülerinnen und Hauptschüler sind in das Projekt eingebunden.

Durch ihr Engagement haben die Peers auch die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen in ihren Firmen erreicht. Sie konnten sich selbst weiter qualifizieren. Einige nehmen demnächst ein Studium auf.

In so einem Stadtviertel wie dem Nordbahnhof-Viertel mit einem Migranten-Anteil von 50 Prozent (92 Prozent bei den Jugendlichen) ist Arbeit auf Augenhöhe, Arbeit mit den Eltern und Arbeit von früher Kindheit an sehr wichtig. Hier werden die Kinder schon von 0 bis 3 Jahren und später in der Hausaufgabenbetreuung von 6 bis 12 Jahren betreut.

Weitere Informationen: <http://www.haus49.de/>

Arbeitsgruppe 7: Jugendarbeit im Rahmen der „Sozialen Stadt“

Schnittstelle zwischen Gesundheitshilfe und Jugendhilfe. Das E&C-Programm¹

ANDREAS HEMME,

*Arzt und systemischer Familientherapeut; Kinder- und Jugendgesundheitsdienst,
Gesundheitsamt Treptow-Köpenick, Berlin*

Zu dieser Fachtagung wurde ich nicht vorrangig als Vertreter des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes eingeladen, sondern als Mitwirkender der Regiestelle E&C (Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten), dem Partnerprogramm der Bund-Länderinitiative „Die Soziale Stadt“. Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ausgerichtete Programmplattform E&C endete nach sechsjähriger Laufzeit Ende 2006.² Mit der Umsetzung der Programmplattform E&C war die Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ beauftragt.

Die Regiestelle E&C hatte die Aufgabe, auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene sozialwissenschaftliches Know-how zu recherchieren und zu publizieren sowie Vernetzung zu befördern. Hauptzielgruppe waren lokale Akteure/-innen der Stadtteile oder Gebiete mit kommunalen Armutslagen, welche als Programmgebiete der Bund-Länder-Initiative „Die Soziale Stadt“ ausgewiesen sind. Je nach Fachverständnis werden diese Stadtteile, die durch sich gegenseitig verstärkende negative Lebensbedingungen und strukturelle Entwicklungen gekennzeichnet sind, als benachteiligende Stadtteile, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf oder als soziale Brennpunkte bezeichnet. Diese Stadtteile und Quartiere, auf die sich die BMFSJ Programmplattform E&C konzentrierte, wurden in einem Klärungsprozess zwischen den Kommunen und Bundesländern im Rahmen der oben benannten Bund-Länder-Initiative „Die Soziale Stadt“ ermittelt.

Zur Entwicklungsgeschichte der Programme „Soziale Stadt“ und „E&C“

Das Programm „Die Soziale Stadt“, das seit 1999 in der Bundesrepublik existiert, greift in den siebziger Jahren in der europäischen Stadtentwicklung entstandene Konzepte zum integrativen und beteiligungsorientierten Handeln auf, insbesondere bezogen auf Stadtteile und Quartiere mit starken Segregationen der Wohnbevölkerung. Zu diesem Zeitpunkt entstanden in europäischen Städten Stadtteile, in denen sich Bewohner/innen mit Migrationshintergrund oder mit sozialen Problemen konzentrieren. Viele Staaten reagierten auf diese Entwicklung mit Konzepten sozialer Stadt(teil)entwicklung. In

¹ Ausführungen dieses Beitrags basieren auf einer Veröffentlichung im „Suchtmagazin“ (Schweiz): Hemme, A.; Schwarz, R.; Dinkelacker, P.: „Gesundheitsförderung und Prävention in sozialen Brennpunkten“. Suchtmagazin 03/2006.

² www.eundc.de

Deutschland gibt es eine entsprechende bundespolitische Strategie seit der Jahrtausendwende. Der nun auch in Deutschland praktizierte integrierte Stadtteilentwicklungsansatz des Programms „Die Soziale Stadt“ setzt konsequent ein integriertes Vorgehen um und bindet spezifische Mittel des Städtebaus. Mit einer Änderung des Baugesetzbuchs im Jahre 2004 wurden die Maßnahmen der Sozialen Stadt zur Daueraufgabe der Städtebauförderung. Zugleich wurde der Mittelbündelung für Soziale-Stadt-Gebiete besondere Bedeutung zugewiesen¹. Damit soll der Vereinzelung des Mitteleinsatzes der Ministerien und Fachbereiche nur in ihrem Arbeitsfeld und nur unter separaten Zielsetzungen entgegengewirkt werden. Der integrierte Handlungsansatz der Stadtentwicklung setzt in den Sozialen-Stadt-Gebieten zum ersten Mal ressortübergreifend Mittel auch zur Entwicklung anderer Bereiche ein. So ist zum Beispiel im Leitfaden der ARGEBAU² zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Die Soziale Stadt“ die Gesundheitsförderung als ein bedeutendes Arbeitsfeld der Stadtentwicklung benannt. 2006 stellte die Bundesregierung zusätzlich Haushaltsmittel im Rahmen dieses Programms in ihren Haushaltsentwurf für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein, die für Modellvorhaben in den Gebieten der Sozialen Stadt zur Verfügung stehen sollen und „...auch für (nicht investive) Zwecke wie Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie wie Gründerzentren eingesetzt werden können.“³

Wurden im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung von Beginn an sehr viele Maßnahmen unternommen, ohne dass den Akteuren/innen auch deren gesundheitsfördernde Wirkung bewusst war, rücken jetzt präventive Handlungsstrategien und die Gesundheitsförderung immer stärker ins Blickfeld. Die Programmplattform E&C mit ihren Teilprogrammen und die Bemühungen der Regiestelle E&C trugen zusätzlich dazu bei, dass das Handlungsfeld der Gesundheitsförderung insbesondere für Kinder, Jugendliche und Familien, zielgerichteter in die integrierten Handlungskonzepte vor Ort eingebunden wurde.⁴

Partizipation und Beteiligung

Die wesentlichsten Handlungsparameter der Sozialen Stadt sind Partizipation und Beteiligung aller lokalen Akteure und Akteurinnen inkl. der Bewohner und Bewohnerinnen des Stadtteils. Dabei geht es um eine ernsthafte, teilnehmende Beteiligung, also um Entscheidungskompetenz und Mitwirken an der Umsetzung und Beurteilung der Maßnahmen. Wichtigstes Umsetzungsmedium der Sozialen Stadt hierfür ist das Quartiersmanagement. Die Quartiersmanager/innen haben darüber hinaus die intermediäre Aufgabe, mittels eines integrierten Handlungskonzeptes das Zusammengehen aller Ressorts und Ressourcen zu organisieren. Dies geschieht auf drei Ebenen: der kommunalpolitischen Ebene, der administrativen (Ämter-)Ebene und der Stadtteilebene. Dies sind gemeinsame Handlungsmaximen aller mehr als 400 Programmstandorte der Sozialen Stadt. Die Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brenn-

¹ Baugesetzbuch § 171e

² Arbeitsgemeinschaft der Bauministerien von Bund und Ländern

³ Newsletter E&C vom 21.03.2006

⁴ Themenschwerpunkte und Publikationen mit Bezug zu Gesundheit/Gesundheitsförderung unter www.eundc.de/seiten/info/pub_uebers.html.

punkten“ (E&C) war die Reaktion des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf den integrierten Ansatz der Stadtentwicklung und versuchte, die Ressourcen des Ressorts bezogen auf die Entwicklung von Zukunftschancen junger Menschen in den Sozialen Stadt-Gebieten zu konzentrieren. Die Gebiete, auf die sich E&C bezieht, sind identisch mit denen der Sozialen Stadt. Unter dem fachlichen Paradigma von Sozialer Arbeit als Koproduktion versuchte E&C vorhandene Ressourcen (zum Beispiel des Kinder- und Jugendplans des Bundes oder aus dem Europäischen Sozialfond), Planungen (zum Beispiel sozialräumliche Jugendhilfeplanung) und Handlungskonzepte (zum Beispiel Gemeinwesenarbeit) auf die Programmgebiete zu konzentrieren.

Arbeitsweise der Regiestelle E&C

Wesentliche Handlungsformen für die Organisation von Wissenstransfer und die Vernetzungsarbeit der Regiestelle E&C waren Zielgruppenkonferenzen, Fachforen, Expertenwerkstätten, Beratungsarbeit und das Betreiben eines Internetportals: www.eundc.de. Die Zielgruppenkonferenzen richteten sich an die verschiedenen lokalen Akteure/innen: kommunale Mitarbeiter/innen, die in Jugend- und anderen kommunalen Ämtern Verantwortung für diese Gebiete tragen, Quartiersmanager/innen und Vertreter/innen freier Träger. Alle Ansprechpartner/innen in den Gebieten, alle Dokumentationen der Konferenzen, die in Auftrag gegebenen Expertisen und aktuelle Informationen wurden auf der E&C Website veröffentlicht. Unter dem Programmdach von E&C wurden verschiedene Modellprogramme des Bundes subsumiert. Derzeit findet in den Programmgebieten das aus Mitteln des europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Fördervorhaben „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ statt.¹ Die für den Bund reservierten Mittel des ESF-Programms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ – LOS fließen überwiegend in Mikroprojekte, die geeignet sind, Beschäftigung und Ausbildung der Menschen in E&C-Gebieten zu unterstützen. In die Umsetzung dieses Fördervorhabens flossen die Auswertungen aus E&C-Teilprogrammen, insbesondere die Erfahrungen mit integrierten lokalen Ansätzen ein. In den LOS-Programmgebieten müssen eigene konkrete Zielsetzungen in einem lokalen Aktionsplan festgelegt werden. Es muss ein verbindliches Ämternetzwerk gebildet werden, eine koordinierende Stelle eingerichtet und ein Begleitausschuss (Bürger/-innenbeteiligung) berufen werden. Dieser entscheidet über die Förderung der einzelnen Mikroprojekte, definiert Ziele und bewertet die Wirkungen der Projekte. Neben ressortübergreifendem Ämterhandeln, muss die Partizipation der Bürger/innen verbindlich organisiert sein. An 40 Prozent dieser Ämternetzwerke sind Gesundheitsämter beteiligt. Das ist ein ungewöhnlicher Erfolg, da Gesundheitsämter bisher nicht selbstverständlich in ämterübergreifendes Arbeiten eingebunden sind.

Soziale Arbeit als Koproduktion

Mit der Ausrichtung auf das Konzept „Soziale Arbeit als Koproduktion“ versuchte E&C einen Perspektiven- und Paradigmenwechsel in der Sozialen Arbeit. Neu an der hier gewählten Herangehensweise ist, Soziale Arbeit von gemeinsamer Entwicklungszielstellung her zu diskutieren und zu organisieren sowie hierzu alle vorhandenen Ressourcen integriert und wirkungsorientiert zusammenzuführen. Das Konzept zielt auf indivi-

¹ www.los-online.de

dualisierte, in den Sozialraum gepasste Chancengerechtigkeit, hinsichtlich sozialer Integration und des Erwerbs von Zukunftskompetenzen für junge Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen. Es grenzt sich somit von Konzepten ab, die von den Ressourcen ausgehen, welche in die Jugendhilfe eingegeben werden (Inputorientierung) oder die sich über die eingesetzten fachlich differenzierten Strategien definieren (Professionalisierung/Spezialisierung) und von Konzepten, die sich an speziellen, individuellen Veränderungen, zum Beispiel hinsichtlich delinquenten Verhaltens orientieren (Outputorientierung). Zentrale Perspektive „Sozialer Arbeit als Koproduktion“ in E&C sind die Fragen: Was wollen wir erreichen, und wie kann man dies gemeinsam mit den Jugendlichen, den Bewohner/innen und lokalen Akteuren erreichen? Es wird so versucht, Kooperation hin zur Koproduktion zu verändern. Die wichtigste Ergebnisdimension, die für junge Menschen angestrebt wird, ist die Entwicklung von Zukunftskompetenzen. Dazu gehören formelle und informelle Bildung, berufliche und soziale Integration, und dazu gehören auch Gesundheitschancen, Interkulturalität sowie ein strategisches Integrationsmanagement für Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund. Umsetzungspotenziale für eine „Soziale Arbeit als Koproduktion“ liegen in lokalen Steuerungsstrategien, integrierten, lokalen Entwicklungskonzepten, der Stärkung von Zivilgesellschaft und Partizipation. Die Nähe zu Handlungsstrategien und Zieldefinitionen der Gesundheitsförderung liegt auf der Hand.¹

Gesundheit als Querschnittsthema im E&C-Prozess

Junge Menschen, die in Gebieten der Sozialen Stadt/E&C-Gebieten aufwachsen und leben, erfahren in vielerlei Hinsicht Benachteiligungen, wobei sich diese Benachteiligungen häufig gegenseitig potenzieren. Am deutlichsten wurde und wird dies im Bereich Bildung und Ausbildung. Nicht nur die Pisa-Studien belegten eindrücklich, wie stark die Zusammenhänge zwischen sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligungen und dem Erwerb von Bildungschancen in Deutschland im Gegensatz zu vielen europäischen Nachbarstaaten auftreten. Diese katastrophale Zustandsbeschreibung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und die Reaktionen hierauf, stimmen zu einem großen Teil mit einer in den letzten Jahren von vielen unterschiedlichen Institutionen erhobenen Datensammlung überein, die den Fokus auf einen anderen, für Entwicklungs- und (Über-)Lebenschancen wichtigen Bereich setzt: die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Und es zeigt sich auch hier eindeutig und unwiderlegbar der Zusammenhang zwischen sozialer Ausgangslage und gesundheitlichem Status auf der einen Seite und den Zugangsmöglichkeiten zum medizinischen Versorgungssystem und insbesondere zu gesundheitsfördernden und präventiven Maßnahmen auf der anderen Seite. *Mielck, Schwarz und Hemme* weisen in ihrem Beitrag zum zweiten E&C-Fachforum „Vernetzung – Macht – Gesundheit“ darauf hin, dass Untersuchungen aus dem europäischen Ausland und Deutschland belegen, dass die Zusammenhänge zwischen Armut und Gesundheit immer stärker zunehmen und die Schere weiter auseinander geht.² Auch die Unterschiede zwischen arm und reich bezüglich des Auftretens von Krankheiten und der Inanspruchnahme gesundheitsfördernder Maßnahmen (wie beispielsweise Vorsorgeuntersuchungen) werden immer größer. Wenn arm sein bedeutet, häufiger zu erkranken und eine geringere Lebenserwartung zu haben,

¹ Brocke 2002

² Mielck, Schwarz, Hemme 2003

müssen wir auch die demographischen Entwicklungen bezüglich der von Armut am stärksten betroffenen Gruppen berücksichtigen. Definiert man Armut in einem Haushalt, wenn diesem weniger als 50 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens zur Verfügung steht, so leben in Deutschland ca. 15 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Armut. Die früheren Assoziationen alt gleich arm und krank gelten schon lange nicht mehr. Wenn die sozioökonomischen Verhältnisse eine solche starke Wirkung auf die Gesundheit von Menschen hat, so ist es unabdingbar, schnellstens Kinder und Jugendliche in den Fokus zukünftiger gesundheitsfördernder Bemühungen zu stellen.¹ Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Lebensverhältnissen haben eindeutig signifikant geringere Chancen gesund zu sein, gesund zu werden und gesund zu bleiben. Sie sind eine Zielgruppe, an die viel zu wenig präventive Anstrengungen und gesundheitsfördernde Angebote gerichtet werden. Es gibt eindeutige, abgesicherte Belege dafür, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche eine höhere Prävalenz- und Inzidenzrate an einer Vielzahl von Erkrankungen haben. Sie

- haben häufiger Unfälle,
- weisen einen höheren Grad an psychosozialen Auffälligkeiten auf,
- leben teilweise in unhygienischen Verhältnissen,
- haben einen schlechten Zahnstatus,
- nehmen nur unzureichend an Vorsorgeuntersuchungen teil,
- weisen eine schlechtere Durchimpfungsrate auf,
- haben häufiger Übergewicht,
- gehören zur Gruppe der am häufigsten vom plötzlichen Kindstod betroffenen Kinder und
- haben eine Lebenserwartung, die um mehrere Jahre geringer ist als bei Kindern und Jugendlichen, die unter sozial abgesicherten Umständen aufwachsen.

E&C – ein Jugendhilfeprogramm mit zahlreichen Parallelen zur Gesundheitsförderung

Mit ihren Bemühung zur Verbesserung der Gesundheitschancen von Kindern und Jugendlichen in belasteten Stadtteilen verfolgten E&C und „Soziale Stadt“ eine sehr ähnliche Strategie wie die Gesundheitsförderung seit der Ottawa-Charta von 1986. Empowerment (Anregung zur Aktivierung eigener Kräfte), Enabling (Hilfe zur Selbsthilfe), Netzwerkbildung und insbesondere die Betonung der Bedeutung von Partizipation der Betroffenen sind methodische Zugänge, die sowohl bei E&C als auch bei der Gesundheitsförderung eine zentrale Rolle spielen. Eine weitere Gemeinsamkeit ist der Settingansatz. Der Einsatz gesundheitsfördernder Settings im Stadtteil birgt die große Chance, Menschen zu erreichen, die bislang gar nicht oder nur unzureichend von Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen in den Fokus genommen wurden. Altgeld nennt hier u.a. männliche Jugendliche, sozial benachteiligte Männer allgemein sowie Arbeitslose mit Migrationshintergrund im Besonderen.² Auch wenn sich innerhalb der Aktivi-

¹ ebenda

² Altgeld 2003

täten der Gesundheitsförderung eine Schwerpunktverlagerung in Richtung benachteiligte Zielgruppen andeutet, ist der Forderung der WHO, insbesondere Projekte mit Bezug zu benachteiligten Wohngebieten zu initiieren, bislang kaum Rechnung getragen worden. Dies ist nur schwer nachvollziehbar, da gerade traditionelle Präventionsthemen in benachteiligten Quartieren kumulieren (Umweltbelastungen wie Lärm, Luftverschmutzung oder Alkohol- und Drogenkonsum, unhygienische Wohnverhältnisse und verschmutzte Spielplätze). In diesem Zusammenhang ist das Scheitern des Präventionsgesetzes im Jahre 2005 in Deutschland von besonders nachteiliger Bedeutung. Hier wäre die Etablierung des Settingansatzes und die besondere Berücksichtigung der gesundheitlichen Chancenungleichheiten ermöglicht worden, die auch zu neuen Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung für und mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen, geführt hätte. Doch nicht nur die Ausrichtung der Gesundheitsförderung, sondern auch die Forderungen der Sozialmediziner nach einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche stimmen weitgehend mit den Handlungszielen der Programmplattform E&C überein:

- Bauliche Veränderungen sind notwendig, um Verkehrsunfälle von Kindern zu vermeiden.
- Screeninguntersuchungen in Kindergärten sowie Impfscreening in der Grundschule sollten weitergeführt werden, ebenso wie Gesundheitserziehung in Schule und Kindergarten.
- Eltern aus sozialen Risikogruppen sollten Angebote zur Gesundheitserziehung wahrnehmen können (Niedrigschwelligkeit).
- Gesundheitsförderung muss den Bedürfnissen sozial benachteiligter Menschen entsprechend konzipiert werden.
- Die „Komm-Strukturen“ der meisten Angebote stellen eine Zugangsbarriere dar – benötigt werden niedrigschwellige medizinische Versorgungsangebote vor Ort in sozialen Brennpunkten.
- Vorhandene Einrichtungen (Kindergarten, Kindertagesstätte, Schule, Jugendhilfe, Jugendamt, Gesundheitsamt) müssen besser vernetzt werden.

Es gibt sie also ganz eindeutig, die gemeinsamen Handlungsziele und Handlungsfelder und der eingeschlagene Weg der besseren Vernetzung muss fortgesetzt werden.

Gemeinsame Handlungsfelder der Gesundheitsförderung/-hilfe, der Jugendhilfe und der Integrierten Stadt(teil)entwicklung sind:

- Lebensweltorientierung,
- Partizipation,
- Empowerment,
- Enabling,
- Netzwerkbildung,
- Ressourcenorientierung,

- Systemisches Denken,
- Nachhaltigkeit,
- Salutogenese/Resilienz,
- Settingansatz,
- Lokale Aktions(pläne),
- Sozialraumorientierung,
- Peers.

Die Bedeutung des Quartiersmanagements

Trotz bislang eher geringer Kooperation der Akteure/innen aus Gesundheitsbereich und Jugendhilfe benutzen beide Bereiche ähnliches Vokabular und verfügen über vergleichbare Handlungsansätze. Es war daher sinnvoll, die ganzheitlichen Ideen der Gesundheitsförderung in die sozialraumorientierte Jugendhilfe zu integrieren und die vorhandenen Infrastrukturen in den Programmen Soziale Stadt und E&C zu nutzen. So kommt auch ein von dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Schluss, dass der

„Setting-Ansatz und das Konzept der Gesundheitsförderung“ zwar „in den Sozial-Stadt-Gebieten noch nicht ausreichend bekannt“ ist, „obwohl im Rahmen der sozialräumlichen Förderprogramme bereits nach ganz ähnlichen Zielen und Methoden gearbeitet wird. Die Quartiersmanagements in ihrer Koordinations- und Multiplikatorenfunktion für die Stadtteile sind gute Anlaufstellen, um für den Ansatz zu werben. Die Netzwerkkoordination gehört in der Regel zum Aufgabenbereich des Quartiersmanagements. Die Quartiersbüros haben meist auch den besten Überblick über Angebotslandschaft und Zielgruppenarbeit im Quartier. Daher empfiehlt sich eine gezielte Ansprache der Quartiersmanagements zum Thema Setting-Ansatz auf Stadtteilebene.“¹

Konkreter werden die Autorinnen des o.g. Gutachtens mit folgenden Empfehlungen:

- „Inhaltliche und methodische Parallelen zwischen den sozialräumlichen Entwicklungsansätzen in den Sozial-Stadt-Gebieten und dem Konzept der Gesundheitsförderung aufzeigen.“
- „Vorhandene Strukturen nutzen, um die Quartiersmanagements bundesweit zu erreichen.“
- „E&C-Fachforum ‚Gesundheit‘ besser nutzen.“

Es verdichten sich die Zeichen, dass ein gut funktionierendes Quartiersmanagement mittelbar Gesundheitsförderung betreibt, ohne selbst auf den Bereich Gesundheit zu fokussieren. Die vorhandenen Strategien der Programme „Die soziale Stadt“ und „E&C“ können jedoch insbesondere über die Quartiersbüros genutzt werden, um auch unmittelbare gesundheitsfördernde Elemente in den Stadtteilen mit besonderem Ent-

¹ Bär 2004

wicklungsbedarf zu etablieren. Neben der Querschnittsaufgabe Gesundheitsförderung im E&C-Prozess fokussierte die Regiestelle in einer Vielzahl von Veranstaltungen direkt auf das Themenfeld Gesundheit und „machte es offen“ für alle E&C-Akteure/innen mit der Zielsetzung einer verbesserten Kooperation. Die Verhinderung von gesundheitlichen Chancenungleichheiten kann nur dann erfolgen, wenn diese Aufgabe als integrierte Gemeinschaftsaufgabe aller Akteure/Institutionen angesehen wird. Insbesondere durch die Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) konnten mehrere bundesweite Fachforen durchgeführt werden und so die Eckpunkte für weitere Maßnahmen im Bereich „Entwicklung gesundheitsfördernder Stadtteil“ gesetzt werden. Der BKK Bundesverband konnte für eine Mitwirkung gewonnen werden und führte in Kooperation mit der Regiestelle E&C eine eigenständige, stadtteilbezogene Regionalkonferenz durch. Der wichtigste zukünftige Schritt erscheint uns jedoch die Qualifizierung von Stadtteilakteuren/innen (u.a. Quartiersmanager/innen) zu Gesundheitsförderern/innen.

Zusammenfassung

Grundlegend für alle zitierten Handlungsstrategien auf lokaler (Stadtteil)ebene ist eine effiziente und an den Zielstellungen der Prävention und Gesundheitsförderung orientierte Vernetzung aller lokalen Akteure/innen. Hierbei scheint es aus den Erfahrungen der Programmplattform E&C marginal, welcher Fachbereich initiiierend auftritt, oder welche soziale oder administrative Institution zur Zusammenarbeit auffordert bzw. diese koordiniert. Bedeutsamer sind für die Umsetzung sozialräumlicher Handlungskonzepte fachliche Kriterien wie Lebensweltbezug, Ressourcenorientierung, Stärkung des Selbsthilfepotentials, Nachhaltigkeit und integrierte Vorgehensweisen. Für die präventive und gesundheitsfördernde Wirkung einer Strategie, die gleichzeitig zur Verbesserung von Zukunftsperspektiven für junge Menschen in sozialen Brennpunkten beiträgt, ist nicht entscheidend, wer oder welches Problem auslösend auftritt. Vielmehr ist von Bedeutung, ob es gelingt, ausgehend von der Situation der im Stadtteil Lebenden und den infrastrukturellen Bedingungen, Veränderungen in wichtigen Handlungsfeldern wie der Wohnumfeldgestaltung, der Umwelt, der Gesundheitsförderung und -vorsorge, der Bildung, der Freizeitgestaltung und der Kultur, der Ausbildung und der Beschäftigung, der sozialen Unterstützung sowie der ökonomischen Entwicklung zu erreichen. Ausgangspunkt für die Entwicklung eines gesunden und Gesundheit fördernden Stadtteils kann hierbei sowohl eine Bürgerinitiative, eine Krankenkasse, ein Kinder- und Familienzentrum, eine Kindertagesstätte oder eine Schule sein. Die Mindestvoraussetzungen für eine zielorientierte Netzwerkarbeit für einen gesunden Stadtteil beinhalten präventive und gesundheitsfördernde Aufgabenstellungen für die sozialen Koproduzenten im Quartier, sichern kommunalpolitische Akzeptanz und Unterstützung, binden alle lokal verfügbaren Fachressourcen ein und beziehen in Planung, Umsetzung und Bewertung aller Maßnahmen die im sozialen Brennpunkt lebenden Kinder, Jugendlichen und deren Familien mit ein.

Literatur

Altgeld, Thomas, 2003: Gesundheitsfördernde Settingansätze in benachteiligten städtischen Quartieren. Expertise im Auftrag der Regiestelle E&C. 2003. <http://www.eundc.de/pdf/09600.pdf>

Brocke, Hartmut, 2002: Soziale Arbeit als Koproduktion. 10 Empfehlungen zur Nachhaltigkeit kommunaler Strategien sozial(räumlich)er Integration. E&C-Journal 2002.
www.eundc.de/seiten/service/archiv_j.html

Bär, Gesine; Butzh, Martina; Gerth, Heike, 2004: Der Stadtteil als Ort von Gesundheitsförderung – Erfahrungen und Befunde aus stadtteilbezogenen Projekten. In: Rosenbrock, Rolf; Bellwinkel, Michael; Schröder, Alfons (Hrsg.), 2004: Primärprävention im Kontext sozialer Ungleichheit. Wissenschaftliches Gutachten zum BKK-Programm „Mehr Gesundheit für alle“. Essen: 151-233

Franzkowiak, Peter, 2003: Salutogenetische Perspektive. In: Leitbegriffe der Gesundheitsförderung. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden in der Gesundheitsförderung, BZgA, Köln: 198

Grossmann, Ralph; Scala, Klaus, 2001: Gesundheit durch Projekte fördern. Ein Konzept zur Gesundheitsförderung durch Organisationsentwicklung und Projektmanagement. Weinheim/München

Hemme, Andreas, 2003: Bedeutung der Gesundheit für die soziale Stadtentwicklung – Erfahrungen aus dem Programm Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. In: Löhr, Rolf-Peter et al. (2003): Die soziale Stadt – Gesundheitsförderung im Stadtteil. Berlin

Mielck, Andreas; Schwarz, Rainer; Hemme, Andreas, 2003: Chancenungleichheit für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Daten – Fakten – Konsequenzen. Dokumentation des E&C-Fachforums „Vernetzung – Macht – Gesundheit. Kooperation zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen in sozialen Brennpunkten“, <http://www.eundc.de/pdf/68004.pdf>

Newsletter E&C vom 21.03.2006. www.eundc.de/seiten/service/archiv_n.html. Ottawa-Charta, 1986: Erste internationale Konferenz zur Gesundheitsförderung, 21. November 1986. [www.euro.who.int/About/WHO/Policy/20010827_2?language= German](http://www.euro.who.int/About/WHO/Policy/20010827_2?language=German)

Arbeitsgruppe 7: Jugendarbeit im Rahmen der „Sozialen Stadt“

Koproduktionen auf dem Weg zur Sozialraumorientierung in der Stadt Fürth

JUTTA KÜPPERS

Leiterin der Abteilung Jugendarbeit, Stadtjugendamt Fürth

Rahmenbedingungen in der Stadt Fürth

Fürth ist eine tausend Jahre alte, kreisfreie Stadt und bildet mit Nürnberg den Regierungsbezirk Mittelfranken.

Fürth hat 114.184 Einwohner, davon 97.339 Deutsche, ca. 19.000 Kinder und Jugendliche. Der Ausländeranteil beträgt 14,8 Prozent. In der Innenstadt konzentriert sich ein Ausländeranteil von über 40 Prozent, es besteht dort eine große türkische Community. Das ist statistisch heute schwer zu ermitteln, weil es viele Einbürgerungen gibt und die Spätaussiedler nicht erfasst sind.

Maschinenbau, Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik, Herstellung von Metallzeugnissen, Spielwarenindustrie (Bruder und BIG), Hauptsitz der „Quelle“ und der Firma UVEX beherrschen die Wirtschaft in Fürth. Es kann eine Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze festgestellt werden.

Zum städtebaulichen Bereich ist bemerkenswert, dass Fürth mit über 2.000 Baudenkmalern die höchste Denkmaldichte im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte in ganz Bayern aufweist. Soziale Stadt hat auch etwas mit Städtebauförderung zu tun und wenn man viele Denkmäler hat, stellen sich im Bereich der Städtebauförderung massive Probleme.

Im Bereich der Jugendarbeit verfügen wir über sieben kommunale Jugendhäuser/Treffs und drei Jugendhäuser/Treffs in freier Trägerschaft. Im Vergleich mit Nürnberg ist unsere Versorgung noch entwicklungsfähig. Sie liegt etwa im Mittelfeld, könnte also noch besser sein.

Das Programmgebiet Westliche Innenstadt

Das Programmgebiet der „Sozialen Stadt“ besteht seit 1999 (**Abbildung 1**). Die Stadt Fürth bekam das größte Programmgebiet der „Sozialen Stadt“ in Bayern.

Da unsere Einrichtungen nah an den Menschen arbeiten, waren wir über die Probleme vor Ort orientiert. Die Politik hat diese Probleme lange nicht wahrgenommen. So hat unsere Abteilung Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfeplanung und dem Integrationsbeirat mit einer empirischen Erhebung der Probleme begonnen und einen Sozialbericht über die Innenstadt erstellt. Dieser Sozialbericht war die Grundlage für die Förderung im Rahmen des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“.



Abbildung 1

© Jutta Küppers

Die Federführung für das Programm innerhalb der Verwaltung liegt beim Baureferat. Das hat zum einen damit zu tun, dass es um Städtebauförderung geht, zum anderen damit, dass zu der Zeit, als das Programm nach Fürth kam, die Stelle des Sozialreferenten nicht besetzt war und das Sozialreferat sich dadurch in diesen Prozess nur bedingt einbringen konnte.

Die Steuerung des Programms erfolgt über eine verwaltungsinterne Projektgruppe, in der verschiedene Amtsleitungen vertreten sind. Das Programm ist in erster Linie maßnahmenorientiert.

Der Fürther Weg im Rahmen der Sozialen Stadt verlief folgendermaßen: Im Stadtrat wurde ein Beschluss gefasst, dass man in Fürth den Schwerpunkt auf die Sanierung von Baudenkmälern legt und keine langfristigen Leitbilddiskussionen und Zielentwicklungsprozesse durchführt, sondern dass man auf bereits umsetzungsreif konzipierte Projekte zurückgreift. Daher konnte die Stadt Fürth bei der Regierung gleich fertige Projekte einreichen, die für schnelle Mittelbereitstellung gesorgt haben. Es wurde ein Quartiersmanagement gebildet, das aus drei Architekten und einer Teilzeit-Sozialwissenschaftlerin besteht. Von ihnen wurde eine vorbereitende Untersuchung durchgeführt und ein **integriertes Handlungskonzept** aufgestellt.

Jugendarbeit im Programmgebiet „Soziale Stadt“

Im Programmgebiet haben wir **drei Einrichtungen**:

- ein Spielhaus für die offene Arbeit mit Kindern von 6 bis 12 Jahren,
- ein Jugendhaus für die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen von 10 bis 16 Jahren, den so genannten „Lückekindern“,
- ein Jugendbüro Corner für die offene Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Aus dem Jugendamt wurde eine **kommunale Beschäftigungsgesellschaft** ausgegründet, die Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe anbietet, die aber rechtlich eigenständig ist.

Nachdem es zunächst nur um Projekte ging, die bereits konzipiert waren, und man Mittel für Baumaßnahmen brauchte und wir auch in unserem Bereich Mittel für Personal benötigten, haben wir das **Projekt „Jugendmedienzentrum Connect“** in der Fürther Innenstadt eingereicht, das eine offene Einrichtung der Medienbildung ist, mittlerweile über ein Videostudio, ein Tonstudio, ein Radiostudio, ein offenes Internetcafé verfügt und in einer ausgeprägten Kooperation mit Schulen zum Thema Berufsorientierung steht.

Es gibt in dieser Einrichtung ein Projekt mit dem Titel **„Lehrstellen-Casting“**. Kinder und Jugendliche gehen in Unternehmen und interviewen – unter Verwendung der zur Verfügung stehenden Medien – Unternehmer und Beschäftigte und nähern sich ihrem Berufsziel über diesen Weg. Damit haben wir es das einzige Mal geschafft, über eine Baukostenfinanzierung eine Personalkostenfinanzierung für die Mitarbeiter über drei Jahre zu bekommen. Nach den drei Jahren hat die Stadt diese Stellen geschaffen, weil die Nachhaltigkeit und der Erfolg dieser Einrichtung nachgewiesen werden konnten.

In erster Linie verstand man in Fürth die Mittel als Städtebauförderung, die man brauchte, um mit den vielen maroden städtischen Denkmälern zurechtzukommen. Wir aus der Perspektive der Jugendhilfe sehen natürlich in erster Linie die Menschen. Daher war unser Ziel, uns mit Maßnahmen und Ideen auseinanderzusetzen, die auf die Thematik „Sozialer Brennpunkt“ wirken. Die Fürther Innenstadt ist so ein Brennpunkt mit all seinen Erscheinungsformen: soziale Armut, niedriges Bildungsniveau, viele Migrantenfamilien, kulturelle Desintegrationstendenzen, hohe Arbeitslosigkeit, viele Hartz-IV-Empfänger, schlechte Bildungsqualität, vernachlässigtes Wohnumfeld, mangelhafte Bildungsqualität, viele „Problemfamilien“, ausgeprägter Mangel an Spiel- und Freiflächen. In diesem Viertel gibt es billigen Wohnraum, auch aus diesem Grund leben dort viele Migrantenfamilien, weil sie die Ärmsten der Armen sind und sich dort ihre eigenen Unterstützungsnetzwerke aufbauen. In den Schulklassen haben wir zum Teil 76 Prozent Migrantenkinder, hauptsächlich türkischer Herkunft. Dies wirkt sich auf das Bildungsniveau aus und darauf, dass deutsche Familien diesen Stadtteil eher meiden.

Es ist uns geglückt, mit unserem **Konzept zur Erweiterung der Spiel- und Freiflächen** in der Fürther Innenstadt im Rahmen der „Sozialen Stadt“ **verschiedene Maßnahmen** zu realisieren (**Abbildung 2**).

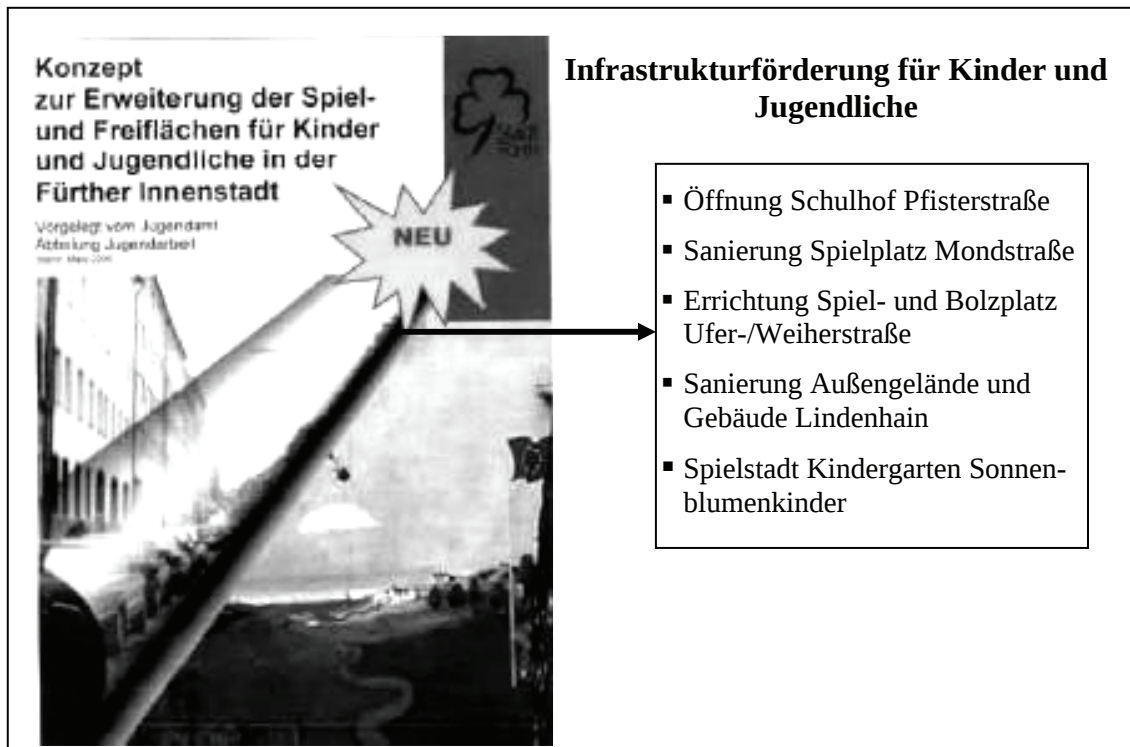


Abbildung 2

© Jutta Küppers

Unter anderem konnten wir das Gebäude, in dem unsere Beschäftigungsgesellschaft untergebracht ist, sowie das Außengelände komplett sanieren und in einem Kindergarten wurde eine große Spielstadt gebaut.

Das E&C-Programm in der Stadt Fürth

Im Bereich der Spiel- und Freiflächen hatte sich einiges getan, vor allem klassische, investive Maßnahmen im Rahmen der „Sozialen Stadt“, bei denen wir eine gute Zusammenarbeit mit dem Baureferat aufgebaut haben. In anderen Bereichen war es zunächst etwas schwieriger, aber dafür kam im Jahr 2000 das E&C-Programm (Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten). Dies wurde als ein Co-Programm zur „Sozialen Stadt“ aufgelegt, um im Bereich der Jugendhilfe bestimmte Entwicklungen möglich zu machen. Dabei ging es um folgende Ziele:

- **Kooperation und Vernetzung** in den Bereichen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und der Stadtentwicklung, um einen gemeinsamen Prozess im Programmgebiet der Sozialen Stadt zu entwickeln,
- **Bündelung** von Ressourcen unterschiedlicher Träger,
- Entwicklung und Erprobung **neuer Modelle und Projekte**, die die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten fördern.

Zuständigkeiten, Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder werden **verknüpft**. Es war **ein lernendes Programm** zur Herstellung lokaler Bündnisse und der Stärkung von Selbsthilfekräften vor Ort. Nach meiner Erfahrung haben wir sehr viel dabei gelernt.

Netzwerkentwicklung in der Fürther Innenstadt

Auf der Basis des E&C-Programms und teilweise unabhängig vom Bauprozess im Rahmen der Sozialen Stadt hatten wir die Absicht, ein Netzwerk aufzubauen, in dem alle, die mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien in diesem Stadtteil zusammenkommen, sich kennen lernen und in einen gemeinsamen Netzwerkentwicklungsprozess einsteigen.

Dazu bildeten wir im Jahr 2000 den **Runden Tisch Kinder & Jugendliche in der Fürther Innenstadt (Abbildung 3)**, an dem gemeinsam Ziele formuliert wurden:

- Mehr Bildungschancen,
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- Mehr Wohn- und Aufenthaltsqualität,
- Interkulturelle Begegnung und Partizipation,
- Gemeinsame Strategien in der Jugendhilfe.

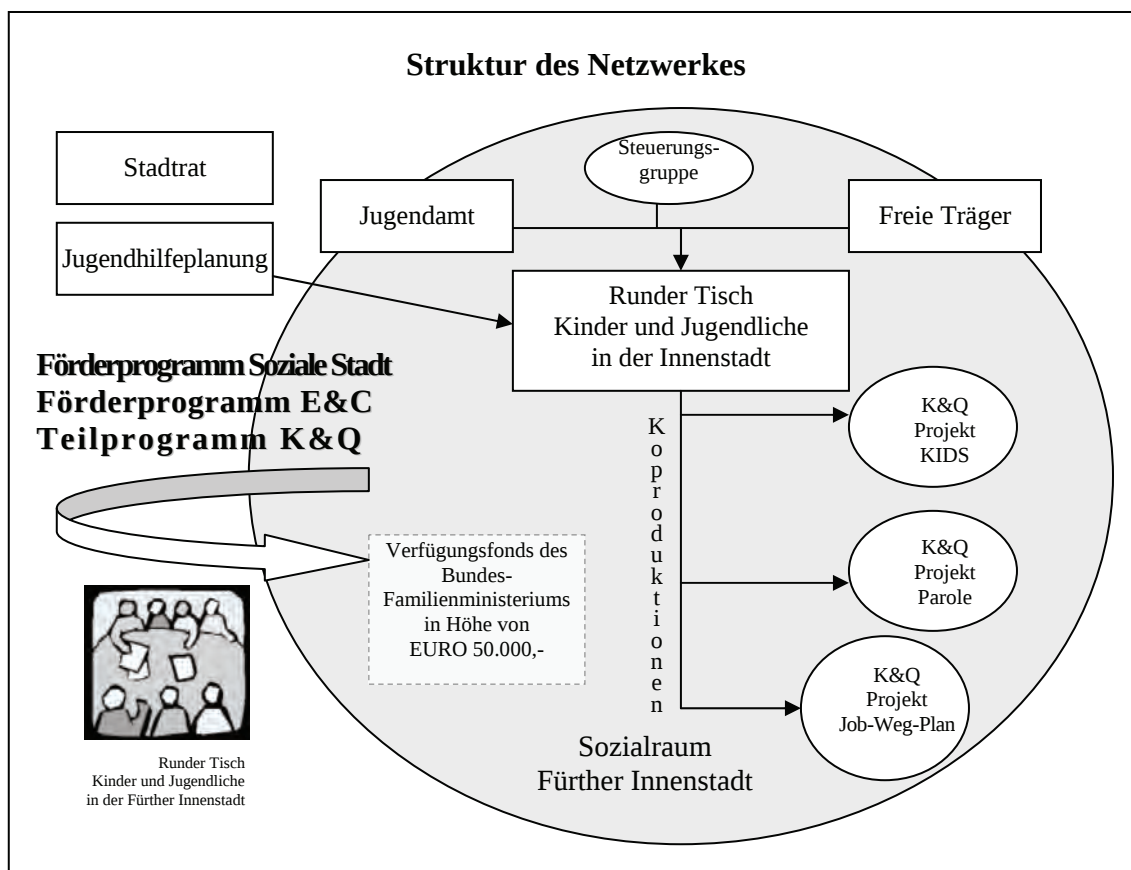


Abbildung 3

© Jutta Küppers

Eingeladen zur Konferenz im Jahr 2000 waren Mitarbeiter des Jugendamtes und der freien Träger, die im Programmgebiet tätig sind. Die Einrichtung des Runden Tisches war mit den Zielen der Jugendhilfeplanung abgestimmt und wurde vom Stadtrat beschlossen. An diesem Runden Tisch entstanden drei Projektgruppen zu den unterschied-

lichen Altersgruppen: Kindertagesstättenbereich, Bereich der „Lückekinder“ und der Jugendlichen, in denen sich verschiedene Träger zusammenfanden und überlegt haben, was sie ausgehend von den Problemlagen miteinander entwickeln können.

Im Projekt KIDS ging es schwerpunktmäßig um die Lust am Lernen und die Bekämpfung des Schulverweigerns. Bei einem anderen Projekt („Parole“) ging es um Sprachförderung mit Medien im Kindergartenbereich. Wir gingen mit fünf Laptops in die Kindergärten und haben dort mit einer Lernsoftware einen spielbetonten Sprachunterricht erteilt. Dieses Projekt konnten wir wissenschaftlich begleiten. Es brachte tatsächlich signifikante Ergebnisse.

Für die Jugendlichen gab es im Bereich der beruflichen Orientierung das Projekt „Job-Weg-Plan“.

Der Verfügungsfonds aus dem E&C-Programm war für uns dabei sehr wichtig, weil wir festgestellt haben, dass man letztendlich auch mit Geld steuert. Wenn wir diese Projekte nicht finanziell unterfüttert hätten, wäre es ganz sicher nicht möglich gewesen, so erfolgsorientiert zu arbeiten.

Den gesamten Prozess haben wir mit externer Begleitung moderiert und fachlich gut vorbereitet, so dass wir in den Projektgruppen immer wieder zu konkreten Ergebnissen gekommen sind.

Nach dem E&C-Verfügungsfonds gab es für ein viertel bzw. ein halbes Jahr ein weiteres Programm, das sich „Kompetenz und Qualifikation“ (K&Q) nannte. Dieser brachte einen zusätzlichen Verfügungsfonds in gleicher Höhe. Mit diesem konnten wir die Projekte gut unterfüttern und weiterführen.

Der **Entwicklungsprozess** des Modells „Runder Tisch“ verlief von 2000 bis 2005 (**Abbildung 4**). Er war für uns eine wesentliche Erfahrung, wie Sozialraumorientierung funktionieren könnte.

Die Initiative ist von meiner Abteilung ausgegangen. Im Jahr 2000 haben wir alle Beteiligten gefragt, wo sie ihre größten Probleme im Stadtteil sehen, und haben von Seiten der Jugendhilfeplanung die sozialstatistischen Daten dieses Stadtteils eingegeben. Beteiligt waren alle Mitarbeiter von kommunalen Einrichtungen und von Einrichtungen freier Träger, Polizei, Quartiersmanagement, Arbeitsamt, Sozialamt, die Schulen, Kindergärten, Jugendberufshilfe u.a. Diese haben nach der Befragung und der Kenntnisnahme des statistischen Materials die genannten Projektgruppen gegründet. Dieser Beteiligtenkreis von etwa 50 Personen hat in den fünf Jahren kontinuierlich zusammengearbeitet.

In der für dieses Netzwerk gebildeten Steuerungsgruppe waren Führungskräfte des Jugendamtes vertreten. Es war also ein als top-down initiiertes Prozess des Jugendamtes im Sinne eines neuen Modells von sozialräumlich orientierter Planung unter Einbeziehung der Träger in den Planungsprozess. Geschäftsführende Aufgaben lagen bei mir, ohne zusätzliche Ressourcen mit Ausnahme des Verfügungsfonds, daher habe ich mir zur Prozesssteuerung zusätzliches Know-how einkaufen müssen, für Moderation, Dokumentation u.ä.

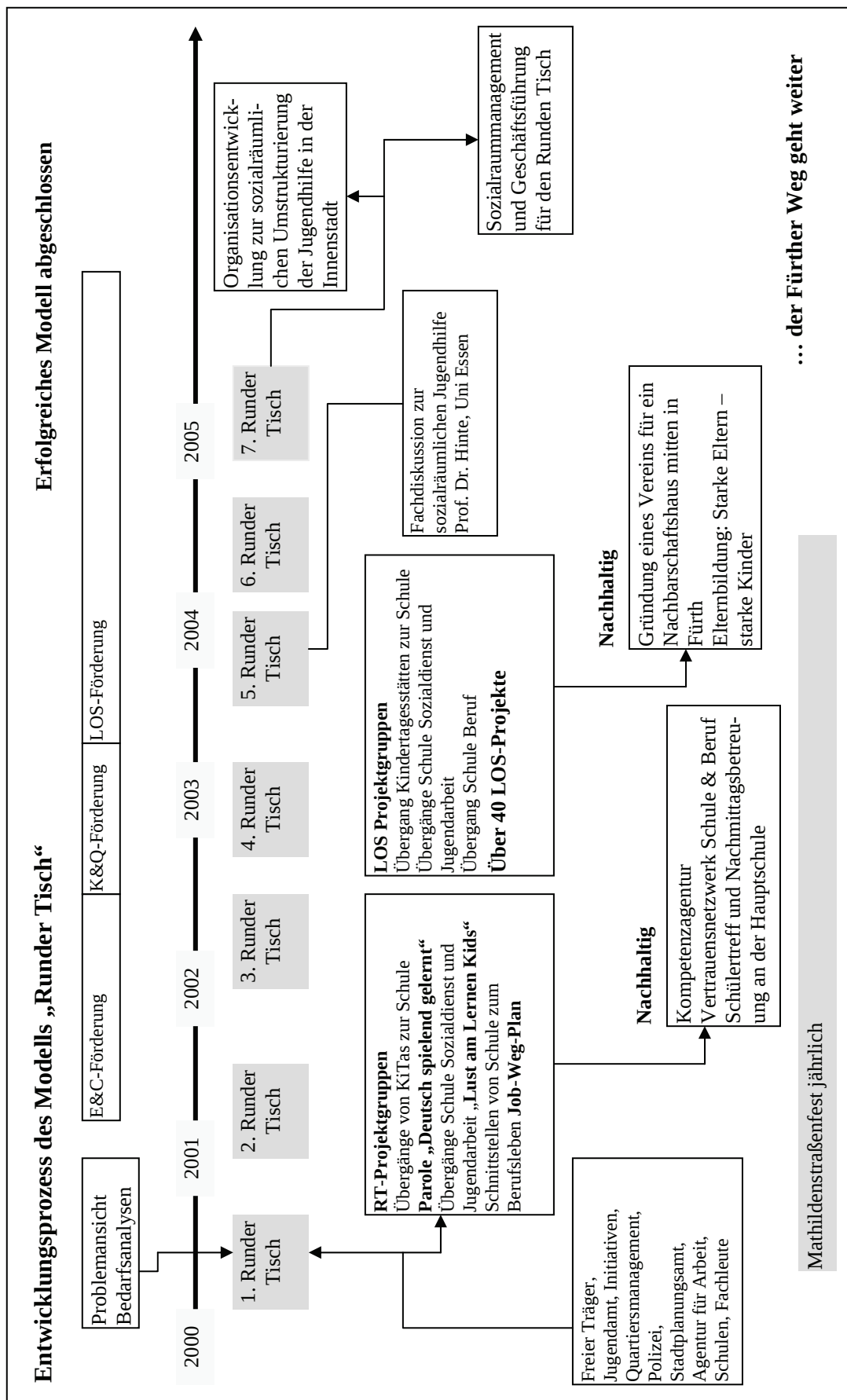


Abbildung 4

Die Projektgruppen arbeiten über einen längeren Zeitraum. Zum 2. Runden Tisch stellten die Projektgruppen ihre Ergebnisse vor. Projektgruppenarbeit und Austausch über aktuelle Informationen wurden während der offenen Konferenzen kombiniert. Ab und zu wurden Fachleute eingeladen, um zu bestimmten Themen wichtige Inputs zu bekommen. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Bildung im Stadtteil.

Das K&Q-Programm wurde durch das Bundesprogramm der LOS-Förderung (Lokales Kapital für soziale Zwecke) abgelöst. Durch dieses Programm bekamen wir einen Verfügungsfonds von 100.000 Euro. Wir hatten die Möglichkeit, davon 20 Prozent für eine Koordinationsstelle und jeweils 10.000 Euro für die Förderung von Projekten, die noch mehr den europäischen Richtlinien entsprechen als die anderen Programme und die sehr stark auf den Arbeitsmarkt zielen. Diese haben sich im Verlauf des Programms immer mehr auf den Arbeitsmarkt konzentriert und immer weiter von der Jugendarbeit und der Jugendhilfe entfernt. Aber die Mittel wurden weiter für unseren Runden Tisch genutzt, denn anfangs hatte es den Anschein, als ob man einzelne Projekte Jugendarbeit darin gut unterbringen kann. Im Rahmen der LOS-Förderung konnten wir über 40 Projekte unterstützen, darunter viele, die sich am Übergang zwischen Schule und Sozialdienst abgespielt haben und in denen es um berufliche Orientierung ging. Das LOS-Programm haben wir von der Jugendarbeit abgekoppelt und der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft übertragen, weil die einfach die Spezialisten in diesem Arbeitsmarktfeld sind.

Am Runden Tisch ist eine neue Idee entstanden. Es gründete sich ein Verein, der sich für ein Nachbarschaftshaus im Stadtteil stark machen will, denn wir haben dort keinen einzigen Ort, an dem sich die Initiativen, Verbände und Vereine zwanglos treffen können. Wenn man keinen Ort hat, sich zu treffen, gestaltet sich die Zusammenarbeit schwierig und es ist kaum möglich, nachhaltig solche Prozesse in Gang zu bringen, wie wir sie angestrebt haben. Der Verein ist heute noch aktiv, hat aber leider noch kein geeignetes Gebäude gefunden.

Nachhaltig konnten wir aus dem Prozess eine Kompetenzagentur (eine Beratungseinrichtung für Jugendliche beim Übergang von Schule zum Beruf) generieren. Es ist ein Vertrauensnetzwerk entstanden, in dem Jugendberufshilfeträger und Schulen sehr eng zusammenarbeiten, außerdem ein Schülertreff mit Nachmittagsbetreuung an einer Hauptschule. Elternbildung ist stärker auf die Tagesordnung gerückt. Einige der aktiven Träger haben Elternbildungsprogramme entwickelt, die auch heute noch durchgeführt werden.

Beim 5. Runden Tisch waren wir an einem Punkt angekommen, einmal Bilanz zu ziehen. Diese Bilanz brachte folgende Ergebnisse:

- Bereitschaft der Mitarbeiter, Verantwortung zu übernehmen,
- Interesse an Mitarbeit und Vernetzung ist gewachsen,
- Abteilungsübergreifende dauerhafte Kooperationen im Jugendamt,
- Kooperationsbereitschaft,
- Langfristige interdisziplinäre Zusammenarbeit,
- Kennen lernen und Akzeptanz,

- Anreiz der Drittmittelfinanzierung,
- Vorurteile wurden abgebaut zwischen den Berufsgruppen,
- Lernerfahrung, Quartiersmanagement und zielgerichtete Steuerung wurden als positiv bewertet,
- Für Träger: Nachhaltige Integration von Innovation,
- Hohe Ergebnisorientierung,
- Ideenbörse für innovative Projekte.

Während dieses Runden Tisches entstand die Idee, generell die Arbeit der Jugendhilfe umzuorganisieren, nicht nur als Modell. Es sollten nicht mehr sämtliche Kindergärten der gesamten Stadt einer Abteilung des Jugendamtes und die gesamte Jugendarbeit der Stadt einer anderen Abteilung unterstehen. Im Jugendamt stehen diese verschiedenen Säulen beziehungslos nebeneinander. Es wurde die Idee entwickelt, sich auf Sozialraumebene zu organisieren und Teams aus den verschiedenen Bereichen – Kindertagesstätten, Jugendarbeit, Jugendberufshilfe usw. – zu bilden, weil wir alle mit der gleichen „Kundschaft“ arbeiten. Dieser Kerngedanke sollte im Sinne einer Reform der Fürther Jugendhilfe weiter verfolgt werden. Zu diesem Thema hatten wir Prof. Hinte als Referenten gewonnen, der uns dazu sehr ermutigte.

Wir entwickelten ein Konzept der Organisationsentwicklung zur sozialräumlichen Umstrukturierung der Jugendhilfe, konnten uns aber leider gegenüber der Verwaltungsspitze und gegenüber der Politik damit nicht durchsetzen, ähnlich erging es uns im Jugendhilfeausschuss. Dort haben wir deutlich gemacht, dass wir ohne Ressourcen den Runden Tisch nicht auf Dauer managen können und wir uns wünschen, dass der bauliche Prozess der „Sozialen Stadt“ und dieser Prozess stärker zusammengebunden werden. Dazu haben wir eine Vorlage erarbeitet, um eine entsprechende Förderung zu bekommen. Leider haben wir es nicht erreicht, die Politik von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Daher haben wir unseren Runden Tisch professionell ausgewertet und abgewickelt, ihn gut dokumentiert und haben das Projekt zunächst als erledigt betrachtet.

Wir warten auf einen guten Anlass und eine neue Gelegenheit, unsere Idee zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal einzubringen. Unser Vorschlag geht dahin, einen längerfristigen Organisationsentwicklungsprozess in Gang zu bringen und damit die Bereitschaft aller Kollegen zu gewinnen.

Bedeutung des Prozesses für die Jugendarbeit in Fürth

Zusammenfassend kann man folgendes **Fazit** ziehen:

- Jugendarbeit hat eine wichtige **Koordinations- und Managementfunktion** übernommen und innovative Projekte implementiert sowie Kooperationsbezüge nachhaltig etabliert.
- Die Jugendarbeit konnte in diesem Prozess der Vernetzung und Kooperation **ihr eigenes Profil schärfen** und sich als relevanter Bildungspartner anbieten.

- Jugendarbeit muss als ihr **Alleinstellungsmerkmal** die Prinzipien der außerschulischen Bildung wie **Freiwilligkeit, Partizipation und Persönlichkeitsentwicklung** für **unterschiedliche Kundengruppen** differenzieren und **wirkungsvoll kommunizieren**.
- Das Modell der Sozialraumorientierung hat den Akteuren eine Vorstellung gegeben, in welche Richtung eine **Reform der Jugendhilfe** auch in Fürth gehen könnte.

Uns war es möglich, die Funktion der Koordination und Moderation zu übernehmen, weil Jugendarbeit Freiräume hat, die die anderen Bereiche der Jugendhilfe nicht haben. Wenn wir solche Aufgaben übernehmen, müssen wir jedoch sehr darauf achten, dass wir am Schluss noch als Jugendarbeit erkennbar sind und in unseren Aktivitäten und in unserem Auftreten deutlich machen, dass es in der Jugendarbeit um Freiwilligkeit, um Partizipation und Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen geht und wir zwar Schnittstellen zusammenbringen können, aber trotz allem nicht in anderen Institutionen aufgehen wollen, sondern Jugendarbeit bleiben wollen.

Ausblick

Nach dem Abschluss des Runden Tisches haben wir in Fürth ein Bündnis für Familien aufgebaut, in dem wir mit noch etwas potenteren Akteuren als damals beim Runden Tisch in ähnlichen Handlungsfeldern zusammenarbeiten. Es geht dabei um Familie und Gesundheit, um Stärkung der Erziehungskompetenz, um Wohnen und Wohnumfeld und um die Balance von Arbeitswelt und Schule. Wir stehen in der Sozialen Stadt in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik, dabei geht es um die Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Kinder und Jugendlichen in der Innenstadt. Außerdem kämpfen wir im Moment um eine Personalkosten- und Investitionskostenförderung für ein Kooperationsprojekt „Offene Kinderarbeit und Ganztagsgrundschule“.

Arbeitsgruppe 8: Geschlechterspezifische Mädchen- und Jungenarbeit

Mädchenarbeit im Düsseldorfer Jugendamt

BERTHILD KAMPS

*Mitarbeiterin in der Abteilung Jugendförderung, Jugendamt Düsseldorf,
Mädchen-Netzwerk Düsseldorf*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie recht herzlich zur Arbeitsgruppe „Geschlechtsspezifische Mädchen- und Jungenarbeit“ und freue mich, Ihnen einen kleinen Einblick in die kommunalen Angebote der Düsseldorfer Mädchenarbeit geben zu können.

Die Mädchenarbeit hat in Düsseldorf einen hohen Stellenwert und eine lange Tradition. Gestatten Sie mir daher zu Beginn einen kurzen Rückblick.

Entwicklung und Qualifizierung der kommunalen Mädchenarbeitsgruppe in Düsseldorf

Mitte der siebziger Jahre entstanden in den Jugendfreizeiteinrichtungen die ersten Gruppenangebote speziell für Mädchen. Engagierte Pädagoginnen (und anfangs auch Pädagogen) trafen sich zum Erfahrungsaustausch über geschlechtsspezifische Konzepte und Angebotsformen.

Aus dieser Initiative bildete sich 1982 die kommunale Mädchenarbeitsgruppe (MAG) im Düsseldorfer Jugendamt.

Aber nicht alle waren damals begeistert von der Entwicklung, Mädchen als relevante Zielgruppe in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ins Blickfeld zu nehmen. „Wir sind schon mit ganz anderen Dingen fertig geworden. Das geht auch wieder vorbei“, begleitete die ersten Schritte der MAG. Erfreulicherweise erwies sich die Prognose als falsch, es ging nicht vorbei. Ganz im Gegenteil: die Mädchenarbeitsgruppe feierte in diesem Jahr ihr 25jähriges Bestehen und setzt sich immer noch engagiert und motiviert für die Absicherung und Weiterentwicklung der Mädchenarbeit auf verschiedenen Ebenen ein.

Die ersten Schritte

Als sich 1982 die erste Arbeitsgruppe zum Thema Mädchenarbeit in der Offenen Jugendarbeit traf, ahnte niemand, dass dieses Thema die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in Zukunft noch sehr intensiv beschäftigen würde.

Mädchenarbeit war damals kein zentrales Thema, sie wurde weder besonders diskutiert noch reflektiert. Mädchenarbeit wurde einfach gemacht, sofern sich eine Mitarbeiterin für zuständig erklärte. Die Parole „Jugendarbeit ist Jungenarbeit“ beschrieb hinreichend die Situation der Mädchen in den Offenen Türen.

Eine langjährige Teilnehmerin der MAG erinnert sich: „Ich wollte damals vor allem das Nicht-Vorhandensein von Mädchen in der Jugendfreizeiteinrichtung, in der ich tätig war, verändern. Im männerdominierten Team war es schwierig, überhaupt einen Ansatz zur Entwicklung der Mädchenarbeit zu finden, obwohl meine Vorgängerin schon Vorarbeit geleistet hatte“. Ihre Motivation, in der Arbeitsgruppe mitzuwirken, bestand in der Hoffnung, Hilfestellungen zu erhalten, „um die Mädchenarbeit erstmal aufzubauen. Mir schwebten sogar räumliche Veränderungen des Jugendclubs zur besseren Mädchenorientierung vor. Interne Schulungen sollten das Team für Mädchenarbeit sensibilisieren“.

Mädchenarbeit im Aufschwung

Der Mädchenarbeitskreis gewann an Bedeutung, als im Rahmen des Internationalen Jahres der Jugend das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW das Institut für soziale Arbeit e.V. beauftragte, eine Studie zur verbesserten Einbeziehung von Mädchen in die Angebote der offenen Jugendarbeit durchzuführen. In dieses Forschungsprojekt wurden 1986 auch elf städtische Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen einbezogen, die im Arbeitskreis vertreten waren.

Der Aufschwung der Mädchenarbeit wurde trotz geleisteter Aufklärungsarbeit durch die Mitarbeiterinnen aber auch begleitet von sehr kritischen Haltungen: „Wir mussten damals dicke Bretter bohren“.

Profil und Angebote

In den folgenden Jahren entwickelte die Mädchenarbeitsgruppe ein vielfältiges und qualitativ sehr hochwertiges Angebotsspektrum, denn der spürbar hohe Legitimationsdruck für diesen Arbeitsschwerpunkt führte dazu, dass die Angebote immer besonders sorgfältig geplant, durchgeführt und reflektiert werden mussten.

Die MAG ist auf **drei Ebenen** aktiv:

1. Angebote und Aktivitäten für die Zielgruppe der Mädchen und jungen Frauen:

Mädchenfeste, Veröffentlichungen wie „Berichte aus der Praxis“, Mitwirkung bei der Frauenmesse top, sechs Jahre Mädchenzeitung Ladies First, Girls'Day in Jugendfreizeiteinrichtungen, Ausstellungen und vieles mehr.

2. Angebote zur Qualifizierung der Mitarbeiterinnen:

Empfehlungen zur Mädchenarbeit, Beschluss JHA zur Quotierung der Mittel zugunsten der Mädchen, Fortbildungen, Fachberatung, Studientage, Kollegiale Beratung etc.

3. Öffentlichkeitsarbeit:

Mädchentage und Mädchencafés werden flächendeckend angeboten. Mit vielfältigen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen werden die Mädchenthemen aufgegriffen.

Heutige Schwerpunkte der MAG

Seit sechs Jahren engagieren sich die Mitarbeiterinnen am bundesweiten **Girls'Day** und organisieren Angebote und Workshops unter dem Motto „Mädchen mischen mit in Handwerk, Technik und auf Führungsetagen“. Die Initiative der Düsseldorfer Jugendfreizeiteinrichtungen ist dabei bundesweit einmalig.

In den Herbstferien bieten die Mitarbeiterinnen gemeinsam mit dem Tanzhaus NRW seit vielen Jahren sehr beliebte **HipHop-Tanzkurse** für Mädchen an.

Weiterhin ergänzen die Teilnehmerinnen der MAG das **Fortbildungsprogramm** des Jugendamtes mit Angeboten wie zum Beispiel: Einführung in die Mädchenarbeit, Erlebnispädagogik in der Mädchenarbeit, Lösungsorientierte Beratung und Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe.

Die Leitlinien zur geschlechtsspezifischen Arbeit im Jugendförderplan können der Fortschreibung des Düsseldorfer Jugendförderplans, Punkt 1.8 ff., entnommen werden, unter „www.duesseldorf.de/jugendamt“.¹

Ausblick bis 2009: Ziele – Angebote - Schwerpunkte

Das SGB VIII, insbesondere der § 9, betont den Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe, unterschiedliche Lebenswelten von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und Gleichberechtigung zu fördern, sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen, um positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Mädchen, Jungen und ihre Familien zu schaffen. Die Mädchen- und Jungenarbeit ist daher auch künftig gezielt zu fördern und in die Strategie des Gender Mainstreaming einzubetten.²

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat in diesem Jahr einen Mädchen-Bericht beim Deutschen Jugendinstitut (DJI) in Auftrag gegeben. Er zeigt, dass in einigen Bereichen weiterhin Maßnahmen speziell für Mädchen erforderlich sind, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihr Leben selbstbestimmt und frei von Diskriminierung zu gestalten. Für die Mädchenarbeit in Düsseldorf ergeben sich daraus folgende **Schwerpunkte**:

Angebote zur Lebensplanung und Berufswahlorientierung:

Obwohl die Mädchen im Schnitt bessere Schulabschlüsse erlangen, schöpfen sie ihre Berufsmöglichkeiten dennoch nicht voll aus. Insbesondere Angebote zur Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen sollten ausgebaut und die erfolgreiche Zusammenarbeit der Jugendfreizeiteinrichtungen am Girls'Day weiter fortgeführt werden.

Gesellschaftliches Engagement und politische Partizipation:

Während sich Mädchen noch häufiger im schulischen Bereich beteiligen (zum Beispiel als Klassensprecherin) sind sie außerhalb seltener gesellschaftlich engagiert. Im Bereich

¹ siehe auch Diskurse zur Mädchenarbeit und Mädchenpolitik, BAG Mädchenpolitik, Heft 6/2006, info@maedchenpolitik.de

² siehe auch Sachverständigenkommission des 11. Kinder- und Jugendberichtes

Politik und in Vereinen ist ebenfalls eine sinkende Tendenz feststellbar. Je geringer der Bildungsstand, desto weniger beteiligen sich die jungen Frauen.

Die Angebote der Jugendförderung zur Partizipation müssen so konzipiert werden, dass sie auch die Mädchen aus bildungsfernen Schichten erreichen und sie zur Mitgestaltung motivieren.

Angebote zur Gesundheitsförderung:

Mädchen ab dem 13. Lebensjahr schätzen ihren subjektiven Gesundheitszustand schlechter ein als die Jungen. Sie geben häufiger Befindlichkeitsstörungen an und nehmen wesentlich mehr Medikamente ein. Bei den Essstörungen bilden die Mädchen mit rund 85 Prozent die Mehrzahl der Betroffenen. Der Ausbau von Angeboten zum Thema „Gesundheit und Körpererfahrung“ ist daher notwendig.

Angebote zur Entwicklung von Medienkompetenz:

Vor allem im Jugendalter haben Medien für Mädchen einen hohen Stellenwert. Je nach Art der Nutzung kann sich dies positiv, aber auch negativ auf die Entwicklung auswirken. Die Förderung der Medienkompetenz ist deshalb von großer Bedeutung.

Mädchen aus bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten haben besonders selten Zugang zu Computern und zum Internet. Um in der Informationsgesellschaft nicht den Anschluss zu verlieren, muss die Jugendhilfe Mädchen und jungen Frauen Möglichkeiten bieten, ihre Computerkenntnisse zu erweitern.

Die Angebote des Jugendmedienschutzes sowie die Qualifizierung der Fachkräfte müssen ausgebaut werden.

Gewaltprävention:

Gewalterfahrungen haben neben den körperlichen Schäden auch gravierende Folgen für das Selbstwertgefühl von Mädchen und ihre Fähigkeit, vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen. Die Angebote der Gewaltprävention sind somit von besonderer Bedeutung. Projekte zur Stärkung der Selbstbehauptung und -verteidigung müssen vermehrt angeboten werden.

Herausforderungen

Themen der öffentlichen Debatte ... Jungen als Verlierer der Mädchenförderung?

Die These, Jungen seien die (neuen) Bildungsverlierer in unserer Gesellschaft, ist so pauschal nicht zu halten. Mädchen haben zwar im Schnitt die besseren Schulabschlüsse, können diesen Vorteil aber im Berufsleben nicht umsetzen. Noch sind Frauen in Führungspositionen Ausnahmen in der Landschaft. Selten schaffen es Frauen in der Wirtschaft an die oberste Spitze der Unternehmen. Von den 100 umsatzstärksten deutschen Unternehmen ist nur einer der 533 Vorstandsposten von einer Frau besetzt. Bei der Bezahlung gibt es immer noch Lohnunterschiede von 23 Prozent für die gleiche Arbeit.

Es gibt noch viele Gründe, warum sich beispielsweise die Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen in diesem Jahr die „Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen“ als Hauptthema vorgenommen hat.

Mädchen- und Jungenförderung sollten sich bei dieser Gewinner-Verlierer-Debatte nicht gegeneinander ausspielen lassen, weil sich dieser Versuch für beide Arbeitsfelder negativ auswirken würde.

Wir können der Mädchenarbeit auch nicht vorwerfen, es gäbe zu wenig (oder zu spät eingeführte) Jungenarbeit. Im Gegenteil, die Jungenarbeit hat sich erst durch die Mädchenarbeit entwickelt.

Ein Ziel sollte außerdem sein, den defizitären Blick auf Jungen um den ressourcenorientierten Blick zu ergänzen. Also nicht (immer nur) zu Fragen: „Welche Probleme machen Jungen?“ sondern: „Auf welche Stärken von Jungen lässt sich aufbauen?“ Auch hier ist es immer wichtig zu berücksichtigen, dass es DIE Jungen – ebenso wie DIE Mädchen nicht gibt.

Jungen profitieren auf der einen Seite heute häufig noch von dem „Männer-Bonus“ der sich aus dem Prinzip der hegemonialen Männlichkeit in unserer Gesellschaft ableiten lässt. Andererseits sind sie durch die Konfrontation mit zum Teil widersprüchlichen Rollenerwartungen in ihrer männlichen Rolle verunsichert (Mann als [Allein]Ernährer und gleichwertiger Partner im Haushalt und bei der Erziehung). Insbesondere in diesem Punkt brauchen Jungen Unterstützung. Wir müssen ihnen Mut machen, auch die eher weiblich konnotierten Anteile wie Empathie, Fürsorge und Teamfähigkeit in ihr männliches Rollenmuster zu integrieren.

Ob es mit dem neuen Instrument des „Gender Mainstreaming“ gelingt, die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen ausreichend zu erfassen und zu berücksichtigen, ist noch eine offene Frage.

Das deutsche Jugendinstitut resümiert im aktuellen Mädchen- und Jungenbericht, dass es, um die langfristigen Chancen von Mädchen denen der Jungen anzugleichen, notwendig sei, eine gleichstellungsorientierte Veränderung der Berufsberatung als auch der Bildungsstrukturen zu erreichen. Entsprechende Veränderungen könnten Chancen von Mädchen in Ausbildung und Beruf und damit ihre Einkommenschancen in Deutschland verbessern. Ohne einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und ohne stärkere Beteiligung von Vätern an elterlichen Aufgaben ließen sich diese Ziele allerdings nicht erreichen.

Was hat die Mädchenförderung gebracht?

Mädchenförderung hat sich in vielen Bereichen von Jugendhilfe etabliert. Besonders unterstützend wirkte in diesem Prozess das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) mit seinem Gleichstellungsauftrag. Dass die Jugendhilfe die Kategorie Geschlecht heute als relevant anerkennt, ist der Mädchenarbeit zu verdanken.

Es gibt aber auch heute noch einige Leistungsbereiche, die über keinerlei mädchengerechte Ansätze verfügen, und Mädchenarbeit hat in der Jugendhilfe immer noch den Status des Besonderen, des eigenständigen Systems im System.

Im Dilemma, durch die Betonung des Besonderen zum Normalfall (Querschnitt) von Jugendhilfe zu werden, stieß die Mädchenarbeit in den letzten Jahren an die Grenzen des Machbaren.

Was hat die Mädchenarbeit erreicht? Zum Beispiel die strukturelle Gleichberechtigung für Frauen und Mädchen und dass Mädchen und junge Frauen als relevante Zielgruppe in der Jugendarbeit in den Blick genommen wurden. Außerdem haben sich die Rollenvorstellungen vom „Mädchen sein“ erweitert und die gesellschaftlich akzeptierten Lebensentwürfe sind flexibler geworden. Vieles ist möglich. Die Vereinbarkeitsfrage von Familie und Beruf ist und bleibt aber ein „Frauenproblem“ und die größte Hürde in der Lebensgestaltung, wenn Frauen versuchen beides zu vereinbaren.

Veränderungen und Verbesserungen haben sich im Wesentlichen im Sozialisations-, Verhaltens-, und Bildungsbereich realisiert und hier wiederum für bestimmte Mädchen, für andere nicht. Für wen, das ist entscheidend abhängig von Schicht, Nationalität, Bildungsstand, Religion etc. Während Mädchen in Deutschland in vielen Bereichen nicht schlechter gestellt sind als Jungen, gibt es doch einige Bereiche, in denen weiterhin Maßnahmen speziell für sie erforderlich sind, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihr Leben selbstbestimmt und frei von Diskriminierung zu gestalten.

Mit der Frage, ob den Mädchen tatsächlich alle Türen offen stehen und wie vielfältig die Lebenswelt der jeweiligen Mädchen ist, beschäftigten sich übrigens Fachkräfte aus der Mädchenarbeit bei einer Tagung des Landschaftsverbandes Rheinland am 23. Mai 2007 in Köln-Deutz, an der auch das Jugendamt Düsseldorf mitwirkte.

Einfluss des verschobenen Fokus auf die Jungen für die Mädchenarbeit/ Auswirkungen für die Mädchenförderung

Meines Erachtens wird es mit dem Blick auf Chancengleichheit und Vielfalt von Mädchen und Jungen auch in Zukunft eine Mädchenförderung geben müssen. Die Strategie des Gender Mainstreaming, die seit Mitte der 90er Jahre ein Leitprinzip für Chancengleichheit in allen Politik- und Handlungsbereichen geworden ist, ist dabei ein wichtiges Instrument, um sowohl die Lebenssituation der Mädchen als auch die der Jungen in den Fokus zu nehmen. In Kindheit und Jugend werden die Geschlechterrollen und die damit zusammenhängenden Lebensentwürfe und -perspektiven grundlegend geprägt. Das „doing gender“ der Akteure, Institutionen und Strukturen, die die Kindheits- und Jugendphase bestimmen, wirkt sich oft lebenslang aus. Hier geschehen die Weichenstellungen: entweder Einschränkungen des Lebenskonzeptes auf traditionelle Geschlechterrollen – oder Eröffnung von Optionen zur Entfaltung von vielseitigen, nicht „typischen“ Rollen.

Gender Mainstreaming kann zwar keine Wunder bewirken, aber wenn wir es schaffen, in der Kinder- und Jugendhilfe gendergerecht zu analysieren, Benachteiligungen aufzudecken und entsprechende Ressourcen zu verteilen, wird der Blick auf die Mädchen nie aus dem Fokus geraten und die Mädchenförderung erhalten bleiben.

Übung: Praxisbeispiel „Gender-Parcours“

Der Gender-Parcours, entwickelt von der FUMA Fachstelle Gender NRW in Essen, ist ein Erfahrungs- und Erlebnisparcours für Jungen und Mädchen zwischen 13 und 15 Jahren. Er vermittelt Jugendlichen leicht verständlich die Gender-Thematik, macht sie neugierig darauf, verinnerlichte Vorurteile und Rollenbilder zu hinterfragen und regt sie an, eigene Positionen und Perspektiven zum Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ zu beziehen. Weitere Informationen zum Parcours und den Modalitäten zur Ausleihe:

www.gender-nrw.de

Kontakt:

Berti Kamps, Jugendamt Düsseldorf
berthild.kamps@stadt.duesseldorf.de
0211 – 899 6463

Anlage: Gender-Quiz für die Teilnehmenden an der Arbeitsgruppe

Wie viele Väter nehmen die Elternzeit in Anspruch (gehen also vorübergehend nicht ihrem Beruf nach, um sich um die Kinder zu kümmern)?

- | | |
|----------------------------------|---------|
| ☐ 1. 3 % | Richtig |
| ☐ 2. 8 % | Falsch |
| ☐ 3. 15 % | Falsch |
| ☐ 4. 27 % | Falsch |

 Antwort

Weiter 

Antwort 1:

Nur 3% aller Väter verzichten auf den Beruf, um sich intensiver um Kinder und Haushalt zu kümmern. Familien, in denen der Vater mindestens zwei Monate die Kinderbetreuung übernimmt, bekommen zwei Monate länger das neu entwickelte Elterngeld (14 statt 12 Monate). Damit sollen Familien belohnt werden, in denen die Väter sich auch um die Kinder kümmern.

Welches ist weltweit der beliebteste Frauenmannschaftssport?

- | | |
|--|---------|
| ☐ 1. Volleyball | Falsch |
| ☐ 2. Fußball | Richtig |
| ☐ 3. Hockey | Falsch |
| ☐ 4. Basketball | Falsch |

 Antwort

Weiter 

Antwort 2:

Fußball ist der beliebteste Frauenteamssport. Weltweit gibt es 20 Millionen Fußballerinnen.

Welche der folgenden Gruppen macht am häufigsten Abitur?

- | | |
|---|---------|
| ☐ 1. deutsche Jungen (22,3 %) | Falsch |
| ☐ 2. ausländische Mädchen (12,1 %) | Falsch |
| ☐ 3. ausländische Jungen (8,5 %) | Falsch |
| ☐ 4. deutsche Mädchen (29,8 %) | Richtig |

 Antwort

Weiter 

Antwort 4:

Deutsche Mädchen machen von den genannten Gruppen am häufigsten Abitur. Und das sind die Zahlen: 22 % aller deutschen Jungen machen Abitur, nur 8,5 % aller Jungen aus Migrationsfamilien. 30 % aller deutschen Mädchen machen Abitur, aber nur 12 % aller Mädchen aus Migrationsfamilien.

Wie hoch ist der Anteil der Männer in Deutschland, die der folgenden Aussage zustimmen: „Die Aufgabe des Mannes ist es Geld zu verdienen, die der Frau, sich um die Familie zu kümmern!“

- | | |
|----------------------------------|---------|
| ☐ 1. 12 % | Falsch |
| ☐ 2. 24 % | Richtig |
| ☐ 3. 31 % | Falsch |
| ☐ 4. 45 % | Falsch |
| Antwort | Weiter |

Antwort 2:

25 % der befragten Männer stimmen dieser Rollenauffassung zu.

Wie hoch ist der Frauenanteil bei der Freiwilligen Feuerwehr (bundesweit)?

- | | |
|--|---------|
| ☐ 1. Frauen dürfen nicht zur freiwilligen Feuerwehr | Falsch |
| ☐ 2. 5,7 % | Richtig |
| ☐ 3. 18,2 % | Falsch |
| ☐ 4. 32,4 % | Falsch |
| Antwort | Weiter |

Antwort 2:

6 % aller Feuerwehrleute sind Frauen.

Wie hoch ist der Anteil männlicher Fachkräfte (Erzieher) im Kindergarten?

- | | |
|----------------------------------|---------|
| ☐ 1. 3 % | Richtig |
| ☐ 2. 8 % | Falsch |
| ☐ 3. 18 % | Falsch |
| ☐ 4. 27 % | Falsch |
| Antwort | Weiter |

Antwort 1:

Nur 3 von 100 Fachkräften im Kindergarten sind Männer. Dafür gibt es mehrere Gründe: Der Erzieherberuf wird immer noch sehr schlecht bezahlt. Das ist gerade für Männer ein Grund, diesen Beruf nicht zu wählen, da sie oft noch den Anspruch haben, Alleinernährer der Familie sein zu wollen. Außerdem existiert oft noch die veraltete Rollenvorstellung, dass Frauen besser für die Erziehung geeignet seien als Männer.

In welchem Jahr haben in der BRD erstmals mehr Mädchen als Jungen angefangen zu studieren?

- | | |
|---|---------|
| ☐ 1. im Jahr 1963 | Falsch |
| ☐ 2. im Jahr 1990 | Falsch |
| ☐ 3. im Jahr 2003 | Richtig |
| ☐ 4. noch gar nicht, es waren bisher mehr Jungen | Falsch |
| Antwort | Weiter |

Antwort 3:

2003 haben zum ersten Mal mehr junge Frauen angefangen zu studieren als junge Männer.

Um wie viele Jahre ist die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen höher als die von Männern?

- ☐ 1. um 4,8 Jahre Falsch
- ☐ 2. um 6,3 Jahre Richtig
- ☐ 3. um 7,2 Jahre Falsch
- ☐ 4. um 8,5 Jahre Falsch

 Antwort Weiter 

Antwort 2:

Frauen haben im Durchschnitt eine 6,3 Jahre längere Lebenserwartung. Frauen werden im Schnitt 86,5 Jahre, Männer nur 80,2 Jahre. Vergleichende Untersuchungen, wie die „Klosterstudie“ von Marc Luy von der Universität Rostock haben ergeben, dass dieser Unterschied deutlich kleiner wird, wenn Frauen und Männer unter gleichen Bedingungen arbeiten, leben, ihre Freizeit verbringen und sich ernähren.

Wann wurde das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt?

- ☐ 1. 1848 Falsch
- ☐ 2. 1918 Richtig
- ☐ 3. 1948 Falsch
- ☐ 4. 1961 Falsch

 Antwort Weiter 

Antwort 2:

Deutschland und Österreich haben 1918 das Frauenwahlrecht eingeführt. In Großbritannien dürfen Frauen erst seit 1928 und in Frankreich sogar erst seit 1946 wählen.

Wie hoch ist bei den allein erziehenden Eltern der Anteil der Väter?

- ☐ 1. 7 % Falsch
- ☐ 2. 15 % Richtig
- ☐ 3. 21 % Falsch
- ☐ 4. 38 % Falsch

 Antwort Weiter 

Antwort 2:

15 % aller allein Erziehenden sind Väter. Eine Erklärung für den geringen Anteil allein erziehender Väter besteht darin, dass viele Väter ihre berufliche Situation aufrecht erhalten wollen und die Doppelbelastung Beruf und Kindererziehung nicht haben wollen.

In welchem Jahr wurde zum ersten Mal eine Fußballtrainerlizenz des Deutschen Fußballbundes (DFB) an eine Frau vergeben?

☐ 1. 1990

Falsch

☐ 2. 1985

Richtig

☐ 3. 1963

Falsch

☐ 4. 1948

Falsch

 Antwort

Weiter 

Antwort 2:

1985 ging die erste Lizenz an eine Frau.

Wie viele Professorinnen gibt es an deutschen Hochschulen?

☐ 1. 7 %

Falsch

☐ 2. 13 %

Richtig

☐ 3. 28 %

Falsch

☐ 4. 41 %

Falsch

 Antwort

Weiter 

Antwort 2:

An deutschen Universitäten gibt es nur 13 % Professorinnen. Da aber immer mehr Mädchen Abitur machen und an der Universität studieren, wird sich der Anteil in Zukunft vielleicht erhöhen.

Wie hoch ist der Frauenanteil bei den Vorständen in den 30 führenden Privatunternehmen in Deutschland?

☐ 1. Es gibt gar keine Frauen in den Vorständen

Falsch

☐ 2. 1 %

Richtig

☐ 3. 19 %

Falsch

☐ 4. 42 %

Falsch

 Antwort

Weiter 

Antwort 2:

In diesen Firmenvorständen gibt es tatsächlich nur 1 % Frauen.

Arbeitsgruppe 8: Geschlechterspezifische Mädchen- und Jungenarbeit

Auszüge aus der Expertise – Neue Wege für Jungs?! Ein geschlechtsbezogener Blick auf die Situation von Jungen im Übergang Schule-Beruf

MICHAEL CREMERS

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dissens e.V., Berlin

Traditionelle und Neue Wege von Jungen

Der Name und die inhaltliche Ausrichtung des **Pilotprojekts Neue Wege für Jungs** verweisen implizit auf alte, traditionelle Wege von Junge-Sein und Mann-Werden in unserer Gesellschaft. Diese Wege sind durch eine traditionelle Berufswahl, der Orientierung am Modell des männlichen Hauptnährers und häufig durch Homophobie sowie eine negative Abgrenzung von Weiblichkeit und weiblich konnotierten Lebensentwürfen und Tätigkeitsfeldern gekennzeichnet. Zwar geraten diese Wege einerseits zunehmend in die Kritik und in Legitimationszwang, werden aber andererseits beispielsweise durch Medien, die tradierte Trennung zwischen öffentlicher und privater Arbeit oder den Peergroups weiterhin an Jungen herangetragen. Von dieser widersprüchlichen Ausgangslage sind viele Jungen überfordert, vor allem weil neue, alternative Männlichkeitsentwürfe oftmals abgewertet werden. Teilzeitarbeit oder gar die Rolle als Hausmann ist für viele Jungen und Männer keine ernstzunehmende Option. Männliche Jugendliche, die sexuelle Anzüglichkeiten von Klassenkameraden gegenüber Mädchen kritisieren, Jungen, die sich zu ihrer Homosexualität bekennen, und Jungen, die Röcke tragen und sich schminken oder lieber Bücher lesen als Fußball oder Basketball zu spielen, werden für den Verstoß gegen die Geschlechternormen und -hierarchien weiterhin mit Verachtung gestraft, auch wenn diese Gefahr milieuspezifisch unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Infolgedessen stehen die meisten Jungen gerade in der Gleichaltrigengruppe unter dem Druck, von anderen nicht für schwul, weiblich und kindlich sondern für heterosexuell, cool und witzig gehalten zu werden.

Andererseits gilt aber auch: Das Denken in starren Kategorien wie „die Jungen“ oder „deren Bedürfnisse“ ist kontraproduktiv, da es beides nicht gibt. Die öffentliche Wahrnehmung von Jungen als laut, aggressiv, störend und gewalttätig verdeckt den Blick auf Transformationen und diejenigen Jungen, die zurückhaltend, umsichtig und fürsorglich sind. Die geschlechtlichen Identifikationsprozesse verlaufen individuell unterschiedlich, allerdings müssen sich alle Jungen mit den gesellschaftlich hegemonialen Bildern von Männlichkeit auseinandersetzen und sich dazu positionieren.

Die Orientierung an traditionellen Männlichkeitsbildern wirkt sich auch auf die Einstellungen von Jungen zu so genannten Frauenberufen aus. Für viele Jungen und junge Männer sind Berufe, in denen Soft Skills bzw. Fürsorge-Attribute als Qualifikation vorausgesetzt werden, mit einem negativen Image belegt, weil sie Pflege- und Sorgearbeit häufig als „weibisch“ abwerten und sie ihre männliche Identität durch Ausbildungen in

diesem Bereich bedroht sehen. Folgerichtig finden sich nur wenige männliche Auszubildende in so genannten Frauenberufen wieder.

Aber auch hier gilt: Etwa ein Drittel der im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts „Neue Wege für Jungs“ befragten Jungen kann sich sehr gut oder gut vorstellen, später in einem Bereich zu arbeiten, der heute weiblich konnotiert ist, oder formuliert einen eher neutralen Berufswunsch. In Anbetracht des tatsächlichen Zahlenverhältnisses von weiblichen und männlichen Fachkräften in diesen Arbeitsfeldern ist das eine viel versprechende Größe.

Ein geschlechtsbezogener Blick auf die Situation von Jungen im Übergang Schule-Beruf

Bildung ist eine zentrale Ressource für Lebenschancen. Die im Bildungs- und Ausbildungssystem erworbenen Qualifikationen sind grundlegende Voraussetzungen für die späteren Berufs- und Einkommenschancen von jungen Frauen und Männern, wobei Bildungskarrieren immer auch mit sozialen Merkmalen korrelieren. In den vergangenen Jahrzehnten ist das Bildungsniveau im Vergleich zu den vorherigen Generationen gestiegen. Privilegien und Benachteiligungen lassen sich jedoch nach wie vor am milieuspezifischen Zugang zur Bildung festmachen.

Schule

Die Literatur- und Datenanalyse zur Situation von Jungen in der Schule hat gezeigt, dass Jungen größere Schwierigkeiten in der Schule haben als Mädchen: Sie werden später eingeschult, bleiben häufiger sitzen, bekommen weniger außerschulische Nachhilfe und sind mit einem höheren Anteil in Sonder- bzw. Förderschulen für lernbehinderte und erziehungsschwierige Schüler und Schülerinnen zu finden. Ebenfalls werden sie häufiger als Mädchen wegen Disziplinlosigkeiten und Unterrichtsstörungen zurechtgewiesen und müssen öfter mit disziplinarischen Konsequenzen rechnen – ein Umstand, der sicher auch ihre Benotung beeinflusst. Im Schuljahr 2003/04 stellten Jungen bundesweit 56 Prozent der Hauptschüler/-innen und waren an Gymnasien nur noch mit 46 Prozent vertreten. Lediglich an Realschulen findet sich ein quantitativ ausgeglichenes Verhältnis zwischen Mädchen und Jungen.

Eine in der Literatur häufig angeführte Begründung für das schlechtere Abschneiden der Jungen ist die „Feminisierung von Schule“. Gründe hierfür werden vor allem im quantitativen Überhang weiblicher Lehrkräfte und dem daraus folgenden Mangel an männlichen Lehrkräften, die den Jungen als Vorbilder zur geschlechtlichen Identifikation dienen könnten, gesucht. Neben dem Mangel an männlichen Lehrkräften wird das schlechte Abschneiden der Jungen auf eine „verweiblichte“ Schulkultur zurückgeführt, die sich unter anderem durch eine Negativbewertung jungentypischer Verhaltensweisen auszeichne. Die empirische Tatsache, dass männliche Lehrkräfte Jungen im Durchschnitt schlechter benoten als ihre weiblichen Kolleginnen und Mädchen bereits bessere Schulleistungen erbrachten, als der Anteil an männlichen Lehrkräften in den jeweiligen Schulformen noch wesentlich höher war als in der Gegenwart, stellt die vereinfachende These in Frage, die Schulnoten der Jungen seien abhängig von einem quantitativ hohen Anteil an männlichen Lehrkräften. Trotzdem kann der Ruf nach mehr Männern in der

institutionellen Erziehung und Bildung sinnvoll sein, da Mädchen und Jungen in den ersten zwölf Lebensjahren eine starke weibliche Präsenz in den Erziehungsinstitutionen erleben und in eine Welt hineinwachsen, die von geschlechterstereotypen Zuschreibungen und geschlechtstypischer Arbeitsteilung geprägt ist, was zwar bisher nicht empirisch nachweislich mit den Schulleistungen der Jungen und Mädchen korreliert aber sich zumindest auf deren geschlechtliche Vorstellungen auswirkt.

Eine differenzierte Betrachtung der Daten zeigt zudem, dass die Bildungschancen im deutschen Schulsystem sich einerseits nach Schichtzugehörigkeit, andererseits nach staatlicher bzw. ethnischer Zugehörigkeit verteilen. Hier zeigt sich die hohe Bedeutung der familiären Bildungsabschlüsse: Je höher der Schulabschluss der Eltern, desto häufiger besuchen die Söhne und Töchter das Gymnasium und desto eher entscheiden sie sich für ein Studium.

Die Qualifikationspotenziale von Schüler/innen mit Migrationshintergrund oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit werden am wenigsten angemessen entwickelt. Das „katholische Arbeitermädchen vom Land“, das in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik noch als Prototyp der schulischen Bildungsverliererin galt, ist mittlerweile vom „Migrantensohn aus einer bildungsschwachen Familie“ abgelöst worden. Es lassen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Schulabschlüsse von Schüler/innen deutscher Ethnie und Schüler/innen mit Migrationshintergrund oder nicht deutscher Staatsangehörigkeit feststellen. Vor allem in den alten Bundesländern ist die Lage für „nichtdeutsche“ Schüler und Schülerinnen, die dort einen nicht unwesentlichen Anteil stellen, ungünstig. Jugendliche ohne deutschen Pass bzw. mit Migrationshintergrund sind etwa doppelt so häufig an Sonderschulen für Lernbehinderte vertreten wie Schülerinnen und Schüler deutscher Ethnie. Sie stehen nach dem Beenden ihrer „ersten“ Schullaufbahn insgesamt am häufigsten ohne jeden Schulabschluss da und sind zudem die größte Gruppe der Schüler/innen mit Hauptschulabschluss und die kleinste Gruppe derjenigen mit Realschulabschluss und Hochschulreife.

Duale und vollzeitschulische Ausbildung

Bereits in der Kindheit entwickeln Mädchen und Jungen Vorstellungen von ihrem späteren Beruf. Je früher Kinder befragt werden, desto geschlechtstypischer sind die Antworten. Mädchen präferieren im Alter von zehn bis 14 Jahren erzieherische, „helfende“ Berufe oder wollen Schauspielerinnen, Sängerinnen und Tänzerinnen werden. Jungen träumen von einem Leben als Fußballprofi, Rennfahrer, Polizist, Soldat oder von technischen Berufen. Ein Blick in die Ausbildungsstatistik zeigt, dass geschlechterstereotype Einstellungen auch noch in der Ausbildungsorientierung zu finden sind. Mädchen und junge Frauen bevorzugen gestalterisch-kreative oder sozial-kommunikative Tätigkeiten und sind weniger an technisch ausgelegten Anforderungen interessiert. Für die Jungen gilt im Hinblick auf diese beiden Aspekte die gegenteilige Motivation. Entsprechend sind junge Frauen vorwiegend in sozialen und kommunikativen Berufen des Dienstleistungssektors und junge Männer in handwerklich-technischen Berufen vertreten. So lässt sich in vielen Berufsgruppen eine hohe Geschlechterkonzentration feststellen. Junge Frauen finden sich überproportional häufig in Verwaltungs- und Büroberufen, in Körperpflege-, Haushalts- und Reinigungsberufen, in Waren- und Dienstleistungsberufen, in Gesundheitsberufen und in Textilbekleidungsberufen. Junge Männer hingegen dominieren in

Metall- und Elektroberufen, in Bauberufen sowie in Verkehrsberufen. Auffallend ist außerdem, dass die meisten Ausbildungsgänge entweder von Frauen oder von Männern geprägt sind, wobei die Zahl der Ausbildungsgänge, die einseitig männlich besetzt sind, deutlich höher ist als die Zahl der Ausbildungsgänge, die einseitig weiblich besetzt sind.

Beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung (erste Schwelle) lässt sich eine generelle Bevorzugung oder Benachteiligung eines Geschlechts nicht mehr eindeutig feststellen. Einerseits wird männlichen Jugendlichen trotz schlechterer Schulabschlüsse häufiger die Möglichkeit geboten, sich im dualen System ausbilden zu lassen. Dies führt zu einem vergleichsweise besseren Zugang zu relativ gut bezahlten und tarifvertraglich abgesicherten Ausbildungsberufen, womit zudem bessere Einstiegschancen ins Erwerbsleben verbunden sind. Andererseits müssen junge Männer häufiger an berufsvorbereitenden und berufsgrundbildenden Maßnahmen teilnehmen, damit sie überhaupt den Qualitätsanforderungen des Ausbildungsmarktes entsprechen.

Für junge Frauen ist die längere Verweildauer an allgemein bildenden Schulen einerseits mit qualifizierteren Schulabschlüssen verbunden. Andererseits absolvieren sie weit häufiger als junge Männer vollzeitschulische Ausbildungen (zum Beispiel im Gesundheitssektor), was sich angesichts des Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft langfristig als die berufsstrategisch richtige Wahl erweisen könnte. Die Auslagerung der traditionell männlich dominierten Sektoren Bergbau, Industrie, Land- und Forstwirtschaft aus Deutschland im Zuge der Globalisierung, die gestiegenen Qualifikationsansprüche und der stetige Abbau der dualen betrieblichen Ausbildung, die steigende Zahl der Arbeitsplätze im weiblich konnotierten Dienstleistungssektor und die schlechteren Schulabschlüsse der Jungen haben dazu geführt, dass junge Männer bis 24 Jahre häufiger von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind als junge Frauen gleichen Alters.

Beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf (zweite Schwelle) haben weibliche Absolventen größere Schwierigkeiten als männliche Absolventen. Junge Frauen mit guten Schulabschlüssen konnten ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zwar deutlich verbessern und werden im Vergleich zu entsprechend ausgebildeten Männern häufiger übernommen und unbefristet weiterbeschäftigt. Dennoch sind männliche Absolventen insgesamt weniger von höheren Schulqualifikationen abhängig, da sie trotz schlechterer Schulabschlüsse insgesamt häufiger ein Übernahmeangebot bekommen.

Wie schon in der Schule verteilen sich auch im deutschen Ausbildungssystem die Chancen nach Schicht- und staatlicher bzw. ethnischer Zugehörigkeit. Die jungen Männer mit Migrationshintergrund nähern sich zunehmend der dauerhaft schlechten Ausbildungssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund an.

Studium

An den Fachhochschulen und Hochschulen studieren nahezu gleich viele Frauen und Männer. Obwohl mittlerweile junge Frauen häufiger über eine Studienberechtigung verfügen als junge Männer, liegt der Männeranteil an den Studierenden mit derzeit 50,5 Prozent noch knapp höher als der Frauenanteil mit 49,5 Prozent. In den naturwissenschaftlichen Studiengängen, den Ingenieurwissenschaften und den Studiengängen der

Fertigungstechniken ist der Frauenanteil und in den Bereichen Sozialwesen, Erziehung und Sprachen der Männeranteil weiterhin sehr gering. Deutlich angestiegen ist hingegen der Frauenanteil in den Fächern BWL, Jura und Medizin. Unabhängig von fachbezogenen Interessen spielen für Frauen bei der Wahl des Studienfachs soziale Gründe (anderen helfen, Kontakt zu Menschen) eine größere Rolle, während für Männer das wissenschaftliche Interesse, Selbstständigkeit und Karrieremöglichkeiten im Vordergrund stehen. Bei Promotionen, Habilitationen und Professuren liegen Männer dementsprechend weiterhin vorne.

Arbeitsmarkt

Stellt man die Erfolge der Mädchen und Jungen im Bildungssystem und den Verlauf ihrer beruflichen Entwicklungen nebeneinander, zeigen sich deutliche Differenzen zwischen den Ausgangslagen für den Berufseinstieg und der anschließenden Berufskarriere. Der nach Geschlechtern segregierte Arbeitsmarkt, die Bewertung der jeweiligen Tätigkeiten (horizontale Segregation), der Zugang zu Führungspositionen aller gesellschaftlichen Bereiche (vertikale Segregation), die ungleiche Einkommenssituation von Männern und Frauen, die Verteilung von Teilzeitarbeit, Elternzeit und Familienarbeit sind nach wie vor Kennzeichen ungleicher Bedingungen.

Frauen sind weiterhin zu einem geringeren Anteil erwerbstätig als Männer. Die Verschiebung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft leistet allerdings der Beschäftigung von Frauen Vorschub. Die Männererwerbstätigkeit ist hingegen tendenziell rückläufig. Die stärkere Erwerbsorientierung von Frauen hat bisher noch nicht zu einer egalitären Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit geführt. Männer leisten weiterhin deutlich mehr bezahlte und Frauen deutlich mehr unbezahlte Arbeit. Bei der geschlechterstereotypen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist die Beibehaltung traditioneller Arbeitsteilung in der Kindererziehung und der Pflege von Familienangehörigen von großer Bedeutung.

Geschlechterreflektierende pädagogische Angebote

Bei der Umsetzung von adäquaten Angeboten für Jungen sollten deren Lebenslagen, Bedürfnisse, Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster Ausgangspunkt der pädagogischen Förderung sein. Der sich im deutschsprachigen Raum seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend etablierende Ansatz der geschlechtsbezogenen bzw. geschlechterreflektierenden Pädagogik eignet sich hierzu im besonderen Maße. Eine Literatur- und Datenanalyse zu Jungenarbeit zeigt, dass sich der Ansatz als pädagogische Spezialisierung zum Thema Geschlecht begreifen lässt. Ein zentrales Anliegen in Abgrenzung zu anderen vielfältigen pädagogischen Zielsetzungen und Angeboten ist es, die Zwänge und Chancen aufzugreifen, die mit der gesellschaftlichen Anforderung, ein Mann oder eine Frau zu sein bzw. zu werden, verbunden sind. Geschlechterreflektierende Pädagogik will Jungen (und Mädchen) dabei unterstützen, gesellschaftlich angebotene Entwürfe von Männlichkeit und Weiblichkeit zu reflektieren. Die Aneignung von theoretischem Wissen zu den Lebenslagen von Jungen (und Mädchen) sowie deren relationale Beziehungen, ist daher eine wichtige Voraussetzung für die reflektierte und professionelle Umsetzung von geschlechtsbezogener Pädagogik mit Jungen.

Inhalte und Methoden geschlechterreflektierender Pädagogik mit Jungen

Jungenarbeit ist wie jedes pädagogische Handlungskonzept durch ein Spannungsverhältnis von Empathie und Grenzsetzung gekennzeichnet. Zum einen nehmen die Fachkräfte der geschlechterreflektierenden Pädagogik Jungen in ihrer Unterschiedlichkeit wahr und begreifen sie gegebenenfalls als Opfer von Gesellschaft, Familie, Schule, Peergroup und anderen Sozialisationsinstanzen, indem sie zum Beispiel präventiv vor Gewalt und Missbrauch geschützt werden bzw. ihnen bei erfolgtem Missbrauch Hilfe und Unterstützung zukommt. Zum anderen beziehen sie Stellung zu Grenzüberschreitungen und Übergriffen durch Jungen und konfrontieren sie mit ihren Regelverletzungen, damit Gewalttaten, verbale und körperliche Aggressionen sowie sexistisch oder rassistisch motivierte Attacken nicht folgenlos bleiben. Dadurch werden zugleich soziale Probleme wie Gewalt, Sexismus, Homophobie als Männlichkeitsphänomene thematisiert.

Wie jedes pädagogische Handlungskonzept benötigt auch geschlechterreflektierende Pädagogik Vorstellungen davon, woran sich die erzieherische Begleitung und Entwicklung orientiert. „Der Blick auf das Unerwünschte, Negative ist zwar ein häufiger Ausgangspunkt für Pädagogik, besonders in der Jugendhilfe – aber ohne die Wahrnehmung der vorhandenen Stärken oder der anschlussfähigen Kompetenzen von Jungen und ohne zu wissen, wohin die pädagogische Reise gehen soll, können Erzieher und Pädagogen kaum erfolgreich arbeiten.“¹

Die Bandbreite der inhaltlichen Angebote in der geschlechterreflektierenden Pädagogik mit Jungen ist sehr groß. Im Einzelnen hängen diese von den Zielen, die mit der pädagogischen Arbeit verfolgt werden, vom institutionellen Auftrag, vom Selbstverständnis und vom Methodenrepertoire der jeweiligen pädagogischen Fachkraft ab. Praxiserfahrungen zeigen, dass pädagogische Arbeit mit Jungen immer dann Zuspruch findet, wenn Themen konkret benannt und Jungen mit ihren Unsicherheiten und ihrer Suche ernst genommen werden.

Folgende **Inhalte und Themen**, die sich an der Interessenlage der Jungen und am Ziel der Sensibilisierung und Reflexion von Männlichkeitsnormen orientieren, **stehen im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit mit Jungen:**

- Schule, Schulversagen, Ausbildung, Arbeit und Beruf, Arbeitslosigkeit,
- Vaterschaft, Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Liebe und Partnerschaft (Unsicherheiten, Flirten, „Das erste Mal“, Liebeskummer, Trennung),
- Freundschaft, Probleme in der Gleichaltrigengruppe,
- Soziale Kompetenzen, Verantwortung für sich selbst und andere, Kooperation,
- Sorgeselbstständigkeit, Fürsorglichkeit,
- Konflikte, Angst, Aggression, Gewalt,
- Auseinandersetzung mit gesellschaftlich vorgegebenen und eigenen Männer- und Frauenbildern,

¹ Vgl. Neubauer/Winter 2001, S.33

- Sexualität, sexuelle Orientierung, Coming-out, Sexualpraktiken, Verhältnis zum eigenen Körper, Selbstbefriedigung, sexualisierte körperliche und verbale Gewalt, Umgang mit Pornographie,
- Körperspaß jenseits von Fitness und Leistungssport, Massagen, Entspannungsübungen, faires Kämpfen,
- Rausch, Musik, Alkohol, Drogen,
- Computerspiele, Medienverhalten.

Vor allem, aber nicht nur in der pädagogischen Arbeit mit sozial- und bildungsbenachteiligten Jungen werden Methoden benötigt, die sich durch Handlungsorientierung sowie sprach- und schriftarme Kommunikation auszeichnen. Mithilfe von Medien wie Fotos oder Videos ist es zum Beispiel möglich, mit den Jungen über sie selbst ins Gespräch zu kommen. So eignen sich Foto- und Videoprojekte sehr gut zur Thematisierung von Orten und Räumen, die für die Jungen in der Vergangenheit und Gegenwart von Bedeutung sind und waren.

Geschlechterreflektierende Pädagogik in der geschlechtshomogenen Jungengruppe

Der Vorteil der pädagogischen Arbeit von Männern mit Jungen in geschlechtshomogenen Gruppen wird in der einschlägigen Literatur neben den faktisch fehlenden Männern in den Lebenswelten der Jungen darin gesehen, dass es den meisten Jungen in einem solchen Kontext leichter fällt, über Themen wie Sexualität, Ängste oder Unsicherheiten zu sprechen. Aus diesem Grund haben sich die Akteure der geschlechterreflektierenden Pädagogik mit Jungen das Ziel gesetzt, Schutzräume zu schaffen, in dem die Jungen sich sicher fühlen und ihre Ängste offen legen können, ohne als unmännlich zu gelten. In der Regel sind dies geschlechtshomogene Räume. In Anwesenheit von Mädchen oder Pädagoginnen seien viele Jungen einem zusätzlichen Selbstdarstellungs- und Bewertungsdruck ausgesetzt. So berichten Jungen häufig, dass sie sich offener verhalten können und weniger Angst vor einer Blamage haben, wenn keine Mädchen anwesend sind.

Die pädagogische Arbeit in der geschlechtshomogenen Gruppe ermöglicht es den Jungen zudem, weiblich konnotierte Aufgaben (zum Beispiel Kochen, Aufräumen, die Gestaltung des Raums) zu übernehmen und Fürsorglichkeit und soziales Miteinander zu erproben, ohne einer Bewertung durch Mädchen oder Frauen ausgesetzt zu sein. Jungen können so Handlungsmuster einüben, die ihre emotionale, soziale, gesundheitliche und hauswirtschaftliche Unabhängigkeit (Sorgeselbstständigkeit) fördern, ohne sich auf Mädchen und Frauen zu stützen, deren Ressourcen auszunutzen oder durch negative Abgrenzung von Mädchen/Frauen ihre eigene Identität herstellen zu müssen.

Der entscheidende Gewinn wird in der Literatur aber darin gesehen, dass geschlechtshomogene Jungenarbeit die Möglichkeit der Differenzierung innerhalb der Jungengruppe bietet, indem sie den Jungen die Erlaubnis und Notwendigkeit ermöglicht, sich von den anderen Jungen zu unterscheiden, während heterosoziale Kontexte von der Dynamik gekennzeichnet sind, sich in Abgrenzung zu den Mädchen einfach „als Junge“ zu definieren. Gerade die Differenzierung wird aber erst den unterschiedlichen Jungen mit ihren pluralen Biographien, Bedürfnissen und Lebenslagen gerecht. Entsprechend ist es in vielen Bereichen der Sozialarbeit sinnvoll, in einem ersten Schritt oder zeitlich paral-

lel zur „sozialen Gruppe“ mit Jungen in einer subjektorientierten Einzelbetreuung zu arbeiten, um sie zum Beispiel darin zu stärken, dem Männlichkeitsdruck in geschlechts-heterogenen Gleichaltrigengruppen standzuhalten, ohne auf traditionelle und gesellschaftlich zunehmend weniger akzeptierte Aspekte von Männlichkeit zurückzugreifen. Gerade der Blick auf den einzelnen Jungen zeige, dass es nicht genügt, traditionelle Handlungsstrukturen zu demontieren ohne tragfähig alternatives Verhalten anzubieten und zu vermitteln.

Ein Nachteil der Aufteilung in geschlechtshomogene Jungengruppen wird in dem Risiko gesehen, die „Kultur der Zweigeschlechtlichkeit“ durch die implizite Betonung der Geschlechterdifferenz besonders hervorzuheben und damit festzuschreiben. Jungen die sich einer Jungengruppe zuordnen müssen, werden ermutigt, sich als männlich zu definieren und sich damit von den Mädchen zu unterscheiden. Bei Jungen, die sich in Jungengruppen und in männlich konnotierten Handlungsfeldern nicht wohl fühlen und diesen eher aus dem Weg gehen, stößt die „verordnete“ Teilnahme an einer geschlechtshomogenen Gruppe entsprechend nicht auf Zustimmung und kann für diese sogar eine Form von Gewalt bedeuten. Aus diesem Grund sind auch aufgeregte Diskussionsbeiträge, die spezielle Angebote für „die Jungen“ zum Beispiel in der Schule fordern und sich an dem Motto „Jungen brauchen mehr Bewegung und mehr Sport“ orientieren, mit Vorsicht zu genießen. Viele Jungen (und auch Mädchen) mögen gerade in der Schule das Bedürfnis nach mehr bewegungsorientierten Angeboten haben, aber für viele andere Jungen ist gerade Sport wegen den damit verknüpften Männlichkeits- und Leistungsanforderungen der Ausschluss- und Unterordnungsfaktor Nummer 1. Wichtig ist es daher, nicht nur die Gruppe „der Jungen“, sondern vor allem den einzelnen Jungen in seiner Individualität bewusst wahrzunehmen. Erfahrungen mit geschlechterreflektierender Pädagogik in der Praxis zeigen, dass gerade die Kombination einer subjektorientierten pädagogischen Arbeit und die Bausteine geschlechtshomogener Mädchen- und Jungenarbeit sowie reflexive Koedukation den Lebenslagen, den unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen am ehesten gerecht werden. Hieraus entsteht der pädagogische Anspruch, begründen zu können, warum, wie und wann die unterschiedlichen Bausteine verwendet werden.

Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2007a): Neue Wege für Jungs?! Ein geschlechtsbezogener Blick von Jungen im Übergang Schule Beruf, Berlin.

Neubauer, Gunter/Winter, Reinhard (2001): dies und das – Das Variablenmodell „balanciertes Junge- und Mannsein“ als Grundlage für die pädagogische Arbeit mit Jungen und Männern, Tübingen.

Vollständige Expertise unter

http://www.neue-wege-fuer-jungs.de/neue_wege_fuer_jungs/downloads/materialien oder
<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/publikationen.html>

Veränderungsdruck in der Jugendarbeit – Was sind die (neuen) Entwicklungsperspektiven?

Podiumsdiskussion

Moderation:

DR. DETLEV KLAUS

Leiter des Stadtjugendamtes Magdeburg

Gesprächspartner:

DR. INGO GOTTSCHALK

Leiter der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung, Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit, Magdeburg;

KARL-HEINZ HUMMEL

Leiter des Produktteams Jugendarbeit, Stadtjugendamt München;

JUTTA KÜPPERS

Abteilungsleiterin Jugendarbeit, Stadtjugendamt Fürth

MARKUS SELL

Jugendreferent der Gemeinden Neuhausen ob Eck und Emmingen-Liptingen

Dr. Detlev Klaus: Das Gute an solchen Tagungen sind die Effekte, die sich bereits teilweise während der Tagung einstellen, teilweise erst danach. Während der Tagung haben wir zum Beispiel hören können, dass man es selbst plötzlich als sehr bürokratisch sieht, wie Verfahren geregelt sind und dass das ein sehr hilfreicher Blick sein kann, den man durch die Augen einer anderen Institution oder eines anderen Trägers auf sich selbst werfen kann.

Aber wir haben mehr bewegt. Ich möchte noch einmal kurz zur Eröffnung dieser Diskussionsrunde den Bogen spannen. Wir hatten eine Einführung in die Geschichte des Themas durch Prof. Simon. Herr Haller stellte uns die Leipziger Thesen vor. Hinter diesen Thesen steht der Anspruch, dass wir gehört werden wollen. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass die beste Absicht und die besten Formulierungen ein Jahr in Folge der Ausgangstagung im Bundesland Sachsen scheinbar folgenlos blieben. Wir hörten gestern und heute etwas über die Angebote zur Jugendarbeit in den Landkreisen und in den Städten und haben darüber diskutiert. Es gab auch immer wieder die Diskussion zwischen Ost und West. Diese scheint noch immer notwendig zu sein, weil sie sich in einem besonderen fachlichen Dialog auch mit zeitgeschichtlichen Inhalten und Methoden verbindet. Es ging daneben und übergreifend um die Frage, wie und wohin wir die geförderte Jugendarbeit steuern, wie ausreichend die Finanzierung ist, wo die Inhalte und Adressaten bleiben.

An dieser Stelle möchte ich die Referenten auf dem Podium um ein Statement zu den Zielen und den Inhalten der Tagung bitten: Was hatte aus ihrer Sicht auf dieser Tagung seinen Platz, was hat gefehlt? Wo ist der Ausblick auf Zukünftiges?

Jutta Küppers: Ich bedaure sehr, dass ich bei der Diskussion um die Finanzierung nicht anwesend war, denn dies hätte mich sehr interessiert. Ich habe positiv wahrgenommen, dass es eine unglaubliche Vielfalt und somit eine große Heterogenität gibt, dass sich viele Jugendarbeiter mit der Profilierung der Jugendarbeit beschäftigen, dass sich viele Jugendarbeiter sehr professionell mit den Bedürfnissen ihrer unterschiedlichen Kunden und der Erweiterung ihres Kundenkreises auseinandersetzen und dass auch Steuerung und Management in der Jugendarbeit eine größere Rolle spielen, ebenso wie systematische Maßnahmen der Personalentwicklung. Diese Dinge sind aus meiner Sicht für die Zukunft der Jugendarbeit sehr wichtig. Ich habe mich darüber gefreut, dass dies Gegenstand der Diskussion war und dass einige Kommunen und Städte schon einen sehr guten Weg gegangen sind.

Mir hat die eine Vision oder das eine Bild, wie es aussehen könnte, gefehlt, aber wahrscheinlich ist das eine Illusion, weil die Bilder, je nachdem, wo sie gemalt werden, immer unterschiedlich bleiben werden.

Dr. Ingo Gottschalk: Ich denke, dass mit Prof. Simons Begriff von der so genannten Buntscheckigkeit und mit dem Raum, den die gesetzliche Normierung bietet, nicht die allgemeine Vision einer transportablen Jugendarbeit für alle das Ziel sein soll, sondern ich möchte aus Sicht der Jugendhilfeplanung insbesondere auf die kommunale Identität und Varianz in diesem Handlungsfeld verweisen.

Ich sehe bei dieser Identitätsfindung eine gewisse Dreischrittigkeit, die man beachten sollte. Das hat sich bei mir noch einmal durch die Diskussion in den Arbeitsgruppen verdichtet:

Der erste Schritt ist die fachpolitische, jugendhilfeplanerische Orientierung – Leitlinien. Damit wird ein arbeitsfeldspezifischer identitätsstiftender Kontext hergestellt, die Sicht auf ein Arbeitsfeld, das in seiner durch die jungen Menschen zu prägenden Buntscheckigkeit umgesetzt werden kann. Über diese fachpolitische Diskussion sind die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sichern. Dort sollten sich alle einbringen können, die in diesem Arbeitsfeld und möglicherweise auch aus anderen fachlichen Zusammenhängen eine Rolle spielen. Stichworte wären Durchsetzung der Anforderungen, Sicherung des Zugangs und auskömmliche Finanzierung des kommunal geprägten Profiles der Jugendarbeit.

Der zweite Schritt orientiert auf die Ausgestaltung und Verständigung im Rahmen der steuerungspolitischen Dimension. Das heißt die Verständigung zum Koordinierungs- und Kommunikationsaufwand und die Gestaltung der Verfahren und Instrumente zur Umsetzung und fachlichen Rückkopplung der Jugendarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern. Stichworte wären Qualitätsentwicklung, Fachcontrolling, Leistungsverträge etc.

Der dritte Schritt zielt auf die tägliche Umsetzung der Anforderungen in der Einrichtung – auf den Kontakt zu den Jugendlichen selbst. Das ist die Ebene der Fachkraft der Jugendarbeit, die die Jugendphase junger Menschen konkret begleitet und unterstützt.

In diesen Entwicklungsebenen sind Instrumente, Verfahren und Zeitpunkte richtig zu setzen, um Jugendarbeit als Zukunftsfeld für die Jugendhilfe und für die Gesellschaft zu halten. Ich habe für alle drei Ebenen Anregungen mitnehmen können. Im Prinzip ist ein „Kulturwandel“ für die Jugendarbeit in Deutschland insgesamt erkennbar und diesen sehe ich als kommunale Herausforderung.

Markus Sell: Ich habe im Programm gelesen „Zeit für neues Denken, Zeit zu handeln“. Dies habe ich als Aufforderung verstanden. Auf dieser Tagung bin ich aber darauf gekommen, dass es „Zeit für altes Denken und trotzdem Zeit zu handeln“ heißen könnte. Das alte Denken spiegelt sich für mich in der Haltung wider, die die Jugendarbeit vor Ort hat. Die besteht im Interesse an den Jugendlichen und daran, diese voranzubringen. Das ist ein Auftrag, den die Jugendarbeit schon immer hatte. Es geht hier immer auch um Steuerung und um die Sicherung von Qualität. Aber welche Qualität will ich sichern? Es gibt einen Auftrag und der Auftrag muss erfüllt werden, und zwar qualitativ gut. Ich kann einen Auftrag erfüllen, der von oben gegeben wird, der aber vielleicht gar nicht im Sinne von Jugendlichen ist, und kann diesen qualitativ gut erfüllen. Ich kann aber als Jugendarbeiter die Qualität darin sehen, im Sinne der Jugendlichen zu handeln und die Qualität daran zu messen, wie es den Jugendlichen in unserer Gesellschaft geht. Das ist eine Frage der Haltung des Jugendarbeiters gegenüber den Jugendlichen.

Ich finde es gut, wenn über Steuerungsmodelle diskutiert wird, weil eine gewisse Überprüfung stattfinden muss. Trotzdem darf man nicht in ein Hierarchiedenken verfallen. Jugendliche denken nicht in Hierarchien. Jugend ist eine andere Dimension. Sie hat gesprengte Grenzen. Es ist eine andere Jugend, als wir damals waren. Sie sind mobiler und können mit dem Handy jeden zu jeder Zeit anrufen. Sie würden auch Politiker anrufen, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt. Wenn man diese Denkweise als Auftrag weitergibt und einbringen will, muss man auch als Jugendarbeiter anecken. Das nehme ich mit von dieser Tagung, in der Praxis weiter anzuecken, die Politik zu kitzeln, wo es nötig ist, die Jugendlichen zu vertreten und dies als Qualität zu sehen.

Karl-Heinz Hummel: Nach der Vorstellung der Leipziger Thesen stellte sich bei mir eine leichte Euphorie ein, weil es ein sehr guter Versuch war, diese vielgestaltige Bunt-scheckigkeit des Feldes Jugendarbeit darzustellen und einen Rahmen dafür abzugeben.

Nach den Leipziger Thesen gingen wir in die Arbeitsgruppen, wo die Mühen der Ebenen wieder zum Vorschein kamen. Mein Bereich war Partizipation. In dieser Arbeitsgruppe hat sich gezeigt, dass der Begriff sehr umfassend ist und dass man ihn differenziert betrachten muss. Ich hatte mit meinem Input versucht, Partizipation und Alltäg-lichkeit der praktischen Arbeit in den Einrichtungen zum Thema zu machen. Wir sind aber sehr schnell auf politische Beteiligung und Planungsbeteiligung übergegangen. Das sind wichtige Felder der Partizipation, aber der Diskussionsverlauf hat gezeigt, wie weit und umfassend in diesem Bereich Jugendarbeit tätig ist. Insofern war es eine Diskussi-on, die durchaus Impulse gab, aber zugleich zeigte, dass das Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ ein durchaus dickes Brett ist, an dem wir zusammen zu bohren haben.

Wenn man in München diesen Arbeitsbereich managt und die Frage der Steuerbarkeit des Arbeitsfeldes Jugendarbeit in der Großstadt stellt, so muss man die Eigendynamik

des Feldes respektieren. Wenn wir zu steuern beginnen, galoppiert das Ganze meist schon woandershin. Ich habe es als positiv empfunden, dass zu Steuerungsansätzen vernünftige und pragmatische Vorschläge, Handlungsabläufe und Strukturen dargestellt wurden, die ich in meine Praxis dankbar mitnehme.

Ich habe es auch als positiv empfunden, dass wir eng am Thema Jugendarbeit geblieben und nicht in alle möglichen anderen Bereiche ausgefert sind und das Thema Bildung nicht bei der Schule ansiedelten. Das ist oft passiert, wenn ich versucht habe, den „Bildungsauftrag der Jugendarbeit“ in die Diskussion einzubringen: Nach kurzer Zeit landet man immer wieder bei der Schule. Darum habe ich mir schon die Frage gestellt, ob wir uns bei der begrifflichen Verbindung von Bildung und Jugendarbeit nicht einen Bären dienst aufgeladen haben. Wenn man das Wort „education“ einsetzt, hängt das nicht mehr so dicht am Bereich der Schule und ist nicht mehr so belastet vom bürgerlichen Bildungsbegriff.

Wichtig war für mich, dass hier der Kernpunkt und die Inhalte von Jugendarbeit Thema waren und kein Ausweichen auf alle möglichen anderen Bereiche stattfand.

Dr. Detlev Klaus: Damit danke ich den Referenten hier auf dem Podium noch einmal und bitte die Teilnehmer selbst, Anregungen, Hinweise und Ergänzungen zum Thema Jugendarbeit zu geben.

Dr. Ingo Gottschalk: Ich möchte das Stichwort „Bildung“ noch einmal aufgreifen und zusätzlich zwei weitere Aspekte einbringen.

Zur Abgrenzung der informellen Bildung zur Schulbildung bietet der 12. Kinder- und Jugendbericht eine hilfreiche Orientierung, wenn es um Bildungsinhalte der Jugendarbeit geht. Diese würde ich im Vergleich nicht als potenziell schwächer ansehen, da diese Beschreibung auch Medienkompetenz usw. einschließt.

Die zweite Frage ist für die Jugendarbeit die größere Herausforderung. Das ist die Organisation von Bildungsbeteiligung, auch über die eigentliche Aufgabenzuständigkeit der Jugendhilfe hinaus, zum Beispiel bei den Übergängen in die Schule, in der Schule und von der Schule. Es stellt sich dabei die Frage, wie ich diese Übergänge für sozial Benachteiligte aus der Sicht der Jugendhilfe begleite. Es ist eine Herausforderung, Bildungsbeteiligung insbesondere für diese Klientel zu organisieren.

Eine weitere Herausforderung für die Jugendarbeit ist die Ermöglichung von selbst organisierter Jugendarbeit durch die Jugendlichen selbst bzw. durch die Jugendverbände oder andere Formen. Das ist eine wesentliche Herausforderung, vor allem für die ost-deutschen Kommunen, weil dort die Verbandsstruktur weit weniger ausgeprägt ist als in den alten Bundesländern.

Dr. Detlev Klaus: In der Diskussion in den Arbeitsgruppen sind einige Punkte angesprochen worden, die ich bemerkenswert finde. Im Gegensatz zum Tagungstitel, der dazu einladen könnte, ein bisschen nachzudenken und dann ein bisschen zu handeln, haben wir heute gehört, dass wir eine dramatische Veränderung in den Rahmenbedingungen der Jugendarbeit erleben. Dazu gehören Steuerung, Qualitätsmessungen, Wirk-

samkeitsdialoge. Wo bleiben die Inhalte? Ein Kollege sagte in der Arbeitsgruppe treffend, dass wir uns in den letzten sieben Jahren nur über Methoden ausgetauscht hätten und uns jetzt wieder auf die Inhalte besinnen würden. Gibt es wirklich einen Bedeutungsverlust der Jugendarbeit? Die finanzielle Ausstattung geht bundesweit deutlich nach unten. Charakterisiert das auch eine Form von Bedeutungsverlust? Herr Haller hat auf die Frage verwiesen, warum die Jugendarbeit gegenüber dem Kindergartenbereich so deutlich abfällt. Verbirgt der Tagungstitel die Brisanz des Themas?

Detlef Große, *Bezirksamt Spandau, Abteilung Jugend und Familie, Berlin*: In offiziellen Tagungsankündigungen habe ich den Stellenwert der Jugendarbeit im Rahmen der sozialräumlichen, methodischen Umstrukturierungen vermisst. Das ist aber in der letzten Arbeitsgruppe doch angesprochen worden. Diese Umstrukturierungen haben nicht nur in den Jugendämtern in Berlin stattgefunden, sondern sind auch in anderen Jugendämtern schon weit vorangeschritten, teilweise gescheitert oder erst in Planung. Meine Befürchtung, die sich durch die praktischen Erfahrungen leider bestätigt, ist, dass der Jugendarbeit zwar theoretisch eine entscheidende Rolle im Rahmen von Kooperations- und Vernetzungsaktionen von den Experten in diesem Bereich zugewiesen wird, dass aber in der Praxis die gegenwärtigen Rahmenbedingungen dazu führen, dass die Mittel und die Personalausstattung zurückgefahren werden. Man wird zwar theoretisch gelobt, aber praktisch an die Wand gedrückt, nicht nur im Sinne von finanzieller Ausstattung, sondern auch hinsichtlich einer Rollenzuschreibung im Rahmen der Sozialraumorientierung, die ich für gefährlich halte. Man erkennt manchmal die Jugendarbeit nicht mehr in der Sozialraumorientierung, außer bei den Freizeiteinrichtungen, weil diese nicht weg zu diskutieren sind. Aber die Mitarbeiter der Jugendarbeit in den Jugendämtern werden mit den Mitarbeitern der Regionalen Sozialen Dienste zusammengeführt, was durchaus vernünftig ist, sie verlieren aber zum Teil ihr eigenständiges Profil in der Arbeit. Man muss aufpassen, dass nicht Generalisten der Sozialraumorientierung entstehen und der eigenständige Auftrag der Jugendarbeit dabei verloren geht. Diesen Komplex habe ich in der Schwerpunktsetzung der Arbeitsgruppen vermisst, aber das ist kein Vorwurf, wir haben es trotzdem andiskutiert.

Dr. Herbert Wiedermann, *Leiter des Landesjugendamtes und Abteilungsleiter Überregionale Förderung und Beratung, Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung Hamburg*: Es gibt zwei gegensätzliche Thesen zur weiteren Entwicklung der Jugendarbeit, die augenblicklich debattiert werden.

Die erste These geht davon aus, dass der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung weiter abnimmt. Deshalb seien Schrumpfungsprozesse in der Infrastruktur für Jugendliche unvermeidbar und ein geringerer Ressourcenansatz politisch vertretbar.

Die zweite These betont vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung den Bedeutungszuwachs der jungen Generation. Wenn die Bundeskanzlerin bemerkt, dass wir um jeden Jugendlichen kämpfen müssen, ist das durchaus ein Programm.

Wir merken heute schon in den Großstädten, dass bestimmte Ausbildungsstellen nicht besetzt werden können, weil wir erhebliche Probleme haben, junge Fachkräfte zu gewinnen. Nun kann eine Metropole wie Hamburg auf genügend qualifizierte Leute aus

dem Umland und den neuen Bundesländern zurückgreifen. Das haben wir auch lange Zeit gemacht. Ein Konzept für die Zukunft ist dies aber nicht. Wir müssen in der Lage sein, so viele Jugendliche wie möglich zu qualifizieren. Dies ist notwendig für die gesellschaftliche Integration der jungen Menschen, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen.

Ich prognostiziere eine Entwicklung, in der Jugendarbeit unter dem Gesichtspunkt der Zuführung von qualifizierten Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt eine neue und wichtige Rolle bekommt. Dazu wird der Alltag von Kindern und Jugendlichen zunehmend pädagogisiert. Strukturierte und verdichtete Bildungs- und Lernprozesse junger Menschen werden früher ansetzen und stärker pädagogisch begleitet sein. Das neue Konzept wird Elemente des „Fördern und Fordern“ aufnehmen. Beim Scheitern der Bildungsangebote ist schnell Schluss mit der pädagogischen Geduld, insbesondere gering qualifizierte junge Menschen müssen damit rechnen, länger in prekären Lebenslagen zu verweilen und verschärfter Repression ausgesetzt zu sein.

Ohne Zweifel werden zukünftig zusätzliche Ressourcen aufgewendet, um Kinder und Jugendliche gesellschaftlich zu integrieren. Wir haben bereits heute steigende Jugendhilfeausgaben, diese konzentrieren sich aktuell auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen und auf die Hilfen zur Erziehung. Nebenbei bemerkt mag die aktuell gefühlte Bedeutungslosigkeit der Jugendarbeit auch damit zusammenhängen, dass der Ressourcenverbrauch der anderen Bereiche der Jugendhilfe stark angestiegen ist, während die zur Verfügung gestellten Ressourcen für die Jugendarbeit im Wesentlichen stagnierten. Die Ausgaben für die Jugendarbeit gehen jedenfalls in Hamburg nicht zurück.

Ich würde für das – wie Herr Sell formuliert – „alte Denken“ plädieren. Jugendarbeit hat die Kernfunktion, Heranwachsende bei der Integration in die Gesellschaft zu unterstützen. Zugleich müssen wir uns auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen, damit uns nicht von außen eine Entwicklung aufoktroziert wird, die viele fachliche Grundüberzeugungen über Bord wirft und nur noch die Ökonomisierung und betriebswirtschaftliche Aspekte im Blick hat. Das schlägt deshalb im Moment so gut ein, weil wir inhaltlich so wenig zu bieten haben. Dazu müssen wir uns jetzt positionieren. Diese Tagung stellt einen gelungenen Versuch dar, eine solche Positionierung vorzunehmen. Wir sind aber noch ganz am Anfang.

Eva Lischke, *Fachsteuerung Außerschulische Bildung, Bezirksamt Neukölln, Abteilung Jugend, Berlin*: Die Steuerungsdebatten der letzten sieben Jahre beinhalteten unter anderem die Forderung an die Kommunen, dass so alte Themen wie Selbstorganisation und Partizipation wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Das ist ein Ergebnis aller möglichen Analysen – und Partizipation steht auch in EU-Programmen ganz oben. Wenn aber parallel dazu die Ausgaben für Jugendarbeit immer geringer werden, denken die Kollegen an der Basis zwangsläufig, wenn wieder einmal die Rede von Ehrenamt und Selbstorganisation ist, dass dies eine neue Sparrunde einläutet. Ich selbst befürworte unbedingt Ehrenamt und Selbstorganisation, aber nicht, um zu sparen. Das Traurige ist, ich kann meinen Kollegen kaum mehr vermitteln, dass Ehrenamt etwas Gutes ist, weil in der Realität die Ausgaben für Jugendarbeit sinken und wir in Deutschland meinen, dass Selbstorganisation etwa „vom Himmel fällt“ und dazu keine Investitionen

nötig seien. Ein prominentes Beispiel dazu ist der „Lokale Aktionsplan“ der Bundesregierung. Dort kann man nicht einmal 2,9 Prozent Regiekosten einsetzen. Es werden Maßnahmen herausgegeben, die umgesetzt werden müssen und es müssen Ehrenamtliche in Vereinen gefunden werden, die auf höchstem Niveau über drei Ebenen von der Kommune bis zur Bundesregierung die ganze Abrechnung und Mittelverwendung erledigen. Ich kann allenfalls auf die Gruppe von Senior-Experts verweisen, das ist vielleicht eine neue Ressource, die ich in die Jugendarbeit stecken kann, um die hochkomplizierten Kommunikationsprozesse zwischen der Praxis und der Bundesregierung zu steuern. Ich halte das für wahnsinnig, wenn ein Bundesprogramm überhaupt kein Geld für Coaching und Begleitung von Ehrenamt/Freiwilligen zur Verfügung stellt. Ich selbst mache das auch nur ehrenamtlich. Es wundert mich nicht, dass Partizipations-Prozesse (bei so wenigen Ressourcen) nicht funktionieren. Beteiligung bleibt ein „schwieriges Ding“, wenn man nicht dafür sorgt, dass sie funktionieren kann. Zu diesem Thema habe ich ein bisschen mehr Rat erhofft: Was hat ehrenamtliches Engagement mit Jugendarbeit zu tun?

Karl-Heinz Hummel: Die Verbände sind traditionell mit Ehrenamt verbunden. Ich glaube, dass auch außerhalb der Verbände viele Potenziale bei den Jugendlichen vorhanden sind, die anders aussehen. Wir haben zum Beispiel während der Fußball-Weltmeisterschaft ein Volunteers-Programm gestartet. Wir wussten nicht, ob das funktioniert. Innerhalb kürzester Zeit fanden sich 400 Jugendliche, die sich engagieren wollten, die Kontakt zu anderen fußballbegeisterten Jugendlichen aufbauten und für unsere Stadt wirklich ein Aushängeschild waren. Das war eines der gelungensten Projekte, die begleitend zur Fußball-Weltmeisterschaft gelaufen sind. Das Problem war dann, die Kontinuität dieses ehrenamtlichen Engagements aufrecht zu erhalten. Es passt nicht in die Strukturen.

Ich selbst habe in meiner Jugendzeit um 1970 zusammen mit anderen Jugendlichen ein Jugendzentrum in Rosenheim besetzt. Wir wollten keine Hauptamtlichen dabei haben.

Es gab in den folgenden Jahren eine große Welle der Sozialpädagogisierung und des Einsatzes von Hauptamtlichen in der Jugendarbeit. Manchmal ging diese Professionalisierung zu Lasten der ehrenamtlichen Potentiale der Jugendlichen. Wenn heute in den schwierigen Einspardiskussionen herauskommt, das Selbststärkungspotenzial von Kindern und Jugendlichen wieder zu fördern, das durch die vorangegangene Entwicklung etwas in den Hintergrund geraten ist, können und sollten wir diese Entwicklung positiv steuern und unterstützen. Sie stellt auch ein Qualitätspotenzial dieser Arbeit nach außen dar. Wir sollten nicht nur die Einsparungen als drückende Realität wahrnehmen, sondern als Chance zur Veränderung, um in eine andere Struktur hinein zu kommen.

Eva Lischke: Ich bin selbst Mitglied im „Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“ in Berlin-Neukölln. Das Problem ist, dass es zumindest in Städten wie Berlin nicht mehr die alte, klassische Struktur wie in Bayern oder Baden-Württemberg gibt. Dort herrscht ein viel höheres Engagementniveau. Ehrenamt hat auch etwas mit Wohlstand zu tun, denn es sind gerade die Leute, die einen Job haben und hochqualifizierte Arbeit leisten, die ehrenamtlich tätig sind. Da haben die Kommunen, in denen viele Leute von Unterstützung leben, große Probleme, Gremien zu bilden und Ehrenamt

zu organisieren. Das muss man gelernt haben. In Berlin-Neukölln erreichen wir über unser Netzwerk kaum die Jugendarbeit. Ehrenamt findet im Seniorenbereich statt, aber in der Jugendarbeit gibt es kaum Träger in diesem Netzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“.

Dr. Detlev Klaus: Damit machen wir fast ein neues Thema auf, ich weiß nicht, ob wir das noch erschöpfend behandeln können. Wir hatten in den Arbeitsgruppen gute Beispiele gehört, dass schlechte Rahmenbedingungen, beispielsweise die Schließung eines Zentrums, gerade das ausgelöst und aktiviert haben, was Sie anmahnen: Ehrenamt. Plötzlich waren Unterstützer zugegen, die Wege gefunden haben, die Einrichtung zu erhalten. Die Nutzer selbst haben ein Stück Verantwortung übernommen.

Tilman Fuchs, *Fachstellenleitung Jugendförderung/-sozialarbeit, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster:* Im Kern vieler Diskussionen geht es darum, was wir aus den Jugendämtern den Fachkräften vor Ort zur Verfügung stellen müssen, um gute Jugendarbeit zu leisten, vor allem die umfangreiche Beziehungsarbeit. Was brauchen sie von uns, um sich zurückzunehmen und die Jugendlichen selbst aktiv werden zu lassen? Damit sind keine Instrumente gemeint, mit denen man etwas verkauft, sondern mit denen man Fachkräfte stärkt. Die Fachkräfte kommen in die Situation, in der Jugendarbeit alle möglichen Aufgaben zugewiesen werden, und haben diese Jugendarbeitsmethodik nicht gelernt.

Dr. Ingo Gottschalk: In der Arbeitsgruppe, in der es um mobile Jugendarbeit ging, wurde ein Thema aufgegriffen, das für mich in der jetzigen Reflexion offen blieb. Ich spreche hier die Frage der Erreichbarkeit von Zielgruppen und auch die Eingrenzung der Zielgruppe der Jugendarbeit an. Bei uns geht man von einer Altersgruppe von 7 bis 27 Jahren aus, andere setzen andere Altersstrukturen fest. Diese Festlegung der Zielgruppe hat aber grundlegend Folgen für die Organisation und Umsetzung der Jugendarbeit in der Praxis aufgrund verschiedener Schnittstellenbereiche in den unterschiedlichen Lebensphasen.

Außerdem stellt sich für mich noch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, die Frage nach der Organisation einer weiteren Schnittstelle für die besonders problembelasteten oder eben für alle jungen Menschen. Aber das wäre sicherlich ein Thema für einen weiteren Workshop.

Dr. Detlev Klaus: Wie könnte der heutige Tag, die Tagung besser enden: Das letzte Wort sprach der Jugendhilfeplaner. Vielen Dank allen Beteiligten.

Literaturhinweise

Axnik, Norbert

Kommunaler Wirksamkeitsdialog in Krefeld. Eine fachpolitische Momentaufnahme aus Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

In: Jugendhilfe-Report, Köln: Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (2005); Nr. 2; S. 14-20; Abb., Lit.

Baden-Württemberg, Jugendstiftung (Hrsg.)

Bay, Christine; Sauer, Robert

Vom Warming-Up zum Cool-Down. Neue Methoden für die Arbeit mit Jugendgruppen.

Weinheim: Juventa (2007); 136 S.; Abb., Lit.; ISBN 3-7799-2125-7

Baden-Württemberg, Jugendstiftung (Hrsg.)

Bibouche, Seddik (Hrsg.)

Interkulturelle Integration in der Kinder- und Jugendarbeit. Orientierungen für die Praxis.

Weinheim: Juventa (2006); 204 S.; Lit.; ISBN 3-7799-2124-3

Baden-Württemberg, Jugendstiftung (Hrsg.)

Hess, Gerhard; Ilg, Wolfgang; Weingardt, Martin

Kompetenzprofile. Was Professionelle in der Jugendarbeit können sollen und wie sie es lernen.

Weinheim: Juventa (2004); 176 S.; ISBN 3-7799-2121-9

Baden-Württemberg, Jugendstiftung (Hrsg.)

Ilg, Wolfgang (Hrsg.); Weingardt, Martin (Hrsg.)

Übergänge in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Empirische Studien zu den Nahtstellen von Jugendarbeit, Schule und Freizeit.

Weinheim: Juventa (2007); 232 S.; ISBN 3-7799-2126-4

Behner, Elisa; Gülsen, Cosar

Leyla - Kompetenzzentrum für Mädchen.

In: Betrifft Mädchen, Weinheim: Juventa; 20 (2007); Nr. 1; S. 22-24; Lit.; ISSN 1438-5295

Bentheim, Alexander; May, Michael; Sturzenhecker, Benedikt; Winter, Reinhard

Gender Mainstreaming und Jungenarbeit.

Weinheim: Juventa (2004); 144 S.; ISBN 3-7799-1872-2

Böhm, Stefan

Das ist Jugendarbeit. Teil 1 und 2.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 52 (2004); Nr. 3; S. 121-128 und Nr. 4; S. 171-178; Lit.; ISSN 0012-0332

Böhm, Stefan

Genau das ist Jugendarbeit!

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 52 (2004); Nr. 10; S. 451-452;
ISSN 0012-0332

Breede, Christina

Realität von Konzeptionen der Jugendarbeit in Schleswig-Holstein. Eine Studie zur Umsetzung fachlicher Ansprüche der Konzeptentwicklung.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 55 (2007); Nr. 1; S. 21-29; Lit.;
ISSN 0012-0332

Brenner, Gerd

Kompetenzen in der Jugendarbeit. Literaturdokumentation.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 5; S. 227-235; Lit.;
ISSN 0012-0332

Brenner, Gerd

Multi- und interkulturelle Jugendarbeit. Partizipation junger Migrantinnen und Migranten in der Integrationsgesellschaft.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 51 (2003); Nr. 10; S. 415-422; Lit.;
ISSN 0012-0332

Brenner, Gerd

Praxisansätze interkultureller Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 55 (2007); Nr. 2; S. 60-69; ISSN 0012-0332

Brenner, Gerd

Qualitätsentwicklung in der Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 56 (2008); Nr. 1; S. 38-43; Lit.;
ISSN 0012-0332

Deinet, Ulrich

Entwicklungslinien und Bausteine kommunaler Qualitäts- und Wirksamkeitsdialoge.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 4; S. 170-179; Abb., Lit.;
ISSN 0012-0332

Deinet, Ulrich (Hrsg.); Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.)

Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 3. völlig überarb. u. erw. Aufl.

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften (2005); 662 S.; Abb., Tab., Lit.;
ISBN: 3-8100-4077-0

Deinet, Ulrich (Hrsg.)

Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. 2. voll. überarb. Aufl.

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. (2005); 347 S.; Abb., Lit.; ISBN 3-8100-4086-X

Deinet, Ulrich; Liebig, Reinhard

Der Wirksamkeitsdialog für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Entwicklung und Funktion.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 4; S. 153-160; Lit.;
ISSN 0012-0332

Deinet, Ulrich

Vom Wirksamkeitsdialog zum Kinder- und Jugendförderplan - Anregungen für die kommunale Ebene.

In: Jugendhilfe-Report, Köln: Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (2005);
Nr. 2; S. 6-13; Abb., Lit.

Deinet, Ulrich

Zukunftsmodell Offene Kinder- und Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 1; S. 19-25; Lit.;
ISSN 0012-0332

Delmas, Nanine; Scherr, Albert

Bildungspotenziale der Jugendarbeit. Ergebnisse einer explorativen empirischen Studie.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 3; S. 105-109; Lit.;
ISSN 0012-0332

Delmas, Nanine; Lindner, Werner

Salto mortale rückwärts? Oder: Strategie für magere Jahre? Anmerkungen zu Entwicklungsperspektiven der Kinder- und Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 12; S. 520-527; Lit.;
ISSN 0012-0332

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin (Hrsg.)

Dahme, Heinz-Jürgen; Simon, Titus

Controlling in der offenen Jugendarbeit. Grundlagen und Verfahren, dargestellt an modellhaften Prozessen in der Praxis.

Berlin: Selbstverl. (2006); 132 S.; Lit.; ISBN 3-89983-150-0

Dimbath, Oliver

Jugendfreizeiten im Spannungsfeld zwischen Konsumindividualismus und Gemeinschaftserlebnis. Qualitative Aspekte von Angebot und Nachfrage.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 9; S. 390-395; Tab., Lit.;
ISSN 0012-0332

Dwertmann, Anne; Krafeld, Franz-Josef; Müller, Andrea; Peltz, Cornelius

Rechte Jugendliche - ratlose Eltern. Ein vernachlässigtes Aufgabenfeld von Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 55 (2007); Nr. 2; S. 70-77; Lit.;
ISSN 0012-0332

Eisenbürger, Iris; Vogelgesang, Waldemar

Webmobil, LAN-Party und Kartfahrten. Eine Jugendeinrichtung beschreitet neue Wege.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 5; S. 203-211; Abb., Lit.;
ISSN 0012-0332

Das Ende eines ländlichen Sozial(t)raumes? Über Jugendbilder in der Landjugendforschung und ihren Einfluss auf die Landjugendarbeit.

In: Offene Jugendarbeit, Stuttgart: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen (2006); Nr. 2

Bezugsadresse: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen
Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart

Faulde, Joachim

Jugendverbände: Auslauf- oder Zukunftsmodell? Verbandliche Jugendarbeit zwischen Tradition und Moderne.

In: Neue Praxis, Neuwied: Luchterhand; 33 (2003); Nr. 5; S. 422- 446; Lit.;
ISSN 0342-9857

Faulde, Joachim; Hoyer, Birgit; Schäfer, Elmar (Hrsg.)

Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven.

Weinheim: Juventa (2006); 258 S.; Lit.; ISBN 3-7799-0265-6

Fieseler, Gerhard; Busch, Manfred

Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII - Wie verbindlich ist sie für die Kommunen?

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 44 (2006); Nr. 3; S. 165-169; Lit.;
ISSN 0022-5940

Fischer, Stefan

Mitmachen und gewinnen? Die ersten Evaluationsergebnisse zur Ganztagsschule und Konsequenzen für die Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 56 (2008); Nr. 2; S. 75-78; Lit.;
ISSN 0012-0332

Gängler, Hans

Was geht den Bach hinauf? Wohin entwickelt sich die (offene) Jugendarbeit im nächsten Jahrzehnt?

In: Corax - Magazin offener Kinder- und Jugendarbeit, Chemnitz: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen (2005); Nr. 12

Gerlieb, Peter

Demografischer Wandel und Jugendhilfe am Beispiel Neubrandenburg.

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 58 (2006); Nr. 5; S. 206-212; Abb., Lit.;
ISSN 0342-5258

Griese, Hartmut M.

Partizipation in Jugendzentren. Ergebnisse und offene Fragen eines sozialpädagogischen Praxisprojektes.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 10; S. 417-422; Lit.;
ISSN 0012-0332

Hafeneger, Benno

Beteiligung in Jugendverbänden.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 5; S. 210-217; Lit.;
ISSN 0012-0332

Hafeneger, Benno

Jugendarbeit zwischen Veränderungsdruck und Erosion. Zum Umgang mit einem Arbeitsfeld. Teil 1 und 2.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 1; S. 11-18 und Nr. 2;
S. 57-67; Lit.; ISSN 0012-0332

Hafeneger, Benno

Professionsbilder und -merkmale in der Jugendarbeit/Pädagogik.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 55 (2007); Nr. 1; S. 13-20; Lit.;
ISSN 0012-0332

Hafeneger, Benno

„Rattenfänger von Hameln“. Rechtsextreme Jugendarbeit in Stadt und Land.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 12; S. 509-511;
ISSN 0012-0332

Halfar, Bernd

Welche Wirkung produziert Jugendarbeit mit weniger Geld?

In: Evangelische Jugendhilfe, Hannover: Evangelischer Erziehungsverband; 82 (2005);
Nr. 2; S. 132-134; ISSN 0943-4992

Halfar, Bernd

Wirkungsorientierte Finanzierung in der Jugend(verbands)arbeit.

In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge,
Berlin: Selbstverl.; 85 (2005); Nr. 11; S. 419-425; Tab., Lit.; ISSN 0012-11

Hauser, Wolfgang

Mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum. Jugendarbeit im Landkreis Tuttlingen.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 43 (2005); Nr. 4; S. 183-187; Tab., Lit.;
ISSN 0022-5940

Heinemann, Gabriele

Mädchentreff oder Hurenclub? Soziale Ausgrenzung und Fundamentalismus sind Herausforderungen für die Jugendhilfe.

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 58 (2006); Nr. 3; S. 110-121; Abb.;
ISSN 0342-5258

Hess, Gerhard; Ilg, Wolfgang; Weingardt, Martin

Kompetenzprofile von Hauptamtlichen.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 5; S. 218-226; Abb., Tab., Lit.;
ISSN 0012-0332

Hintermair, Christa

Selbstorganisation der Jugendarbeit. Erfahrungen, Werte, Praxis und Politik.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 43 (2005); Nr. 4; S. 188-196; Lit.;

ISSN 0022-5940

„Höre die Signale!“ Zur Lage der kommunalen Jugendpolitik.

In: Offene Jugendarbeit, Stuttgart: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen (2006); Nr. 2

Bezugsadresse: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen
Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart

Hörstmann, Jürgen; Künzler, Johannes

Halbe Miete, ganze Fachkraft. Zehn Jahre „Jugendpflegeleasing“ im Enzkreis.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 43 (2005); Nr. 4; S. 176-182; Kt.;

ISSN 0022-5940

Ilg, Wolfgang; Krebs, Reinhold; Weingardt, Martin

Jugendgruppenarbeit - Auslaufmodell oder Zukunft der außerschulischen Jugendbildung. Ergebnisse aus empirischen Studien.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 55 (2007); Nr. 4; S. 155-161; Abb., Lit.;

ISSN 0012-0332

Kilb, Rainer; Reiter, Gabi; Barth, Walter

Interessen und Bedürfnisse ethnischer Jugendgruppen in einem Wiesbadener Industrievorort.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 4; S. 169-176; Lit.;

ISSN 0012-0332

Kolhoff, Ludger (Hrsg.)

Entwicklung der offenen Jugendarbeit in Wolfsburg im Spannungsfeld von Nutzern Sozialarbeit, Kommune und Organisationsentwicklung.

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften (2005); 197 S.; Abb., Tab., Lit.;

ISBN 3-531-14586-X

Krafeld, Franz Josef

Gescheiterte Projekte aufsuchender Jugendarbeit. Eine Analyse typischer Ursachen und Gründe.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 51 (2003); Nr. 5; S. 210-218;

ISSN 0012-0332

Krafeld, Franz Josef

Grundlagen und Methoden aufsuchender Jugendarbeit. Eine Einführung.

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. (2004); 222 S.; ISBN 3-8100-4152-1

Krafeld, Franz Josef

Rechtsextremismus und Jugendarbeit. Zur Bedeutung des Zusammenhangs pädagogischer und zivilgesellschaftlicher Einmischungen.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 55 (2007); Nr. 7/8; S. 305-310;

ISSN 0012-0332

Kreft, Dieter

Soziale Arbeit und Sport.

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 58 (2006); Nr. 6; S. 243-248; Lit.;
ISSN 0342-5258

Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit Nordrhein-Westfalen -Kath.Okja-, Köln (Hrsg.)

Horlitz, Martina

„Kleine Schule, ganz groß.“ Evaluationsinstrumente für die Kooperation von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit der Offenen Ganztagsgrundschule.

Köln (2005); 48 S.; Abb.; ISBN 3-928615-36-2

Landua, Kerstin

Buntgescheckte Jugendarbeit. Ein Tagungsbericht.

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 33 (2008); Nr. 2; S. 62-63; ISSN 0340-8469

Liebig, Reinhard

Dialogstrukturen, Selbstreflexion und Fördergelder. Das Instrument des Wirksamkeitsdialogs in NRW am Beispiel der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

In: Zentralblatt für Jugendrecht, Köln: Bundesanzeiger Verlag; 91 (2005); Nr. 10; S. 379-389; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0176-6449

Liebig, Reinhard

Die Erhebung von Strukturdaten zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Zwischenfazit zu einem landesweiten Berichtswesen aus der Perspektive der Wissenschaft und Befunde für NRW.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 4; S. 161-169; Abb., Lit.;
ISSN 0012-0332

Liebig, Reinhard

Die NRW-Strukturdatenerhebung - ein besonderes Verfahren der Wissensproduktion zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

In: KomDat-Jugendhilfe, Dortmund: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik; 9 (2006); Nr. 1; S. 4; Abb., Lit.; ISSN 1436-1450

Lindner, Werner

„Heute schon geforscht?“. Strategische Perspektiven für ein Ende der Bescheidenheit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 56 (2008); Nr. 1; S. 9-17; Lit.;
ISSN 0012-0332

Lindner, Wolfgang (Hrsg.)

Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit.

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften (2008); 346 S.; Abb., Tab., Lit.;
ISBN 978-3-531-15218-9

Lindner, Werner

Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Konturen einer evidenz-basierten Praxis.

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 60 (2008); Nr. 4; S. 146-152; Lit.;
ISSN 0342-5258

Lindner, Werner

Notizen zur „Produktivität“ der Kinder- und Jugendarbeit.

In: Sozial Extra, Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften; 29 (2005); Nr. 7-8;
S. 40-43; Lit.; ISSN 0931-279X

Lindner, Wolfgang (Hrsg.)

1964 - 2004: Vierzig Jahre Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland. Aufbruch, Aufstieg und neue Ungewissheit.

Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften (2006); 252 S.; Abb., Tab., Lit.;
ISBN 3-531-14620-3

Lockmann, Michael

Neue Wege der Vernetzung. Die Arbeit von Sportkoordinatoren im Jugendamt.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 51 (2003); Nr. 12; S. 528-533;
ISSN 0012-0332

Maßnahmenrückgang in der Jugendarbeit.

In: KomDat-Jugendhilfe, Dortmund: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik;
8 (2005); Nr. 3; S. 5; Tab., Lit.; ISSN 1436-1450

Müller, Burkhard; Schulz, Marc; Schmidt, Susanne

„Offene“ Jugendarbeit als Ort informeller Bildung. Lern-Ort für differenzierte Beziehungsformen.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 4; S. 151-160; Lit.;
ISSN 0012-0332

Müller, Burkhard; Schulz, Marc; Schmidt, Susanne

Wahrnehmen können. Jugendarbeit und informelle Bildung.

Freiburg/Br.: Lambertus (2005); 252 S.; ISBN 3-7841-1583-7

Müller, C. Wolfgang

Jugendarbeit neu denken?

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 33 (2008); Nr. 4; S. 44-47; ISSN 0340-8469

Münchmeier, Richard

Kinder- und Jugendarbeit als Forschungsgegenstand. Zwischen „Schotten dicht“ und „Stiefkind“.

In: Jugendpolitik, Berlin: Deutscher Bundesjugendring -DBJR-; 30 (2004); Nr. 2; S. 7-11; Abb.; ISSN 0939-8635

Neubauer, Gunter

Alles Bildung!? Ergebnisse des Landesjugendberichts Baden-Württemberg zu Bildungsanspruch, Bildungspraxis und Bildungskonzepten in der Kinder- und Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 3; S. 119-127; Lit.;
ISSN 0012-0332

Nörber, Martin

Freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit. Hintergründe - Motivation - Zukunft.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 10; S. 431-438; Abb., Lit.;
ISSN 0012-0332

Nörber, Martin

„Was ist Jugendarbeit?“ Eine aktuelle Auseinandersetzung mit den vier Versuchen zu einer „Theorie der Jugendarbeit“.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 1; S. 26-34; Lit.;
ISSN 0012-0332

Ohidy, Andrea

Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule. Praktische Erfahrungen und theoretische Überlegungen

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 56 (2008); Nr. 2; S. 57-66; Tab., Lit.;
ISSN 0012-0332

Ohidy, Andrea

Professioneller Umgang mit Widersprüchlichkeiten. Zum pädagogischen Alltag in der Offenen Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 4; S. 161-168; Abb., Lit.;
ISSN 0012-0332

Pleiner, Günter (Hrsg.)

Jugendarbeit in Großstädten. Leitlinien, Schwerpunkte, Praxismodelle.

Opladen: Leske + Budrich (2001); 260 S.; Abb., Tab., Lit.; ISBN 3-8100-3067-8

Pletzer, Winfried

Chancen und Instrumente erfolgreicher Kommunalen Jugendpolitik. Leistungen der gemeinwesenorientierten Offenen Jugendarbeit.

In: Der Bayerische Bürgermeister, München: Jehle-Rehm; 59 (2006); Nr. 7+8;
S. 253-255; Abb.; ISSN 0723-7022

Pothmann, Jens

Jugendarbeit auf dem „heißen Stuhl“. Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel amtlicher Daten.

In: KomDat-Jugendhilfe, Dortmund: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik;
5 (2002); Nr. 2; S. 1-2; Abb.; ISSN 1436-1450

Pothmann, Jens

**Veranstaltungen der Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel der Statistik.
Einschnitte bei den Maßnahmen - Rückgang bei den Teilnehmer/-innen.**

In: Forum Jugendhilfe, Berlin: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (2006); Nr. 1;
S. 57-61; Abb., Tab., Lit.; ISSN 0171-7669

Pothmann, Jens; Thole, Werner

**Zum Befinden eines „Bildungsakteurs“. Beobachtungen und Analysen zur
Kinder- und Jugendarbeit.**

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 2; S. 68-75; Tab., Lit.;
ISSN 0012-0332

Rauschenbach, Thomas; Düx, Wiebken; Sass, Erich (Hrsg.)

**Kinder- und Jugendarbeit - Wege in die Zukunft. Gesellschaftliche Entwicklungen
und fachliche Herausforderungen.**

Weinheim: Juventa (2003); 208 S.; Tab., Lit.; ISBN 3-7799-0263-X

Rohde, Bernhard

Jugendarbeit im Zeichen des demographischen Wandels. Vom Osten lernen?

In: Blickpunkt Jugendhilfe, Berlin: VPK - Bundesverband privater Träger der freien
Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V.; 12 (2007); Nr. 4; S. 7-13; Lit.; ISSN 1613-4230

Rose, Lotte

Blitzlichter zu aktuellen Herausforderungen in der Kinder- und Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 12; S. 511-519; Lit.;
ISSN 0012-0332

Schaefer, Hans Peter

Wirksamkeitsdialog kommunales Steuerungsinstrument der Jugendarbeit.

In: Jugendhilfe-Report, Köln: Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (2005);
Nr. 2; S. 4-5; Abb., Lit.

Scherr, Albert

Ist das Jugendarbeit?

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 52 (2004); Nr. 6; S. 278-279;
ISSN 0012-0332

Scherr, Albert

Die nächste Generation. Rechtsextreme Jugendarbeiter?

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 9; S. 365-367;
ISSN 0012-0332

Schmitt, Joachim

**Freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit. Ein Konzept zur Qualifizierung
von Jugendleiterinnen und Jugendleitern.**

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 7-8; S. 325-330; Lit.;
ISSN 0012-0332

Schröder, Ute B.; Streblow, Claudia (Hrsg.)

Evaluation konkret. Fremd- und Selbstevaluationsansätze anhand von Beispielen aus Jugendarbeit und Schule.

Leverkusen: Barbara Budrich (2007); 204 S.; Lit.; ISBN 3-86649-016-X

Schwarz, Michael

Jugendbildung und Partizipation: Gestaltungschance oder Teilhabe an Sachzwängen?

In: SpielRäume, Bremen: Amt für Soziale Dienste; 14 (2007); Nr. 38/39; S. 64-70

Schwerpunktthema: Jugendarbeit im ländlichen Raum.

In: Jugendhilfe, Neuwied: Luchterhand; 43 (2005); Nr. 4; S. 176-196; Tab., Lit.; ISSN 0022-5940

Schwerpunktthema: Jugendverbände. Auf der Suche nach Zukunft.

In: Sozial Extra, Leverkusen: Leske + Budrich; 28 (2004); Nr. 7-8; Abb., Lit.; ISSN 0931-279X

Schwerpunktthema: Demografischer Wandel und Ansätze der Jugendhilfe (in ostdeutschen ländlichen Regionen).

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 58 (2006); Nr. 5; S. 193-224; Abb., Lit.; ISSN 0342-5258

Schwerpunktthema: Wege in die Zukunft. Visionen zur Kinder- und Jugendarbeit.

In: Jugendpolitik, Münster: Votum; 28 (2002); Nr. 2/3; S. 1-21; Abb.; ISSN 0939-8635

Siebert, Ingo

Herausforderungen für die Jugendarbeit: Demografischer Wandel in ostdeutschen ländlichen Regionen.

In: Unsere Jugend, München: Reinhardt; 58 (2006); Nr. 5; S. 194-205; Abb., Lit.; ISSN 0342-5258

Spatscheck, Christian

Jugendarbeit im beginnenden 21. Jahrhundert. Zentrale Kriterien für eine fachlich fundierte Positionierung.

In: Neue Praxis, Neuwied: Luchterhand; 35 (2005); Nr. 5; S. 510-521; ISSN 0342-9857

Sturzenhecker, Benedikt

Jugendarbeit ausbauen statt an die Ganztagschule verlegen! Argumente gegen Christian Pfeiffers erneuten Vorstoß zur Auflösung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

In: Sozialmagazin, Weinheim: Juventa; 32 (2007); Nr. 3; S. 34-38; Lit.; ISSN 0340-8469

Sturzenhecker, Benedikt

Zum Milieucharakter von Jugendverbandsarbeit. Externe und interne Konsequenzen.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 55 (2007); Nr. 3; S. 112-119; Lit.; ISSN 0012-0332

Sturzenhecker, Benedikt; Deinet, Ulrich (Hrsg.)

Konzeptentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit. Reflexionen und Arbeitshilfen für die Praxis.

Weinheim: Juventa (2007); 245 S.; Abb., Lit.; ISBN 3-7799-0974-x

Sturzenhecker, Benedikt

Partizipation als Recht von Kindern und Jugendlichen.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 53 (2005); Nr. 6; S. 255-262; Lit.;
ISSN 0012-0332

Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin (Hrsg.)

Neuorganisation der Jugendarbeit. Dokumentation des Workshops am 23. und 24. September 2004 in Berlin.

Berlin (2004); 50 S.; Abb., Lit.; ISBN 3-931418-52-9

Wallner, Claudia

Standards zur Mädchenarbeit und die Verankerung von Prozessen des Gender Mainstreaming.

In: Forum Erziehungshilfen, Weinheim: Juventa; 12 (2006); Nr. 3; S. 143-146; Lit.;
ISSN 0947-8957

Wendt, Peter-Ulrich

Die Kunst der Navigation. Selbstorganisationsförderung in der kommunalen Jugendarbeit.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 10; S. 423-430; Lit.;
ISSN 0012-0332

Winkelmann, Anne

Internationale Jugendarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Auf dem Weg zu einer theoretischen Fundierung.

Schwabach/Ts.: Wochenschau (2006); 131 S.; Lit.; ISBN 3-89974290-7

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Jugendarbeit erhalten und verbessern

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 52 (2004); Nr. 5; S. 233-235;
ISSN 0012-0332

Zinner, Georg

Jugend herausfordern statt betreuen. Aufforderungen zum Paradigmenwechsel.

In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Baden-Baden: Nomos; 152 (2005); Nr. 3; S. 105-107;
Tab.; ISSN 0340-8574

Züchner, Ivo

Mitwirkung und Bildungseffekte in Jugendverbänden - ein empirischer Blick.

In: Deutsche Jugend, Weinheim: Juventa; 54 (2006); Nr. 5; S. 193, 201-209; Abb.;
Tab., Lit.; ISSN 0012-0332